

TAGESSCHAU

POLITIK

Fall Rohde: Ministerpräsident Rau will im Fall des früheren Düsseldorf-Regierungspräsidenten Rohde den Datenschutzbeauftragten des Landes bitten, tätig zu werden. Rohde hatte dem Innenministerium nach Veröffentlichungen von Details aus seiner Personalakte Indiskretion vorgeworfen. (S. 4)

Ausweis: Die Einführung des fälschungssicheren und maschinenlesbaren Ausweises befristeten die Koalitionsfraktionen bei der ersten Lesung eines entsprechenden Gesetzes im Bundestag. SPD und Grüne lehnten den neuen Ausweis ab. (S. 6)

Kontrolle: Behörden der Bundesrepublik dürfen Briefe von und nach Warschauer-Pakt-Ländern lesen und Telefonate abhören und mitschneiden. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschied, dies verstöße nicht gegen Artikel 10 des Grundgesetzes. (S. 6)

Geldstrafe: Im Kölner Parteipendenzprozeß soll der Pharma-Unternehmer Madaus auf Antrag der Staatsanwaltschaft eine Geldstrafe von 150 000 Mark wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung zahlen. Sie sieht es als erwiesen an, daß Madaus von 1969 bis 1979 durch „unrichtige Angaben“ gegenüber dem Finanzamt Steuern in Höhe von 300 000 Mark hinterzogen hat.

ZITAT DES TAGES



Es ist ein Skandal, daß eine Gewerkschaft, die sich um den Rechtsschutz ihrer Mitglieder bemüht, gerade denen ihren Schutz versagt, die sich nicht wehren können

Der Osnabrücker Bischof Helmut H. Wittler zur ÖTV-Forderung, das Abtreibungsverbot generell aufzuheben. FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Zahlungsbilanz: Einen Exportüberschuß von 32,1 Milliarden DM erwirtschaftete die Bundesrepublik in den ersten neun Monaten. Insgesamt führte sie Waren im Wert von 353,2 Milliarden DM aus. Im gleichen Vorjahreszeitraum lag das Exportvolumen bei 315,1 Milliarden. (S. 11)

Regionalpolitik: Der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur Bund und Länder fordert eine Anpassung der Regionalpolitik an die wirtschaftlichen Veränderungen der vergangenen zwei Jahrzehnte. Die Fördergebiete dürften aber nicht vor 1986 neu abgegrenzt werden. (S. 11)

KULTUR

Maler-Porträt: In einer umfassenden Ausstellung mit fast 200 Gemälden präsentiert das Westfälische Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte in Münster das Lebenswerk des westfälischen Malers Johann Christoph Rincklake. (S. 21)

SPORT

Fußball: Der ehemalige DFB-Trainer Ribbeck hat Kontakte zu Borussia Dortmund bestätigt. Die Dortmunder hatten am Mittwoch Konietzka und Manager Tippenhauer beurlaubt. (S. 20)

AUS ALLER WELT

Millionen-Fund: Einen Schatz von rund 18 Millionen Mark (Bargeld, Gold und Platin) fanden Polizisten bei einer Routineüberprüfung in einem seit Wochen vor dem Flughafen San Francisco abgestellten Auto. Nach Vermutungen der Polizei sollte der Schatz im Drogengeschäft verwendet werden.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Mehrungen: Wessen Kulturpolitik? - Über das Symposium des Auswärtigen Amtes S. 2
Sacharow: Vorerst wird in Bonn keine Strafe nach dem Friedensnobelpreisträger benannt S. 4
Das politische Buch: Ralf Dahrendorfs Reisen nach innen und außen S. 5
Berlin: Buch von Gideon Rafael vorgestellt - Israels Politik unter der Lupe S. 6
Japan: Mit Moskau hat es Tokio schwer - Trotz Dialog bleiben scharfe Gegensätze S. 7
Nordsee: Wenn am 31. Oktober die Nordsee-Schutzkonferenz eröffnet wird, dürfte die Vielfalt der Probleme den Experten einige Kopfschmerzen bereiten. Ebenso wie die Diagnosen sind die Therapien umstritten. (S. 22)
Wetter: Wechselnd bewölkt mit Schauern. Um 12 Grad.



Die Aussage: Mit einer Neun-Seiten-Erklärung hatte sich Barzel vor dem Untersuchungsausschuß verteidigt. FOTO: SVEN SIMON

Nach Barzels Rücktritt: Wird Mikat Präsident des Bundestags?

Dregger und Windelen lehnen Kandidatur ab / Ehrenerklärung der Fraktion

GÜNTHER BADING, Bonn

Spitzenpolitiker der Unionsparteien haben gestern nach dem Rücktritt von Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) mit der Suche nach einem geeigneten Nachfolger begonnen. Nach der Sitzung des Fraktionsvorstandes und der Gesamtfraktion, in der Barzels Entschluß vom Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger bekanntgegeben worden war, beriet der Fraktionschef zunächst mit den Vorsitzenden der Landesgruppen und danach mit Bundeskanzler Helmut Kohl über Barzels Nachfolge. Am Abend wurde der CDU-Vorsitzende Ministerpräsident Franz Josef Strauß in Bonn erwartet, der heute turnusgemäß den Vorsitz im Bundesrat abgibt.

Der ehemalige Flick-Manager Günter Max Pfeiffen hatte gestern vormittag vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ausgesagt, der Flick-Konzern habe einen Beratervertrag mit der Frankfurter Anwaltskanzlei Albert Paul 1973 erst dann geschlossen, nachdem bekanntgeworden sei, daß Rainer Barzel für die

Kanzlei arbeite. Barzel hatte noch am Vortag vor dem Ausschuß erklärt, er habe keine Gelder von dem Konzern erhalten, wenn auch Flick zu den Klienten der Kanzlei gehört habe. Pfeiffens Aussagen wurden als belastend für den CDU-Politiker gewertet.

Otto Schily, Abgeordneter der Grünen, gab in seiner Stellungnahme einen Hinweis auf die künftige Taktik seiner Gruppierung. Schily forderte, jetzt, alles Augenmerk dem Fall Bundeskanzler Dr. Kohl zuzuwenden. Es würde dem Kanzler, der am 7. November vernommen werden soll, gut anstehen, frühere Gelegenheiten zur Klarstellung zu nutzen.

Als mögliche Nachfolge-Kandidaten, der wegen des „unerbürdeten politischen und psychischen Drucks“ zurückgetreten war, dem er sich durch die Diskussion um einen angeblichen Scheinvertrag mit einer Frankfurter Anwaltskanzlei ausgesetzt sah, wurden zunächst besonders der CDU-Abgeordnete Paul Mikat und auch der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen ge-

nannt. Dregger, der in den vergangenen Tagen ebenfalls ins Gespräch gebracht worden war, hatte nach der Fraktionssitzung gestern mittag kategorisch erklärt, daß er dieses Amt nicht zu übernehmen bereit sei. „Nein. Und das ist definitiv.“ Auch Minister Windelen erklärte vor dem Fraktionsvorstand, dem Dregger das Rücktrittsschreiben Barzels vorlegte, er sehe keinen Anlaß, das Amt, das er erst kurze Zeit innehatte, niederzulegen. Neben Windelen und Mikat wurden gestern auch die Namen von Staatsminister Friedrich Vogel und von Benno Erhard genannt. CDU-Landesgruppenchef Waigel: „Wir halten Bundestagsvizepräsident Richard Stücken für einen präsentablen und respektablen Anwärter auf dieses Amt.“

Barzels Rücktritt war am Mittwochabend eine Unterbrechung des CDU-Präsidiums im Kanzleramt vorausgegangen. Gegenstand war das Ergebnis der Vernehmung des Bundestagspräsidenten vor dem Flick-Untersuchungsausschuß. An der Sit-

Blüm will „Renten-Polster“ vergrößern

Bis zur Reform soll der Staat mit zinslosen Krediten einspringen / WELT-Gespräch mit dem Minister

PETER JENITSCH, Bonn

„Die Rentner können ganz ruhig schlafen, ihre Rente kommt am nächsten Ersten.“ Mit diesen Worten unterschrieb Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) in einem Gespräch mit der WELT die vom Bundeskabinett beschlossenen Maßnahmen zur „Konkretisierung der Rentenverpflichtung auch in ungewöhnlichen Zeiten“.

Der Minister betonte, er sei „für eine ehrliche Sozialpolitik“, er sei dafür, „die Probleme dort zu lösen, wo sie entstehen“. In diesem Sinne sei die jetzt beschlossene Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung und die entsprechende Erhöhung bei der Rentenversicherung zu verstehen: „Beitragssenkung dort, wo Überschuß besteht, und Beitragserhöhung dort, wo Geld fehlt. Alles andere ist Verschleibebahn.“ Für eine solche „Rentenpolitik der Ehrlichkeit“ sei allerdings ein größeres

Sicherheitspolster der Rentenversicherung anzustreben. Denn eine Monatsausgabe Mindestgröße setze die Rentenversicherung in der Tat der Gefahr aus, daß sie bei jeder konjunkturellen Wellenbewegung Bodenberührung habe. Es werde zur Aufgabe der Strukturreform gehören, das Wasser unter dem Kiel steigen zu lassen.

Bis zu diesem Zeitpunkt, so Blüm, „springt der Staat mit einer bis jetzt nicht üblichen Liquiditätssicherung zur Seite: Erstens wird der Bundeszuschuß aus dem strengen Korsett von zwölf gleichen Monatsraten gelöst, zweitens springt der Staat immer mit zinslosen Betriebsmittelkrediten ein.“

Im übrigen habe die Bundesregierung der Rentenversicherung mehr Mittel verschafft als die Senkung des Beitrags der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung beträgt. „Wir haben im Haushaltsbeglei-

setz der Rentenversicherung durch Leistungseinschränkung in dieser Legislaturperiode 46 Milliarden Mark verschafft, durch Einnahmeverbesserung 15 Milliarden.“

Angesprochen auf seinen Gesetzesentwurf zur Neuordnung der Hinterbliebenenrente sagte Blüm: „Die Versichertenrente bleibt tabu. Die abgeleitete Hinterbliebenenrente wird auch im geltenden Recht anders behandelt. Man muß nämlich unterscheiden zwischen der Versichertenrente mit Lohnersatzfunktion und der Hinterbliebenenrente mit Unterhaltsergänzungsfunktion.“ Beide Renten seien zwar Versicherungsleistungen, die Hinterbliebenenrente enthalte aber, da für sie kein besonderer Beitrag gezahlt werde (Ledige und Verheiratete zahlen den gleichen Beitrag) Elemente des sozialen Ausgleichs der solidarischen Rentenversicherung. Und auch im geltenden Recht werde

„Moskau für Abouchar verantwortlich“

Bundestag verlangt einmütig Freiheit für den in Kabul verurteilten Journalisten

DW, Bonn/Paris

Die Verurteilung des französischen Journalisten Jacques Abouchar durch ein Sondergericht in Kabul wird im Westen als symptomatisch für das Verhalten der Sowjets gewertet, die Verbreitung der Wahrheit über Afghanistan zu verhindern. Im Bundestag in Bonn fand Außenminister Genscher Zustimmung für seine Erklärung: „Der Franzose Abouchar ist in einem Land verurteilt worden, das von der Sowjetunion besetzt gehalten wird. Sie trägt deshalb die Verantwortung in erster Linie für das Schicksal Abouchars.“ Mit der Verurteilung des Franzosen zu 18 Jahren Haft habe Moskau gleichzeitig „unser aller berechtigtes Informationsbedürfnis angeklagt“, Genscher sagte überdies eine Verstärkung der Hilfe für die afghanischen Flüchtlinge zu.

te internationale Berichterstattung in Vietnam, die zum Ende des Krieges beigetragen habe. Genau das wolle der Krenn verhindern.

Den Protesten schloß sich auch der Sprecher der Grünen, Milan Horacek, an, der die sowjetischen Flächen-

Land der Welt führt gleichzeitig so brutal Krieg wie die Sowjetunion.“

Das Europäische Parlament in Straßburg beauftragte die Entsendung einer Delegation nach Afghanistan mit dem Auftrag, die Freilassung des Journalisten Abouchar zu erreichen. In Frankreich reagierte Premierminister Fabius in diplomatisch außergewöhnlicher Weise auf das Urteil: Er sagte seine Teilnahme an einer Feier in der UdSSR-Botschaft zum 60. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ab und richtete in der Nationalversammlung eine scharfe Warnung an Moskau.

Die Angelegenheit zeigt abermals die unterschiedliche Betrachtungsweise der Sozialisten und Kommunisten in wichtigen Fragen. Die KPF hat zwar die Verurteilung des Journalisten kritisiert und ihre Beziehungen zur in Kabul regierenden „Demokratischen Volkspartei“ abgebrochen, sie lehnt es aber ab, von einer Verantwortung der Sowjets zu sprechen.

DER KOMMENTAR

Der Rücktritt

ENNO v. LOEWENSTERN

Ob ein Politiker nach seinem Sturz seine Verbindungen zur Industrie nutzen darf, um einen Beruf zu ergreifen und dabei gut zu verdienen, ist eine Frage, die seit vielen Jahren in diesem Land undiskutiert geblieben ist und nun auf lange Sicht nicht mehr diskutiert werden kann. Rainer Barzel hätte die Frage zur rechten Zeit und im richtigen Kreis klären und die Konsequenzen ziehen können, so oder so. Sein unverzeihlicher Fehler war jedenfalls, daß er sie nicht rechtzeitig klärte, daß er die Republik eine Woche hängenließ und nun unter Umständen zurücktreten mußte, die völlig zu Unrecht dem Gerede Vorschub geben könnten, da sei wohl noch was versucht worden. Oder: da habe die Union wohl wieder einmal einen der Ihren nicht in angemessener Weise geschützt.

Was bleibt, ist Optik. Man reißt Witze; ein um den Staat hochverdienter Politiker wird zu einem hochverdienten Politiker umstilisiert. Barzel hat sich in eine Situation manövriert, in der differenzierte Erklärungen nicht mehr verlingen und die simple Mitteilung des simplen Sachverhalts, hier habe jemand eine Tätigkeit gesucht, wie ein Donnerschlag wirken mußte.

Zum x-ten Male wird man geudlich klarstellen; daß Bonn sehr wohl Weimar ist - insofern, als damals auch gelegentlich ange-

liche Korruptionsaffären hochgespielt wurden; man denke nur an den Fall des „Jüdischen Barats“ und seiner Beziehungen zum Reichspräsidenten Ebert. Wovon nicht Ebert profitiert hatte, sondern, auch damals, die Extremen. Als nächstes muß man klarstellen, daß Bonn insofern nicht Weimar ist, als die Extremen davon nicht die Mehrheit bekommen werden.

Sie werden Stimmen kassieren, sie werden - auch insofern ist Bonn nicht Weimar, hier muß man das Wörtchen „leider“ einschleichen - weiterhin von einer bestimmten großen Partei aus bestimmten Gründen gehätschelt werden.

Die übrigen werden nach einiger Zeit, wenn die Dinge sich beruhigt haben, begreifen, daß einige Politiker von „wg. Brandt“ bis „wg. Barzel“ in gewissen Listen erschienen und so oder anders Wohlwäter einer bestimmten Firma erfahren haben sollen, daß aber diese Firma nicht die Politik des Landes bestimmte. Sie hat nicht einmal ihre Steuerwünsche auf diese Art bestimmt; kein Mensch glaubt, daß Hans Matthöfer seine Meinung damals „wg. Matthöfer“ fornte.

Eine traurige und schädliche Sache. Aber die Republik, die seit zwei Jahren wieder ordentlich regiert wird, wird auch diese Sache überstehen.

Warschau: „Die Entführer sind verhaftet“

DW, Bonn

Die Warschauer Behörden haben gestern mitgeteilt, daß die Entführer des vor sechs Tagen verschleppten Priesters Jerzy Popieluszko - drei Personen - verhaftet worden sind. Der Wagen, in dem der Oppositionelle entführt worden ist, konnte identifiziert werden. Es handele sich um den Dienstwagen des am Vortag verhafteten Sicherheitsbeamten Grzegorz P. Im Gepäckraum des Autos sei ein Haar des Entführten gefunden worden. Mit Hilfe eines Polizeihundes sei festgestellt worden, daß Popieluszko sich im Gepäckraum befunden habe. Auf dem Auto Popieluszkos sei zudem ein Fingerabdruck eines der Festgenommenen ausgemacht worden. Die Suche nach dem Priester wurde unterdessen fortgesetzt. Kardinal Glemp hat die Befürchtung geäußert, daß der Entführer ermordet worden sei.

Der polnische Arbeiterführer Waleś hat sich von Streikaufrufen distanziert, die am Mittwoch auf Flugplätzen in Warschau aufgetaucht waren. Dort hatte es geheißt, die Arbeiter sollten sich für kommenden Montag auf einen Streik vorbereiten, falls Popieluszko nicht wieder aufgetaucht sei. Waleś äußerte den Verdacht, daß die Flugblätter gefälscht seien, und erklärte, man solle keine Konfrontation mit den Behörden provozieren.

Waleśes Beichtvater Henryk Janowski hat wegen wiederholter telefonischer Mordandrohungen Polizeischutz angefordert. Er teilte mit, die Behörden hätten ihm Schutzmaßnahmen zugesichert.

Seite 2: Ministerial-Entführer

Peking: Moskau stellt in Vietnam Atomwaffen auf

DW, Peking

Die Volksrepublik China hat, wie die französische Nachrichtenagentur AFP erzählt, zum ersten Mal die Beschuldigung erhoben, die UdSSR stationiere Atomwaffen in Vietnam. Ihren Vorwurf formulierte die chinesische Führung gegenüber Mitgliedern der Sozialistischen Partei Frankreichs, während zum gleichen Zeitpunkt in Peking die fünfte Runde der chinesisch-sowjetischen Konsultationen über eine Normalisierung der Beziehungen unter den beiden Verhandlungsführern und Vizeaußenministern Qian Qichen und Leonid Iltischow weitergeführt wurde.

Wie die sich zu einem offiziellen Besuch in Peking aufhaltende französische Delegation gestern mitteilte, äußerten sich die chinesischen Gesprächspartner beunruhigt über die wachsende Bedrohung, die nach ihrer Auffassung die Stationierung sowjetischer Atomwaffen in Grenzregionen darstelle. Nach Angaben von Peking wurden sowjetische Atomwaffen kürzlich auf dem vietnamesischen Stützpunkt Cam Ranh aufgestellt. Bisher hatte sich Peking auf den Vorwurf beschränkt, aus dem vietnamesischen Stützpunkt sei mit der Zeit eine konventionelle sowjetische Basis geworden.

Cam Ranh im Südosten Vietnams war früher ein amerikanischer Stützpunkt. Der Oberkommandierende der US-Armee im Pazifik, Admiral William Crowe, hatte vor wenigen Tagen erklärt, Cam Ranh sei eine „ständige sowjetische Einrichtung“ geworden, ohne jedoch eine Präsenz von Atomwaffen anzudeuten.



Gute Freunde werden es genießen, daß Sie so viel von Bier verstehen.

Das einzige wahre Wapsteiner

Internationales Spitzen-Pilsener der Premium-Klasse.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An die richtige Adresse

Von August Graf Kageneck

Mit dem sorgfältig eingefädelten Fall Jacques Abouchar wollte Moskau dem Westen wieder einmal die bekannte Lektion erteilen: Seht her, wie die souveräne Sowjetunion mit Leuten umgeht, die ihren Fuß unerlaubt auf den Boden des Sozialismus setzen und ihm in die Karten schauen möchten. Das Protestgeschrei ist immer dasselbe: und Helsinki? Und die Menschenrechte? Moskau kann es gelassen hinnehmen. Man weiß dort aus Erfahrung, daß der Zorn bald wieder in „business as usual“ umschlägt.

Diesmal aber wurde der Bogen anscheinend überspannt – vielleicht, übrigens, aus Rache, weil Mitterrand bei seinem Moskau-Besuch offen für den Dissidenten Sacharow eintrat. Frankreich erklärt sich nicht gewillt, den Affront hinzunehmen.

Premierminister Fabius hat die Teilnahme an einem Empfang der Sowjets in Paris zur Feier der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung vor sechzig Jahren abgesagt. Damit gibt er zu erkennen, daß Frankreich die Freiheit eines seiner Staatsbürger mit den Beziehungen zur öffentlichen Supermacht auf die gleiche Waagschale legt. Ungleiches Gewichte? Nicht für Frankreich, das die Durchsetzung der Menschenrechte in der großen Revolution zu den stolzen Errungenschaften seiner Geschichte zählt.

Vor allem wendet sich Paris von vornherein an die richtige Adresse. Nicht der Lakai in Kabul, sondern der Meister im Krenl ist der eigentliche Gesprächspartner in der Affäre Abouchar. Der Schleier der Stellvertreterverantwortung wird zerrissen, hinter dem Moskau sich zu verbergen trachtet – und hinter den auch noch die französischen Kommunisten kriechen wollen, indem sie, um sich beim Wähler lieb Kind zu machen, ihre Beziehungen zur afghanischen Partei aufheben.

Paris läßt die Beziehungen einfrieren, bei Abouchar freikommt. Es erteilt Moskau eine Lektion, an der andere sich ein Beispiel nehmen sollten.

Ministerial-Entführer

Von Carl Gustaf Ströhm

In der Entführungsaffäre des polnischen katholischen Priesters Popieluszko, der offenbar wegen seiner Sympathien zur verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ gewissen Leuten ein Dorn im Auge war, manifestiert sich das Elend der gegenwärtigen polnischen Situation.

Die schweren Erschütterungen, denen Staat und Gesellschaft in Polen ausgesetzt sind, haben nicht nur den Abgrund zwischen Regierenden und Regierten ins Unendliche aufgerissen. Sie haben offenbar auch innerhalb der regierenden Minderheit, also im kommunistischen Machtapparat, einen Verlust von Autorität, Zusammenhalt und Disziplin herbeigeführt.

Wenn es stimmt, daß Pater Popieluszko eigenmächtig von Teilen des kommunistischen Sicherheitsapparates gekidnappt wurde und ein hoher Beamter des Warschauer Innenministeriums – anscheinend entgegen dem Willen des Partei- und Staatschefs Jaruzelski – in die Affäre verwickelt ist, dann nähert sich die polnische Volksrepublik Zuständen, wie man sie bisher nur in gewissen lateinamerikanischen Diktaturen oder auf den Philippinen antreffen konnte. Zustände, wie sie nächst dem Bonapartismus das schlimmste Horrorbild auch für überzeugte Kommunisten darstellen.

Eine Polizei, die sich selbstständig, die nicht strikt der Kontrolle der obersten Staatsführung (und damit Parteiführung) untersteht – das muß in letzter Konsequenz bedeuten, daß in Polen alle Überraschungen möglich sind. Wobei hervorzuheben ist, daß in Polen schon einige Male seltsame Dinge passierten.

„Solidarność“-Gewerkschaftler sollen entführt worden sein; es gab einmal einen regelrechten Prügel-Überfall, der nie aufgeklärt wurde; auch der Fall des erschlagenen Studenten Grzegorz Przymek erscheint jetzt möglicherweise in einem neuen Licht.

Der Fall Popieluszko sprengt aber in gewissem Sinne den polnischen Rahmen. Er läßt die Frage aufkommen: In welchem Zustand befinden sich die kommunistischen Regime Osteuropas? Unter Stalin verschwanden Menschen spurlos, aber mit Wissen des obersten Partei- und Staatschefs. Jetzt verschwindet ein Mensch, und der oberste Partei- und Staatschef weiß nichts davon. Das ist eine Entwicklung, die einen frösteln läßt.

Beim Video streng

Von Reginald Rudolf

Im Agitationscharakter des öffentlich-rechtlichen Feldzugs für die Bestandsgarantie, welche die Länder ARD und ZDF einräumen sollten und eingeräumt haben, hat sich klammheimlich ein Stellvertreterkrieg entwickelt. Er gibt vor, sich gegen Gewalt zu richten. In Wirklichkeit richtet er sich nur gegen Gewalt, soweit sie auf Videokassetten stattfindet.

Die Änderung des Paragraphen 131 des Strafgesetzbuches, der Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalttätigkeiten unter Strafe stellt, soll speziell Gewaltverherrlichung auf Horror- und Pornovideos treffen.

Der Verleih solcher Videofilme soll gänzlich verboten werden. Das betrifft sogar solche erotischen Softies wie Hamiltons „Bilitis“. Das ist insofern verblüffend, als „Bilitis“ und ähnliche Produkte, was immer man von ihnen hält, nicht beanstandet wurden, solange sie in den Kinos liefen.

Zudem funktioniert die Praxis der von allen gesellschaftlichen Kräften akzeptierten Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften vorzüglich. Von den etwa siebentausend Videofilm-Titeln, die angeboten und monatlich um hundert Titel erweitert werden, sind bislang 610 Titel indiziert worden. Für sie darf nicht geworben werden.

Die Video-Anbieter sind der freiwilligen Film-Selbstkontrolle beigetreten. Der Anteil von „Bett- und Handkanten-Filme“ ist von über fünfzig Prozent vor fünf Jahren auf sieben Prozent heute gerutscht. Kommt eine Verschärfung des Paragraphen 131, folgt die Kriminalisierung der Videoszene auf dem Fuße. Die indizierten Filme werden zum Schlager der Schwarzmarkt-Szene, die sich dem Zugriff der Jugendschützer, Sozialarbeiter, Staatsanwaltschaft und Polizei entzieht.

Dann hat der Gesetzgeber exakt das Gegenteil von dem erreicht, was er vorhatte: Die Gewaltvideos erhalten einen eigenen unkontrollierten Markt, der jeden Jugendlichen erreicht. Wieder einmal ist das Gutgemeinte das Gegenteil vom Guten, weil gewisse Kräfte schlau genug waren, eine Kriminalisierung der Porno-Videos zu inszenieren, um die Videos insgesamt – als Konkurrenz für das Monopolfernsehen – zu perhorreszieren.



„Das ist kein Spielzeug!“

KLAUS BÖHLE

Wessen Kulturpolitik?

Von Günter Zehm

Das spektakuläre Symposium des Auswärtigen Amtes in Bonn über auswärtige Kulturpolitik hat Zweifel daran geweckt, ob die Bundesregierung noch willens und in der Lage ist, auf diesem wichtigen Feld eine eigene Linie durchzusetzen, oder ob sie hier vielleicht heimlich abdanken will.

Man mußte den Eindruck gewinnen, als sollten künftig alle Entscheidungen dem „autonomen“ Goetheinstitut und den von diesem zusammengestellten Beratergremien überlassen werden, während Bonn sich mit dem Posten des bloßen Zahntechnikers begnügt. Außenminister Genscher und seine Beamten meldeten nicht einmal Widerspruch an, als Symposiumsteilnehmer wie Günter Grass die Kompetenz der Bundesregierung für auswärtige Kulturpolitik insgesamt in Frage stellten.

Die Botschafter und ihre Kulturreferenten sind verunsichert, zumal da Genscher eine der ihren (die Salzburger Generalkonsulin) streng abgemahnt hat, weil sie sich abfällig über eine auswärtige deutsche Kunstausstellung zu äußern wagte. Was dürfen sie noch und was dürfen sie nicht mehr? Müßen sie künftig zu allem Ja und Amen sagen, was ihnen das jeweilige Goetheinstitut als „Kultur“ vorsetzt? Müßen sie von jetzt an ohne Wenn und Aber den roten Teppich ausrollen, wenn im Auftrag des Goetheinstituts Josef Leinen oder Oskar Lafontaine (um zwei repräsentative Fälle aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen) in Paris oder Rio auftreten, um gegen die Bundesregierung zu polemisieren? Von Genscher kommen keine klaren Signale mehr. Die Richtlinienkompetenz des Kanzlers ist gefordert.

Bonn sollte energisch in Erinnerung bringen, daß die auswärtige Kulturpolitik ein fester Bestandteil der Außenpolitik überhaupt ist, eine ihrer Säulen sogar, und daß sie selbstverständlich in den allgemeinen Kontext der Bonner Politik eingebettet bleibt. Sicher ist es notwendig, ihre Liberalität zu praktizieren, die ganze Vielfalt kultureller Möglichkeiten im eigenen Land zu demonstrieren. Aber die Liberalität findet ihre Grenzen dort, wo die Interessen der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar berührt werden, wie etwa bei den vom Goetheinstitut bezahlten brasilianischen Hetztiraden von Leinen gegen deutsche Industrieinvestitionen.

Mit „Zensur“ und dergleichen üblen Dingen hat das nicht das geringste zu tun. Deutschland ist ein freies Land, in dem niemand daran gehindert wird, kulturelle Dinge über die Grenzen zu tragen und für sich selber im Ausland zu werben. Die Bundesregierung hat, im Gegensatz zur Sowjetregierung, keine Monopolstellung in Sachen auswärtiger Kulturvermittlung, sie vermittelt im Gegenteil nur einen winzigen Teil davon. Sie ist freilich auch nicht verpflichtet, irgend etwas zu vermitteln. Was unter ihrer Ägide an Kulturellem läuft, hat sich einer gewissen politischen Zurückhaltung zu befleißigen, damit die Vielfalt bewahrt werden kann. Die Praxis des „British Council“ liefert da ein gutes Vorbild.

Vielfalt, politische Zurückhaltung und Schadschadenbegrenzung sind Kategorien, an denen auch die auf dem Symposium so lautstark eingeforderte „Autonomie“ des Goetheinstituts ihre Grenzen findet. Das Auswärtige Amt ist voll verantwortlich für das, was in den Goetheinstituten geschieht, und kein Kanzler oder Minister kann sich vor dieser Verantwortung und den damit verbundenen Entscheidungen drücken. Die Redereien, aus „Kompetenzgründen“ solle man Bonn kulturpolitisch gänzlich entmachten und eine „Nationalstiftung“ an seine Stelle setzen, sind



Was darf er, was will er? AA-Kulturchef Berndt Witte. FOTO: EM KAL

völlig abwegig und unrealistisch. Nicht weniger unrealistisch war die überhebliche Polemik gegen „Volkschtrichgruppen“, denen bei Botschafterempfangen angeblich der Vorrang vor – man denke! – Grass gegeben werde.

Es sind durchaus Konstellationen denkbar, in denen eine Trachtengruppe im Ausland besser am Platze ist als Grass, zum Beispiel auf einem internationalen Festival von Trachten- und Volkstanzgruppen. Der überwältigende Erfolg, den soeben die Bayerische Staatsoper in China mit Mozart und Bruckner erzielte, hat mehr für das Verständnis Deutschlands und seiner Geschichte im Reich der Mitte getan, als es hundert Grass-Auftritte vermocht hätten.

Auswärtiges Amt und Goetheinstitut sollten sich darüber im klaren sein, daß man dem interessierten Ausland keineswegs immer mit dem Allermodernsten und Alleraktuellsten kommen muß. Besonders in fernen Ländern, in denen wenig über Deutschland bekannt ist, erzeugt man mit modischer Aktualitätschaserie oft nur Irritation und Ablehnung. Am verhängnisvollsten hat sich der sogenannte „erweiterte Kulturbegriff“ ausgewirkt, unter dessen Fahne verschiedene Institute ungenügend einseitig Tagespolitik betrieben (und weiter betreiben), mit Politikern wie Lafontaine und Videokassetten wie jener über den „Kampf gegen die Starbahn West“, was dann alles als auswärtige deutsche Kulturpolitik abgerechnet wird.

Auslandsreisende in Sachen Kultur, meinte Außenminister Genscher auf dem Symposium, sollten nicht einfach Repräsentanten der jeweils herrschenden politischen Richtung sein. Dem ist zuzustimmen. Sie sollten freilich, muß man hinzufügen, auch nicht einfache Repräsentanten der gerade herrschenden politischen Gegenrichtung sein. Sie sollten nach Möglichkeit überhaupt keine Repräsentanten sein, sondern „sie selbst“, wie es die Lyrikerin Ulla Hahn in Bonn formulierte. Aber wenn schon der Staat selber sich repräsentiert, dann so, wie er ist, und nicht so, wie er verändert werden soll.

IM GESPRÄCH Müller-Hermann

Auch ein Beratervertrag

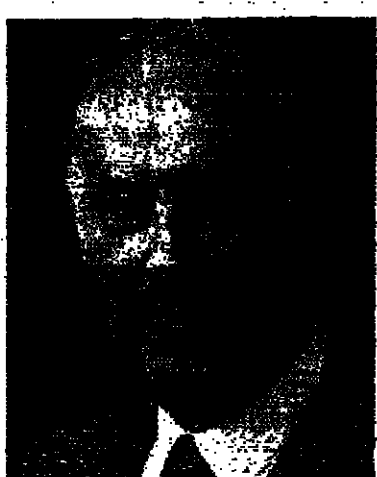
Von Winfried Wessendorf

Ernst Müller-Hermann (CDU) sorgt als Ruhestandler im kleinsten Bundesland für Furore. Der Christdemokrat hat einen Beratervertrag für EG-Fragen der alleinregierenden Bremer SPD-Landesregierung angenommen. Bremens Bürgermeister Hans Koschnick brachte diese Idee ins Spiel. Sie wurde von allen Regierungsmitgliedern gebilligt. Auch aus Brüssel kamen wohlwollende Kommentare von der EG-Kommission.

Der Bremer CDU-Landesverband dagegen hat sich wenig erfreut gezeigt über diese Beraterstätigkeit, die zunächst bis Ende 1985 dauern soll. Der Landesvorstand appelliert an seinen Parteifreund Müller-Hermann, keinen Beratervertrag mit der Landesregierung zu schließen. Die Parteispitze hat nichts dagegen, daß der ehemalige Europa-Abgeordnete dem Senat mit Rat zur Seite steht, aber nicht vertraglich.

Auch die Junge Union in Bremen hält den neugeschaffenen Posten für überflüssig. Der Westerstatt sei schon mit zwei Abgeordneten, einem CDU- und einem SPD-Vertreter, im Europaparlament präsent. Und kürzlich erst sei der Senator für Bundesangelegenheiten, Wolfgang Kahrs, zum Beauftragten für EG-Fragen ernannt worden. Kahrs schätzt den Einzug des CDU-Mannes ins rote Rathaus anders ein. Er bezeichnet den Vorschlag Koschnicks als „Gemeistreich“.

Allein Müller-Hermann scheint die Aufregung um den Beraterposten nicht zu verstehen. „Das ist Provinztheater, was hier geboten wird“, meint der langjährige Parlamentarier. Er könne und wolle sich nicht in die politische Verantwortung der SPD-Landesregierung einmischen. Seine Aufgabe sei es, neue Schatzkassen zwischen den Exekutiven in Bremen und Brüssel auszuhebeln. Das funktioniert allerdings nur, wenn die Bundesregierung sich dafür einsetzt. Müller-Hermann: „Deshalb



Ein Gemeistreich: Rotgeber Müller-Hermann. FOTO: RICHARD SCHULZE-WORRECK

muß dabei diplomatisch vorgegangen werden.“ Er will Distanz zur Regierung halten. Nun muß er sich aber erst nach eigener Einschätzung in den verschiedenen Ressorts umsehen: „Es geht darum, den Binnenkontakt herzustellen, um zu ergründen, was auf der EG-Schiene läuft.“ Dann gelte es, die Förderungswürdigkeit der Projekte eingehend zu prüfen. So sei beispielsweise in der Vergangenheit die Frage der Stahlstandorte am Land Bremen vorbeigelaufen.

Auf dem neuen Posten kommen dem CDU-Politiker 38 Jahre Erfahrung als Parlamentarier zugute. Der gelernte Journalist zog am 13. Oktober 1946, kurz nach seinem 31. Geburtstag, in die Bremische Bürgerschaft ein. Sechs Jahre später kam er in den Deutschen Bundestag, 27 Jahre darauf in das direkt gewählte Europäische Parlament, aus dem er in diesem Sommer ausschied. Und nun tut die SPD was für ihn. Die CDU hat die dumpfe Gefühlslage des Alleinregierenden irgendwie in die Bremer Regierungspolitik hineingezogen worden zu sein, nicht mitbestimmend, aber auf unbestimmte Weise mithaftend. Ein Gemeistreich, das kann man wohl sagen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zur Spendeaffäre:

Schnell kann sich in die klare Luft redlicher Absichten der Mier von Bestechung und Bestechlichkeit mischen. Politiker, die beissen kassieren, ohne viel nach den Absichten der Spender zu fragen, oder gar noch den Eindruck von Willfährigkeit erwecken, verschlimmern das Klima. Dann geraten Demokratie und freie Wirtschaft in Gefahr. So weit ist es nicht. Dieses trübe Schauspiel in Bonn zeigt nämlich auch eine bemerkenswerte Durchsichtigkeit der offenen Gesellschaft. Die Akteure auf den Hinterbühnen können vielleicht hoch klären, aber eines Tages fallen sie ins Nichts hinunter. Demokratie, das zeigt die Ereignisse vor allem, hat sehr viel mit Anstand und Stil zu tun, gerade wenn Geld ins Spiel kommt. Demokratische Gesellschaften haben immer wieder die Kraft zur Reingebahrt.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie weist zum Scheidungsfolgenrecht:

Politik pragmatisch, also ohne ideologische Verbissenheit, zu treiben fällt uns Deutschen nicht leicht. Klassisches Beispiel: Das Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht. Die sozialliberale Koalition von ehemals hielt sich viel darauf zugute, daß sie das Verschuldungsprinzip radikal durch das Zerrüttungsprinzip, das nach Schuld nicht mehr frage, sondern nur noch nach Zahlungsfähigkeit, in den, wie sie meinte, Mülleimer der Geschichte gefegt hatte. Das war eine im Prinzip richtige Entscheidung.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung beschäftigt sich mit dem Philippinen:

Das Problem des Präsidenten ist natürlich das der Vereinigten Staaten und in einem weiteren Sinn das des Westens. Die Absetzung von Präsident Marcos müßte, wenn sie nicht zur Destabilisierung der Philippinen führen würde, von praktisch jedem geistig gesunden Menschen gewünscht werden. Die Gefahr ist, daß sein Nachfolger auf einer Welle des populären Anti-Amerikanismus zur Macht kommen würde, und das würde ihn verpflichten, die USA von ihren unschätzbaren wertvollen Stützpunkten zu vertreiben.

TAGESANZEIGER

Die Schweizer Zeitung stellt sich der Affäre Abouchar:

Der Fall Abouchar ließ sich nicht harmlos an, sondern wurde von Moskau im Gegenteil hochgegriffen. Ferner bestätigt es sich, daß Mitterrand Regierung in Moskau auf kein besonderes Wohlwollen zählen kann, daß ihr im Gegenteil ihr „Atlantismus“, ihre gewichtige Befürwortung der westlichen Nachrüstung, nachhaltig angelastet wird. Bemerkenswert ist schließlich die Haltung des französischen KP. Diese richtet Vorwürfe an die Sozialisten, die „zusammen mit der Rechten die Affäre Abouchar ausschalten“.

Sie reden von Verteidigung und proben den Angriff

Oberst Projektor – und was die sowjetischen Manöver projizieren / Von Werner Kahl

Die Bürokratie auf der Bonner Hardthöhe, dem Sitz des Bundesverteidigungsministeriums, hat sich gewiß schwer getan, den Panzerschrank mit Erkenntnissen über die Umsetzung sowjetischer Militärdoktrin in die Praxis wenigstens einen winzigen Spalt zu öffnen. Daß die Führung schließlich in dieser Woche dem dringenden Rat von Kennern der militärischen Sicherheitslage gefolgt ist, kann zwar das Riesengloch im Bewußtsein der westlichen Öffentlichkeit über die offensive östliche Strategie nicht annähernd ausfüllen; die Tonbänder, auf denen sowjetischer Manöverfunkverkehr dieses Herbstes mitgeschnitten wurde, waren jedoch ein einzigartiger Lehrstoff und geeignet – zum Beispiel über die Multiplikation elektronischer und Printmedien –, den Blick nach Osten wieder zu öffnen, den die Demonstrationen der „Friedensbewegung“ in den letzten Jahren verblüht hatten.

Über den „intellektuellen Manöver“ (Verteidigungsministerium) hinaus, den die Gegner des westlichen Bündnisses anrichten, war besonders in diesem Herbst die angebliche Offensivstrategie der NATO mit dem Reizwort AirLandBattle gekoppelt worden. Von der sowjetischen Militärdoktrin sprach so gut wie niemand mehr.

So kam es, daß auf der Herbsttagung der Evangelischen Akademie Loccum einer der Moskauer Botschafter, dem mit der Würde eines Mitgliedes der Moskauer Akademie der Wissenschaften und Professors auftretenden Obersten Danil Projektor, die Legende vom „Bedrohungsgeheimnis“ auf Bildschirmen und in die Spalten der Printmedien zaubern konnte. „Hundertprozentig reine Verteidigung“ definierte der Biedermann die Planübungen der Sowjetarmee.

Die Funksprüche, die das Bundesverteidigungsministerium jetzt abspielt, rücken die Dinge näher ans Licht. Aus dem Einleiten von Gefechtsaktionen auf dem Bo-

den der Bundesrepublik Deutschland durch Einheiten, die unmittelbar an der Ostseite der innerdeutschen Grenze stationiert sind, ergeben sich Taktik und Strategie der Moskauer Militärdoktrin für die achtziger Jahre.

Aus dem Verlauf der Übungen geht eindeutig hervor, daß es sich nicht etwa um die Wiederherstellung der Integrität eigenen Territoriums als Folge eines Angriffes aus dem Westen handelt. Nach dem Moskauer Kriegsspiel wird der Krieg sofort auf westlichem Gebiet geführt.

Während sich im Westen alles auf die Abwehr der Raketenstationierung fixierte, schuf die Krenl-Führung schnelle und weiträumig einzusetzende „Operative Manövergruppen“ (OMGA). Die mobilen gemischten Stoßverbände aus Panzern, Artillerie und Infanterie haben die Aufgabe, die NATO-Verteidigungslinie zu durchbrechen und strategisch wichtige Stellungen im Hinterland des Gegners zu besetzen.

Der Mann, der diese Umgliederung offenbar maßgeblich mit durchgesetzt hat, ist Marschall Ogarkow. Im Westen zunächst in Ungnade gewährt wegen seiner Verantwortung beim Abschuß des südkoreanischen Passagierflugzeuges im vergangenen Jahr, erscheint er plötzlich als mutmaßlich gefährlichster Gegenspieler des westlichen Verteidigungsbündnisses. Die Sowjetstreitkräfte wurden unter dem Blickpunkt dreier Schachfiguren möglicher Kriegshandlungen organisiert:

– Europa (Nord-, Süd- und Mittel-europa);

– Nah-Mittelost;

– Fernost.

Unter dem Oberbefehl Ogarkows befindet sich in Zentraleuropa das Hauptpotential der Sowjetstreitkräfte. Zwei Drittel dieses Potentials liegen nach Erkenntnissen des militärischen Nachrichtendienstes wiederum Westeuropa gegenüber. Dazu werden auch die westlichen sowjetischen Militärbezirke Karpatenfront, Bjelorusland,

Baltikum und Leningrad gerechnet. Nach allem, was im Westen bekannt geworden ist, wollen die Sowjets die Truppenkommandeure – anstelle gewohnter starrer zentralistischer Befehlsstrukturen – zu eigenen, der Lage angepassten Entscheidungen ermächtigen. Das Exerzieren des Angriffs mit Zwischenstufen wie Rhein/Ruhr und der Endposition Kanal- und Atlantik bildet dabei – im Gegensatz zu der ausschließlich auf militärische Handlungen auf dem eigenen Territorium bezogenen NATO-Doktrin – die Basis der Sowjetmanöver.

Die Parole heißt „vorwärts“, wie ein Unglück in diesem Monat nahe dem Truppenübungsplatz Letdinger Heide bei Magdeburg belegt. Als ein sowjetischer Panzer der 7. Gardepanzerdivision einen zivilen „DDR“-Personenwagen „Modell Trabant“ rampte, der daraufhin in Flammen aufging, befahl der Bataillonskommandeur über Funk: „Alle weiter – vorwärts“. Die gehen tatsächlich über Leichen.

Der Fall Abouchar wird zum politischen Testfall

Der Fall des in Kabul inhaftierten französischen Journalisten Abouchar wird zum Test für die Beziehungen zwischen Paris und Moskau. Auch der Bundestag in Bonn und das Straßburger Europa-Parlament haben ihren Protest zum Ausdruck gebracht.

Von A. GRAF KAGENECK

Der Journalismus kann einen weit bringen. Vorausgesetzt, man kommt auch mal wieder zurück, witzelte der unverwundliche „Canard Enchaîné“ über den Fall des unglücklichen Fernseh-Journalisten Jacques Abouchar. Aber wer die Kollegen in der Redaktion des satirischen Wochenblattes kennt, der weiß, daß ihnen der blanke Zorn, der ganz Frankreich seit dem Wochenende ergriffen hat, als bekannt wurde, daß ein eigenes einberufenes „Revolutionstribunal“ in der afghanischen Hauptstadt Kabul den Reporter des 2. Fernsehkanals in einer Justizparodie bekannten kommunistischen Wessers zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

Achtzehn Jahre in einem Kerker, dessen hygienische Verhältnisse man sich vorstellen kann. Achtzehn Jahre, weil Abouchar „illegal“ die Grenze überschritten hatte. „Als ob er diese legal hätte überschreiten können“, höhnte „Le Monde“ unter Hinweis auf die Tatsache, daß die Sowjets und ihre afghanischen Kollaborateure seit nahezu fünf Jahren keinem einzigen westlichen Journalisten erlaubt haben, über ihren schmutzigen Krieg gegen die Mudschahedin des stolzen Volkes zu berichten.

Da ging zunächst einmal ein Aufschrei der Empörung durch ganz Frankreich. „Sie haben es gewagt, uns ins Gesicht zu schlagen. Sie haben wieder einmal ihre Maske fallen gelassen und ihre Fratze gezeigt, die ewig gleiche Fratze des Totalitarismus, der Menschenverachtung, der Angst vor der Freiheit und der freien Berichterstattung. Ein einziger Journalist mit einem Bleistift und einem Kameraobjektiv macht Ihnen 120 000 Soldaten in Afghanistan mehr Angst als eine ganze Armee von Feinden. So sehr Angst, daß einer ihrer Botschafter in einem Nachbarland alle künftigen Journalisten warnen mußte, sie würden schlicht und einfach ins Jenseits befördert, wenn sie ihren Fuß

noch einmal auf afghanischen Boden setzen würden.“

So und ähnlich stand es in den Zeitungen von Paris, Metz, Lyon und Marseille zu lesen. Jeden Tag, immer an derselben Stelle, unter derselben Marke... Seit 18 Tagen ist Jacques Abouchar in Kabul festgehalten, seit 19, 22, 25, 32 Tagen...

Bis zur Verurteilung Abouchars am 20. Oktober hatte das Pariser Außenministerium distinkt versucht, Verbindung mit dem Inhaftierten aufzunehmen. Ob man nicht wenigstens den Geschäftsträger in Kabul, Philippe Barreux, zu ihm lassen könnte, fragte man an. Der Diplomat hatte inzwischen 6000 Briefe zu übergeben, die spontan von unbekannten Leuten an Abouchar geschrieben worden waren. Aber die Antwort an das Außenministerium ließ ebenso auf sich warten wie die an die Frau Abouchar, die um ein Visum zum Besuch ihres Mannes ersucht hatte. Oder an den Anwalt, der seinem eventuellen Prozeß beiwohnen wollte.

Die Verurteilung kam dann ganz plötzlich, beinahe über Nacht – ohne Zeugen. Ein Verdikt des schlechten Gewissens mit allen Zügen der Hastigkeit und mit dem grotesken Mäntelchen, das ihm die offizielle Nachrichtenagentur Kabuls umhing. „Hier habe es sich in Anbetracht der Freundschaft zwischen dem afghanischen und dem französischen Volk um ein außerordentlich mildes Urteil“ gehandelt. Erst als Abouchar verurteilt war, durfte der Geschäftsträger ihn zehn Minuten lang am Montag in seiner Zelle sehen, aber in Begleitung eines afghanischen Polizisten.

Erst jetzt auch bekamen die Franzosen ihren Landsmann zum erstenmal seit seiner Festnahme am 17. September auf dem Fernsehschirm zu sehen: in einem kurzen Auszug aus einem Interview, das das afghanische Fernsehen mit dem Gefangenen gemacht hatte. Man sah einen abgemagerten Mann, der ruhig und würdevoll die Beschuldigung, Spionage betrieben zu haben, zurückwies und bei seiner Überzeugung blieb, nur seinen journalistischen Pflichten nachgekommen zu sein. Hatte er damit seine Lage verschlechtert?

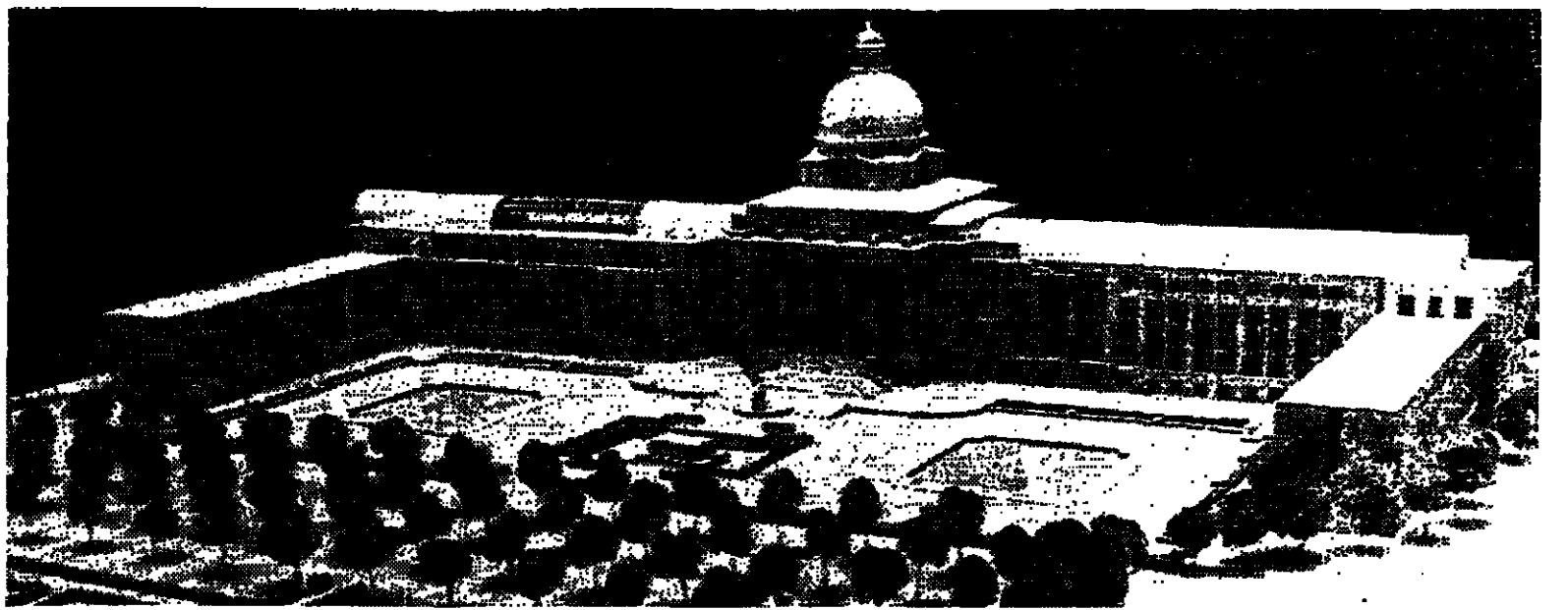
Die französische Regierung hat nicht die Möglichkeit, ihren Mann gewaltsam oder mit diplomatischen Druckmitteln in die Heimat zurückzuholen. Aber sie nimmt die Schmähung nicht widerspruchslos hin. Sie

wendet sich vor allem von vornherein an die richtige Adresse: nämlich an Moskau. Premierminister Fabius wird sich nicht zu einem Empfang begeben, den die sowjetische Botschaft in Paris aus Anlaß des 60. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion für Freitag vorgesehen hat.

Die Sowjets werden vermutlich unter sich oder bestenfalls in kommunistischer Gesellschaft bleiben. Denn die KPF hat zwar aus „Protest“ gegen das Urteil ihre Beziehungen zur afghanischen Bruderpartei suspendiert, bis Abouchar wieder freikommt. Sie weigert sich aber hartnäckig, die eigentlich Verantwortlichen beim Namen zu nennen. Hier handelt sie wieder einmal nach den Regeln der Orthodoxie. Sie schreibt den kommunistischen Parteien vor, nie und nirsends gegen die Mutterpartei in Moskau Stellung zu beziehen.

Der Fabius-Protest ist da erheblich wirksamer. Er zeigt, daß Frankreich seine künftigen Beziehungen zur Sowjetunion vom Schicksal eines Journalisten abhängig macht, der widerrechtlich festgehalten wird. Und der Protest des Premiers ist nicht der einzige. Claude Estier, der sozialistische Präsident des außerpolitischen Ausschusses der Kammer, zur Zeit auf Besuch in Moskau, verlangt bis zum 26. Oktober verbindliche Auskunft darüber, wann Abouchar freikommt. Am Mittwoch stand das Haus in Paris wie ein Mann auf und klatschte, als Kammerpräsident Louis Mermoz im Namen der ganzen Nation die sofortige Freilassung Jacques Abouchars verlangte. Und da sich der Präsident an die hielt, die das Urteil ausgesprochen hatten, konnten auch die Kommunisten klatschen. Vorher war in den Wandelgängen bekanntgeworden, daß auch der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament sich den Protesten der französischen Volksvertretung angeschlossen haben.

Am Donnerstagmorgen war folgende Meldung in den Pariser Blättern zu lesen: „Madame Marie Bezd, Bäckerin in der Avenue Bosquet und mit der Familie Abouchar, die zu ihren Kunden zählt, befreundet, hat eine Petition zur Freilassung Jacques Abouchars ausgestellt. Seit Sonntag haben sich 328 Bürger in die Listen eingeschrieben.“



Das Modell der neuen Münchner Staatskanzlei nach dem Entwurf von Diethard Sieger und Reto Ganser

FOTO: DPA

Bayern zieht unter die preußische Pickelhaube

Von PETER SCHMALZ

Nun geht der bayerische Ministerpräsident also doch. Zwar nicht mit der Kutsche nach Bonn, aber mit dem Möbelwagen in eine neue Münchner Staatskanzlei. Weil aber der Bau, dessen Gelder in diesen Tagen vom Landtag und Senat gebilligt wurden, erst 1990 bezugsfertig sein wird, ist noch unklar, ob der derzeitige Amtsinhaber Franz Josef Strauß auch erster Hausherr in der künftigen bayerischen Regierungszentrale wird. Oder ob womöglich der Kanzler/Außenminister/Postminister Strauß herbeifliegt, wenn Ministerpräsident Streibl/Landier/Hillermeier (Nichtzutreffendes in beiden Fällen streichen) Einzug hält in den Neubau,

den eine Kuppel krönen wird, die einer „preußischen Pickelhaube“ gleicht.

170 Millionen Mark soll das Projekt kosten, das nahe der Residenz in der Form eines U in den Hofgarten hineingetragen wird. Hier stand vor dem Krieg das Bayerische Armeemuseum; der Bau wurde zerstört und das Museum nach Ingolstadt verlagert. Nur die Kuppel blieb stehen und soll künftig repräsentativer Mittelpunkt sein, mit Vortragssaal und Ausstellungsräumen.

Regiert wird auf knapp 9000 Quadratmetern im nördlichen Flügel, wo der Ministerpräsident von seinem Amtssitz im ersten Stock aus durch einen unterirdischen Gang auch bei Regen und Schnee trocken

nen Fußes hinüberwechseln kann ins noble Prinz-Carl-Palais, das Repräsentationsschloß des Bayern-Chefs. Im südlichen Trakt finden das Haus der Bayerischen Geschichte, die Landeszentrale für politische Bildung, der Datenschutzbeauftragte und der Landespersonalrat Unterkunft.

Wenn im nächsten Jahr der erste Spatenstich erfolgt, werden 34 Jahre vergangen sein, seit der Landtag einen Neubau beschlossen hatte. Seither rückten die Besatzer der Staatskanzlei in der Prinzregentenstraße 7 immer enger zusammen. In der ehemaligen preußischen Gesandtschaft, deren Einfahrt noch immer vom Preußenadler geziert ist, wurde Platz so zur Mangelware, daß selbst Toiletten zu Arbeitsräumen aufgewertet

wurden. Staatssekretär Edmund Stoiber im Haushaltsausschuß: „Es wird langsam Zeit für eine anständige Unterkunft.“ Strauß sprach vor den Senatoren von „unwürdigen Arbeitsbedingungen“.

Er selbst, so gestand er den Vertretern der Zweiten Kammer, komme mit den gegenwärtigen Verhältnissen allerdings glänzend zurecht und brauche keinen neuen Bau: „Ich bin kein ägyptischer Pharao, der eine Pyramide zu seiner eigenen Ehre und zum Ruhme der Nachwelt errichten läßt.“

Fürs Regieren brauche er ohnehin kein prächtiges Haus, hatte er schon vor Jahren verkündet, er würde auch „in einer Baracke oder in einem Zelt arbeiten“.

Stahlfusion mit Weltmarkt-Dimension

Der dritte Partner im Bunde ist auch der mächtigste und reichste. Die CRA Limited, Melbourne, die sich am Mittwoch mit Krupp und Klöckner vermahlte, ist ein Rohstoffgigant von neiderregender Reichtum. Dennoch muß der neue Stahlgigant Arbeitsplätze abbauen.

Von JOACHIM GEHLHOFF

Ihr Unternehmen sei das reichste in Australien („the greatest money company“), verkündeten stolz die Manager des Rohstoffriesen CRA Limited, Melbourne, zur Krupp/Klöckner-Stahlfusion am Mittwoch in Düsseldorf. Und sie fügten gleich ein Kompliment an ihre künftigen deutschen Partner hinzu: Zwei Jahrzehnte lang habe CRA die Welt-Stahlindustrie auf der Suche nach zukunftsreichen eigenen Engagements studiert. 1983 hätte man beinahe die kalifornische Kaiser Steel Corp. gekauft (für den Gegenwert von beinahe einer dreiviertel Milliarde Mark).

Aber nun „haben wir uns sehr gefreut“, als 35-Prozent-Partner in die deutsche Großfusion zur „Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH“ eintreten zu können. Freude über Teilhaberschaft an der seit fast einem Jahrzehnt krisengeschüttelten deutschen Stahlerzeugung? Auf den ersten Blick ist das verblüffend.

Die Verblüffung weicht auch noch nicht, wenn man den für deutsche Unternehmensverhältnisse auch außerhalb der Stahlindustrie neiderregenden Reichtum-Superlativ der Herren aus Melbourne unter die Lupe nimmt. Australiens Rohstoffgigant, der von Kohle über Eisenerz, Bauxit

und sonstigem bis zu Gold und Diamanten quasi eine einzige riesige Rohstoffmine ist, glänzt bei gut 8 Milliarden Mark Umsatz (27 000 Beschäftigte) mit jeweils rund 2,6 Milliarden Mark Aktienkapital und Rücklagen.

Er verdient dank solch ungewöhnlichem Eigenkapitalpolster auch in der weltweiten Rohstoffbörse noch gutes Geld und gehört mit einer seit 1978 gekappten Dominanz der Londoner Rio-Tinto-Gruppe heute als „australisch geführtes Unternehmen“ 48 000 Aktionären. Ist den Australiern ihr Reichtum so zu Kopfe gestiegen, daß sie sich „mit Freuden“ die im alten Europa noch längst nicht ausgestandenen Stahlstrukturprobleme an den Hals hängen wollen?

Der zweite Blick auf diesen in der deutschen Wirtschaft weithin mit Unverständnis begleiteten Vorgang rückt das CRA-Engagement ins vernünftige Licht. Australiens größter Rohstoffkonzern, wie auch der ganze „fünfte Kontinent“, strebt weg vom Status des „Rohstofflieferanten für alle Welt“ mit dem Ziel höherer industrieller Wertschöpfung im eigenen Haus. So wird seit langem und auf vielen Gebieten das Zukunftsreiche gesucht.

Für ihren Rohstoff Eisenerz wurden die CRA-Leute schon 1981 beim deutschen Klöckner-Stahlkonzern fündig. Der hat auch in der Stahlkrise mit beachtlichem Aufwand den Vormarsch in modernste, noch nirgendwo erprobte Verfahren der Stahlerzeugung durchgehalten. Vor allem mit der Entwicklung kapital- und energiesparender Stahlerzeugungsprozesse, die teils den „Umweg“ vom Erz zum Eisen über den Hochofen sparen und teils eine attraktive Alternative zum herkömmlichen Elektrostahlwerk bringen sollen.

Das ist längst nicht mehr blasse Theorie. Es wird im Klöckner-Konzern teils mit nun ausgebauter „Pilotanlage“ (bei der oberpfälzischen Maxhütte) und teils „größtindustriell“ (bei der Osnabrücker Georgsmarienhütte) schon praktiziert. Zwei Beispiele für eine „ganz neue Familie neuer Verfahren“, wie die CRA-Leute nun in Düsseldorf sagten. Sie könnten eines Tages auch die Landschaft herkömmlicher Stahlstrukturen radikal verändern.

Eines Tages? Bis sich Neues in der Rendite lohne, könne man ja auch getrost zehn Jahre warten, meinen die reich gepolsterten Australier mit auch hier neiderregender Gelassenheit. Bei Klöckner war solche Vision der CRA bislang schon etliche Engagements, auch in „Joint ventures“, mit etwa 200 Millionen Mark Kapitaleinsatz wert. Dazu kommt nun mit 525 Millionen Mark der CRA-Anteil an fusionierten Krupp/Klöckner-Stahlbereich. Daß die Australier den mit (auch bisher schon üblichen) Eisenlieferungen „bezahlen“, ist für CRA zwar verkaufstrategisch interessant, im Gesamtbild dieses Engagements aber denn doch der „Nebenkriegsschauplatz“.

Weit wichtiger an der CRA-Beteiligung bei der Krupp/Klöckner-Fusion zum (nach Thyssen) zweitgrößten deutschen Stahlgiganten ist die internationale Dimension, die dieser Zusammenschluß damit erhält. Moderne deutsche Stahlwerkstechnologie, entwickelt und praktiziert auf dem Nährboden eines gesunden heimischen Stahlpotentials, gewinnt aus dem Dreibund CRA/Klöckner/Krupp verstärkte Verwertungschancen auf dem Weltmarkt – zum Wohle auch der heimischen Arbeitsplätze.

Vor dem Erfolg freilich kommt noch viel Schweiß. Die „Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH“, die Anfang 1985 ins Leben treten soll, schleppt noch die üblichen Stahlprobleme mit sich. Voran die nun vage angedeuteten weiteren Kapazitätserschließungen mit dem Verlust von voraussichtlich nochmals 3000 Arbeitsplätzen, woraus vor allem der „Fusionsvorteil“ von bis zu 250 Millionen Mark jährlicher Kostenersparnis kommen soll. Welche Stahl-Standorte trifft's? Die Fusionspartner schweigen noch, die jeweils „landespolitische“ Gegenwehr formiert sich bereits lautstark.

Gewinne aus eigener Kraft jedoch braucht das neue Gebilde mit seinen 43 000 Beschäftigten, 10 Milliarden Mark Umsatz, 1,5 Milliarden Mark Eigenkapital – und etwa 5 Milliarden Mark Schulden. Denn seine Mütter Krupp (35 Prozent) und Klöckner (30 Prozent) werden, so versichern sie einhellig, bei Verlustdeckungsbedarf weder Bargeld noch Garantien nachschließen. Der neue Stahlgigant soll auf eigenen Füßen stehen. Unerlässlich deshalb, so meinen Klöcknerchef Henle und Kruppchef Scheider, daß Bonn dieser Stahlehe die gleiche Morgengabe von etwa 500 Millionen Mark aus der Staatskasse widmet, mit der vor Jahresfrist die Krupp/Thyssen-Stahlfusion bedacht werden sollte.

Damals war's zu wenig. Exakt vor einem Jahr ist darob am 26. Oktober jene Stahlehe gescheitert. Sie sollte die Initialzündung für die notwendige Umstrukturierung der gesamten Branche liefern. Der neue Anlauf scheint von Klöckner und Krupp auch in Bonn besser vorbereitet zu sein.



Freiheit für Abouchar fordern Tausende von Demonstranten vor dem afghanischen Konsulat in Paris. Seit dem 17. September sitzt der Fernsehjournalist in Kabul in Haft. Und wenn es noch dem Willen seiner Richter geht, die ihn wegen illegalen Grenzübertritts in Begleitung „bewaffneter Banditen“ verurteilten, soll er dort noch 18 Jahre hiebleben.

FOTO: AP

Der Platin Noble - ein Investment für die Zukunft.

Denn der Preis für Platin wird durch die Nachfrage aus zukunftsorientierten Technologien bestimmt. Medizin, Chemie und hochwertige Technik kommen ohne Platin nicht mehr aus.

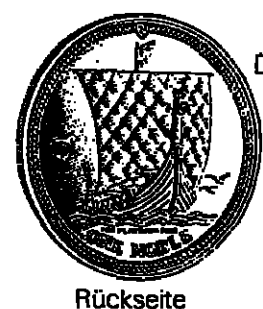
Der Platin Noble besteht aus einer Unze (31,1 g) reinem Platin. Wenn Sie größere Beträge anlegen wollen, empfiehlt sich der Erwerb in Luxemburg, weil er dort mehrwertsteuerfrei ist.

In jeder unserer Geschäftsstellen ist der Platin Noble leicht zu kaufen – selbstverständlich auch zur Auslieferung in Luxemburg. Das Aufgeld beim Kauf ist niedrig. Der Verkauf ist einfach und unser Rückkaufpreis günstig.

Auch wenn Sie noch kein Konto bei uns haben, beraten wir Sie gern über diese Anlagemöglichkeit in Platin.



Vorderseite



Rückseite

Die Abbildungen entsprechen etwa der Originalgröße.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Worms: Dunkelmänner gefährden Rechtsstaat

Heftige Debatte in Düsseldorf zum Fall Rohde

DW, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) will den Datenschutzbeauftragten des Landes bitten, im Falle Rohde "tätig zu werden". Der Regierungschef betonte am Mittwochabend im Düsseldorfer Landtag in einer Rede, die teilweise von Tumulten begleitet wurde, der Datenschutz werde "jeden Vorgang einsehen" können, "den er sehen möchte".

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" hatte dem ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten und designierten FDP-Spitzenkandidaten Achim Rohde die Vernichtung von Amt und Geschäft vorgeworfen. Rohde hatte daraufhin dem Innenministerium "Indiscretionen angelastet".

Rau erklärte, nach Vorliegen des Berichtes des Datenschutzbeauftragten sei er gern bereit, den "Hauptanschuldigten" des Landtags zu unterrichten und die dann feststellbaren Sachverhalte zu diskutieren.

CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms kündigte an, seine Fraktion werde in dieser Sache "alle parlamentarischen Mittel bis hin zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nutzen". Worms und sein Fraktionskollege Rolf Klein ließen keinen Zweifel daran, daß nach Meinung der Unionsabgeordneten dem Innenministerium die Verletzung von Datenschutzbestimmungen anzulasten sei.

Der Regierungschef schloß aus, daß Angaben über Rohde aus dem Innenministerium weitergegeben worden seien. Er habe keinen Anlaß zum Zweifel an einer entsprechenden Erklärung des Innenministers und seiner Mitarbeiter. "Auch in der Staatskanzlei sind keine Vorgänge darüber vorhanden", versicherte der Ministerpräsident, "so daß die Indiscretionen nicht von dort stammen können".

Rau betonte, daß er sich nach wie vor nicht zu den Gründen äußern werde, die vor einem Jahr zur Entlassung Rohdes als Regierungspräsident geführt hätten. Rohde sei "als politischer Beamter ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden", es habe sich nicht um disziplinarrechtliche Gründe gehandelt. Er sei auch jetzt "für

alle Gespräche offen, das gilt auch für Herrn Rohde".

Oppositionschef Worms beklagte, daß der Rechtsstaat Gefahr laufe, wie im Fall Rohde an "Dunkelmänner" ausgeliefert zu werden, wenn man nicht endlich "rechtsstaatlichen Prinzipien" zum Durchbruch ver helfe. "Wenn wir diese Einstellung zur Rechtsstaatlichkeit nicht ab sofort beherzigen", meinte Worms auch im Hinblick auf Veröffentlichungen über Bonner Politiker, "dann weiß ich nicht, wohin das Schiff unseres Staates segelt". Er wies darauf hin, daß Rohde auch nach seiner Entlassung "totalitär in der Obhut der Landesregierung bleibt" und sich deshalb auf den vollen Schutz seines Dienstheimes verlassen können müsse.

Während sich die Landesregierung - auch aus Datenschutzgründen - geweigert hatte, die Vorwürfe der Zeitschrift zu erörtern, stützte sich der CDU-Abgeordnete Rolf Klein bei seinen Ausführungen auf umfangreiches Datenmaterial, das ihm nach eigener Auskunft Rohde zur Verfügung gestellt hatte.

Klein fragte Innenminister Herbert Schnoor, warum er nicht sofort nach Bekanntwerden der "Spiegel"-Veröffentlichungen eine "vordisziplinäre Untersuchung gegen Unbekannt" eingeleitet habe und ob er - im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes - "eine einzige Maßnahme" getroffen habe, "die den Umgang mit Personalakten schwieriger macht". Der Artikel habe "verräterische Irrtümer" über Rohdes Verhalten beinhaltet, die nur den Schluß zuließen, daß die Informationen dafür aus dem Ministerium Schnoors stammten.

Bis zum späten Nachmittag war unklar gewesen, ob überhaupt eine Debatte über den Fall Rohde geführt würde. Nachdem sich Ministerpräsident Rau geweigert hatte, die von der CDU geforderte "Regierungserklärung" abzugeben, war es im Verlauf der Plenarsitzung immer wieder zu Verhandlungen zwischen den Fraktionsgruppen von SPD und CDU gekommen. Rau bestand darauf, in einer "einfachen Erklärung" Stellung zu nehmen und anschließend für Fragen zur Verfügung zu stehen. Damit gaben sich die Unionsabgeordneten schließlich zufrieden.

Vorerst keine Sacharow-Straße in Bonn

Von WALTER H. RUEB

Bei den meisten Fragen zuckte der 34-jährige Elektroingenieur Efrim Jankewitsch aus Newton im US-Staat Massachusetts die Schultern. Der schmächtige, unauffällige Schwiegersohn und Bevollmächtigte des sowjetischen Bürgerrechtlers, Atomphysikers und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow weiß über das Schicksal des Verbannten nur wenig mehr als jeder aufmerksame westliche Zeitungsleser. "Sechs Monate lang waren wir ohne gesicherte Nachrichten", sagte Efrim anlässlich eines Kurzbesuches in Bonn. "Erst am 31. September und 1. Oktober trafen neue Lebenszeichen aus Gorki ein. Zwei Postkarten... Sie wurden einwandfrei von meiner Schwiegermutter Elena Bonner geschrieben. Über den Professor, seinen Gesundheitszustand, Hungerstreik und anderes kein Wort. Die Zensur... Doch für uns waren die Karten eine große Erleichterung."

"Wir haben schönes Wetter", stand auf einer Karte. "Wir waren im Kino" auf der zweiten. Efrim deutete die lapidaren Sätze und das prononcierte "Wir" so: "Die beiden Verbannten sind offenbar wieder zusammen, mein Schwiegervater möglicherweise nicht mehr im Krankenhaus."

Zwar nicht authentisch, nach Ansicht von Jankewitsch jedoch

glauwürdig, sind die Schilderungen über die Lebensbedingungen von Andrej Sacharow und seiner Frau in der Verbannung. Sie bezahlen angeblich für die Vier-Zimmer-Wohnung am Stadtrand keine Miete. Die Wohnung gehört dem KGB, wird von einem Millionär rund um die Uhr bewacht und ist mit Wanzen gespickt. Ein Störsender macht das Radiohören zur Tortur, die Nachbarn gehen den verärgerten Bewohnern aus Angst vor Polizei und KGB aus dem Weg, und beim Verlassen der eigenen vier Wände müssen Papiere, Fotos und andere persönliche Sachen mitgenommen werden, um sie vor dem Zugriff neugieriger Schergen zu bewahren.

Efrim Jankewitschs Auftreten in Bonn verriet Entschlossenheit, Sicherheit und Optimismus. Er ist seit sieben Jahren dem Sowjet-Staat entronnen, hat längst einen amerikanischen Paß. London ist die nächste Station seiner Europa-Reise. "Es gilt dort, das fünfte Sacharow-Hearing vorzubereiten."

Die weltweite Kampagne für die Verbannung, die seit Jahren einer Weltmacht Widerstand leisten, wird weitergehen - ungeachtet der Enttäuschung in Bonn. Tatsächlich mußte Sacharows Schwiegersohn die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland mit leeren Händen und einem negativen Bescheid von Ober-

bürgermeister Hans Daniels verlassen. Die Hoffnung, daß Bonn ähnlich wie New York, Washington und zahlreiche andere Welt-Metropolen eine Straße nach dem Symbol von Menschenrecht und Freiheit benennt, wird aller Voraussicht nach an einem Grundsatz scheitern. Dieser besagt, daß Straßen und Plätze in der Hauptstadt am Rhein nicht nach lebenden Personen benannt werden können.

Jankewitsch zeigte sich sichtlich enttäuscht darüber, daß die von 3245 Bonner Bürgern und auch vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages unterschriebene Petition, der Hinweis auf eine Ausnahmeregelung in New York und das eloquente Engagement einer Frau wie Cornelia Gerstenmaier, Tochter des früheren Bundestagspräsidenten und Vorsitzenden der "Gesellschaft Kontinent", die die Sache der sowjetischen Dissidenten innerhalb und außerhalb ihrer Heimat zu der ihren gemacht hat, wohl vergeblich bleiben werden.

Das Versprechen des Bonner Oberbürgermeisters, der Rat der Stadt werde darüber befinden, ob eine Ausnahme gemacht und die Waldstraße in Bonn-Bad Godesberg - wo die sowjetische Botschaft ihren Sitz hat - in Andrej Sacharow-Straße umbenannt werde, klang nicht sehr überzeugend. Ziemlich freudlos nahm Efrim schließlich eine Kasset-

te mit Schallplatten von Ludwig van Beethoven, Bonns größtem Sohn, entgegen und flüchtete sich vor das Mikrofon einer Fernsehstation.

Seine Bitterkeit hielt jedoch nicht lange an. Wenig später berichtete Efrim über Anteilnahme und Interesse des deutschen Bundespräsidenten am Schicksal seines Schwiegervaters, schließlich gar über eine fast sensationelle Neuigkeit. "Vor zwei Wochen haben die afghanischen Freiheitskämpfer angeboten, alle gefangenen Sowjetarmisten, die zur Heimkehr in die Sowjetunion bereit sind, gegen meinen Schwiegervater auszutauschen. Sie tun dies wohl in der Erinnerung daran, daß Andrej Sacharow bereits am 17. Januar 1980 den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verurteilt hat und dafür fünf Tage später in die Verbannung nach Gorki geschickt wurde."

Das Angebot der afghanischen Freiheitskämpfer paßt gut in die Landschaft. Reader's Digest startete jetzt eine eigene Kampagne für die Freilassung Sacharows. Das Novemberheft, das über 100 Millionen Menschen auf der ganzen Welt lesen werden, enthält einen Aufruf, den Kreamit Briefen zu bombardieren und ihn aufzufordern, die Verfolgung des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow und seiner Frau Elena Bonner endlich zu beenden.

Kein Gesetz gegen Amtsuntreue

dpa, Frankfurt

Das Bundesjustizministerium denkt nicht daran, einen Straftatbestand "Amtsuntreue" einzuführen, um verstärkt gegen die Verschwendung von Steuergeldern im öffentlichen Dienst vorgehen zu können. Das geht aus einer gestern veröffentlichten Antwort auf mehrere parlamentarische Anfragen des CDU-Bundestagsabgeordneten Dieter Weirich hervor. In der Stellungnahme des Bundesjustizministeriums heißt es nach Angaben von Weirich, der geltende Tatbestand der Untreue im Straßengesetzbuch stelle einschlägiges Unrecht unter Strafe. Die praktische Handhabung des vorhandenen gesetzlichen und organisatorischen Instrumentariums müsse jedoch effektiver gestaltet werden.

WDR-Gesetz: CDU droht mit Klage

Erste Lesung im Landtag / Rau versucht Befürchtungen der Opposition zu zerstreuen

DW, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion hat bereits während der ersten Lesung des geplanten WDR-Gesetzes eine Verfassungsklage gegen den Entwurf der sozialdemokratischen Landesregierung vorausgesagt. Ihr Argument: Das beabsichtigte Gesetz werde den Westdeutschen Rundfunk derartig mit "Wirtschaftsmacht" ausstatten, daß ein "Behinderungs- und Vernichtungswettbewerb" mit privaten Anbietern von Rundfunk- und Fernsehprogrammen sowie mit Zeitungsverlagen programmiert sei.

Die Novellierung gibt der größten Sendeanstalt der ARD die Möglichkeit, sich in allen Bereichen der Medienlandschaft zu betätigen, mit Pri-

vaten zusammenzuarbeiten und sich sogar an privaten Unternehmen zu beteiligen. Die Befürchtungen der Opposition gelten einem "Medienverbund" mit der kapitalkräftigen Essener WAZ-Gruppe, von dem immer wieder die Rede ist. Daß der WDR künftig auch Satelliten- und Breitbandnetze nutzen, Spartenprogramme gegen Gebühren sowie lokale Programme anbieten können soll, löst ebenfalls Unruhe aus.

Die umstrittene Zusammenarbeit mit Privaten wurde von Ministerpräsident Johannes Rau lediglich als Klarstellung der bereits gegebenen Kooperationsmöglichkeiten charakterisiert. Es handle sich keinesfalls um ein Privileg, das dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk jetzt einge-

räumt werden solle. Rau versicherte ausdrücklich, daß lokaler Rundfunk künftig nicht in die Hand der Landesrundfunkanstalt WDR gegeben werden kann. Die Zulassung privater Anbieter soll allerdings erst in einem Landesmediengesetz geregelt werden.

Der Ministerpräsident räumte ein, es wäre der Sache förderlich gewesen, dieses Gesetz und die WDR-Novelle gleichzeitig einzubringen. Doch habe nicht zuletzt das Echo auf den Medienkompromiß der Ministerpräsidenten deutlich gemacht, "daß wir noch nicht am Ende der Gespräche über die rechtliche Grundlage und das Nebeneinander der privaten Veranstalter mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten seien."

Genscher warnt USA vor neuem Handelsembargo

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) haben nachdrücklich vor Eingriffen der Vereinigten Staaten in den internationalen Technologietransfer gewarnt, die zu Schwierigkeiten für die europäische Industrie führen könnten. Späth empfahl dem Bundeskanzler, in Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten "unmissverständlich klarzumachen", daß aus dieser Entwicklung eine langfristige Gefährdung von Zusammenarbeit und Handelsfreiheit entstehen könnte.

Ausgangspunkt der Besorgnisse sind amerikanische Bestrebungen, die Ausfuhr technologischer Erzeugnisse nach Osteuropa so stark auszuweiten, daß daraus "neue Formen von Handelsembargos" entstehen könnten, wie Späth in einer ZDF-Sendung erklärte.

Auf die daraus auch für die westeuropäische Wirtschaft resultierenden Probleme wies Außenminister Genscher in Stuttgart gesten vor der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland hin. Diese Sorgen betreffen die "extraterritoriale Wirkung" amerikanischer Regulierungen, beschränkende Regelungen im Auftrags- und Geheimhaltungswesen sowie Beschränkungen in der Mitarbeit ausländischer Forscher.

Genscher betonte: "Der freie Fluß von technologischem Know-how, der Austausch von Wissenschaftlern und Forschern, die gemeinsame Arbeit an wichtigen langfristigen Forschungs- und Entwicklungsprojekten sind unentbehrlich, wenn der Westen seinen umfassenden Zukunftsaufgaben gerecht werden will."

Generell vertrat der Außenminister die Ansicht, daß die Partnerschaft zwischen den USA und Europa keine Einbahnstraße sein dürfe. Dies gelte auch für die Rüstungsbeschaffungen und für ungerechtfertigte Kritik an den europäischen Verteidigungsanstrengungen. Um die Partnerschaft zu festigen und auszubauen, sei eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO zweckmäßig.

Diesem Ziel dient die heutige Jubiläumstagung der Westeuropäischen Union in Rom, bei der unter Genschers Vorsitz die Revitalisierung der WEU vorangetrieben werden soll.

Gibt's das schon **JA** einen Kopierer der Originale einzieht in Stufen und stufenlos verkleinert, vergrößert A4 doppelseitig alles bis A2 kopiert automatisch das richtige Papierformat wählt 20- oder 40-Fach sortiert?

Der neue U-BIX 500 Z kann einfach alles und dabei ist er unglaublich leicht zu bedienen. Mit dem kann jeder kopieren.

Bei U-BIX auf der ORGATECHNIK vom 25.-30. Oktober 1984 in Halle 11, Gang A/B, Stand 50/49

U-BIX
KOPIERER

U-BIX International, Hamburger Straße 11
2000 Hamburg 76, Telefon (040) 22 93 40

Geht noch ein Zug nach Europa?

Richtige Fragen, wenig Antworten: Ralf Dahrendorfs „Reisen nach innen und außen“

Das Buch „Reisen nach innen und außen“ ist zugleich ein Buch über Ralf Dahrendorf. Es gibt Auskunft über das geistige Koordinatensystem des Intellektuellen, des Liberalen, des Kosmopoliten Dahrendorf – und es ist ein ehrliches Buch in dem Sinne, daß es den Leser teilhaben läßt an dem Versuch des Autors, sich selber Rechenschaft zu geben, frühere Ansichten zu überprüfen, den heutigen Standort zu suchen. Das Suchen, Annähern, die letzte Ungewißheit durchziehen das Buch wie ein roter Faden.

Es gibt also keine fertigen Antworten. Hier tastet sich vielmehr jemand durch Problemfelder der heutigen Zeit, ohne sicher zu sein, ob er dabei den Landmarken vor seinen Augen oder dem Kompaß in seiner Hand trauen kann. Diese Haltung ehrt den Intellektuellen, den Wissenschaftler: sie wird freilich problematisch, wenn politisches Handeln gefordert ist. Denn der handelnde Politiker hat häufig nicht die Möglichkeit,

Ralf Dahrendorf:
Reisen nach innen und außen
Aspekte der Zeit. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 284 S., 32 Mark

mit seinen Entscheidungen so lange zu warten, bis alle Parameter dafür zweifelsfrei geklärt sind. Nur zu oft befindet er sich in der Lage eines Notarztes, der rasch handeln muß, ohne zuvor die Ergebnisse des Labortests zu kennen.

Von beiden, vom Arzt wie vom Politiker, wird dann mit Recht eine Fähigkeit verlangt, die man mit „Fingerspitzengefühl“ oder mit „sicherem Instinkt“ beschreiben könnte. Es ist die Fähigkeit, auch ohne letzte Gewißheit das Richtige zu tun – oder, wie Dahrendorf es formulieren würde, jedenfalls das Falsche zu vermeiden. Darin steckt dann immer ein gutes Stück Wagnis, und der Irrtum bleibt selbstverständlich vorbehalten.

Dahrendorf selbst ist dieses Wagnis mehrfach eingegangen, sei es als Wahlkämpfer in Baden-Württemberg, sei es als Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt oder als Kommissar der Europäischen Gemeinschaft. Auch von diesen Erfahrungen berichtet das Buch – allerdings weniger in Form einer Tatsachendarstellung als vielmehr im Wege der Reflexion. Denn das ist ebenfalls Dahrendorfs Thema: das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis, Akademie und Politik, Betrachtung und Tat.

Dieses Spannungsverhältnis wird auf ganz amüsante Weise personifiziert in dem Kapitel „Zweierlei Autobiographie oder: Kämpfer und Käfer“, in dem Dahrendorf die Jahre 1968/69 aus der Sicht Ernst Jüngers – des Betrachters – und aus seiner eigenen Sicht – der des Kämpfers – darstellt. Daß er diese Zeit des aktiven politischen Geschäfts durchaus mit innerem Engagement absolviert hat – ja, auch Genußnahme über seine Bewegungen zeigt, ist unverkennbar. Und dennoch wirkt das alles im Buch wie bloße Episode, wie ein aufregender Ausflug in die spannende Welt der aktiven Politik, von dem man gern wieder in die ganz andere Luft der Wissenschaft zurückkehrt.

Vielleicht liegt es an der persönlichen Erfahrung, die Dahrendorf als Politiker gemacht hat, daß er vehement gegen die Vorstellung ankämpft, es könne eine Einheit, eine Synthese von Theorie und Praxis in der Politik geben. Diese Vorstellung ist für ihn „eine große Lüge“, sie „verunreinigt das Denken durch eingeschmuggelte Vorurteile und bloße Meinungen; sie überhöht das Handeln durch ideologische, also nachweisbar interessengeleitete Ansprüche, in denen die Bedrohung der Totalität immer ge-

genwärtig bleibt“. Auf der gleichen Linie liegt es, wenn der Verfasser am Beispiel von Raymond Aron – und trotz dieses Beispiels – schlußfolgert, daß Intellektualismus und Machtausübung unvereinbar sind.

Für möglich und sogar wünschenswert hält Dahrendorf hingegen die wissenschaftliche Politikberatung nach dem Muster der amerikanischen Brookings Institution, die sozusagen „ritings auf der Grenze von Politik und Wissenschaft“ angesiedelt ist. Hier wird nicht wertfrei geforscht, sondern anwendungsbezogen – aber ohne den Anspruch, damit Politik machen zu wollen. Die amerikanische Tradition des „Grenzgebietes“, d. h. des häufigen Umstehens von der Wissenschaft in die Politik und umgekehrt, hält dann auch in den USA ein Reservoir von geeigneten Persönlichkeiten für solche Institutionen bereit. Dahrendorf bedauert, daß dieses System sich schlecht übertragen läßt, weil anderswo die Trennung von Wissenschaft und Politik total ist (Beispiel Großbritannien) oder (Beispiel Bundesrepublik Deutschland) die Vermischung bereits zu weit geht.

Manche Kapitel des Buches, etwa über die Reisen nach Polen, Afrika oder Südamerika, aber auch die Erfahrungen mit dem Machtinstinkt des maltesischen Inselhüppchens Dom Mintoff, sind sehr persönliche Berichte von eher anekdotischem Charakter. Ebenfalls persönlich geprägt, doch mit allgemeinerem Anspruch, behandelt Dahrendorf das deutsche Problem. Er kreist das Thema ein, indem er zunächst zwei Persönlichkeiten vorstellt, die jede auf ihre Weise untypische Vertreter ihres (Berufs-)Standes waren und die beide unerfüllte deutsche Möglichkeiten repräsentieren: Kronprinz Friedrich und Julius Leber. Sodann beschreibt er – gewissermaßen im Wechselgespräch mit Friedrich Sieburg – sein Problem, als Auslandsdeutscher das Schicksal der deutschen Geschichte ständig im Gepäck mitschleppen zu müssen. Originell erscheint diese persönliche Aufarbeitung, garniert mit manchen Koketterien, allerdings nicht.

Wichtiger sind dagegen Dahrendorfs

Überlegungen im Zusammenhang mit der deutschen Frage. Ihrer Lösung könne man nur näherkommen, wenn die Bundesrepublik Deutschland eine eigenständige, konzeptionelle Außenpolitik entwickle. Für den ehemaligen EG-Kommissar gibt es da nur ein sinnvolles Konzept: die Arbeit am vereinigten westlichen Europa. Allerdings, so meint er, sind dorthin so gut wie alle Züge abgefahren, die Chancen verpaßt. Da er die anderen Konzepte – das national-neutrallistische von Egon Bahr, Brandts moralischen Ansatz und Adenauers Westpolitik – verwirft, bleibt für ihn am Ende nicht viel mehr als Resignation, verbunden mit einem Funken Hoffnung, daß die europäische Integration gegen allen Anschein noch verwirklicht werden könnte.

Von Skepsis, sogar Pessimismus geprägt sind auch die stärksten Kapitel (5 bis 10) des Buches. Da geht es um die Erstarung der Wohlstandsgesellschaft, die zugleich zur Gefährdung der dynamisch verstandenen Freiheit führt; da wird in beklemmender Weise die Ablösung des Sparökonomismus durch den Pumpökonomismus, durch eine „Ökonomie des Als-ob“ beschrieben; da widmet sich Dahrendorf der neuen Unterklasse – jenen Menschen also, die in der hochindustrialisierten Gesellschaft nicht ihren Platz finden können und (in Anlehnung an Marx formuliert) zum „Lumpenproletariat“ verkommen, zu einer gesellschaftspolitisch einflusslosen Gruppe.

Das Thema der Freiheit wird erneut in den Kapiteln 8 und 9 unter dem Gesichtspunkt von Bürgerfreiheit gegen Behördensolidarität sowie hinsichtlich ihrer Gefährdung in der Massendemokratie behandelt. Unter der Überschrift „Anmerkungen zum Gesellschaftsvertrag, Artikel 1, Absatz 1 und 2“ setzt sich Dahrendorf mit dem Befund auseinander, daß in der heutigen Gesellschaft die Normen zunehmend ihre Geltungskraft verlieren und durch „Optionen ohne Bindungen“ ersetzt werden. Da der Versuch, Normen in einem bloß äußerlichen Sinne zu erzwingen, entweder wirkungslos bleibt



Ralf Dahrendorf FOTO: DPA

oder totalitär entartet, wird eine innere Verbindlichkeit der Normen gefordert – der Autor nennt das „Ligaturen“.

Man muß nicht jede Ansicht und Einsicht in den eindringlichen und formal virtuos Darlegungen Dahrendorfs teilen, aber bedenkenswert sind seine gesellschaftspolitischen Diagnosen allemal. Gleiches gilt nicht zuletzt auch für das Kapitel mit der kritisch gemeinten Überschrift: „Das Gewissen steht auf“, in dem der Verfasser gegen die mißbräuchliche Berufung auf das Gewissen im politischen Meinungskampf zu Felde zieht und sich dabei kritisch – und überzeugend – mit Franz Alts Buch „Frieden ist möglich“ auseinandersetzt. Allerdings bleibt festzuhalten, daß sich Dahrendorf bei seiner eigenen Kritik an der Nachrüstungsentscheidung als wenig sachkundig erweist (z. B. Verwechslung von „Ersteinstanz“ und „Erstschlag“).

Insgesamt ein Buch, dem kein durchgängiges Konzept zugrunde liegt (darauf macht Dahrendorf selbst im Vorwort aufmerksam), sondern das durch seinen sehr persönlich geprägten Charakter zusammengehalten wird. Wer bereit ist, dem Bemühen des Autors um das Verständnis unserer Zeit zu folgen, wenn es eher auf richtige Fragen als auf patente Antworten ankommt, der wird dieses Buch mit Gewinn lesen.

VOLKER RÜHE

Vor den Volkskongressen resignierte Theodor Heuss

Theo Rütten über den deutschen Liberalismus 1945–1955

Die Liberalen hatten es im Nachkriegs-Deutschland schwerer als die Christdemokraten und die Sozialdemokraten, sich politisch zu organisieren und als Partei in Erscheinung zu treten. Erst im Dezember 1948 konstituierte sich die Freie Demokratische Partei (FDP) Westdeutschlands als Bundespartei in Heppenheim und wählte Theodor Heuss zu ihrem 1. Vorsitzenden. Bis dahin war sie als Zonenpartei und in Landesverbänden aufgetreten. Die Liberaldemokratische Partei (LDP) Mitteldeutschlands trat unter ihrem Vorsitzenden, dem früheren Reichsinnenminister der Weimarer Republik und letzten demokratischen Oberbürgermeister von Dresden vor der Machtergreifung, Wilhelm Külz, schon früher in Erscheinung.

Beiden liberalen Gruppierungen war der Wille gemeinsam, eine alle vier Besatzungszonen umfassende gesamtdeutsche liberale Partei zu gründen. Ein Koordinierungsausschuß aller vier Zonen tagte am 8. und 9. November 1948 in Coburg und einigte sich, beim Alliierten Kontrollrat die Zulassung als Reichspartei der Liberalen mit einheitlichem Namen und Programm für ganz Deutschland zu beantragen. Als Name sollte dem ersten Parteitag „Demokratische Partei Deutschlands“ vorgeschlagen werden. Ihr Sitz sollte der Ort der künftigen deutschen Regierung sein. Theodor Heuss (Stuttgart) und Wilhelm Külz (Bertin) wurden gleichberechtigte Vorsitzende des Koordinierungsausschusses, der abwechselnd in den einzelnen Besatzungszonen tagen sollte.

Leider blieben diese Vorstellungen ein Wunschtraum! Sie scheiterten an den Einwänden der Sowjetunion und Frankreichs ebenso wie an der in der Sowjetzone betriebenen Gleichschaltung bis zu den kommunistisch beherrschten Volkskongressen. Resignierend schrieb Theodor Heuss an Wilhelm Külz: „Ich denke nicht daran, den Osten abzuschieben, aber ich fürchte, daß die kommende Politik der Volkskongresse ein Scheitern des Liberalismus herbeiführt, das für die deutsche Gesamtlage nur unerwünscht sein kann.“ Er behielt recht. Als Wilhelm Külz am 10. April 1948 starb, gelang es seinem Nachfolger Arthur Liebenberg nicht mehr, die organisatorischen Verbindungen zu den westdeutschen Liberalen aufrechtzuerhalten.

Es ist das Verdienst Theo Rützens, das erste Jahrzehnt des deutschen Liberalismus nach dem 2. Weltkrieg mit großem Fleiß nachgezeichnet zu haben. Im einzelnen wird zunächst die Deutschlandpolitik der westdeutschen Liberalen, sodann ihre Gesellschaftspolitik abgehandelt. Wilhelm Heile und Franz Blicher, die ersten Vorsitzenden der FDP in der britischen Besatzungszone, sind nicht nur in ihren persönlichen Wesensverschiedenheiten geschildert. Auch ihre politischen Vorstellungen im künftigen Deutschland gingen auseinander. Dabei läßt der Verfasser der Persönlichkeit Franz Blichers, des späteren Nachfolgers von Theodor Heuss im Parteivorsitz und Vizekanzlers im Kabinett Adenauer, mehr Gerechtigkeit widerfahren, als es die offizielle Sprachregelung der heutigen FDP zulassen würde. Auch die Gegenpositionen der Liberalen gegen den Sozialismus und ihr Eintreten für eine freie Marktwirtschaft sind anhand der Haltung der Liberalen im Frankfurter Wirtschaftsrat und bei der Unterstützung Ludwig Erhards gut herausgearbeitet.

In der Behandlung der Deutschland- und Gesellschaftspolitik der LDP Mitteldeutschlands ist eine Fülle, zum Teil in der westdeutschen Öffentlichkeit unbekannter Einzelheiten nachzulesen. Sie beweisen die Bemühungen von Külz und anderer um einen Einheitsstaat mit einer gesamtdeutschen

Volksvertretung, besonders in den Reden auf dem Eisenacher Parteitag der LDP im Juli 1947. Nicht minder groß waren die Anstrengungen, das Privateigentum in der mittleren und unteren Ebene zu bewahren, besonders in Handel, Handwerk und Gewerbe. Dagegen zog die LDP in der Sozialisierung der Grundstoffindustrien und Produktionsmittel mit der SED an einem Strang, nicht zuletzt unter dem Druck der sowjetischen Militäradministration.

Einen breiten Abschnitt widmet der Verfasser dem Spannungsverhältnis zwischen der Europapolitik und der Deutschlandpolitik in der FDP. Er stellt richtig fest, daß

Theo Rütten:
Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955
Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. 396 S., 69 Mark.

damals die Einheit und Freiheit Deutschlands für die Liberalen vor der europäischen Frage rangierte. Darum lehnten die Liberalen im Bundestag als einzige Fraktion den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ebenso ab, wie vorher das Saarstatut, da beide ihrem Wiedervereinigungstreben entgegenstanden. Mit Recht werden die Verdienste der FDP um die Verbesserung der Westverträge herausgestellt, die Einführung der Revisionsklausel und die Beseitigung der einer Wiederbewaffnung entgegenstehenden psychologischen Hemmnisse.

Dagegen verwendet der Verfasser zuviel Mühe darauf, eine Unterwanderung der FDP Anfang der fünfziger Jahre durch Rechtsradikale festzustellen. Zwar sind politisch leichtfertige Kontakte und personelle Fehlentscheidungen in einigen Landesverbänden Norddeutschlands zu beklagen gewesen. Aber eine Untersuchungskommission unter Vorsitz des Bundesjustizministers Thomas Dehler hatte nach ihrem Bericht einen Bundesvorstandsbeschluß vom 7. Juni 1953 zu Folge, in dem es lapidar hieß: „Die FDP ist nicht unterwandert! Die einzelnen festgestellten Versuche sind gescheitert!“ Auch die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft reichten zu einer Anklageerhebung gegen verhaftete ehemalige Funktionäre des NS-Staates nicht aus. Dennoch hat die monatelange Erörterung dieses Themas mit dazu beigetragen, daß die Liberalen bei der Bundestagswahl 1953 Einbußen von 2,4 Prozent gegenüber 1949 zu beklagen hatten.

Die Meinungsunterschiede zwischen den „Nationalliberalen“ und den „Linkliberalen“ waren überdies nicht erst an diesem Falle erkennbar. Schon auf dem 1. Bundesparteitag in Heppenheim 1948 wurde dieses Spannungsverhältnis sichtbar, an dem die Liberalen bis heute zu tragen haben.

Das vorliegende neue Buch ist aus einer Dissertation des Verfassers (1979/1981) entstanden. Die Ende 1982 eingetretene Wende der Liberalen zur CDU/CSU-Koalition ist offensichtlich mit ein Grund dafür, daß Rütten heute in der 23seitigen Einleitung einiges relativiert, so auch den übertrieben Anspruch Werner Maihofer, die vorherige Koalition aus Sozialdemokraten und Liberalen habe die historische Dimension einer Überwindung des Konflikts zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft in Deutschland.

Insgesamt ist diese Arbeit ein gelungener Beitrag zur neueren Zeitgeschichte. Aber ihr fehlt, wie allen aus der Aktenlage und anderem Archivmaterial entstandenen Darlegungen, das lebendige Zeugnis der Handelnden, ihrer Motive und Hintergründe.

ERICH MENDE

Kein zweites Wunder an der Weichsel

Weder die abgründige Verurteilung Polens und der Polen, wie sie unter dem Nationalsozialismus geübt wurde, noch die hochjubelnde Anpreisung, deren man sich jetzt mancherorts beileidet, tragen zur Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses bei. Noch sind wir sehr weit von einer „Ungewöhnlichen Normalisierung“, wie Herausgeber Werner Plum seinen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Sammelband nennt, entfernt (Verlag Neue Gesellschaft, Bonn. 326 S., 19,90 Mark). Daß eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen anzustreben ist, bleibt unbestritten, aber das setzt voraus, daß nichts, was zwischen beiden Seiten zu erörtern ist, beschönigt oder verschwiegen wird.

Aus dieser Sicht ist es unverstänlich, wenn deutsche Autoren bereit sind, die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat nicht nur zu erklären, sondern sogar zu entschuldigen. Plum schlägt gleich auf der ersten Seite den Grundakord dieser Edition an: „Während der von den Deutschen – ohne Not – verübte Völkermord unvorhersehbar imperialistischen Intentionen entsprach, war die polnische Vertreibung der Deutschen – in Not – eine Konsequenz sowjeti-

scher Inanspruchnahme ostpolnischer Gebiete jenseits der Curzon-Linie.“

Die Linie an Bug und San ist bekanntlich keine Übelstat der Sowjetunion, sondern die vom britischen Außenminister Curzon vorgeschlagene Grenze entsprechend den ethnischen Verhältnissen zwischen Polen und Rußland. Polen war jenseits dieser Linie eine Minderheit. Um 1,5 Millionen Polen aus dem 1945 wieder von der Sowjetunion in Anspruch genommenen Gebiet anzusiedeln, hätte es keiner Vertreibung von neun Millionen Deutschen aus einem Gebiet bedurft, in dem sie die ausschließliche Mehrheit bildeten.

Auch Hans Georg Lehmann hält sich daran, daß „vollendete Tatsachen geschaffen wurden und durch nichts mehr umkehrbar“. Man lese und staune: Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes mit seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946, in der er gegen die von der Sowjetunion und Polen geschaffenen vollendeten Tatsachen Stellung nahm, ist der Hauptschuldige; denn er habe Polen erst in die Arme der Sowjetunion getrieben, also die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Grenze zu verantworten. Hier wäre ein wenig mehr Logik erwünscht.

Unter den Autoren haben sich ebenfalls

Peter Bender und Hansjakob Stehle eingefunden. Auch für sie hat die Volksrepublik Polen Vorfahrt, aber sie argumentieren nicht ganz so vordergründig wie der Herausgeber selbst, der eindimensional urteilt: „Ein polnischer General hat in Polen die Macht an sich und seine Armee gerissen. Nicht ein sowjetischer General und nicht die Rote Armee, wie es 1981 noch durchaus vorstellbar gewesen wäre, regierten in Warschau. Und erst recht ist kein DDR-General mit seiner Nationalen Volksarmee in die Volksarmee einmarschiert. Das ist verdammt viel, was dieser polnische General Wojciech Jaruzelski – fürs erste – bewirkt hat.“ Offenbar ein zweites Wunder an der Weichsel!

Zu den in dem Buch ausführlich behandelten Themen gehören auch die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen; diesen bescheinigt Carola Stern ein „wahrheitsgetreues, gegenseitig akzeptiertes Geschichtsbild“, was schon insofern nicht stimmen kann, als das historische Faktum der Vertreibung durch den geschönten Ausdruck der „Bevölkerungsverschiebung“ ersetzt wird. Mit Gefälligkeitsarbeit wird dem deutsch-polnischen Verhältnis und einer guten Nachbarschaft kein Dienst erwiesen. HERBERT HUPKA

Nur wer präzise steuern kann, beherrscht den Strom

Für diese Aufgaben haben wir zuverlässige Energieverteiler, betriebssichere Steuerungen und bedienungssichere Schaltgeräte entwickelt. Sie nennen uns Ihr Problem, wir liefern Ihnen die Lösung. So einfach ist das für uns; immerhin sind wir seit 85 Jahren auf diesem Spezialgebiet mit Erfolg tätig. Heute ist jedes fünfte in der Bundesrepublik hergestellte

Schaltgerät von Klöckner-Moeller. Über 6000 Mitarbeiter in 22 Werken produzieren leistungsfähige und preisgünstige Produkte vom Drucktaster über speicherprogrammierbare Steuerungen bis zur Energieverteilungsanlage. Unser Angebot reicht von der Maschinenausrüstung bis zur schlüsselfertigen Großanlage.

Rufen Sie uns an – eines von über 300 Technischen Außenbüros im In- und Ausland ist immer in Ihrer Nähe. Dort finden Sie Ihren Partner mit dem Know-How für Qualität.

Klöckner-Moeller, Postfach 1880, D-5300 Bonn 1, Tel. 0228/602-1.

KLÖCKNER-MOELLER

denn Spezialisten schalten schneller.



Elektrische und elektronische Anlagen, Systeme und Geräte für Automatisierung und Energieverteilung. Wir planen, bauen, montieren und nehmen in Betrieb.

Karlsruhe: Briefkontrollen sind rechtens

DW. Karlsruhe

Der Brief- und Telefonverkehr von und nach den Ländern des Warschauer Paktes darf überwacht werden. Entsprechende Maßnahmen des Bundesministers der Verteidigung, Briefe zu lesen und Telefongespräche abzuheben, verstößen nicht gegen das Grundgesetz, hat das Bundesverfassungsgericht auf die Verfassungsbeschwerde einer Frau entschieden, die 1978 mit Verwandten in der „DDR“ korrespondierte.

Sie begründete ihre Verfassungsbeschwerde damit, daß die Überwachungsmaßnahmen sie in ihren Grundrechten verletzen. Die Sammlung einer Vielzahl von Nachrichten aus den verschiedenen Lebensbereichen entspreche möglicherweise den Informationsinteressen eines Nachrichtendienstes. Eine pauschale Überprüfung des Post- und Telefonverkehrs sei allenfalls aber nur geeignet, ein kaum repräsentatives Bild über die Stimmungslage in den betreffenden Ländern zu geben. Dies sei jedoch kein formuliertes Ziel des G 10-Gesetzes, das unter bestimmten Umständen die Beschulung des Briefgeheimnisses erlaubt.

Die Verfassungsrichter des Ersten Senats folgten der Begründung des Ministeriums. Zumindest erlaube es die Post- und Telefonkontrolle, „aus aufgefundenen Informationsstücken ein militärpolitisches Mosaik der Lage im Gefahrengebiet zusammenzufügen“. Allerdings dürfe das Mittel der strategischen Überwachung nicht eingesetzt werden, wenn entsprechende Erkenntnisse mit anderen technischen Mitteln, zum Beispiel mit Hilfe von Satelliten, die 1978 noch nicht einsatzbereit waren, gewonnen werden könnten. Solange das nicht möglich sei, könne die strategische Überwachung zeitlich und räumlich auf bestimmte Post- und Fernmeldeverkehrsbeziehungen begrenzt eingesetzt werden. Da Sender und Empfänger von Briefen und Telefonaten aus Ländern des Warschauer Paktes „in aller Regel“ anonym bleiben, stelle das „gelegentliche Lesen der Briefe und das Abhören und das Mitschneiden von Ferngesprächen“ eine relativ geringfügige Belastung der Einzelnen dar. Um auf eine militärische Gefahr rechtzeitig mit politischen Mitteln reagieren zu können, müsse es der Bundesregierung möglich sein, die Überwachung bereits in relativ ruhigen Zeiten zu treffen. (Aktenzeichen: 1 BvR 1494/78)

Wie „DDR“-Medien das Thema Wald behandeln

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Zu guter Letzt traf Polens Primas, Józef Kardinal Glemp, nun doch noch mit dem führenden „DDR“-Kirchenpolitiker, Klaus Gysi (SED), zusammen. Erich Honeckers enger Vertrauter begegnete dem Warschauer Gast auf kirchlichem Boden in der Residenz von Gastgeber Joachim Kardinal Meisner. Wie man auch in diesem Zusammenhang Politik machen kann, lehrte das „Neue Deutschland“. Im SED-Pflichtblatt wurde zwar diese Begegnung registriert, nicht jedoch der Gottesdienst in der Ostberliner Stadtkirche St. Maria mit 2000 polnischen Gästen.

Aus der Presse von drüben

Dies zu vermerken, überließ man dem CDU-Organ „Neue Zeit“, das eine christliche Leserschaft ansprechen soll. Bemerkenswert, daß am Reise-Ende – Glemp kehrte Mittwoch nach Warschau zurück – offenbar doch einiges durcheinander ging: Denn das CDU-Blatt notierte, Glemp habe sich für die Gastfreundschaft des „Bistums Berlin“ bedankt. Das aber umfaßt auch West-Berlin, und deshalb legten die Gastgeber zuvor immer wieder Wert auf die Feststellung, es habe sich lediglich um einen „persönlichen Besuch“ bei Meisner gehandelt. Dergleichen Feinheiten hatte Glemp anscheinend nicht bedacht.

Ronald Reagan in strahlender Siegespose vor dem Slogan „Spirit of America“ gehört zu den äußerst seltenen Illustrationen in „DDR“-Blättern. Die „Leipziger Volkszeitung“, Organ der SED, füllte am vergangenen Wochenende eine komplette Seite ihrer Sonntagsbeilage mit dem Thema US-Präsidentenwahl. Als Gesprächspartner engagierte die Redaktion einen der besten USA-Kenner der „DDR“, den früheren Botschaftsrat in Washington und heutigen Professor an der Potsdam-Babelsberg, Claus Montag. „Die Wahl spielt keine geringe Rolle, ohne sie überwerten zu wollen. Die inneren Auseinandersetzungen um die Kräftekonstellation haben direkten Ein-

fluß auf die Innen- und Außenpolitik. Deshalb kann es für die DDR und für alle sozialistischen Länder nicht bedeutungslos sein, welche Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen politisch die Oberhand gewinnen“, meinte der Wissenschaftler. Auch die Demokraten seien „eng mit dem Monopolkapital verbunden“. Immerhin spricht der „DDR“-Experte dem amtierenden Präsidenten eine „allgemein-deklaratorische Friedens- und Verhandlungsbereitschaft“ zu, die jedoch konkrete Schritte vermissen lasse.

Wegen ihrer auf weite Sicht angelegten Handels- und Kooperationswünsche mit Washington stellt sich die „DDR“-Führung aber offenbar schon jetzt auf Reagans Wiederwahl ein. Dafür sprechen nicht nur die von den Ostberliner Gastgebern in den vergangenen Monaten behutsam gepflegten Kontakte zu Sendboten des State Department, sondern auch die Einschätzung von Professor Montag: „Wir müssen die Langzeitinteressen Amerikas im Auge behalten, um ihnen wirksam begegnen zu können.“ Das Programm des Reagan-Flügels zielt auf eine Kräfteverschiebung zugunsten des Westens spätestens am Ende dieses Jahrzehnts.

Weil die Wälder auch in den deutschen Gemütern jenseits der Elbe rauschen, entdecken die Medien jetzt zunehmend auch dieses Thema. Um anscheinend eine Wald-Diskussion, wie sie sich in der Bundesrepublik auszubreiten droht, zu dämpfen, lud „DDR“-Generalforstmeister Jürgen Sägitz zur „herbstlichen Waldwanderung“ (Neue Zeit).

Man pirschte sich mit Reportern durch ein Areal westlich von West-Berlin bei Falkensee. Während nach Senats-Angaben schon jede zweite Kiefer, die im Westen Berlins steht, krank ist, stand über das grüne Revier nur wenige Kilometer westlich jenseits der Stadtgrenze nichts dergleichen in der Ost-Berliner Berichterstattung. Statt um Tod und Not der Bäume, sorgten sich die Journalisten Probleme: „Wird liegendes Holz nicht zur Gefahr? Wo bleiben die Spechte? Was geschieht nach Schneeebrüchen oder Sturmkatastrophen? Bekommt ihr gefällenes Holz überhaupt aus dem tiefen Wald heraus?“

Deutsche Schüler bei Chaim Herzog

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Staatspräsident Chaim Herzog empfing gestern in seiner Residenz in Jerusalem 21 deutsche Mittelschüler, die die ersten Preise des Schülerwettbewerbs „Der gelbe Stern“ gewonnen hatten – eine 14tägige Reise nach Israel. Sie hatten die besten Antworten auf zehn Fragen gegeben, die sich mit der Geschichte der Hitzzeit und des Holocaust befaßten. Das Preisausschreiben war von der Chronos-Filmverleih GmbH in Berlin veranstaltet und finanziert worden. Der deutsche Botschafter Niels Hansen stellte die jungen Besucher vor und erläuterte deren Projekt.

Präsident Herzog zeigte sich sehr beeindruckt und erzählte einiges aus seinen Begegnungen mit Deutschen im Zweiten Weltkrieg und in den ersten Wochen nach dem Waffenstillstand, als er im Range eines Majors Nachrichtenstoff in der britischen Armee war. U. a. berichtete er über eine Inspektion auf einem deutschen Minensuchboot im Hafen von Cuxhaven. Dort ging der Kapitän auf ihn zu und sagte: „Ich bin auch heute noch Nationalsozialist und bin stolz darauf.“ Statt ihm verhaften zu lassen, fragte ihn Major Herzog, ob er auch von den Gräueltaten der Nazis gehört habe. „Das ist alles Propaganda“, sagte der Kapitän, „ich glaube kein Wort davon.“

„Und wenn ich es ihnen beweise?“ fragte Herzog, „wie werden Sie sich verhalten?“ – „Dann werde ich meine Mannschaft auf Deck zusammenrufen und dem Nationalsozialismus abschwören.“ Herzog nahm den Kapitän mit sich und zeigte ihm Filme, die in den ersten Tagen nach der Befreiung von Bergen-Belsen und anderen Konzentrationslagern gemacht worden waren. Der Kapitän war danach derart erschüttert, daß er wie versprochen die Mannschaft antreten ließ, über das Gesehene berichtete und erklärte: „Heute schäme ich mich, daß ich ein Deutscher bin.“ Den Namen des deutschen Kapitäns wollte Präsident Herzog nicht nennen.

Die Preisträger machen eine Rundreise durch Israel und nehmen auch an einem Seminar für Jugendliche teil. Sie treten am 5. November die Rückreise in die Bundesrepublik an. Sechs von ihnen kommen aus Berlin, sechs aus Bayern, je zwei aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und je einer aus Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. (SAD)

Koalition will 1986 den neuen Personalausweis

SPD und Grüne kritisieren Computerisierbarkeit

dpa, Bonn

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben die Einführung des fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises nachhaltig bekräftigt. Bei der ersten Lesung eines entsprechenden Gesetzentwurfes lehnten die Sozialdemokraten und die Grünen gestern im Bundestag dagegen den neuen Ausweis ab.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), meinte, der „Ausweis ist richtig und notwendig“. Den Notwendigkeiten des Datenschutzes werde „in optimaler Form“ entsprochen. Damit könne Kriminalität und Terrorismus wesentlich besser bekämpft werden. Die Koalition strebt die Einführung des Ausweises in Scheckkartenformat zum 1. Januar 1986 an.

Gleichzeitig hat der Bundestag das alte Gesetz außer Kraft gesetzt, nach dem die neuen Ausweise bereits zum 1. November dieses Jahres hätten ausgeben werden müssen. Es hatte den datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht standgehalten, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über die Volkszählung aufgestellt hatte. Das neue Gesetz soll erst verabschiedet werden, wenn auch andere Gesetze im Bereich der inneren Sicherheit novelliert werden.

Für die Sozialdemokraten wandte sich Harald Schäfer entschieden gegen die Maschinenlesbarkeit des Ausweises. Sie sei nicht erforderlich. Für die Terroristbekämpfung bringe der Ausweis „überhaupt nichts“. Er unterstelle, damit sollten andere Zwecke verfolgt werden. Schäfer

sprach die Vermutung aus, daß der Gesetzentwurf der Koalition in dieser Legislaturperiode wegen der zahlreichen notwendig werdenden anderen Gesetzesnovellierungen nicht mehr zu verabschieden sei.

Joseph Fischer von den Grünen übte ebenfalls scharfe Kritik an der Computerisierbarkeit des Ausweises. Der Bürger werde nicht wissen, „wer wann mit seinen Daten macht“. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung werde „weggebügelt“. Der neue Ausweis sei „überflüssig und gefährlich“. Fischer betonte: „Wir kommen dem Erfassungs- und Überwachungsstaat mit dem Ausweis näher.“

Im Gegensatz dazu führte der CDU-Abgeordnete Joachim Clemens aus, daß in dem neuen Gesetz, das nach der ersten Lesung an den Innen-, Rechts- und Haushaltsausschüssen überwiesen wurde, „einmalige Datenschutzvorkehrungen“ getroffen worden seien. Mißbräuche würden ausgeschlossen. Die Polizei erhalte keinerlei zusätzliche Eingriffsbefugnisse. Eine Vielzahl von Straftaten könne durch den neuen Ausweis verhindert werden. Datenschutz und innere Sicherheit hätten den gleichen Stellenwert. Der Schutz des Persönlichkeitsrechtes werde auf jeden Fall ernstgenommen.

Auch Burkhard Hirsch (FDP) lobte den neuen Gesetzentwurf, mit dem der Schutz der Bürger gewährleistet werde. Alle Maßnahmen seien dafür vorgesehen. Die Fälschungssicherheit des Ausweises bedeute einen „Gewinn bei der Kriminalitätsbekämpfung“. Die Karte enthalte keinerlei verschlüsselte Angaben.

Weizsäcker: Bereitschaft zum Zusammenwachsen

Diskussion mit Schüler-Redakteuren über Ausländerprobleme

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Zweihundert waren gekommen, um den Bundespräsidenten zum deutschen Ausländerrecht zu befragen, neunzehn fragten wirklich, und erkennbar war keiner vorab richtig informiert. Richard von Weizsäcker stellte sich im Bonner Wissenschaftszentrum Schülerzeitungs-Redakteuren aus allen Bundesländern, die Auskünfte über ein brennendes Problem haben wollten.

Spontan hatte Richard von Weizsäcker, von dem die einladende „Initiative Jugendpresse e.V.“ eigentlich nur ein Grußwort zu Beginn der Veranstaltung erwartet hatte, den Initiatoren zugesagt, dann auch gleich richtig dabei bleiben zu wollen. „Es wurde nicht nach Ausländern, sondern ausschließlich nach Tündern gefragt. Und am Echo war eindeutig zu erkennen, daß die Schüler und SchülerInnen sich als Verteidiger der Ausländerrechte begriffen. Der nach eigenem Bekenntnis „ehemalige“ Bürgermeister der größten türkischen Stadt außerhalb der Türkei“ Richard von Weizsäcker: „Es ergibt sich eine anpassende Bereitschaft, zusammenzuwachsen. Die Lebenswirklichkeit ist stärker als die Kultur, aus der wir kommen.“ Fragen wie diese: „Fühlen Sie sich als Bundespräsident aller Bürger oder aller Menschen dieses Landes?“ gingen angesichts solcher Haltung ins Leere.

Was für die Schülerinnen und Schüler zu einem großen Teil offensichtlich neue Information war: „Zurückgeschickt werden Gastarbeiter von uns nicht, wenn sie sich hier im Rahmen des Rechts bewegen.“ Dem Vorschlag eines Fragestellers, ob man in der Bundesrepublik Deutschland nicht für Ausländer Gettos einrichten könnte, damit sie hier ihre durch Abwesenheit von der Heimat bedrohte Kultur erhalten könnten, wurde ernsthaft und ablehnend beschieden.

Zur Frage nach den türkischen Koranschulen hatte der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin seine eigene Meinung: „Ich habe weniger Sorge davor, daß eine junge muslimische Generation heranwächst. Besser der Koran als keinerlei ethische Erfahrung – und keine Angst vor Kontroverse mit dem Inhalt der Bibel.“

Über die Frage des Nachzugs-Alters mochte er sich nicht äußern, da dies „eine Frage der Parteien“ sei. Und zur Freizügigkeit ab 1986 nach dem EG-Assoziierungsabkommen meinte er nur: „Es liegt im Interesse der Türkei, die Zahl der Gastarbeiter bei uns nach diesem Zeitpunkt nicht drastisch ansteigen zu lassen.“ Aber auch: „Die Türkei wird ihre Rechtsposition nicht kostenlos räumen.“

Neu war es für die meisten Schülerzeitungs-Redakteure offenbar, daß die Bundesrepublik Ausländern deswegen kein Wahlrecht gibt, weil dies international auch nicht üblich ist, und nicht etwa deswegen, weil man gegen sie eine harte Haltung praktizieren will.

Anschließend bis in den Abend hinein Diskussion der Schüler und SchülerInnen mit Vertretern der im Bundestag repräsentierten Parteien und mit den Präsidenten der größten Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Paul Laufs lieferte Fakten, die in die Notizbücher der Jungredakteure eingingen: Mit 4,5 Millionen Ausländern sei die Aufnahmekapazität der Bundesrepublik erschöpft, die Menge sei in Ballungsgeländen nicht mehr unterzubringen. Anke Fuchs (SPD) war hier mit ihm einer Meinung. Auch sie will mehr Verständnis für Eltern, deren Kinder in Schulen mit 80 Prozent Ausländeranteil gehen – und auch sie will ein neues Ausländerrecht.

Die israelische Politik unter die Lupe genommen

Buch von Gideon Rafael in Berlin vorgestellt

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Als ein „notwendiges Buch, das genau in unsere Zeit hinein paßt“, charakterisierte der ehemalige Chefdekan der Münchner „Merkur“, Paul Pucher, das jetzt im Ullstein-Taschenbuchverlag erschienene Werk des israelischen Diplomaten Gideon Rafael. „Der umkämpfte Frieden“ bei einem Empfang im Axel Springer-Verlag in Berlin. Seit einigen Jahren werde in der Berichterstattung deutscher Medien über Israel in wachsendem Maße eine Desinformationspolitik betrieben. Da in den Medien Tatsachen über Israel zunehmend einfach nicht zur Kenntnis genommen würden, liege der Wert des Buches von Rafael in dem „Respekt vor den Tatsachen“.

Das Buch Rafael habe den großen Vorteil, daß der Autor die israelische Politik von allen Seiten her kritisch unter die Lupe nehme. Rafael nehme von dieser Kritik auch nicht israelische Politiker aus. In dem Werk Rafael werde deutlich, daß der Autor, der die Entwicklung Israels von der

Staatsgründung bis zur Gegenwart in allen Phasen miterlebt und mitegeteilt habe, sich mit der Politik der militärischen Führer des Landes „nur zähneknirschend“ abfinde. Vor allem Moshe Dayan habe nach Ansicht des Autors die Absichten Sادات im Jom Kippur-Krieg falsch eingeschätzt.

Der Wert des Buches von Rafael liegt nach Ansicht von Pucher vor allem auch darin, daß der Autor deutlich hervorhebt, daß Friede das Leitmotiv der israelischen Politik sei. Pucher wies in diesem Zusammenhang auf Rafael's Analyse der sowjetischen Politik gegenüber Israel hin. Moskau wolle zwar keinen sich lang hinziehenden Krieg im israelisch-arabischen Konfliktfeld, jedoch ebenso wenig einen dauernden Frieden. Gottlob, meinte Pucher in einer abschließenden Würdigung des Werkes von Rafael, habe der Autor auf eine Heldenverehrung verzichtet und ein Buch gegen „die Hechelei, das Nichtwissen und das Halbwissen“ wider gegenüber dem Staat Israel geschrieben.

Politiker aus Namibia loben Bundesregierung

BERNT CONRAD, Bonn

Führende Politiker der Völkertele-Konferenz von Namibia (MPC) haben sich nach Gesprächen in Bonn ermutigt über die „konstruktive, positive und realistische Haltung“ von Regierungspolitikern und Abgeordneten geäußert. Sie dankten der Bundesregierung für die Entscheidung, Namibia Hilfe vor der Unabhängigkeit über private Organisationen zu gewähren und Entwicklungshilfe nach Erreichen der Unabhängigkeit auch formell zu leisten.

Nachdem in der vergangenen Woche eine Delegation der Swapo (Südwestafrikanische Volksorganisation) in der Bundeshauptstadt vorgeschoben hatte, waren nun auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung Vertreter der in der Multi-Party-Conference zusammengeschlossenen Parteien DTA, Swapo, D, Labour Party und Liberation Front gekommen, um für ihr Konzept einer nationalen Ausübung in Namibia zu werben.

In einer Pressekonferenz bezeichnete Swapo-Präsident Moses Katjunga als wichtig, daß die Bundesrepublik Namibia schon jetzt und nicht erst nach der Unabhängigkeit Hilfe leiste. Andreas Shipanga, Präsident der Swapo-D, die sich von der prokommunistischen Swapo gelöst hat, rühmte die über die Otto-Ebene-Stiftung geplante Unterstützung für die Ausbildung von Südwestafrikanern als nützlichen Beitrag zur Unabhängigkeit des Landes.

„Gefährlicher Trend“ bei Abtreibung

ides, Hildesheim
Auf einen „gefährlichen Trend“ beim Schwangerschaftsabbruch hat der Präsident der Generalversammlung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) Ludwig Blindinger aufmerksam gemacht. Vor dem Kirchenparlament der VELKD vom 23. bis 27. Oktober in Hildesheim berichtete er, daß es sich bei 45 Prozent aller Abtreibungen (im Gesamtzahl) wird von der Bundesärztekammer auf etwa 200 000 geschätzt) um die erste Schwangerschaft handle. Dieser hohe Prozentsatz lasse „den Verdacht fast zur Gewißheit werden, daß der Schwangerschaftsabbruch zum Mittel der Familienplanung wird, wenn andere Verhütungsmittel versagt haben“.

Aus der Nichtstrafbarkeit des Abtreibens unter bestimmten Bedingungen habe sich in der Bevölkerung allmählich das falsche Bewußtsein entwickelt, es gebe ein „Recht auf Abtreibung“. In dieser Haltung zeichne sich eine „erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber werdendem Leben“. Die VELKD, zu deren fünf Millionen Christen gehören, erarbeite zur Zeit die Neufassung einer Handreichung zum Schwangerschaftsabbruch. Sie trägt den Titel: „Das Leben bejahen“.

Verhaftung nach Botschaftsbesuch

dpa, Frankfurt
Zwei junge „DDR“-Bewohner sind nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) nach einer Flucht in die US-Botschaft in Ost-Berlin vom Staatsicherheitsdienst der „DDR“ in Haft genommen worden. Die beiden Männer, der 31-jährige Hans-Jürgen Liebert und der 24-jährige Uwe Ludwig, hätten am 12. Oktober in der Ostberliner US-Botschaft Hilfe gesucht. Sie hätten die Botschaft noch am selben Tag wieder verlassen müssen. Am darauffolgenden Tag seien sie in ihren Arbeitsplätzen verhaftet worden. Vor kurzem sei auch der erst 23-jährige Axel Jackisch aus Ost-Berlin zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, weil er die Ständige Vertretung in Ost-Berlin besucht hatte. Jackisch habe bereits seit Januar 1984 in Untersuchungshaft gesessen.

Flick-Spenden auch nach Österreich

dpa, Wien
Auch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat Spenden von Flick-Konzern erhalten. Der Landesvorsitzende (Ministerpräsident) des Bundeslandes Salzburg und ÖVP-Landesvorsitzende Wilfried Haslauer bestätigte, er habe 1979 nach einem entsprechenden Aufruf anlässlich der Landtagswahlen von Flick Geld erhalten. Flick habe ihm durch den damaligen Finanzchef (von Brauchitsch) 200 000 Schilling (derzeit 28 500 Mark) persönlich überreicht lassen. Er habe das Geld ordnungsgemäß der Parteikasse zugeleitet und sich in einem Schreiben am 12. März 1979 bei Flick bedankt, erklärte Haslauer.

DIE WELT (USPS 605-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Btx – Menüplan für Kühe.

Bildschirmtext wendet sich nicht nur an den privaten Nutzer. Gerade im gewerblichen Bereich kann Btx eine Lücke schließen, durch die bislang vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt waren. Ihnen bietet Btx die Chance, kostengünstig in die Datenverarbeitung einzusteigen. Auch für Landwirte und andere freie Berufe wie Ärzte, Apotheker und Handwerker mit nur gelegentlichem Nutzungsbedarf ist das neue Medium wirtschaftlich interessant.

Bildschirmtext – neue Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Dialogverarbeitung. Und das rund um die Uhr. Bald überall zum Telefonat.

Hier ein Beispiel aus der Praxis:

Der von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein getragene Informations- und Rechendienst TELE AGRAR SH. Zu seinen Spezialprogrammen für die Landwirtschaft gehören Pflanzenschutzwarndienste, regionale Wettervorhersagen und Sortenversuchsberichte ebenso wie aktuelle Markt- und Preisinformationen. Beispielgebend: die maßgeschneiderten Dialogprogramme für Viehhaltung und Getreideanbau. So hilft z.B. das Programm „Milcherzeugung“, die Maßgaben der Milchquotenregelung in den Griff zu bekommen. Mit Hilfe eines externen Btx-Rechners kann sich der Landwirt im Rahmen seines persönlichen Datenbestandes jederzeit vorrechnen lassen, welche Grundfuttermenge einer bestimmten Qualität für eine bestimmte Milchmenge pro Kuh und Jahr erforderlich ist. Eine wichtige Voraussetzung, um die Milchviehhaltung rentabel zu gestalten.

Bildschirmtext – damit Sie's leichter haben.

Post

Bildschirmtext wendet sich nicht nur an den privaten Nutzer. Gerade im gewerblichen Bereich kann Btx eine Lücke schließen, durch die bislang vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt waren. Ihnen bietet Btx die Chance, kostengünstig in die Datenverarbeitung einzusteigen. Auch für Landwirte und andere freie Berufe wie Ärzte, Apotheker und Handwerker mit nur gelegentlichem Nutzungsbedarf ist das neue Medium wirtschaftlich interessant.

Bildschirmtext – neue Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Dialogverarbeitung. Und das rund um die Uhr. Bald überall zum Telefonat.

Hier ein Beispiel aus der Praxis:

Der von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein getragene Informations- und Rechendienst TELE AGRAR SH. Zu seinen Spezialprogrammen für die Landwirtschaft gehören Pflanzenschutzwarndienste, regionale Wettervorhersagen und Sortenversuchsberichte ebenso wie aktuelle Markt- und Preisinformationen. Beispielgebend: die maßgeschneiderten Dialogprogramme für Viehhaltung und Getreideanbau. So hilft z.B. das Programm „Milcherzeugung“, die Maßgaben der Milchquotenregelung in den Griff zu bekommen. Mit Hilfe eines externen Btx-Rechners kann sich der Landwirt im Rahmen seines persönlichen Datenbestandes jederzeit vorrechnen lassen, welche Grundfuttermenge einer bestimmten Qualität für eine bestimmte Milchmenge pro Kuh und Jahr erforderlich ist. Eine wichtige Voraussetzung, um die Milchviehhaltung rentabel zu gestalten.

Bildschirmtext – damit Sie's leichter haben.

Post

Marx strebt engere Kontakte mit Den Haag an

EVI KEIL, Bonn

Deutsche und niederländische Parlamentarier werden in Zukunft enger zusammenarbeiten. Das verabschiedete jetzt in Bonn die Auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und des Parlaments in Den Haag. Die Vereinbarung kam auf Initiative des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Werner Marx (CDU), zustande, der ähnliche Kontakte bereits mit dem außerparlamentarischen Ausschuss der französischen Nationalversammlung in die Wege geleitet hatte, um, wie Marx sagte, „die Politik zu verlebendigen und den Gesprächsfaden zwischen den Parlamenten fester zu zurren“. Ähnliche Abmachungen sollen demnächst auch mit dem Unterhaus in London getroffen werden.

Die Gruppe der Holländer, drei Sozialisten, drei Christdemokraten und ein Liberaler, leitete der Vorsitzende des Ausschusses, der Sozialist Reus Ter Beek. Ausgedehntes Gesprächsthema bei dem viertägigen Besuch der Gruppe in der Bundesrepublik war die von den Holländern noch nicht vollzogene Nachrüstung. Die Niederländer erinnerten daran, daß Ministerpräsident Lubbers erklärt hat, eine Stationierung werde erst dann erfolgen, wenn die Sowjets mehr als 378 SS 20-Raketen eingestellt hätten. Marx wies seine niederländischen Kollegen darauf hin, daß die Sowjets weiterhin jeden fünften Tag eine SS 20-Rakete dislozieren und neue Stellungen in Nowosibirsk eingerichtet haben, einer sogenannten „Swing-Zone“. Von hier können, so Marx, die Sowjets mit der SS 20 sowohl den Westen als auch China und Japan erreichen.

Gewisse Besorgnisse äußerten die Niederländer über das enge deutsch-französische Verhältnis. Dieser enge Schulterschluss der beiden berge die Gefahr der „Manipulation“ der anderen europäischen Staaten. Die beiden großen könnten Bedenken insbesondere der kleineren Partner in der EG nur so vom Tisch fegen.

Angesichts des regen Interesses, das die Niederländer noch immer für den Honecker-Besuch in der Bundesrepublik zeigten, erinnerte Marx seine Kollegen noch einmal daran, daß „Deutschlands sowjetische Chieftasche“ sei und 20 sowjetische Divisionen sowie zwei sowjetische Luftarmeen auf „DDR“-Territorium den politischen Spielraum Honeckers recht eng hielten. Mancher holländische Kollege räumte ein, daß die Sicht der Niederländer mehr England und der See, weniger Osteuropa zugewandt sei und daß schon deshalb ein intensiver Gedankenaustausch vor Ort in Deutschland von hohem Nutzen sei.

Reagan: Grenada stärkte unser Selbstvertrauen

Empfang zum ersten Jahrestag der Intervention

SAD, Washington

Am Vorabend des ersten Jahrestages des amerikanischen Landungsunternehmens auf der kleinen Karibikinsel Grenada feierte Präsident Reagan das Ereignis als ein „Ehrenjubiläum“. Seine damalige Entscheidung, einzugreifen, habe nicht nur die dort befindlichen rund 1000 amerikanischen Studenten vor einem Geiselschicksal gerettet, sondern auch die gesamte Karibik vor einer Ausbreitung des „Chaos und des Totalitarismus“ bewahrt. In Amerika habe das Unternehmen das Selbstvertrauen wiederhergestellt.

Reagan sprach vor etwa 50 Medizinstudenten, die sich im Weißen Haus auf Betreiben der republikanischen Wahlkampforganisation eingefunden hatten, um dem Präsidenten noch einmal für ihre „Befreiung“ zu danken. Dabei erinnerte Reagan seine Zuhörer daran, sein demokratisches Herausforderer Walter Mondale habe „elf Monate Zeit gebraucht“, ehe er sich dazu durchrang, „die Befreiung unserer Söhne und Töchter in Grenada für eine gute Sache zu halten“.

Tatsächlich ist das amerikanische

Unternehmen politisch wie militärisch in den Vereinigten Staaten bis auf den heutigen Tag nicht unumstritten. Nicht geklärt ist etwa, wie gefährdet die auf Grenada studierenden Amerikaner wirklich waren. Von Völkerechten wird angezweifelt, ob Washington, als es dem Ersuchen auf ein Eingreifen von seiten der kleinen Karibikländer nachgab, nicht gegen die Bestimmungen des Rio-Vertrages verstoßen habe.

Militärisch wird kritisiert, daß eine Landungsstreitmacht von etwa 7500 amerikanischen Soldaten mehr als drei Tage brauchte, um den Widerstand von weniger als 900 Kubanern und etwa 1500 einheimischen Militärsoldaten zu brechen. „Planung und taktische Ausführung“ waren nach Ansicht von Militärexperten „auf beunruhigende Weise“ mangelhaft.

Präsident Reagan scheint dennoch recht zu haben, wenn er heute erklärt, Grenada stelle einen Wendepunkt dar. Alle Meinungsfragen beweisen, daß die Amerikaner mit überwältigender Mehrheit das Unternehmen gutheißen. Psychologisch wirkte das alles in allem erfolgreiche Operation befriedend.

Andreotti und die Moral

Offenes Votum soll Sturz des Ministers verhindern

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Der „Fall Andreotti“ sorgt weiterhin für Unruhe in Rom. Sein Kern ist jetzt nicht mehr die umstrittene Äußerung des Außenministers zur deutschen Wiedervereinigung, sondern generell die moralische Glaubwürdigkeit des christdemokratischen Spitzenpolitikers. In der kommenden Woche wird der Senat über einen kommunistischen Mißtrauensantrag abstimmen, mit dem der Rücktritt des Ministers gefordert wird. Begründung: Andreottis Name werde seit geraumer Zeit immer wieder im Zusammenhang mit Korruptionsaffären genannt. Ein ähnlicher Antrag der Opposition liegt der Abgeordnetenkammer vor.

Die Democrazia Cristiana stellt sich geschlossen diesen Angriffen entgegen. Sie verlangt von ihren Koalitionspartnern in der Regierung Craxi uneingeschränkte Solidarität mit dem Hinweis, daß die Opposition den Minister verleumde und ihm bisher keine einzige gesetzeswidrige Handlung habe vorwerfen können.

Liberaler, Republikaner und auch Sozialisten lehnten es ab, den kommunistischen Mißtrauensantrag durch ein ausdrückliches Vertrauens-

votum der Regierungsparteien zu unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund wurde in den vergangenen Tagen im Senat eine leidenschaftliche Geschäftsdiskussion geführt. Sie ging darum, ob über den kommunistischen Mißtrauensantrag geheim oder offen abgestimmt werden solle. Die DC verlangte offene Abstimmung, um möglichen „Heckenschützen“ aus dem Lager der Regierungskoalition das geheime Überlaufen zur Opposition unmöglich zu machen. Die KPI bestand auf Geheimabstimmung.

Schließlich entschied der christdemokratische Senatspräsident Cossiga zugunsten des offenen Votums. Es scheint Andreotti den Sieg zu garantieren, da es „Heckenschützen“ Aktivität unmöglich macht und wohl keiner der christdemokratischen Koalitionspartner offen die Mitverantwortung für einen Sturz des Ministers und damit für eine Regierungskrise auf sich nehmen möchte.

In der Abgeordnetenkammer wird über das gleiche Thema noch einmal abgestimmt werden müssen. Für dieses Votum hat die kommunistische Präsidentin Jotti bereits die geheime Abstimmung festgelegt.

Mit Moskau hat es Tokio schwer

Sowjetische Delegation in Japan / Trotz Dialog bleiben die schroffen Gegensätze

FRED de LA TROBE, Tokio

Eine acht Mann starke Delegation sowjetischer Politiker unter Leitung des Politbüro-Mitglieds Kunayew traf zu einem einwöchigen Besuch in Tokio ein. Mit Kunayew setzt zum ersten Mal seit acht Jahren wieder ein hochkalibrierter Abgesandter Moskaus Fuß auf japanischen Boden. Er zählt zwar nicht zu den einflussreichsten Politikern des höchsten sowjetischen Gremiums, aber seine Japan-Reise signalisiert dennoch eine leichte Trendwende in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Die sowjetische Delegation wird mit Ministerpräsident Nakasone, Außenminister Abe, japanischen Regierungs- und Oppositionspolitikern sowie namhaften Wirtschaftsführern zusammengetroffen. Nakasone erklärte kürzlich, er wolle die Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion die höchste Prioritätsstufe zuordnen.

Tokio unternahm schon einige Anläufe, um das Eis zu brechen. Es schloß sich damit dem Bestreben einiger westlicher Regierungen an, den Dialog mit Moskau zu verstärken. Das nach dem sowjetischen Einfall in Afghanistan Anfang 1980 verhängte Embargo auf bilaterale Kontakte wurde schon weitgehend aufgelockert.

Gespräche zwischen den Außenministern Gromyko und Abe fanden im Februar in Moskau anlässlich des Staatsbegräbnisses für Andropow und im September während der UNO-Sitzung in New York statt. 450 Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler beider Länder erörterten vor zwei Wochen in Moskau weltpolitische und bilaterale Fragen.

Beide Seiten bezeichneten die Gespräche als „nützlich“, doch ließen sich die schroffen Gegensätze in der Frage des japanischen Anspruchs auf vier nördliche Inselgebiete nicht überbrücken. Das Territorium wurde 1945 von den Sowjets besetzt, Tokio hat seitdem immer wieder die Rückgabe des Gebietes gefordert.

Die Sowjets lehnen es strikt ab, über die Inseln zu reden, da sie das Ochotskische Meer zu einem nach außen abgeschirmten Gebiet für von U-Booten gegen die USA gerichtete Raketen umgewandelt haben. Außerdem befürchten sie, daß bei einer Rückgabe des Territoriums Ansprüche anderer Staaten folgen könnten, die Gebiete an die Sowjetunion verloren haben.

Die starre Haltung Moskaus in dieser Frage hat wesentlich zur allgemeinen japanischen Antipathie gegen die Sowjetunion beigetragen. Eine Erhe-

bung der Regierung in Tokio deckte auf, daß nur drei Prozent der Bevölkerung für Freundschaft mit der Sowjetunion eintreten.

Neben dem Territorialstreit spielt bei der Unbeliebtheit der Sowjets deren Vormarsch gegen Japan in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs unter Bruch des Nichtangriffspakts eine Rolle, ferner die lange und harte Kriegsgefangenschaft von Hunderttausenden japanischer Soldaten in Sibirien und die ständige Festnahme japanischer Fischer und ihrer Boote in grenznahen Gewässern.

Die anhaltende sowjetische Hochrüstung in Ostasien hat bei den Japanern auch ein stärkeres Gefühl der Bedrohung aufkommen lassen. Aus innenpolitischen Gründen und der verbreiteten Meinung, der amerikanischen Schutz für Japan reiche aus, hat Tokio allerdings noch nicht die Konsequenz einer energischeren eigenen Rüstung gezogen.

Moskau hat aber in keiner Weise sein Ziel erreicht. Die Beziehungen zwischen Japan und den USA aufzuweichen und freundschaftliche Bande zwischen Tokio und Peking zu verhindern. Der starke sowjetische Kurs gegenüber Japan hat eher eine noch engere Anlehnung des Inselreiches an diese beiden Mächte bewirkt.

Kurdenaufstand zieht weitere Kreise

Ankara sieht sich vor zwei Fronten gestellt / Syrien und Iran gegen Türkei und Irak

E. ANTONAROS, Athen

Nach der Weigerung Teherans, mit Ankara bei der Bekämpfung der kurdischen Rebellen zusammenzuarbeiten, steht die Türkei vor neuen Problemen an ihrer Ostgrenze. Denn für die Türken sind nunmehr praktisch zwei neue Fronten entstanden: Neben der Offensive gegen die Kurden auf türkischem Gebiet und den Vorstoßen ins irakische Territorium, muß die türkische Armee auch wegen der unübersichtlichen Umtriebe auf iranischer und auf syrischer Seite auf der Hut sein.

Ankara hatte noch bis vor einigen Tagen die Hoffnung nicht aufgegeben, das Mullab-Regime in Teheran zu einer ähnlichen Abmachung zu bewegen, wie sie bereits zwischen der Türkei und Irak existiert. Sie sieht vor, daß gemeinsame Aktionen gegen die im Grenzgebiet ansässigen Kurden unternommen werden können. Im Rahmen dieser Vereinbarung hätte Ankara letzte Woche die Zustimmung Bagdads für einen Vorstoß der türkischen Elite-Einheiten auf irakisches Gebiet erhalten. Doch gerade dieser Schulterschluss der Türken und der Iraker hat die Iraker zusätzlich mißtraulich gemacht.

Die Türken haben sich seit dem Beginn des Waffengangs am Persischen Golf sehr darum bemüht, nach außen hin eine neutrale Haltung zu wahren, weil die beiden kriegführenden Länder nicht nur Nachbarn, sondern auch besonders wichtige Außenhandelspartner sind. Aber das Khomainsi-Regime hat von Anfang an gespürt, daß das Herz der Türken insgeheim für die Iraker schlägt. Ähnlich betrachten sie jetzt auch die enge Zusammenarbeit der beiden Länder bei der Zerschlagung des kurdischen Aufstandes. Ihnen ist die Vermutung nicht auszureden, daß durch die Präsenz der türkischen Truppen im nordirakischen Grenzgebiet irakische Truppen für den Einsatz entlang der Front am Golf freigelegt werden. Ankaras Innenminister Ali Tanriyar, der in Begleitung des für die Säuberungsaktion verantwortlichen stellvertretenden Generalstabschefs Necdet Oeztorun nach Teheran reiste, mußte mit leeren Händen heimkehren.

Durch die ablehnende Haltung Teherans ist für die türkischen Elite-Truppen, die wegen der ungünstigen Wetterbedingungen nur sehr mühsam vorankommen, eine Art Zangen-

griff entstanden: Im Norden verweigert Teheran den Türken jede Art von Zusammenarbeit, während die paar hundert Revolutionswächter entlang der Grenze nicht instande zu sein scheinen, alle Übergänge zu kontrollieren, so daß die Kurden, die sich in diesen Gebieten bestens auskennen, ungestört ein- und ausreisen können. Im Süden hat die Türkei die unzuverlässigen Syrer als Nachbarn, die nach Angaben von türkischer Seite mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die kurdischen Aktivitäten mitnachen sollen.

In Ankara herrscht die feste Überzeugung vor, daß die in der Türkei, in Irak und in Iran lebenden Kurden, die bisher in Stämme und ideologisch verschiedenen ausgerichtete Gruppen zersplittert gewesen sind, vorübergehend ihre Differenzen beiseite gelegt haben, um von der günstigen politischen Lage im Länderviereck Türkei-Irak-Syrien-Liban zu profitieren. Insbesondere in den Grenzgebieten Irans und Iraks wollen sie angeblich die Ohnmacht der beiden Zentralregierungen ausnutzen, um ihre Autonomie-Bestrebungen voranzutreiben.

(SAD)

Konflikt um EG-Haushalt zeichnet sich ab

WILHELM HADLER, Straßburg

Das Europäische Parlament hat gestern den Nachtragshaushalt der EG für 1984 verabschiedet, obwohl der Ministerrat nur auf einen Teil seiner Änderungswünsche eingegangen ist. Ein ernsthafter Konflikt zeichnet sich jedoch schon jetzt für den Haushalt im kommenden Jahr ab. Die Mehrheit war beim Nachtragshaushalt für eine weiche Haltung eingetreten, um die Zahlungsfähigkeit der Brüsseler Kommission nicht zu gefährden. Ohne die vom Rat bewilligte zusätzliche Finanzspritze in Höhe von rund 2,24 Milliarden Mark müßte die EG ihre Zahlungen für Agrarsubventionen Mitte November einstellen.

Das Parlament hatte zunächst versucht, Einfluß auf die Höhe der Einnahmen zu nehmen, indem es die vom Rat aufgestellten Schätzungen für die Agrarabschöpfungen nach unten korrigierte. Danach hätten die Mitgliedsstaaten rund eine Milliarde Mark mehr aufbringen müssen. Der Rat – besonders der deutsche Staatssekretär Tietmeyer – hatte dieser Forderung widersprochen.

Im Gegensatz zum Etatentwurf des Rates sieht die vom Parlament verabschiedete Fassung jedoch höhere Zolleinnahmen vor, dadurch müßten die Ausgaben des Strukturfonds (Regional- und Sozialfonds) weniger stark gekürzt werden als vorgesehen. Da der Parlamentspräsident durch seine Unterschrift das Nachtragsettlement in Kraft setzen kann, bleibt den Regierungen nur der Ausweg einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.

Belgrad stoppt Bau der Zagreber Moschee

KNA, Zagreb

Der Weiterbau einer nahezu fertiggestellten Moschee in der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb ist von den jugoslawischen Behörden gestoppt worden. Als Begründung wurde angegeben, daß das Gebäude mit Gesellschaftsräumen, Restaurant, Läden und Handwerkerstuben nicht dem Bauantrag angeeignet und genehmigten Zweck entspreche. Die Idee, aus der – genehmigten – Moschee ein islamisches Zentrum zu machen, kam von den Hauptfinanziers des Objektes, reichen arabischen Ölstaaten, die dem Vernehmen nach planten, mit einem solchen Zentrum im Norden Jugoslawiens die Missionierung in ganz Europa voranzutreiben zu können. Anfang August war die geplante Einweihung durch einen Großbrand verhindert worden, dessen Gründe bisher nicht geklärt wurden.

LERNEN SIE DIE NEUEN ARGUMENTE FÜR SICHERHEIT KENNEN!

VOLVO

Jetzt bei Ihrem Volvo-Händler!



Mit neuen Ideen für mehr Sicherheit hat Volvo schon oft Maßstäbe gesetzt. Zum Beispiel vor über zwanzig Jahren mit dem serienmäßigen Einbau von Sicherheitsgurten in jeden Volvo. Oder bei der Volvo 740-Serie mit energieabsorbierenden Knautschzonen, die durch den Einbau spezieller Längsträger einen noch wirksameren Schutz des Fahrgastraumes bieten.

Ab sofort stehen Ihnen drei Volvo 740-Modelle zur Wahl: Der neue, komfortable Volvo 740 GL. Er hat eine überzeugend durchdachte Serienausstattung mit Servolenkung, 5 Gang-Getriebe, Scheinwerfer-Wisch-

Waschanlage und höhenverstellbarem Fahrersitz. Sein elastischer 2,3 l-Vergasermotor mit mikroprozessor-gesteuerter Zündung und Schubabschaltung leistet 84 kW/114 PS. Sein überlegendes Drehmoment beträgt max. 192 Nm bei 2.500 U/min. So fahren Sie entspannt und souverän. Und außerdem wirtschaftlich: nur 6,4 l Benzinverbrauch bei 90 km/h, 8,7 l bei 120 km/h und 11,9 l im Stadtverkehr (DIN 70 030). Ein großer Volvo zu einem interessanten Preis: DM 28.490,-.

Der neue, ökonomische Volvo 740 GL Diesel. Er überzeugt mit seiner GL-Ausstattung und mit einer Wirtschaftlichkeit, die einer Reiselimousine dieses Formats

besonders gut steht. Sein lauffähiger 2,4 l-Sechszylinder-Dieselmotor leistet 60 kW/82 PS. Dieser durchzugstarke und elastische Motor macht den 740 GL Diesel auch zum idealen Zugfahrzeug mit einer maximalen Anhängelast von 1.800 kg (mit Sondergenehmigung). Sein Preis: DM 31.190,-.

Der anspruchsvolle Volvo 740 GLE. Er ist in Bezug auf reichhaltige Ausstattung und Motorleistung das Topmodell in der 740-Serie. Zusätzlich zu der GL-Ausstattung hat der 740 GLE serienmäßig: Schiebedach, Zentralverriegelung, elektrisch beheizbare Vordersitze, getönte Scheiben und vieles mehr. Sein 2,3 l-Vierzylinder-Enspritz-

motor mit 96 kW/131 PS ist mit mikroprozessor-gesteuerter Zündung ausgerüstet. Mit dem serienmäßigen Overdrive läßt sich außerdem im 4. Gang die Motordrehzahl um ca. 20% senken, womit der Fahrkomfort erhöht und der Kraftstoffverbrauch nochmals reduziert wird. Sein Preis: DM 33.490,- (* unverb. Preisempfehlung ab Importeurzulager.)

Besuchen Sie Ihren Volvo-Händler und erfahren Sie bei einer unverbindlichen Probefahrt, welches Argument Sie am meisten überzeugt. VOLVO, EIN VORBILD AN SICHERHEIT, ZUVERLÄSSIGKEIT UND LANGLEBIGKEIT.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Erbschaft und Schenkung

Aufgrund Ihres Artikels vom 10. August über die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen in Polen, die aus dem Ausland erhalten werden, übermittelte uns das Finanzministerium der VR Polen die nachfolgend angeführte Klärung in dieser Angelegenheit: Ausländische Schenkungen zugunsten natürlicher Personen, die polnische Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz in Polen haben, werden besteuert. Die Rechtsgrundlage dafür ist das Gesetz vom 28. Juli 1983 „Über die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen“ (Amtsblatt Nr. 45, Pos. 207).

Die Höhe der Steuer wird – unabhängig von Verwandtschaftsgrad mit dem Schenker – entsprechend dem Satz festgelegt, der für die III. Steuergruppe vorgesehen ist, ferner vom Mehrwert über 150 000 Zloty allerseits des Beschenkten innerhalb eines Kalenderjahres erhaltenen Schenkungen – die Anzahl der Schenker spielt hierbei keine Rolle. Im Falle einer Schenkung aus dem Ausland an eine Familie, die einen gemeinsamen Haushalt besitzt, wird der Gesamtwert aller seitens der Familienmitglieder erhaltenen Schenkungen als Besteuerungsgrundlage herangezogen. Hierbei muß jedoch hervorgehoben werden, daß im Hinblick auf die Steuer-Kumulation die ausländischen Schenkungen bedeutend „milder“ behandelt werden, im Vergleich zu den im Inland gemachten Schenkungen, bei denen der Erwerb innerhalb von fünf Jahren der Kumulation unterliegt.

Der Wert der aus dem Ausland erhaltenen Schenkungen wird nach den gleichen, für das Inland geltenden Grundsätzen ermittelt. Allgemein gesehen bildet der Marktwert den Besteuerungsgrundsatz, es sei denn, daß das Gesetz Ausnahmen davon zuläßt, wie z. B. bei der Schenkung (in- oder ausländischer Art) eines Kfz, für das ein Einzelhandelspreis besteht. Dieser Preis wird zur Besteuerungsgrundlage herangezogen. Im Gesetz ist außerdem eine Reihe von Steuerbefreiungen vorgesehen, die sich ebenfalls auf die ausländischen Schenkungen beziehen.

So erfolgt gem. Art. 4 Abs. 1 Pkt. 5 des Gesetzes eine Steuerbefreiung für den Eigentümerwerb an Sachen oder für erhaltene Vermögenswerte,

die sonst der Besteuerung i. S. des o. a. Gesetzes unterliegen, wenn die Devisen, die für die Umsetzung der Sache oder des Vermögensrechts ins Geld erworben wurden, auf das Konto des Beschenkten an eine Bank in Polen überwiesen werden. Diese Steuerbefreiung ist auch für den Erwerb eines Kfz, einer Wohnung oder anderer Waren gültig, wenn diese im Inland für Devisen erworben wurden, die ihrerseits zugunsten des Beschenkten auf ein Konto in einer Bank in Polen überwiesen wurden.

Gleiches gilt für die Einzahlung bei einer polnischen Vertretung der PKO SA-Bank – und auch dann, wenn eine fremde Firma, die zwar kein offizieller Dealer der PKO-Bank ist, jedoch bei der Überweisung auf ein Devisenkonto als Vermittler auftritt. Die Schenkung dieser Art in Devisenform oder auch die dafür erworbenen Waren unterliegen nicht der Besteuerung i. S. des „Gesetzes über die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen“.

Devisen, die aus einer im Ausland vorgenommenen Schenkung stammen – aber in einer anderen als der o. a. Art zur Verfügung gestellt werden –, unterliegen der Besteuerung, wobei ihr Wert anhand des offiziellen, „milderen“ Kurses der Polnischen Nationalbank (NBP) – und schon gar nicht des „Schwarzmarkt-Kurses“ – bestimmt wird. Die im Zeitungsartikel enthaltene Behauptung, daß die Inhaber von ausländischen Devisenkonto in Polen eine Steuerklärung abgeben müssen, ist nicht wahr. Befreit sind von der Steuer ferner durch Schenkungen aus dem Ausland erworbene Maschinen, Geräte und Werkzeuge für Handwerker und Landwirte (Art. 4 Abs. 1 Pkt. 11, 12). Der steuerlichen Befreiung unterliegt auch der Erwerb von polygraphischen und buchbinderischen Geräten seitens der Orden sowie kirchlicher Organisationen (Art. 4 Abs. 1 Pkt. 13). Das o. a. Gesetz sieht noch eine Reihe anderer Befreiungsmöglichkeiten für ausländische Schenkungen vor, die aus Platzgründen jedoch hier nicht einzeln aufgeführt werden können.

Die Pekao-Außenhandels GmbH ist jederzeit bereit, diesbezüglich umfassende Auskünfte zu erteilen.

Pekao-Außenhandels GmbH,
Frankfurt/Main

Dienstwagen

Sehr geehrter Herr Kremp,
in Ihrem Leitartikel in der „Welt“ vom 25. 10. schreiben Sie unter anderem wörtlich: „Alle Parteien haben Geld von denen genommen, die mehr Geld haben. Auch die fingerzeigenden Sozialdemokraten bekamen runde vier Millionen allein von Flick.“ Der dicke Mercedes, den der Oppositionsführer Vogel (völlig zu Recht) fahren läßt, kommt nicht aus dem Godesberger Programm.“

Dazu bemerke ich: Bei dem „dicken Mercedes“, den ich bis vor kurzem benutzt habe, handelt es sich um ein gepanzertes Fahrzeug des Bundeskriminalamtes, das ich auf dessen Verlangen aus Sicherheitsgründen verwenden mußte. Mein jetziges Fahrzeug ist von der SPD-Bundestagsfraktion aus den im Haushalt des Bundesstaates für solche Zwecke bereitgestellten Mitteln beschafft worden. Die in Ihrer Darstellung versuchte Verquickung meiner Person mit dem Parteipendelkomplex im allgemeinen und dem Flick-Komplex im besonderen, die Sie noch durch ein Bild und die Bild-Unterschrift unterstreichen, widerspricht daher den Tatsachen und wird von mir mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Hans-Jochen Vogel

Wort des Tages

„Unsere Zeit will ohne Gott weise und glücklich sein – das ist die erste Torheit. Sie will ohne Selbstverleugnung sittlich sein – das ist die zweite Torheit. Sie will ohne Gerechtigkeit groß werden – das ist die dritte Torheit. Endlich will sie Weisheit und Seligkeit, Tugend und Größe ohne den milden Einfluß des Christentums wirklich machen, und das ist die letzte, die Torheit aller Torheiten.“

Johann Michael Sailer; deutscher Theologe und Pädagoge (1751–1832)

Aufschlußreich

„Am Rot nach Grün“; WELT vom 26. Oktober

Sehr geehrter Herr Ahlers,

Ihre Informationen über Jürgen Reents sind vielsagend und aufschlußreich. Insbesondere Ihr Hinweis auf seine etwaige Ablehnung eines Innenministers mit dem Vergleich mit Stolytin erfordert, daß hierzu die ganze Wahrheit an das Licht kommt. Reents' Vergleich mit Stolytin, einst Premierminister unter Zar Nikolaus, der mit starker Hand die revolutionären Umtriebe im Jahre 1905 unterband. Lenin bezeichnete ihn als Henker Nikolaus' des Blutigen (vergl. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. III, S. 14, Verlag Marxistische Blätter GmbH, 1970, Frankfurt am Main). Dieser Vergleich also kommt einer Selbstidentifikation mit der leninischen Auffassung gleich und wird deshalb um so bemerkenswerter, wenn man vor allem weiß, wie Lenin sich gebärdet hatte, als der II. Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter und Soldaten-Deputierten am 25. und 26. Oktober 1917 (7.–8. November) nicht nur sein von ihm formuliertes „Dekret über den Frieden“ angenommen, sondern gleichzeitig auch die Todesstrafe abgeschafft hatte. „Das ist Wahnsinn“, schrie er außer sich vor Wut, „wie sollen wir die Revolution durchführen ohne Erschießungen?“ Und so setzte Lenin auch einen Änderungsbeschuß dergestalt durch, daß „die Erschießungen anzuwenden sind, falls keine andere Möglichkeit zu finden sei“. Lenin selbst ermunterte schließlich seine Henker, indem er, bezüglich Polen, eigenschriftlich anwies: „Wir dringen, als „Grüne“ getarnt (nachher geben wir ihnen die Schuld), 10 bis 20 Werst ein und hängen Kulaken, Pfaffen und Gutsbesitzer auf. Prämie: 100 000 Rubel für einen Gehängten.“

„Grüne“ waren eine Bande von Deserturen, die sich in den Wäldern versteckten und von dort aus Raubüberfälle gegen die „Weißen“ und die „Roten“ vornahmen. (Vergl. Michael S. Voslensky, Nomenklatura, Aktualisierte und erweiterte Ausgabe, S. 54ff., Edition Molden, 1984) Henker Stolytin – Henker Lenin? Welch ein Vergleich für einen von Reents abgelehnten, demokratisch frei gewählten, deutschen Innenminister!

Mit freundlichen Grüßen
G. Mitschka,
Hannau

Personalien



Harald Hiersemenzel

FOTO: DIE WELT

geht, war seit 1981 Referatsleiter in der Abteilung Polizeiangelegenheiten des Bundesinnenministeriums und somit auf höchster BGS-Führungsebene verantwortlich für den Einsatz der rund 20 000 Mann umfassenden Verbände und Einheiten des Bundesgrenzschutzes. Zu seinen zahlreichen Initiativen gehört die Einbindung des Bundesgrenzschutzes in den Bereich der zivilen Alarmplanung. Harald Hiersemenzel war 1953 in den BGS eingetreten. Er wurde unter anderem Lehrgangsleiter an der BGS-Offizierschule in Lüneburg. Vor seiner Berufung in das Innenministerium war er Kommandeur einer BGS-Einsatzabteilung.

*

Die Künstlerin, Publizistin und Pädagogin Eka Harich-Schneider, Wien, wurde von dem Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, Professor Wilhelm Kewenig, mit dem Titel „Professor ehrenhalber“ ausgezeichnet. Die 87jährige war bis 1940 Professorin für Cembalo und Klavier an der Hochschule für Musik in Berlin. Als Cembalo-Solistin wurde sie weit über Deutschland hinaus bekannt. 1940 ging sie an den Kaiserlichen Hof nach Tokio, um sich der Erforschung der Altjapanischen Musik in Japan zu widmen.

AUZBEICHNUNG

Der Soziologieprofessor Hans Albert (Mannheim) ist der erste Preisträger der neugegründeten Arthur-Burkhardt-Stiftung für Wissenschaftsförderung an der Universität Mannheim. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis wurde Albert für seine sozialwissenschaftlichen Leistungen zuerkannt.

VERANSTALTUNG

Nach Mainz führen gestern die Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes. Beim Betriebsausflug war die „Staatsspitze“ mit von der Partie. Punkt neun Uhr erschienen Bundespräsident Richard von Weizsäcker und seine Frau Marianne und Staatssekretär Klaus Blech. Auf Gleis drei stand der sogenannte Salonwagen der Bundesregierung, mit dem schon der erste Bundespräsident Theodor Heuss gefahren ist. Und seit den Zeiten von Heuss hat sich im Präsidentenabteil nicht viel verändert. Der Wagen, mit Mahagoni und Palisander gefärbt, ist mit museumsreifen Möbeln der Nachkriegszeit ausgestattet, so mit einem Pflüschsessel, der aus dem persönlichen Eigentum von Heuss stammt. Die Mitarbeiter der Bundesbahn hatten für Richard von Weizsäcker ein Spielzeug parat gelegt, die Nachbildung des Triebwagens 103. An den Zug angekoppelt war unter anderem ein Tanssillon. In Mainz besichtigten die Betriebsausflügler den Dom, das Gutenbergmuseum und waren Gäste bei der Glasfirma Schott-Zwiesel.

GEBURTSTAG

Der frühere Präsident der oldenburgischen Landessynode, Ministerialrat a. D. Dr. Alfred Gramsch, Oldenburg, wird heute 90 Jahre alt. Dr. Gramsch gehört zu den Persönlichkeiten, die zusammen mit Hermann

EHRUNGEN

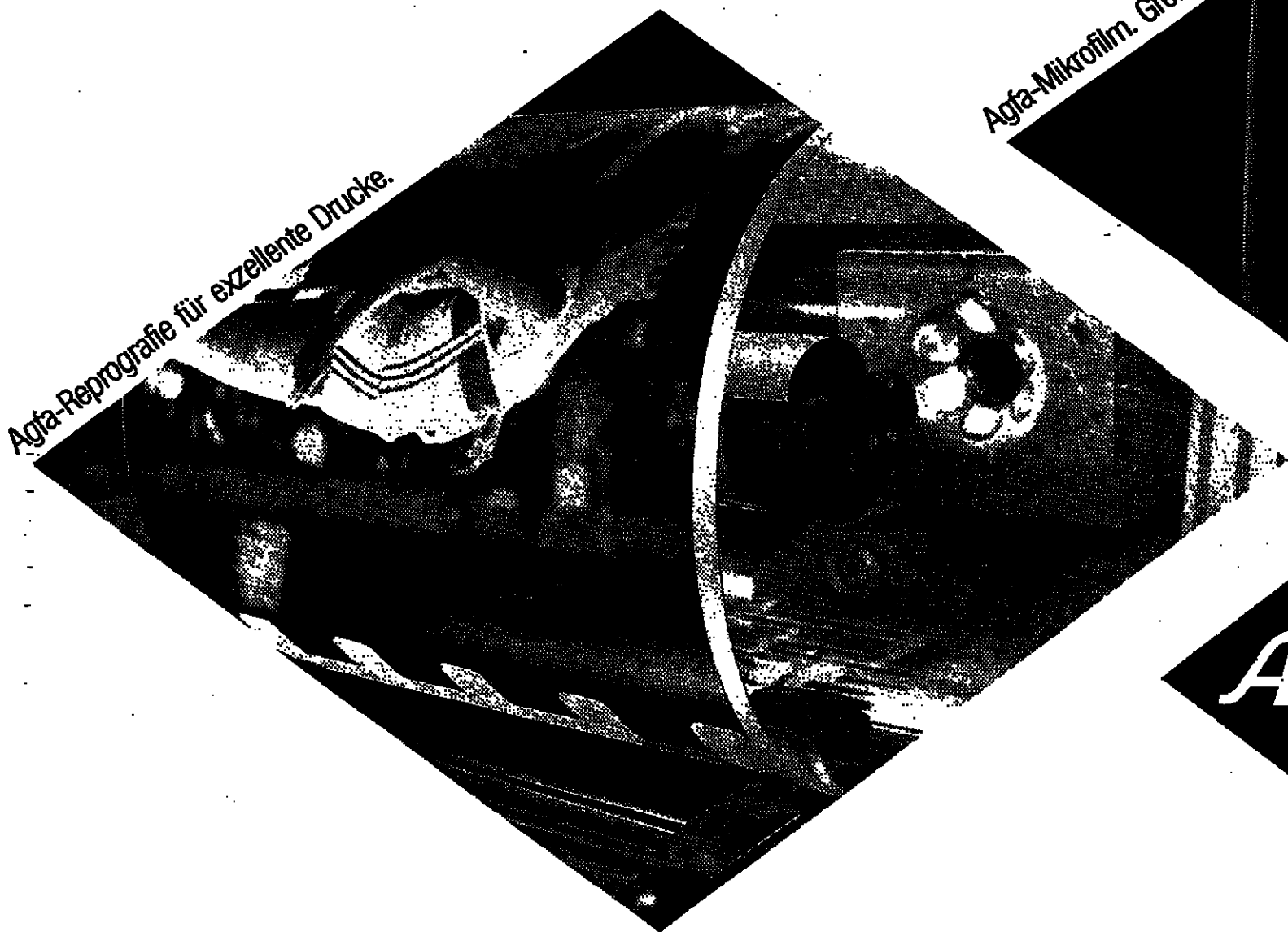
Harald Hiersemenzel, Leitender Polizeidirektor im Bundesgrenzschutz, erhielt das Verdienstkreuz am Bande. Den Orden überreichte Inspekteur Karl Heins Amft. Hiersemenzel, der aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand



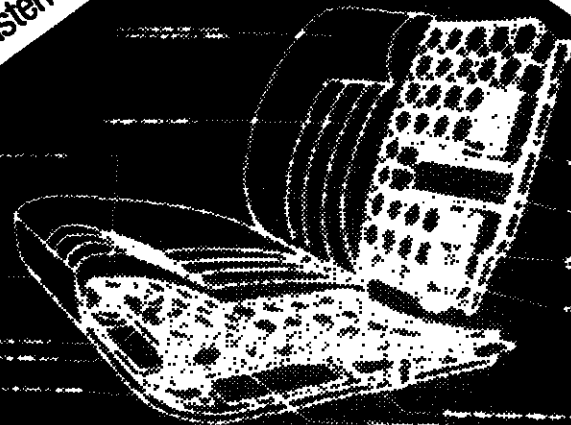
Bahnsteig 3: Dr. Friedbert Pflüger, links, Pressereferent, bringt Richard von Weizsäcker und Frau Marianne zum Zug. FOTO: SV KEU

Agfa. Wir machen m

Fotografiert von Werner Bokelberg und Reinhart Wolf auf den neuen Agfachrome-Filmen.



Agfa-Mikrofilm. Großes Wissen auf kleinstem Raum.



Agfa

Die „Mainzer Tage der Fernsehkritik“ diskutierten das Thema „Die entfernte Wirklichkeit“

Reise ins Gelände menschlicher Unbegreiflichkeit

Daß die Diskussionen verstummen, wenn der oder das Diskutierte unverhofft in voller Größe dazwischentritt, ist eine sehr schöne Rezensart. In Wirklichkeit verstummt eine Diskussion, ist sie einmal angestrichen, selten vor dem Mittagessen und geschweige denn nur deshalb, weil sie sich von der Realität beirren ließe. Auf diese Weise gingen auch die diesjährigen „Mainzer Tage der Fernsehkritik“ leider ihrer Dramaturgie verlustig, die eigentlich gar nicht schlecht erachtet war.

Das Thema hieß „Die entfernte Wirklichkeit“, entschloss sich also etwa: Die Frage, ob das Fernsehen journalistisch oder dokumentarisch in der Lage ist, Wirklichkeit auf den Bildschirm zu bringen. Und um jene allfälligen, zwischen Grämlichkeit und dosiertem Zorn hin- und herwandelnden Debatte über die bösen Politiker, die dummen Fernsehredakteure, das blöde Publikum und die mächtigen Interessengruppen, die einen hindern, gutes Fernsehen zu machen, nicht wieder die ganze Tagung beherrschen zu lassen, setzte man im Programm einfach mächtige Brocken wirklich großen Fernsehens dazwischen.

Hans Janke, Mari, hatte unter der Fragestellung, ob nicht auch die eigene Tradition Chancen sichtbar ma-

chen könne, 17 Stücke aus den letzten 22 TV-Jahren zusammengeschmitt, von Hannah Arendts Gespräch mit Günter Gaus (1963), über Gerd Ruges Reportage vom Attentat auf Robert Kennedy (1968) bis zu den erschütternd-stummen Szenen vom Lazarett-schiff „Helgoland“ vor der vietnamesischen Küste (1970). Vor allem aber wurden die Diskutanten am Abend dieses zweiten Tages der einzigartigen Dokumentation „Der Prozeß“ von Eberhard Fechner ausgesetzt, die demnächst in drei Teilen in den dritten Programmen ausgestrahlt wird.

Diese viereinhalb Stunden (aus acht Jahren Arbeit und 250 Stunden Film zu einem ganz undramatischen und dennoch stembereubenden Meisterwerk geformt) mit den Angeklagten, den Zeugen, den Anklägern, Richtern, Verteidigern und Beobachtern des großen Majdanek-Prozesses in Düsseldorf 1975 bis 1981 auf dem stummen Hintergrund düster-dokumentarischer Schwarz-Weiß-Fotos aus deutschen KZs in Polen hätten die Repertoire-Diskussion über längst Bejammertes beenden müssen. Nach diesem Film, der weder nachgestellten Gerichtsverhandlung, noch Volksbelehrungsversuch ist, sondern gemeinschaftliche Entdeckungsfahrt in das unbekannte Ge-

lande menschlicher Unbegreiflichkeit und Entsetzlichkeit, der für Momente sogar Täter und Opfer aus ein- und demselben Blickwinkel zu zeigen imstande ist, der nahezu Unsendbares wie die absurden Reden einiger Angeklagter oder auch die geheimen Rachephantasien einiger Opfer als ein Stück von uns allen verständlich zu machen versteht, hätte alles von vorne anfangen müssen.

Aber nein. Jeder bezeugte Respekt und tiefe Betroffenheit. Aber niemand mochte gründlich danach forschen, was denn diese Beispiele großen Fernsehens in Deutschland vom grau-verdrissenen Heute unterscheidet. Man schimpfte auf den schlechten Sendetermin für das Fechner-Opus. Und in der Tat stellt die vorgesehene Platzierung einen Akt der Dummheit der ARD dar, weil gerade an diesem Beispiel sichtbar gemacht werden könnte, wie man Realität auf den Bildschirm bringen kann, ohne sich plump mit der eigenen Meinung vorzudrängen.

So kehrte man beruhigt wieder zur Tagesordnung zurück. Vor allem Dagobert Lindau, brillant und raufstischig zugleich, verteilte Hiebe und Tritte gegen das System, die Hierarchie (als einziger Hieb war ZDF-Chef-Redakteur Reinhard Appel, tapfer und

um Antworten kaum verlegen, zur Stelle) und die Politiker.

Die Forderung nach „mehr Positivem“ im Fernsehen, sagte der Münchner Chefreporter, komme ihm vor wie die Forderung an den Klempner, sich doch nicht immer nur um die tropfenden Wasserhähne, sondern auch um die Millionen funktionierenden zu kümmern. Das Gelächter jubelte. Einige hörten freilich mit dem Lachen etwas eher auf und überlegten, ob Journalisten wirklich die Klempner der Nation sind.

Aber die Mehrheit schien es zufrieden zu sein, daß sich deutscher Fernsehjournalismus vorwiegend am Ton-taubenschießen („Sehen, anlegen, schießen“ – Knäurs Prominentenlexikon verrät, daß dies in der Tat Lindaus Hobby ist) orientiert. Fast schien es, Fechners geduldiger, nachdenklicher Film diene hier nur noch als zum Normalfall heruntersinkender Beweis: „Seht ihr, so könnten wir auch, wenn man uns nur ließe...“

In seinem Eröffnungsreferat hatte Günter Gaus, tief skeptisch, die Fähigkeit des Fernsehens zur Aufklärung bezweifelt. Fechner und die anderen Beispiele großen Fernsehens scheinen zu bestätigen, daß der Bildschirm eher momentane Erleuchtung und Erhellung bietet als Aufklärung. JOACHIM NEANDER

KRITIK

Wir sind allesamt aus Schabbach

Edgar Reitz nennt die eifellige Dorfgeschichte eine Chronik. Er folgt damit der Erkenntnis der wichtigsten Fernsehmacher unseres Landes, wie etwa Fechner oder Hädrich wonach Fernsehen eine epische Gattung sei. Der Chronist Reitz hat daher wohl wenig mit Geduld zu tun gehabt in den langen Jahren seiner Arbeit an „Heimat“ (ARD). Denn was herauskam, war nicht ein Produkt geduldiger Strickarbeit als vielmehr ein Stremel Leben, zusammengesetzt aus den Geschichten von Liebe, Leid und Tod, zusammengesetzt aus den langen Bilderbögen schöner oder böser Zeiten. Dies ist kein Film, der Realitäten abbildet. Dies ist das Produkt einer aus den Realitäten aufblühenden Phantasie. Da aber zeigt es sich, wie diese Phantasie ihre konkreten Ansatzpunkte realer darstellt, als es jedes direkte Abbild zu tun vermöchte.

So ist denn „Heimat“, als Geschichte eines Hunsrückdorfes konzipiert, auf die 60 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges beschränkt, dennoch ein Epos von homerischer Zeitlosigkeit und überregionaler Gültigkeit. Immer wieder stellt sich die „Neue Zeit“ vor, wie Großmutter Katharina sagt: „Erst

nach dem Weltkrieg, dann nach der Inflation und dann 33, und wie sie die Hunsrückhöhenstraße gebaut hat 1938, da war eine Neue Zeit, und dann 1945, da hieß es Stunde Null, und jetzt schreibe sie in der Zeitung vom Tag X...“ Aber es ist dennoch zeitlos, Katharina weiß es, sie folgert: „Das hört überhaupt nimmer auf mit den Neuen Zeiten“. Übrigens verliert auch der Hunsrücker Dialekt sehr schnell seinen fremden Klang: Man schwimmt in dieser Sprache mit, ein Heimatgenosse. Wir sind alle Hunsrücker, allesamt aus Schabbach.

Man hat gesagt, „Heimat“ sei eine Hinwendung zur Provinz. Man hat es lobend gesagt, aber auch mit dem Hochmut der Ballungsräume. Aber man hat in beiden Fällen nicht gemerkt, daß „Heimat“ nichts mit Heimat, sprich Enge, sprich Dialekt, sprich Kleine-Leute-Mief, zu tun hat und auch nichts mit Bauerntümmelei. Ich denke manchmal, es wäre besser gewesen, Reitz hätte sein Opus nicht Heimat, sondern Huns-

rück genannt. Am Konkreten hätte sich dann die Phantasie entzündet, wie es denn ja eigentlich im ganzen Stück geschieht. Hunsrück oder Heimat, eines ist dem Macher zu bescheinigen: Indem er Provinz aufleben läßt und unser aller Zeitläufe in der Provinz dingfest macht, verläßt er, das ist das Paradoxe an dem Film, das Provinzielle und hebt das Leben an, so daß wir mittendrin agieren, und die Schabbacher uns Brüder werden. Heimat, das sind wir alle. Im „Fest der Lebenden und der Toten“, dieser grandiosen phantasmagorischen Schlußfolge der Chronik, wird es deutlich.

Die Serie „Heimat“ wurde mit Laien und Berufsschauspielern gedreht. Sie sind auf dem Schirm voneinander nicht zu unterscheiden. Weil die Laien so gut spielten? Oder, und das ist es: weil die Berufsschauspieler ihren Sinn so gründlich, so phantasievoll, so selbstverständlich der Kamera mitteilen, weil auch sie mitschwammen in dem Zeitstrom von Schabbach und anderswo. Nennen wir als Hauptperson Marita Breuer, nennen wir die Laienspieler Gertrud Bredel, und nennen wir den Erzähler Kurt Wagner. VALENTIN POLCUC



ARD/ZDF-Vormittagsprogramm:

- 10.00 heute
10.05 Wer ist betroffen?
1. Teil: Tests, Fragen, Beispiele
Antworten, Beispiele, Hinweise
12.55 Presseschau
13.00 heute
Nur ARD:
15.00 Der Graf von Monte Christo
4. Teil: Die ehrenwerten Schurken
16.00 Tagesschau
16.10 Kunstreitsport
16.15 Das Geheimnis der Anasaville
Amerikanischer Spielfilm (1982)
nach einem Buch von Natalie Babbitt
Regie: Frederick King Keller
Vor 50 Jahren kenterte in einem Sturm die „Anasaville“, deren Kapitän dabei ums Leben kam. Seitdem wartet seine Frau Geneva auf ein Zeichen, das er ihr vom Meeresboden aus schicken soll.
17.50 Tagesschau
Dorw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Fließ ohne Wiederkehr
Amerikanischer Spielfilm (1954)

- Mit Robert Mithum, Marilyn Monroe u. a.
Regie: Otto Preminger
Zusammen mit seinem Sohn Mark bestellt Matt Colder ein Stück Land im Nordwesten Amerikas, einer Gegend, die vor allem von Indianern bewohnt ist. Eine Tochter werden ihm von einem Weißen Pferd und Gewehr geraubt, Colder ist somit hilflos.
21.45 Pisselhaus
Im ARD-Wirtschaftsmagazin geht es heute unter anderem um die Stabilität des amerikanischen Wirtschaftswunders, sowie um bundesrepublikanischen Putsch am Bau, der den Steuerzahler einiges kostet.
Moderation: Adolf Althen
22.30 Tagesschau
mit Bericht aus Bonn
23.00 Die Sportschau
U. a. Fußball: Bundesliga
23.25 Moment mal
Ihr da oben – wir da unten: Politik und Moral
Anschl. Tagesschau



- 15.00 Menschen vom Variété
Das Weltstadtviet Colosseum, ein internationaler Artistentreffpunkt, steht im Mittelpunkt dieses deutschen Spielfilms aus dem Jahre 1939. In einer flotten Mischung verknüpfen sich hier Beruf und Privatleben der Künstler, zu deren Schicksal sich ein spannender Kriminalfall gesellt. In den Hauptrollen sind Hans Moser, Atrila Hörbiger und Jo Lano zu sehen.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.30 Feuilleton
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Musikarte
Zu Gast: Deborah Sasson
17.50 Put und Putsch
Das entwundene Testament
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.30 Musik macht Spaß
Im musikalischen Punkte- und Ratspiel mit Hans Rosenthal entwickelt heute der Münchner Welt-Klassiker Paul Bretnar ein erstaunliches Talent. So versucht er sich mit einer Interpretation eines Hans-Albers-Seemannslieds und

- brilliert sogar mit ergreifendem Trompetenspiel. Ob da das Playback-Verfahren etwas nachhilft?
19.00 heute
19.30 Auslandsjournal
u. a. Grenada: ein Jahr danach / Nicaragua: was ist Sandinismus / USA: Schwarze Familien ohne Vater / Tschad: Was kommt nach den Franzosen
Moderation: Horst Kalbus
20.15 Der Sohn des Seiles
Fernsehspiel
nach dem gleichnamigen Roman von Heinz Schick
21.45 heute-journal
22.00 Aspekte
u. a. Bericht über die Flutlage in Hof / Der Pantomime Milan Sadek / Aspekte-Literaturpreis-Kandidatin Herta Mueller
Moderation: Anne Linse
22.45 Coucou, Coucou
Französischer Spielfilm (1975)
Mit Marie-Christine Barrout, Victor Lanoux u. a.
Regie: Jean-Charles Tacchella
0.15 heute

III.

WEST

- 20.00 Tagesschau
20.15 Arche 2000
Natur- und Umweltschutzmagazin
21.00 Bruder Rosa
Drei-Länder-Gespräch über die Probleme „Waldsterben“ und „Umweltschutz“
22.00 Die Schrecken des Krieges
23.25 Letzte Nachrichten
NORD
19.15 Ekkat die Nordsee
20.00 Tagesschau
20.15 Erken Sie uns an!
Schwierigkeiten mit der Elternrolle
Zuschauer-Telefon (ab 19.00 Uhr): 040/56 60 04/05/06
21.15 El Salvador: Abschied der Front
22.00 III auch noch
0.00 Nachrichten
HESSEN
20.00 Freitags um 8
20.45 Hochschulsport
21.30 Drei ebnell und Sport
22.00 Drei nach neun

SÜDWEST

- Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 Geheimnisse des Gehirns
im Blick
21.00 Tele-tip
Schönheitsreparaturen
21.15 Mikroprozessor – Mikrocomputer
21.45 Wortwechsel
Rolf Hochhuth
22.30 Der Aufpasser
Am Golde hängt doch alles
23.15 Nachrichten
BAYERN
20.55 Theophile Gantler
21.40 Ruderschau
21.55 Mix für ungut
22.00 Falco-Show
22.45 Sport heute
23.00 Z. E. N.
23.05 Nachricht in Dakota
Amerikanischer Spielfilm (1978)
1.10 Ruderschau

Begegnungen mit der Geschichte

JOACHIM FERNAU
„Guten Abend, Herr Fernau“

- Ich sprach mit:
Adolf Hitler
Friedrich Nietzsche
Karl Marx
Der Müller von Samsouci
Andreas Hefer
Agnes Bernauer
König Heinrich IV.
Campanella
Rudolf Steiner

240 Seiten, DM 26,-, Herbig

mehr als Bilder.

Agfa-Copycolor. So gut wie das Original.



Röntgenfilm-Systeme für medizinische und technische Anwendungen, grafische und reprografische Systeme, DTR-Systeme, Bürokopier- und Mikrofilm-Systeme, Audio- und Video-Cassetten, Studio-Bänder für Video und Audio, Kine-Film, Foto-Finishing-Produkte – und natürlich Filme zum Fotografieren.

AGFA Agfa

Paefgen belastete Barzel im Untersuchungsausschuß

Die Rücktrittsnachricht platzte in die Anhörung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß überschlugen sich gestern die Ereignisse: Noch während der Aussage des ehemaligen Flick-Managers Günter Max Paefgen, mit der er Bundestagspräsident Rainer Barzel belastete, wurde dessen Rücktritt bekannt. Der Ausschuß brach sofort die Sitzung ab. Bereits vorher war es zu einer Unterbrechung gekommen. Barzel, dessen Befragung vom Mittwoch am Nachmittag fortgesetzt werden sollte, hatte wegen einer „dringenden Weisung“ seines Arztes abgesagt.

In der Vernehmung Paefgens wurden zu der Frage, wann der Flick-Konzern einen Beratervertrag mit der Frankfurter Anwaltskanzlei Albert Paul abgeschlossen und welche Rolle Barzel dabei gespielt hatte, Widersprüche sichtbar. Er hatte ausgesagt, daß Barzel nach seinem Rücktritt als CDU-Vorsitzender und Fraktionschef Mitte 1973 die Flick-Gesellschaft „darüber unterrichtet“ hätte, daß er in die Kanzlei Paul eintrete. Paefgen: „Daraufhin haben wir unter uns Gesellschaftern beschlossen, den Beratervertrag mit Paul abzuschließen.“ Flick habe damals Rechtsberatungen unter anderem zur Neuordnung des Erbschaftssteuerrechts und der Mitbestimmung benötigt. Man habe die Kanzlei genommen, „weil Barzel dahin ging“.

Paefgen wollte „nicht ausschließen“, daß darüber schon am 24. Juli 1973 zwischen ihm, Friedrich Karl Flick und dem verstorbenen Manager Konrad Kalesch gesprochen worden war. Er bezeichnete es als „nicht unüblich“, daß der am 27. September 1973 geschlossene Vertrag auf den 1. Januar zurückdatiert worden war. Offen blieb, warum Paul für dieses Jahr das Gesamthonorar von 263 750 Mark erhalten hatte. Paefgen, der sonst nicht für „Verwaltungskram zuständig“ gewesen war, sei mit dem Fall befaßt gewesen, weil es um „übergeordnete Fragen“ ging.

Vor ihm hatte der westfälische CDU-Chef Kurt Biedenkopf der 1973 zum Parteigeneralsekretär gewählt wurde, erklärt, nach Barzels Amtsniederlegung sei es dessen „Anliegen“ gewesen, „die Solidarität seiner

Freunde in Anspruch zu nehmen“. Die Bundestagsfraktion habe ihm dann geholfen. Biedenkopf betonte, daß Barzel nach jahrelanger politischer Arbeit die Rückkehr in einen Beruf erleichtert werden könne. In einem Brief an den damaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch habe er aber nicht gemeint, daß Barzel Geld erhalten sollte. Ihm sei auch nichts über Flick-Zahlungen an Barzel bekannt. Das gelte auch für einen Vermerk von Brauchitschs vom 2. Februar 1979 nach der Kündigung des Vertrags mit Paul, in dem der Manager anregte, daß mehrere Industrielle Initiativen für den CDU-Politiker ergreifen sollten. Biedenkopf betonte, er habe „bei keiner Aktion mitgewirkt“ und „an der Organisation irgendwelcher Aktivitäten nicht beteiligt“ gewesen.

Am Mittwochabend hatte Paul ausgesagt, er habe zwischen 1973 und 1979 von Flick 1 845 122 Mark an Honoraren erhalten. Barzel, dessen Arbeitseinsatz in der Kanzlei in den Jahren 1973 und 1974 für Flick von Paul mit „zehn bis zwanzig Prozent“ seiner Gesamtleistung beziffert wurde, habe bis 1979 insgesamt 1 571 500 Mark erhalten. Diese Summe sei „bestimmten Mandanten“ zuzurechnen. Barzel habe vom 1. August 1973 an für ihn gearbeitet. Ein Vertrag über die Beschäftigung sei am 11. April 1974 schriftlich geschlossen worden, wobei der Beginn der Tätigkeit auf den 1. März 1973 festgelegt worden sei. Damit habe er ihn „als guten Freund“ im Nachhinein „für alte Arbeit“ entlohnen wollen. Zur Einstellung von Barzel meinte Paul, er habe es „selbstverständlich vorausgesetzt“, daß dieser ihn „empfohlen“ hätte. Es seien „eine Menge zusätzlicher Aufträge“ gekommen.

Paul und Paefgen widersprachen der Darstellung, daß es sich bei den Flick-Zahlungen nach den Aufstellungen des ehemaligen Chefbuchhalters Rudolf Diehl um „inoffizielle“ Spenden gehandelt habe. Wenn dies so wäre, meinte Paul, hätte sich von Brauchitsch „der Körperschaftssteuerhinterziehung schuldig gemacht“. Paefgen nannte eine solche Zuordnung „falsch“.

Wird Mikat Präsident des Bundestags?

Fortsetzung von Seite 1

zung nahmen neben Bundeskanzler Kohl und Fraktionschef Dregger dem Vernehmen nach CDU-Generalsekretär Geißler, die Minister Blüm und Stoltenberg sowie Ernst Albrecht, Eberhard Diepgen und Hanna Renate Laurien teil. In der Sitzung sei die „beträchtliche Unruhe“ in den Landesverbänden zum Ausdruck gekommen, hieß es aus dem Kanzleramt. Man sei sich einig gewesen, daß der Fall Barzel „noch in dieser Woche“ bereinigt werden müsse.

Nach der Fraktionssitzung gab Dregger eine Ehrenerklärung für Barzel ab:

„Bundestagspräsident Dr. Rainer Barzel hat mir in einem Schreiben mitgeteilt, der politische und psychische Druck gegen ihn sei unerträglich geworden. Der Deutsche Bundestag müsse dringend zu sachlicher Arbeit zurückfinden. Seiner Verantwortung bewußt, wolle er – Dr. Barzel – dazu beitragen und bitte, einen anderen Bundestagspräsidenten zu wählen.“

Der bisherige Verlauf des Verfahrens vor dem Untersuchungsausschuß hat nach meiner Beurteilung ergeben:

– Dr. Barzel können irgendwie geardete rechtliche Vorwürfe nicht gemacht werden.

– Dr. Barzel hat keinen Einfluß auf die Entscheidung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt genommen, der Firma Flick eine erhebliche Steuervergünstigung nach § 6b zu erteilen.

– Beim Wechsel im Amt des Fraktionsvorsitzenden und des Parteivorsitzenden der CDU im Jahre 1973 ist kein Geld im Spiel gewesen.

– Dr. Barzel hat nach dem Rücktritt von seinen Ämtern 1973 als Abgeordneter ohne Staats-, Partei- und Fraktionsamt ein privates Vertragsverhältnis in der Anwaltskanzlei seines Freundes Dr. Dr. Paul in Frankfurt aufgenommen.

– Er hat die Verhaltensrichtlinien des Deutschen Bundestages eingehalten.

In dieser Stunde stelle ich noch einmal fest, daß die Fraktion sich an den Voraussetzungen Rainer Barzels nicht beteiligt hat. Rainer Barzel bleibt auch in dieser schweren Stunde in unserer Gemeinschaft.

Die Chronologie einer Affäre: Es begann mit Fragen Schilys

Zahlungen des Flick-Konzerns an das Anwaltsbüro Paul standen in einer internen Liste

dpa, Bonn

So entwickelte sich die Affäre um Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU):

Im Verlauf der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Flick-Spendenaffäre fragt der Abgeordnete der Grünen, Otto Schily, mehrere Zeugen nach den Beziehungen des Flick-Konzerns zu dem Frankfurter Rechtsanwaltsbüro Dr. Paul. Er erhält die Antwort, es gebe einen Beratervertrag. Zahlungen des Konzerns an das Büro stehen in einer internen Flick-Liste als Parteispenden.

14. September: Nach einem Beschluß des Kölner Oberlandesgerichts erhält der Untersuchungsausschuß die Beweismittelordnung der Bonner Staatsanwaltschaft aus dem Verfahren gegen Otto Graf Lambsdorff (FDP) und andere wegen Bestechung und Bestechlichkeit im Zusammenhang mit der Flick-Affäre. In diesen Akten taucht – wie sich wenig später zeigt – der Name Barzel im Zusammenhang mit dem Anwaltsbüro Paul auf.

5. Oktober: Der Ausschußvorsitzende Manfred Langner (CDU) und sein Stellvertreter Wilfried Penner (SPD) informieren Barzel darüber, daß die Akten Hinweise auf Zahlungen des Flick-Konzerns an ihn enthalten. Er werde vom Ausschuß vernommen werden müssen.

1./8. Oktober: Nach Presseberichten hat der Flick-Konzern von 1973 bis 1979 rund 1,7 Millionen Mark an die Kanzlei gezahlt. Etwa die gleiche Summe soll Barzel an Honoraren erhalten haben. Der „Spiegel“ berichtet, die Beschäftigung Barzels und die Honorare von Flick seien arrangiert worden, um den CDU-Politiker nach seinem Rückzug vom Fraktions- und Parteivorsitz nicht zum „sozialen Fall“ werden zu lassen. Barzel bestätigt dem „Spiegel“, für die Kanzlei gearbeitet zu haben, doch habe er dort nie Parteispenden erhalten. Er habe das Geld versteuert.

9. Oktober: Der Untersuchungsausschuß beschließt formell, Barzel als Zeugen zu vernehmen.

14./15. Oktober: Barzel dringt auf eine frühestmögliche Anhörung vor dem Ausschuß. In einem Interview

erklärt er: „Ich denke gar nicht daran zurückzutreten“. Der „Spiegel“ bringt neue Einzelheiten und zitiert aus einer Akte der Steuerfahndung vom Mai 1984: Der Verdacht liege nahe, daß der Beratervertrag Flicks mit dem Büro Paul ein Scheingeschäft sei, das das Geschäft Flicks mit Barzel verdecken soll.

16. Oktober: CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger erklärt vor den Unionsabgeordneten, Barzel müsse die Sache durchstehen. Barzel nimmt an der Sitzung nicht teil, weil er sich wegen eines Rückenleidens schonen muß.

17. Oktober: Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, Barzel habe gewußt, daß das Geld für seine Honorare von Flick stammte. Für die Honorare Barzels sei von dem Anwaltsbüro ein besonderes Konto eingerichtet worden. Der Untersuchungsausschuß setzt als Termin für Barzels Anhörung den 24. Oktober fest. Der Fraktionschef der CDU/CSU, Dregger, berät sich mit Bundeskanzler Helmut Kohl, der Barzel 1973 als Parteivorsitzender ablöste und 1976 ebenfalls Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU wurde.

18. Oktober: Tumulte im Bundestag, weil der Grünen-Abgeordnete Jürgen Beemts behauptet, Kohls Weg an die Spitze von Partei und Fraktion sei „von Flick freigekauft“. Unabhängig davon sagt Barzel vor Journalisten, es sei eine unerfreuliche Situation entstanden. Der Frankfurter Rechtsanwalt Albert Paul, bei dessen Kanzlei Barzel die umstrittenen Honorare verdiente, erklärt, Barzel habe dem Flick-Konzern nur fünf bis zehn Prozent seiner Tätigkeit gewidmet.

19. Oktober: In einer Sondersitzung der CDU/CSU-Fraktion weisen Kohl und Barzel die Behauptung zurück, beim Wechsel an der Spitze 1973 sei Geld im Spiel gewesen. Barzel erklärt, er bleibe im Amt. Im Untersuchungsausschuß wird ein Vermerk aus dem Flick-Konzern von 1977 (Barzel war gerade Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestages geworden) zitiert, man solle „in Richtung Barzel etwas unternehmen“.

22. Oktober: Barzel gibt eine Erklä-

rung für das Fernsehen ab und bekräftigt erneut, er habe kein Geld von Flick bekommen. In einer Sitzung des CDU-Präsidium hinter streng verschlossenen Türen sagt er, er werde die gegen ihn gerichteten Vorwürfe vor dem Untersuchungsausschuß widerlegen. Nach dieser Sitzung, die in frostiger Atmosphäre stattfindet, wird jedoch deutlich, daß Barzel ohne ausdrückliche Rückendeckung seiner Partei auskommen muß.

23. Oktober: Die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP besprechen die Situation. Die SPD kündigt an, daß sie Barzel zum Rücktritt auffordern wird, wenn er die Vorwürfe gegen ihn vor dem Untersuchungsausschuß nicht widerlegt. Barzel nimmt für eine halbe Stunde an der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion teil, außer kurzen Stellungnahmen entwickelt sich dabei keine Diskussion. Eine Sitzung der Bundestags-Kommission zur Rentenreform wird abgesagt, weil die SPD nicht unter Leitung Barzels daran teilnehmen wollte.

24. Oktober: Barzel nimmt zum ersten Mal vor dem Untersuchungsausschuß öffentlich zu den Vorwürfen Stellung: Er habe von der Verbindung der Kanzlei Paul mit Flick gewußt, jedoch niemals Geld von Flick, sondern immer nur von der Kanzlei bekommen. Sein Rückzug 1973 habe ausschließlich politische Gründe gehabt. Paul bestätigt, daß Barzel nur aus den Gesamteinnahmen des Büros bezahlt worden sei, es seien keine Gelder „weitergeleitet“ worden.

25. Oktober: Der Ausschuß vernimmt weitere Zeugen zum Fall Barzel. Der frühere Flick-Gesellschafter Günter Max Paefgen erklärt, Barzel habe ihn 1973 vom Eintritt in die Kanzlei informiert. Daraufhin sei der Beratervertrag zwischen Flick und Paul geschlossen worden. Die Sitzung wird unterbrochen, als der Vorsitzende einen Brief erhält, in dem sich Barzel wegen Krankheit für die ursprünglich für den Nachmittag vorgesehene Fortsetzung seiner Vernehmung entschuldigt. Aus dem gleichzeitig tagenden CDU/CSU-Fraktionsvorstand wird bekannt, daß Barzel seinen Rücktritt eingereicht hat.

Blüm will „Renten-Polster“ vergrößern

Fortsetzung von Seite 1

die Hinterbliebenenrente von der Situation des Empfängers abhängig gemacht.

Zur Berücksichtigung von Erwerbs- oder Erwerbsersatzinkommen bis zu einem Freibetrag von 900 Mark bei der Berechnung der Hinterbliebenenrente bemerkte Blüm: „Die Leistungen aus dem öffentlichrechtlichen Regelsystem, die ich mir durch Beitrag selber erworben habe, bleiben außerhalb staatlicher Dispositionsmöglichkeit. Dazu zählen etwa Betriebsrenten, Lebensversicherungen usw.“ Das sei „versicherungsrechtlich sauberer, rentensystematisch klarer und sozial rückwärtsorientiert“. Und es ist eine Hinterbliebenenreform mit den geringsten Nachteilen. Denn den Beziehern nur einer Rente passiere gar nichts; nur zehn Prozent der Frauen, die zwei Renten beziehen, erlitten gegenüber dem heutigen Zustand geringfügige Einbußen. Bei den jetzigen Rentenbeziehern ändere sich nichts. „Dagegen legen bei der von der SPD favorisierten Teilhaberrente, wenn sie ähnlich kostenneutral angelegt ist wie das Modell der Bundesregierung, zwei Drittel der Frauen drauf. Der Zahlmeister der sozialdemokratischen Hinterbliebenenreform sind die berufstätigen Frauen.“

Auf die Frage, ob nicht derjenige, der sich in der Rentenversicherung freiwillig weiterversichert habe, einen Nachteil erleide gegenüber demjenigen, der sich außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert habe, sagte Blüm: „Um über die Freigrenze von 900 Mark eigene Rente zu kommen, die dann arbeitslos ist, muß der Betreffende 30 Jahre lang Monat für Monat rund 500 Mark Beitrag zahlen. Anders ausgedrückt: Kaum einer, der freiwillig in der Rentenversicherung versichert ist, wird von unserem Modell berührt.“

Mit der Einführung der Anrechnung von Erziehungszeiten werde ein „hundert Jahre altes Unrecht beseitigt“. Dies sei besser als das von der SPD vorgeschlagene „Babyjahr“, das nur berufstätige Frauen begünstigt hätte, die mindestens 15 Jahre Beitrag (heute fünf Jahre) gezahlt haben.

„150-50-65,“ rechnete ich, „da könnte

ja meine neue Sekretärin glatt als

Handgepäck durchgehen.“ Lesen

Sie, warum.

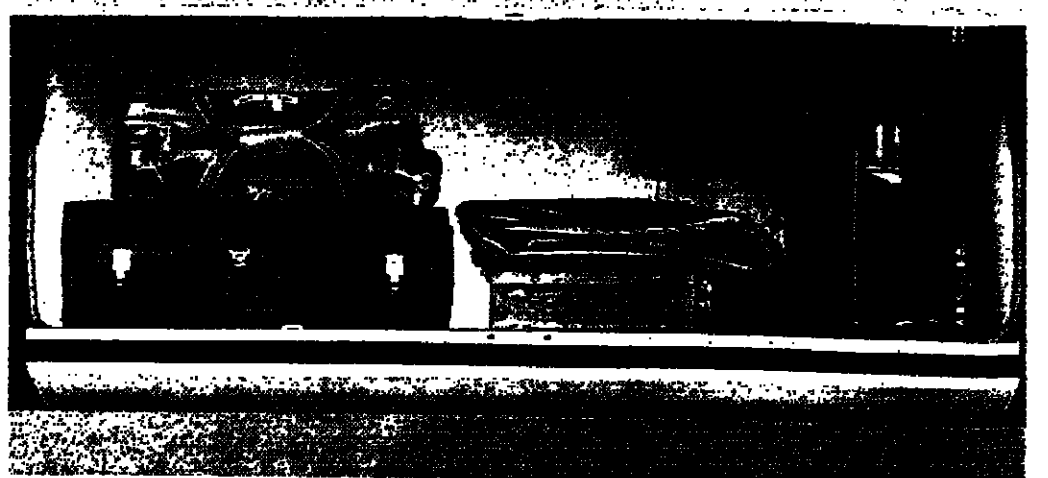
Die neue Pan Am Clipper Class/ Businessman's 1st.

150 cm breit, 50 cm hoch und 65 cm tief. Die neuen Gepäckabteile über den Sitzen der Clipper Class sind 3mal so groß wie üblich! Zur Zeit rüsten wir unsere gesamte 747-Flotte damit aus. Das ist aber nur ein Vorteil der neuen Clipper Class. Über die neuen superleichten Sony-Kopfhörer, die komfortableren

Sessel in 6er Reihe, das Video-System, die Menues in 2 Gängen und den französischen Wein erzählen wir Ihnen demnächst mehr. Buchungen bei Pan Am. Oder bei Ihrem Pan Am-Vertragsreisebüro.



Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.



Wie ein Ölfleck

Mk. - Die Ölflecktheorie, nach der sich der Dirigismus zwangsläufig wie ein Krebsgeschwür ausbreitet, findet gegenwärtig auf dem Milchmarkt besser als in den Lehrbüchern ihre Bestätigung. Es müssen ständig neue Eingriffe in die ursprünglich eingeleiteten Maßnahmen verordnet werden.

Zunächst hatten die rund 380 000 Milchbetriebe gestaffelt nach dem Umfang der Produktion und der Steigerung der Erzeugung Kürzungsbescheide über 1,7 Millionen Tonnen erhalten, für die der Garantiepreis nicht mehr bezahlt werden soll, für die eine Abgabe von 52,3 Pfennig fällig werden sollte, abgerechnet im Oktober. Dann wurden Härtefallregelungen für 80 000 bis 90 000 Betriebe in gleicher Höhe getroffen. Um das EG-Kürzungsziel dennoch zu erreichen, ruhen die Hoffnungen also vor allem auf der Milchrente, mit der eine Produktion von einer Million Tonnen auf dem Markt gekauft werden sollen, und darauf, daß Betriebe weniger als möglich erzeugen oder ganz aufgeben. Ob das reichen würde, darüber ging bei den Fachleuten die Meinung auseinander. Jetzt soll die Härtefall-Regelung weiter ausgedehnt werden. Dann wird es jedoch eng, dann droht in der EG neuer Ärger.

Neuer Unmut steht Landwirtschaftsminister Kiechle trotz

der Nachbesserungen ohnehin ins Haus. Denn die deutschen Bauern möchten die Milchabgabe behalten, zumindest sollte sie im Lande bleiben und nicht in den EG-Agrartopf fließen, obwohl dieses den Beschlüssen entspricht. Die Bauern murren und mahnen den Minister bereits. Ob er sie zufriedenstellen kann, weiß gegenwärtig noch niemand.

Streikfolgen

Py. - In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind mit knapp 1,87 Mill. Pkw etwa 53 000 weniger zugelassen worden als im Vorjahr. In dieser Zahl stecken deutsche wie ausländische Fabrikate. Doch durch Streik, Konjunktur und Katalysator-Diskussion trugen den Rückgang der Zulassungen mit 8 Prozent auf 1,29 Mill. Autos allein die deutschen Hersteller. Die Importeure blieben im „Hausgemachten“ Streik die lächelnden Gewinner. Sie erhöhten ihren Anteil an der gesunkenen Zahl der Gesamtverkäufe um 60 000 auf 576 000 Wagen. Damit sind sie auf einen Exportanteil von 31 (27) Prozent gekommen. Jahre mit 24 oder 25 Prozent sind „normal“. Im Reigen der Importmarken haben die Japaner mit 12,4 statt 10,4 Prozent den Vogel abgeschossen. Die Franzosen bauten ihre Position auf 7,9 (7,4), die Italiener auf 5,3 (4,7) Prozent aus. Fazit: Streiks wie der vom Frühjahr zeugen nicht nur von Unvernunft, sie sind auch ein Schlag gegen die eigenen Interessen.

Aktivposten Reiselust

Von GERD BRÜGGEMANN

Die deutschen Tourismus-Unternehmen konnten sich auch im Jahre 1984 wieder auf ihren wichtigsten Aktivposten verlassen: die Reiselust. Wenn in diesen trüben Herbsttagen die Zahlen addiert und Soll und Haben bilanziert werden, können die Reiseveranstalter, sofern sie nicht unrealistische Erwartungen hegten, feststellen, daß sie gar nicht so schlecht davongekommen sind. Das Rechnungszentrum des Deutschen Reisebüros (DER) ermittelte in diesen Tagen, daß die gesamten Reisebüro-Umsätze in den ersten neun Monaten um 4,9, die touristischen gar um 5,7 Prozent höher gewesen seien als im Vorjahr, das auch schon besser verliefen war, als zunächst angenommen.

Es hat sich also wieder gezeigt, daß die Deutschen der Feriengereise auch weiterhin einen Spitzenrang auf ihrer Wunschliste einräumen. Ein Vergleich des Wachstums der Reisebüro-Umsätze mit dem des Einzelhandels, das erheblich niedriger liegt, macht deutlich, daß ganz offensichtlich eher auf den Kauf von Gütern aller Art verzichtet wird als auf den Urlaub. Allerdings resultiert der vermehrte Umsatzzuwachs ausschließlich aus gestiegenen Preisen und nicht aus einer höheren Urlaubszahl. Die ist seit einigen Jahren nicht mehr gewachsen.

Diese Entwicklung läßt sich gut aus der Reiseanalyse ablesen, einer repräsentativen Erhebung, die seit 1974 veranstaltet wird. Ihre Ergebnisse spiegeln mit der üblichen Zuverlässigkeit von Umfragen das Urlaubsverhalten der Deutschen. Die Reiseintensität, die 1980 mit 57,7 Prozent ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist seither langsam auf 54,4 Prozent und damit auf eine Größenordnung aus der Mitte der siebziger Jahre gefallen. Allerdings wird für 1984 allgemein wieder mit einem Anstieg gerechnet. Die Reiselust steht also, welcher Anteil der erwachsenen Bevölkerung mindestens eine Urlaubsreise von mehr als fünf Tagen gemacht hat.

Es dauerte lange, bis die Reise-Industrie, die im vergangenen Jahrzehnt immer auf der Sonnenseite der Konjunktur lebte, von den wirtschaftlichen Realitäten eingeholt wurde. Aber dann führte sie sich besonders hart getroffen, nicht nur, weil die erhofften Wachstumsraten ausblieben, sondern mehr noch, weil die Urlauber ihr Buchungsverhalten

nachhaltig änderten und damit die Veranstalterkalkulationen riskanter machten.

War früher das Sommergeschäft im März eigentlich gelaufen, so stellt sich jetzt oft, weil die Kunden sehr viel später buchen, erst nach der Saison heraus, ob die Unternehmen richtig geplant haben oder nicht. Anders als die Reiseveranstalter sind die Urlauber gelassener geworden, denn sie haben die ebenso beruhigende wie wettbewerbsfördernde Erfahrung gemacht, daß auch späte Bucher noch einen Platz an der Sonne finden.

Insgesamt hat sich der Touristikmarkt als stabil und robust erwiesen. Die Branche hat denn auch wenig Anlaß, Sorgenfalten zu zeigen. Und vielfältige Klagen über die angebliche Marktsättigung erweisen sich als das Resultat einer unzureichenden Definition. Der Markt des organisierten Urlaubs umfaßt nämlich insgesamt nur ein Viertel aller Urlaubsreisenden, was in diesem Jahr einer Zahl von sieben Millionen entsprechen wird. Merkwürdigerweise hat sich an diesem Verhältnis seit Jahren so gut wie nichts geändert. Es bedeutet, daß rund drei Viertel aller Urlauber es immer noch und immer wieder vorziehen, ihre Ferien selbst zu organisieren, was keineswegs immer preiswerter sein muß als der Kauf eines Katalogangebotes.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt das Thema Marktsättigung eine andere Dimension als für die Hersteller von Kühlschränken oder Fotoapparaten. Die Frage muß erlaubt sein, ob die Reise-Unternehmen die richtigen Angebote bereithalten, wenn drei Viertel der möglichen Nachfrager sie unbeachtet lassen. Bisher waren alle Versuche, wenigstens einen Teil dieses Potentials über die Reisebüros zu den Veranstaltern zu locken, wenig erfolgreich.

Das mag daran liegen, daß die Großveranstalter kostengünstig und damit preisgünstig nur im Massengeschäft tätig sind. Aber diese Feststellung kann ja nicht der unternehmerischen Weisheit letzter Schluß sein. Daß Innovation auch in der Reisebranche möglich ist, beweisen viele kleine und mittlere Veranstalter. Neue Märkte werden sich nur die Firmen erschließen, die aufhören, sich als Produzenten zu verstehen. Dienstleistung ist gefragt.

REGIONALPOLITIK / Konferenz des Bundes und der Länder

Fördergebiete sollen an veränderte Verhältnisse angepaßt werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Die Regionalpolitik soll reformiert und an die wirtschaftlichen Veränderungen der vergangenen zwei Jahrzehnte angepaßt werden. Darüber waren sich auf der Sonderkonferenz des Planungsausschusses für regionale Wirtschaftsstruktur Bund und Länder gestern weitgehend einig. Zu einer Neuaufgrenzung der Fördergebiete dürfte es nicht vor 1988 kommen. Ein Unterausschuß soll weitere Untersuchungen durchführen.

Obwohl sich die gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen in den letzten Jahren nachhaltig verändert haben, blieben die Grundlinien des Fördersystems der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von Anfang an unverändert. Und das, obwohl seit den sechziger Jahren, als dieses Instrument geschaffen wurde, neben den Problemregionen mit Freisetzungspotentialen auch die Landwirtschaft zunehmend als Industriegebiet mit einem hohen Anteil schrumpfender Branchen getreten sind.

Daher soll das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe so schnell wie möglich überprüft werden, wofür die Unterlagen kaum vor Ende nächsten Jahres vorliegen werden. Maßgeblich für die Abgrenzung ist bisher ein Indikator, bestehend aus fünf Teilen: der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsmarktentwicklung, der Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer, dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und der Infrastruktur. Dieser erfaßt Regionen mit schwerwiegenden sektoralen Anpassungsproblemen nur unvollkommen. So mußten unbestrittene arbeitsmarktpolitische Problemregionen

wie Dortmund, Bochum, Duisburg, Gelsenkirchen, das Saarland und Heide-Meldorf in den letzten Jahren in Form von Sonderprogrammen oder Ausnahmeregelungen gefördert werden. Dies soll in Zukunft vermieden werden.

Künftig muß das regionale Wachstum stärker als bisher von den internen Kräften des jeweiligen Gebietes getragen werden. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren ist der Zustrom ökonomischer Aktivitäten von außen deutlich zurückgegangen. Die Zeiten sind auch vorbei, in denen ein starkes Wachstum in der Industrie auch zu einer starken Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich führte. Vielmehr wird heute durch ein hochwertiges Angebot von Vorleistungen das Wachstum des industriellen Sektors gefördert.

Heute werden nur solche Betriebe gefördert, deren Produktion überwiegend, also zu mehr als 50 Prozent, aus Erzeugnissen besteht, die überregional abgesetzt werden können. Es wird überlegt, diesen sogenannten Primäreffekt zu senken, wobei die Länder für 30 Prozent plädieren. Konkret würde dies zu einer stärkeren Einbeziehung des Handwerks und der Dienstleistungsbereiche in die Förder-

ung führen. Diskutiert wurde auch über stärkere Anreize zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze. Bisher konzentriert sich die Gemeinschaftsaufgabe auf die Förderung der Sachkapitalbildung. In jüngster Zeit spielen daneben, häufig sogar an erster Stelle, für die Wettbewerbsfähigkeit Faktoren wie Humankapital, Innovationsfähigkeit sowie Forschungs- und Entwicklungsintensität eine Rolle. Dabei weisen die strukturschwachen Regionen Defizite auf. Daher wird überlegt, ob es einen besonderen Investitionszuschuß pro neu geschaffenen hochwertigen Arbeitsplatz geben soll, ob die förderfähigen Kosten eines Vorhabens um die der Lizenznahme oder der Schulung von Mitarbeitern erweitert werden sollten.

Gesprochen wird auch über die Einbeziehung von Technologie, Innovations- und Gründerzentren in die Förderung. Im Gespräch war auch die Kumulation der regionalen Investitionszulage mit der Forschungs- und Entwicklungszulage nach dem Investitionszulagengesetz. Manche meinen, daß die Summe der öffentlichen Hilfen die Obergrenze von 50 Prozent nicht erreichen dürfte. Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal würde sich bei 30 Prozent ziehen, weil es auch eine Eigenverantwortung des Unternehmers geben müsse. Die Probleme im Zusammenhang mit der Berlin-Förderung sollen geprüft werden.

AUF EIN WORT



„Wir können nicht das japanische Modell übernehmen und sollten dies auch gar nicht versuchen. Staat, Wirtschaft und Wissenschaft müssen jedoch im Rahmen unseres marktwirtschaftlichen Systems noch enger zusammenarbeiten – es gibt noch zu viele Berührungspunkte.“
Dr. Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, München.
FOTO: WOLF P. FRANGE

Mehr Fördermittel für den Mittelstand

rt, Bonn
Eine Anhebung der Fördermittel für den Mittelstand zu Lasten der Subventionen haben die Mitglieder der Regierungskoalition im Wirtschaftsausschuß des Bundestages beantragt. Unter anderem sollen die Mittel für Gemeinschaftsforschung und Beratungsförderung von kleinen und mittleren Unternehmen um jeweils fünf Mill. Mark angehoben werden, teilte die FDP-Bundestagsfraktion mit. Ferner soll für die künftigen Haushaltsjahre die Verpflichtungsermächtigung beim Eigenkapitalhilfsprogramm so aufgestockt werden, daß die Zinskonditionen bei starker Inanspruchnahme der langfristigen Kredite nicht verschlechtert werden müssen.

AUSSENHANDEL

Exportüberschuß stark erhöht, Leistungsbilanz ausgeglichen

dpa/VWD, Wiesbaden
Die Bundesrepublik hat im Außenhandel in den ersten neun Monaten einen Überschuß von 32,1 Mrd. DM erzielt, nach einem Plus von 30,4 Mrd. DM in der entsprechenden Vorjahreszeit. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden belief sich der Aktivsaldo im September 1983 auf 6,3 Mrd. DM nach 3,8 Mrd. DM im Vormonat und 3,6 Mrd. DM im September 1983.

In den ersten neun Monaten wurde der Handel insgesamt gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode deutlich ausgeweitet. So exportierte die Bundesrepublik in den ersten neun Monaten Waren im Wert von 353,2 Mrd. DM und importierte für 321,1 Mrd. DM. In der Vorjahresperiode waren Güter im Wert von 315,1 Mrd. DM exportiert und für 284,7 Mrd. DM importiert worden. Im September 1984 standen den Exporten im Wert von 40,56 Mrd. Importe im Wert von 35,23 Mrd. DM gegenüber.

Die Leistungsbilanz, in der neben dem Außenhandel noch Dienstleistungen und Übertragungen mit berücksichtigt sind, schloß für den ersten neun Monate 1984 mit einem Aktivsaldo von 0,3 Mrd. DM nach einem Überschuß von 0,5 Mrd. DM in der Periode Januar/September 1983. Im September war die Leistungsbilanz ausgeglichen nach Fehlbeträgen von 1,5 Mrd. DM im Vormonat und 0,7 Mrd. DM im September 1983.

Noch zu Beginn des Jahres waren für die Leistungsbilanz Überschüsse in der Spanne von zehn bis 15 Milliarden Mark prognostiziert worden. 1983 hatte die Leistungsbilanz mit einem Aktivsaldo von 10,3 Mrd. DM abgeschlossen.

Auch die Konjunktur werde da nicht helfen. Der 1984 bei maximal 39,5 Millionen Tonnen erwartete deutsche Rohstofflaustausch (ein Zehntel mehr als 1983) werde 1985 wohl nicht mehr wachsen.

Um so mehr müßten sich die deutschen Produzenten sowohl um weitere Rationalisierung als auch darum bemühen, daß die Wettbewerbsverzerrungen durch die bei ihren EG-Partnern hohen Subventionen endlich verschwinden.

den Mitgliedsländern, ob 1985 noch „politischer Bedarf“ bestehe, die dann schon verbotenen „Betriebsbeihilfen“ fortzuführen. Da müsse es beim nächsten „Stahlministerrat“ der EG am 22. November zur Nagelprobe kommen. Werde dort die Linie des Subventionsabbaus gelockert, so würde das für die deutschen Stahlunternehmen „ein Loch reißen, das nicht mehr zu stopfen ist“.

Auch die Konjunktur werde da nicht helfen. Der 1984 bei maximal 39,5 Millionen Tonnen erwartete deutsche Rohstofflaustausch (ein Zehntel mehr als 1983) werde 1985 wohl nicht mehr wachsen.

Um so mehr müßten sich die deutschen Produzenten sowohl um weitere Rationalisierung als auch darum bemühen, daß die Wettbewerbsverzerrungen durch die bei ihren EG-Partnern hohen Subventionen endlich verschwinden.

EINKAUFVERBÄNDE

Genereller Pessimismus für 1985 ist nicht angebracht

HANNA GIESKES, Bonn
„Die Stimmung beim Verbraucher und im Handel muß besser werden.“ Siegfried Willeitner, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Einkaufsverbände (BEV), rechnet zwar mit einem geringen realen Umsatzplus von „höchstens“ einem Prozent in diesem Jahr, aber der Handel müsse immer noch gegen eine schleppende Verbraucherkonjunktur ankämpfen. Vor der Jahrestagung seines Verbandes gestern in Bonn wünschte sich Willeitner darum „mehr Entschiedenheit im wirtschafts- und finanzpolitischen Handeln“.

„Generellen Pessimismus“ für das kommende Jahr hält der Präsident nicht für angebracht, „obwohl uns die schlechte Ertragslage im Fachhandel bedrückt“. Die Einkaufsverbände sehen es darum als ihre wichtigste Aufgabe an, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitglieder zu stärken. Dies geschehe derzeit vor allem durch Leistungen bei Verkaufsförderung und Beratung. Willeitner hat die Bundesregierung für die Beratungsförderung im Mittelstand zusätzliche Mittel bereitzustellen, „denn dem kleinen Unternehmer ersetzt der Berater die Stabsabteilung des Großunternehmens“.

Diese Bitte fand bei den Teilnehmern der Podiumsdiskussion Verständnis: Wolfgang Roth, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, forderte gleichermassen die „uneingeschränkte Fortfüh-

rung“ dieses wirkungsvollen Instruments, und Matthias Wissman, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, wußte zu berichten, daß der Wirtschaftsausschuß einer Erhöhung der Beratungshilfen für den Handel um fünf Millionen DM in diesem Jahr soeben zugestimmt habe. Er wie Roth seien zuversichtlich, daß nun auch der Haushaltsausschuß beipflichten werde.

Die in Kreisen mittelständischer Politiker nach wie vor herunderstürmte Idee von einem gesetzlichen Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis wies Willeitner entschieden von sich, „denn sie bedeutet einen Schlag gegen die Selbsthilfebemühungen der Wirtschaft“.

Martin Grüner, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, will der Mittelstandspolitik ein größeres Gewicht einräumen, „den kleinen und mittleren Unternehmen stellen den größten Teil der Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserer Wirtschaft“. Er plädierte für einen Verzicht auf die Gewerbesteuer, um die Investitionskraft des Mittelstands zu stärken; allerdings sei dies ein Ziel der FDP und nicht Gegenstand einer Koalitionsabrede.

Der Bundesvereinigung Deutscher Einkaufsverbände gehören 81 Einkaufszusammenschlüsse an, denen über 30 000 Betriebsstätten zugeordnet werden können. Der Gruppenumsatz der Mitgliedsverbände liegt bei 59,5 Mrd. DM.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ausweitung der Streiks in britischer Automobilindustrie

London (ft.) - Nur einen Tag, nachdem 7000 Arbeiter in den drei Werken des Automobil-Herstellers Jaguar mit überwältigender Mehrheit für einen unbefristeten Ausstand von Anfang November an gestimmt haben, entschlossen sich gestern auch die 28 000 Arbeiter in den Austin Rover-Werken zum Streik. Bei Vauxhall, britische GM-Tochter, hat unterdessen die Annahme des erheblich verbesserten Arbeitgeber-Angebots in Höhe von 8,25 Prozent einen hohen Maßstab für die anderen Autobauer gesetzt. Die Arbeiter von Jaguar fordern eine Anhebung ihrer Bezüge um deutlich mehr als die 25 Pfund pro Woche, die von der Geschäftsleitung angeboten wurden. Dagegen nimmt das Austin Rover-Angebot von plus 4,7 Prozent äußerst bescheiden aus.

Sowjet-Rohrauftrag

Düsseldorf (J.G.) - Der Mannesmann-Konzern erhielt aus der UdSSR einen Auftrag zur Lieferung von 340 000 Tonnen Großrohren. Das Großrohrwerk Mülheim wird die Rohre, überwiegend mit einem Durchmesser von 1,42 Metern, im ersten Halbjahr 1985 fertigen.

Klage gegen EG erwogen

Hamburg (dpa/VWD) - Der Zentralverband des Deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels, Bonn, will notfalls gerichtlich gegen die am 20. September von der EG-Kommission verkündete Getreidehandelsquote vorgehen. Am Rande einer außerordentlichen Hauptversammlung in Hamburg sprach Verbandpräsident Rudolf Böhm am Mittwoch von einer „Teilentscheidung“ beim Handel durch eine solche Entscheidung mitten im Wirtschaftsjahr.

Höhere Verbraucherpreise

Brüssel (AP) - Die Verbraucherpreise in den zehn Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind im September gegenüber dem Vormonat um 0,5 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Amt der EG am Mittwoch in Brüssel mitteilte, stiegen die Verbraucherpreise im August um 0,4 und

im Juli um 0,2 Prozent. Während der zwölf Monate bis Ende September stieg der Verbraucherpreisindex in der Gemeinschaft um 6,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte er noch bei 8,5 Prozent gelegen.

Geringe Inflation

Washington (dpa) - Die Inflationsrate in den USA ist in den zwölf Monaten bis September 1984 um 4,2 Prozent gestiegen. Dies bedeutet einen Anstieg von 0,4 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor, als die Zunahme 3,8 Prozent betrug. Die Inflationsrate im Kalenderjahr 1983 hatte 3,9 Prozent betragen.

Kein Arbeitsplatzabbau

Köln (dpa/VWD) - Die Kreditwirtschaft rechnet trotz zunehmender Einführung elektronischer Techniken nicht mit einem Abbau der Beschäftigtenzahl. Bernhard Schramm, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, erklärte, die Zahl der Beschäftigten werde im Gegenteil leicht ansteigen. Dies bedeute allerdings „keine Arbeitsplatzgarantie im einzelnen, schon gar nicht für jede Qualifikation“.

Großfusion gebilligt

Washington (dpa) - Die Handelskommission der US-Regierung hat den größten Zusammenschluß in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte endgültig gebilligt. Die Übernahme der Gulf Oil Corp. durch die Chevron Corp., die dafür 13,2 Milliarden Dollar zahlte, fand Zustimmung ohne Gegenwort. Chevron steigt damit - hinter Exxon und Mobil - zum drittgrößten US-Ölkonzern auf und verdoppelt seine Ölserven auf 3,9 Milliarden Barrel.

Starthilfe geplant

Münster (dpa) - Ein Zentrum für Existenzgründungen soll in Münster entstehen. Die Interessenten müssen ein marktreifes Produkt oder ein neu entwickeltes Verfahren mitbringen. Getragen wird das Projekt von der Universität, der Fachhochschule, der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer und der Stadt Münster.

PROTEKTIONISMUS

Bonn will Textilabkommen nur degressiv verlängern

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Die Bundesregierung wird sich gegen eine bloße Verlängerung oder gar Verschärfung des gegenwärtigen Welttextilabkommens, das Mitte 1986 ausläuft, aussprechen. Dies kündigte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gestern in der Protektionismus-Debatte im Bundestag an. Er werde vielmehr dafür eintreten, den Schutz degressiv und zeitlich befristet auszugestalten.

Mit „Genußnahme“ wies er darauf hin, daß nicht alle protektionistischen Blütenräume der US-Wirtschaft Wirklichkeit geworden seien. Allerdings gebe es auch Punkte wie die Erweiterung und Verschärfung der Einfuhrabwehr, die er für gefährlich halte. Einer extraterritorialen Anwendung von US-Recht werde die Bundesregierung weiterhin mit Entschiedenheit widersprechen. Ein Ent-

schließungsantrag der SPD, der an den Wirtschaftsausschuß überwiesen wurde, forderte die Regierung auf, in Abstimmung mit den EG-Partnern bei der US-Regierung darauf hinzuwirken, daß den sich verschärfenden Beschränkungen der Weitergabe auch nichtmilitärischer Technologie Einhalt geboten werde.

Bangemann bedauert es, daß die EG nicht in der Lage sei, sich auf eine beschleunigte Durchführung der Zollsenkungen aus der letzten Gatt-Verhandlungsrunde zum 1. Januar 1985 zu einigen. Und das, obwohl der Wirtschaftspakt in London es massiv unterstützte hat.

Von Japan erwartet der Minister eine nachhaltige Steigerung seiner Fertigwareimporte. Es müsse geprüft werden, ob die internen japanischen Wettbewerbsstrukturen einen solchen Anstieg verhindern.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / Thomson sorgt für neue Unruhe

Telefunken-Vorstand tritt zurück

ews/J.Sch./dpa/VWD, Bonn
Die Befürchtungen, daß die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, das gleiche Schicksal erleidet wie Saba und Nordmende, die anderen deutschen Töchter der französischen Thomson-Gruppe, werden von der Eigen-Seite weiter bestritten. Doch hat aufgrund dieser Befürchtungen gestern der dreiköpfige Vorstand - Josef A. Stoffels, Manfred Haberstroh und Herbert Leinauer - das Handtuch geworfen und ist zurückgetreten, nachdem er sich geweigert hatte, einen Beherrschungsvertrag mit den Franzosen zu unterschreiben. Stoffels fürchtete, daß damit die bei der Übernahme von der AEG im März dieses Jahres garantierte Eigenständigkeit nicht mehr gesichert sei.

Neuer Vorstandsvorsitzender wurde der bisherige Telefunken-Aufsichtsratsvorsitzende Bernard Gillot, neuer Aufsichtsratsvorsitzender Kurt Westrick. Gillot ist auch Vorsitzender der Dagbl-Deutsche AG für Unterhaltungselektronik oHG, Villingen, in der seit Anfang 1984 die anderen deutschen Aktivitäten des französischen Konzerns zusammengefaßt sind.

Die neue Geschäftsleitung will das von Stoffels eingeführte und bewährte Partnerschaftssystem mit Festpreis-Charakter aufrecht erhalten, so heißt es. Auch soll der neue Vorstand über die größtmögliche Autonomie verfügen. Dies bedeute die eigenständige Festlegung bei den Produktlinien und bei Chassis. Es wurde bekräftigt, daß niemals eine Vereinheitlichung der Konzernprodukte vorgesehen war. Vielmehr habe man die Rationalisierung im Auge gehabt. Das Werk Celle soll auch weiterhin Farbfernsehergeräte herstellen. Die Werke Braunschweig und Hannover sollen ihre bisherigen Bauteile weiterproduzieren.

Am Mittwoch sind in Paris Gerichte aufgetaucht, daß Thomson den gesamten Sektor der Unterhaltungselektronik (23 000 Beschäftigte), zu dem auch die drei Telefunken-Werke gehören, rationalisieren wolle. Obwohl Telefunken inzwischen Gewinne erwirtschaftet, ist der Konzernbereich 1983 erstmals in die roten Zahlen geraten. Bei 14 Milliarden Franc Umsatz entstanden rund 80 Millionen Franc Verluste.

Im Vergleich zu seinen Konkurrenten ist die Thomson-Produktion zu stark aufgesplittet. Bei den Farbfernsehergeräten produzieren sämtliche Werke des Konzerns mit 2,5 Millionen Einheiten im Jahr gerade so viel wie ein einziges japanisches oder koreanisches Werk. Die Produktionskapazitäten von Thomson übertreffen zur Zeit den Absatz um das Doppelte. Bei den deutschen Töchtern würde der Absatz gerade zum Überleben ausreichen, heißt es in Paris.

„Sie sollten Ihren Gästen nicht irgendeinen Sherry anbieten. Sondern Harveys Bristol Cream.“

HARVEY'S
FULL BODIED
BRISTOL CREAM

GROSSBRITANNIEN

Leistungsbilanz mit Rekorddefizit

WILHELM FURLER, London
Die britische Leistungsbilanz weist für September ein Rekorddefizit in Höhe von 514 Mill. Pfund (1,9 Mrd. DM) aus, genau die gleiche Zahl wie im April. Ein so hohes Monatsdefizit ist zuvor noch nie registriert worden. Damit ist das zusammengefasste Leistungsbilanzdefizit für die ersten neun Monate dieses Jahres auf 530 Mill. Pfund gestiegen. Rechnet man diese Zahl auf das ganze Jahr hoch, ergibt sich ein Fehlbetrag von rund 700 Mill. Pfund.

Im vergangenen Jahr war noch ein Überschuss in der Leistungsbilanz in Höhe von 2,916 Mrd. Pfund ausgewiesen worden, 1982 sogar von 5,306 Mrd. Für dieses Jahr hatte der Schatzkanzler einen Überschuss von etwa zwei Mrd. Pfund vorausgesagt. Daraus wird nun mit Sicherheit nichts.

Wie es aussieht, ist es in Großbritannien zu einem regelrechten Import-Sog gekommen. Seit dem dritten Quartal letzten Jahres ist das Defizit im britischen Warenhandel mit Aus-

ÄGYPTEN / Die Lieferung eines deutschen Kernkraftwerks spielt beim Besuch von Mubarak eine wichtige Rolle

Bonn hofft auf den Drei-Milliarden-Auftrag

HEINZ HECK, Bonn
Die Lieferung eines deutschen Kernkraftwerks an Ägypten wird beim Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak in der Bundesrepublik vom 30. Oktober bis 2. November eine wichtige Rolle spielen. Die Bundesregierung hat bisher noch nicht entschieden, ob sie für das Drei-Milliarden-Mark-Projekt eine Deckungszusage geben wird.

Die Hermes-Deckung müßte nach Meinung von Fachleuten mindestens eine Größenordnung von zwei Milliarden Mark erreichen. Damit sprengt dieses Projekt den Rahmen des Bonner Ägypten-Plafonds, der jährlich rund 400 Millionen Mark beträgt. Es wird damit gerechnet, daß es noch vor dem Eintreffen Mubaraks im Kabinett oder in einer kleineren Ministerrunde unter Vorsitz des Kanzlers zu einer Entscheidung kommen wird.

Bonn ist aus grundsätzlichen Erwägungen daran interessiert, die Produktionskapazitäten der Kernkraftindustrie als eines wichtigen Hochtechnologieträgers zu erhalten. Auf dem Weltmarkt gibt es nur wenige Projek-

te, die für internationale Ausschreibungen in Betracht kommen. Angesichts der weltweit geringen Auslastung dieser Industriekapazitäten gibt es einen entsprechend scharfen Wettbewerb um diese Vorhaben. Zwar wurde innerhalb der Industrielländer (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD) erst kürzlich eine Vereinbarung für den Verkauf von Kernkraftwerken getroffen, die auf eine Begrenzung der Kreditlaufzeit auf 15 Jahre und Einhaltung marktgerechter Zinskonditionen dringt. Jedoch wurden solche Projekte, über die bereits verhandelt wird, ausdrücklich ausgenommen.

Hierzu gehört auch das ägyptische 1000-Megawatt-Kraftwerk für den Standort El Daaba, 150 Kilometer westlich von Alexandrien. Die internationale Ausschreibung ist bereits im Gange, und Lieferfirmen aus den USA, Frankreich (zusammen mit Italien) und der Bundesrepublik hatten im April ihre Angebote eingereicht.

El Daaba ist allerdings in der ägyptischen Planung nur der erste Bau-

stein eines acht Kernkraftwerke zu je 1000 Megawatt umfassenden ehrgeizigen Elektrifizierungsprogramms, das noch in diesem Jahrhundert realisiert werden soll. Zwar gibt es keine politischen Schwierigkeiten, nachdem Ägypten sich noch zu Zeiten des Präsidenten Sadat zur Zeichnung des Atomsperrvertrages entschlossen hatte. Auch wurden inzwischen mit mehreren Ländern, darunter der Bundesrepublik, Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet.

Die Finanzierung des Programms stellt jedoch die entscheidende Hürde dar. Im Falle der Bundesrepublik kommt eine zusätzliche Komplikation hinzu. Da sich deutsche Firmen seit einiger Zeit auch um einen Türkei-Auftrag für die Lieferung eines 1000-Megawatt-Kernkraftwerks bemühen, war in Bonn eine Art Marschroute festgelegt worden, wonach nur eins der beiden Großprojekte in Dekkung genommen werden sollte. Etwa vor Jahresfrist hatte sich die Bundesregierung bereit erklärt, für das Tür-

kei-Projekt in Akkuyu eine Ausfuhrkreditbürgschaft bis zu 1,4 Milliarden Mark zu bewilligen. Allerdings ist die türkische Entscheidung über den Zuschlag für die Lieferung seit einem Jahr mehrfach verschoben worden und steht immer noch aus.

Sollte es bei der Bonner Marschroute bleiben, so bestünde das Risiko, aus Deckungsgründen die Zusage für Ägypten zu verweigern und letztlich beide Projekte zu verlieren. Damit könnte diese Frage zum zentralen Thema des Ministerrates unter Kanzler-Vorsitz werden.

Auch Akkuyu liegt in der Größenordnung von drei Milliarden Mark. Zusätzlich zu den 1,4 Milliarden Mark möglicher deutscher Leistungen kommen etwa 0,9 Milliarden Mark Landeskosten und rund 0,7 Milliarden Mark Zulieferungen aus anderen Ländern hinzu. Hiermit soll für eine gewisse Risikostreuung gesorgt werden. Es erscheint denkbar, daß auch im Falle Ägyptens eine Entscheidung getroffen wird, die aus Risikogründen ausländische Zulieferanten berücksichtigt.

WELTBÖRSEN / In London wurde Einbruch der Vorwoche wieder überwunden

Tokio erreicht neues Höchstniveau

Tokio (VWD, DW) - Die Tokioter Börse schloß am Donnerstag nur knapp behauptet, nachdem während des Sitzungsverlaufs der Dow-Jones-Index mit 1205,93 einen neuen historischen Höchststand erreicht hatte. Der alte Rekord vom 4. Mai dieses Jahres lag bei 1190,17 Punkten. Daß der neue Höchststand nicht gehalten werden konnte, ist auf Gewinnmitnahmen zurückzuführen. In der Vorwoche lag der Index erst bei 1075,9 Punkten. Zu dem Kursanstieg haben unter anderem die Besserung des konjunkturellen Klimas, der Kursanstieg des japanischen Yen gegenüber dem Dollar und vor allem der Rückgang der Ölpreise beigetragen. Schließlich profitiert die Insel - da ohne eigene Rohölquellen - ganz besonders von niedrigeren Mineralöl-Preisen.

New York (VWD) - In einer sehr geringen Bandbreite bewegten sich am Mittwoch im Sitzungsverlauf die Kursabweichungen am New Yorker Aktienmarkt. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte zog um 3,42 Punkte auf 1216,43 an (Vorwoche: 1195,89). Nach Angaben von Händlern halten sich die meisten Anleger weiterhin zurück, bis neue Signale

für einen nachhaltigen Kurstrend in Wall Street zu sehen sind. Broker halten dann einen explosionsartigen Anstieg des Index auf 1300 für möglich. Derzeit richtet sich das Augenmerk der Anleger aber verstärkt auf den Rentenmarkt. Meistgehandelt

Wohnen tendieren die Weltbörsen - Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche - jeweils in der Freitagsausgabe - einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

te Aktie war am Mittwoch Chase Manhattan, von der an der Nyse 2,4 Millionen Stück umgesetzt wurden.

Paris (J. Sch.) - Die Pariser Börse stand in der Berichtswoche im Zeichen der goldindexierten siebenprozentigen Staatsanleihe 1973, deren Steuerprivileg von der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit der Nationalversammlung am 18. Oktober für die letzten vier Jahre der Laufzeit aufgehoben worden war. Viele Franzosen trennten sich daraufhin von diesen Titeln, da die deren Zinsersatz jetzt voll ihrem steuerpflichtigen Einkommen zufügen

müssen. Trotz eines zunächst mehr als zehnmal über dem Tagesdurchschnitt liegenden Angebots blieben die Kursabschlüsse mit zwei bis drei Prozent sehr bescheiden. Die Titel wurden wegen der Goldindexierung vor allem von institutionellen und ausländischen Anlegern gekauft, für die das Steuerprivileg weiter gilt. Andererseits reinvestierten die Verkäufer ihre Erlöse in französischen Aktien, deren Kursindex in den letzten Tagen wieder nach oben zeigte. Zu der günstigen Tendenz beigetragen hat auch eine erneute Entspannung der Zinssätze.

London (fu) - Nach der Katastrophensituation der letzten Woche, die zu einem nie zuvor erlebten Einbruch der Kurse an der Londoner Aktienbörse führte, ist die Situation längst wieder entspannt. Zwischen Freitag vergangener Woche und gestern hat der Financial-Times-Index für 30 führende Werte insgesamt um 35,1 Punkte auf 889,6 zugelegt. Damit wurde der Einbruch Mitte vergangener Woche, als der Index in den drei Tagen bis einschließlich Donnerstag um 47 Punkte gesackt war weitgehend wettgemacht.

Manager des Jahres in Paris gewählt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Seit 1976 wird jährlich von den Lesern der französischen Wirtschaftszeitschrift „Le Nouvel Economiste“ der „Manager des Jahres“ gewählt - von 1500 Unternehmern. Gekürt wurden dieses Jahr gleichermaßen die beiden Präsidenten der Hotelholding „ACCOR“, Paul Dubrule und Gérard Pélissier. Die im Juni 1983 gegründete Gruppe ACCOR umfaßt die Hotelketten Sofitel, Novotel, Mercure, Ibis und Urbis sowie die Restaurantkette „Generale de Restauration“, die aus der Fusion mit Jacques Borel International entstand. Abgerundet werden die Unternehmen durch eine Reihe von Betriebsküchen und Tourismusleistungen wie Novotour und Jet Evasion. ACCOR umfaßt heute 39 000 Betriebsangehörige, ist mit 424 Hotels und über 50 000 Zimmern in 54 Ländern vertreten und machte 1983 einen Umsatz von über acht Mrd. Franc, davon 43 Prozent im Ausland. Im Bettenangebot der Bundesrepublik konnte es sich inzwischen auf den ersten Platz schwingen. ACCOR will sich 1985 zum ersten Mal in China niederlassen und denkt an die Gründung einer neuen Billighotelkette „Hotels“ mit einem Standardzimmerpreis von unter 100 Franc (33 DM).

RAUMSTATION / Unionsfraktion unterstützt Pläne

Etat-Ausweitung gefordert

HEINZ HECK, Bonn
Bundesminister Heinz Riesenhuber erhält aus der Bonner Unionsfraktion Unterstützung für seine Pläne zur Verstärkung der Weltraumforschung. Dabei geht es im wesentlichen um eine europäische Beteiligung an einer von den USA vorgeschlagenen benannten Raumstation und um die Weiterentwicklung der europäischen Trägerakete Ariane.

Die Forschungsexperten der Unionsfraktion, Josef Egl, Christian Lenzer und Alexander Warthoff, haben gestern auf einer Pressekonferenz daran erinnert, daß das Bonner Raumfahrtbudget in den letzten Jahren real stagnierte (Ausgabenvolumen unter Einschuß der Satelliten rund eine Mrd. DM), während Frankreich in diesem Jahr rund 1,4 und Japan sogar 1,6 Mrd. DM ausgaben. Darüber hinaus würden in Frankreich und Japan die industriellen Kapazitäten weiter ausgebaut, während in der Bundesrepublik die Beschäftigtenzahl gleich geblieben sei.

In der zwischen Riesenhuber und Finanzminister Stoltenberg offenen Finanzierungsfrage beziehen die drei Abgeordneten die Position des Forschungsministers und plädieren für eine zusätzliche Dotierung des Forschungsetats von jährlich rund 400 Mill. DM für die Dauer von etwa zehn

Jahren. Die Begründung: „Die Finanzmittel selbst sind mit der derzeitigen Ausstattung des Forschungshaushalts nicht aufzubringen.“

Für die Bundesrepublik reklamieren die Abgeordneten die Federführung auf europäischer Seite in der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung der benannten Raumstation sowie eine verstärkte deutsche Beteiligung an der Weiterentwicklung des europäischen Trägersystems Ariane. Von diesem Engagement versprechen sich die Abgeordneten über die spezifischen Weltraumtechniken hinaus Impulse für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Obne die jüngsten amerikanischen restriktiven Praktiken im Technologietransfer beim Namen zu nennen, forderten sie, die europäische Nutzung und Verwertung der mit der benannten Raumstation erzielten Ergebnisse sollten sichergestellt werden. Auf absehbare Zeit reiche die Finanzkraft der Europäer für die Entwicklung einer eigenen Station jedoch nicht aus und müsse daher gestärkt werden. Europa dürfe aber auf solche Aktivitäten wegen ihres großen Entwicklung- und Nutzungspotentials „nicht verzichten, wenn es langfristig als dritte Kraft im Weltraum präsent bleiben will“.

GROSS- UND AUSSENHANDEL / Neue Umfrage

Import wieder im Aufwind

VWD, Hamburg

Der norddeutsche Groß- und Außenhandel hat sich bisher noch nicht völlig von der zur Jahresmitte eingetretenen Absatz- und Ertragsverschlechterung erholt. Dies stellt der Arbeitgeberverband Groß- und Außenhandel (AGA) nach Auswertung der neuesten Konjunkturumfrage bei seinen rund 3400 Mitgliedsunternehmen fest. Während der Export allmählich Anschluss an die vergleichsweise günstige Entwicklung zu Beginn des Jahres findet und der Import wieder leicht im Aufwind liegt, blieb die Lage im Binnengroßhandel im dritten Quartal angespannt.

Der vierteljährlich ermittelte AGA-Indikator für den Geschäftsgang im Groß- und Außenhandel, der die Beurteilung der gegenwärtigen und der erwarteten Absatz- und Ertragslage zusammenfaßt, liegt bei

dem Normalwert 100. Dies ist allerdings 13 Punkte niedriger als zu Beginn des Jahres. Ausschlaggebend dafür ist die anhaltende Ertragschwäche. Mit 37 Prozent ist der Anteil der Unternehmen, die ihre Gewinnsituation als schlecht bezeichnen, weiterhin deutlich höher als in früheren Aufschwungsphasen. Auch für die kommenden sechs Monate wird hier nicht mit Besserung gerechnet.

Trotz anhaltender Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar hat sich der Import zuletzt wieder vergleichsweise kräftig erholt. Da diese Impulse schon bald wieder nachlassen dürften, werden die Umsätze der Importeure laut AGA in den nächsten Monaten langsamer steigen als im abgelaufenen Quartal. Beim Import von Rohstoffen könnte es sogar zu einem Absatzzugang kommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Unveränderte Dividende

Düsseldorf (Py) - Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, schlägt ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1983/84 (30.6.) erneut eine Dividende von 9 DM je 50 DM-Aktie vor. Hinzu kommt eine Steuergutschrift von 5,06 DM.

Bewag zahlt 5 DM

Berlin (tr) - Aufsichtsrat und Vorstand der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft wollen der HV im Dezember die Ausschüttung einer Dividende von 5 DM je 50-Mark-Aktie vorschlagen. Das voll gewinnberechtigte Grundkapital beträgt 560 Mill. DM. Der Aufsichtsrat der Bewag stimmte auf seiner gestrigen Sitzung ferner einer Beteiligung der Bewag an einer mit dem Hahn-Meltner-Institut zu gründenden GmbH zu, die den Bau und den Betrieb von Anlagen zur Verwertung des Deponiegases der Mülldeponie Berlin-Wannsee übernehmen soll.

Heise an Schweizer Gruppe

Hammer (Wä) - Die Alfelder Eisenwerk Carl Heise KG, Alfeld, die am 18. September in Konkurs gegangen war, wird von der im Anlagenbau tätigen Schweizer Armann-Gruppe, Langenthal, übernommen. Wie der Konkursverwalter Egon Kretschmer mitteilte, muß aber noch die Gläubiger-

versammlung am 9. November zustimmen. Das Eisenwerk, das zuletzt 385 Mitarbeiter beschäftigte und seit der Konkursöffnung geschlossen ist, soll den Betrieb zunächst mit mindestens 200 Mitarbeitern wieder aufnehmen.

Südinvest 3 zahlt mehr

München (sz) - Zufrieden sowohl mit dem Mittelzufluß als auch der Wertentwicklung ihrer Investmentfonds im Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) ist die Bayerische Kapitalanlage GmbH, München. Nach Angaben der Verwaltung kam es zu Wertsteigerungen zwischen 6,4 und 14,6 Prozent bei den Fonds 1 bis 4. Mit Ausnahme des Südinvest 3, dessen Ausschüttung auf 2,10 (2,05) DM je Anteil erhöht wird, bleiben die Barausschüttungen des Südinvest 1 und Südinvest 2 mit 2,07 DM und 2,85 DM unverändert.

Olympia im Inland stark

Wilhelmshaven (dos) - Einen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 28 Prozent höheren Absatz erzielte die Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven, in den ersten neun Monaten 1984 mit elektronischen Typendrucker- und Schreibmaschinen im Inland. Im Jahr 1983 erreichte die Olympia Vertriebsgesellschaft einen Umsatz von rund 310 Mill. DM.

MAURITIUS / Mit sechzig Prozent dominiert Zucker den Export - Industrialisierung beginnt in kleinen Schritten

Ausländische Kapitalanleger werden umworben

ERWIN SCHNEIDER, Port Louis

Der Wettbewerb um potentielle Investoren aus der Bundesrepublik ist schon lange auf die internationale Ebene ausgedehnt. Gemeinden und Staaten Europas, der USA, oder der Dritten Welt - alle streichen ihre spezifischen Standortvorteile heraus. So auch der afrikanische Inselstaat Mauritius - östlich von Madagaskar gelegen und weltberühmt geworden durch seine blaue Briefmarke. „Ziel unserer Bemühungen ist es, arbeitsintensive Produktionsbereiche zu übernehmen“, erklärte Industrieminister Ramsamy Chedumbarum Pilly vor deutschen Journalisten. „Wir wollen auf keinen Fall deutsche oder europäische Arbeitsplätze importieren.“ Gerichtet sind die Bemühungen auf europäische Unternehmen, die auch in den Billiglohnländern Hongkong, Taiwan oder Singapur ansiedeln würden.

Als ersten Vorteil nennt Pilly die gut ausgebildete, meist zweisprachige (englisch und französisch) Bevölkerung mit einem Alphabetisierungsgrad von unter zwei Prozent. Der wichtigste Pluspunkt aber besteht in den

niedrigen Lohnkosten, die mit rund 250 Mark monatlich für einen hochqualifizierten Facharbeiter nur ein Viertel des Wertes in Hongkong erreichen. Den Durchschnittslohn für Männer beziffert Pilly mit unter 200 Mark, den für Frauen mit etwa 160 Mark. Als Mitglied der AKP-Staaten kommt Mauritius auch in den Genuss der Präferenzen beim Marktzugang zur Europäischen Gemeinschaft. Aber, so betont Pilly weiter, sein Land sei auch im Hinblick auf Australien und Neuseeland interessant.

Seit 1970, zwei Jahre nach der Unabhängigkeit von Großbritannien, bemüht sich Mauritius verstärkt, seine Probleme durch ausländische Kapitalanleger zu lösen. „Abbau unserer Arbeitslosigkeit und des Zahlungsbilanzdefizits stehen dabei im Vordergrund“, erklärte Premierminister Anerood Jugnauth. Rund 73 000 der knapp eine Million Einwohner sind ohne Beschäftigung, das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent. Und um die schon lange defizitäre Handels- und Zahlungsbilanz stände es noch schlechter, wenn die Insel nicht 500 000 Ton-

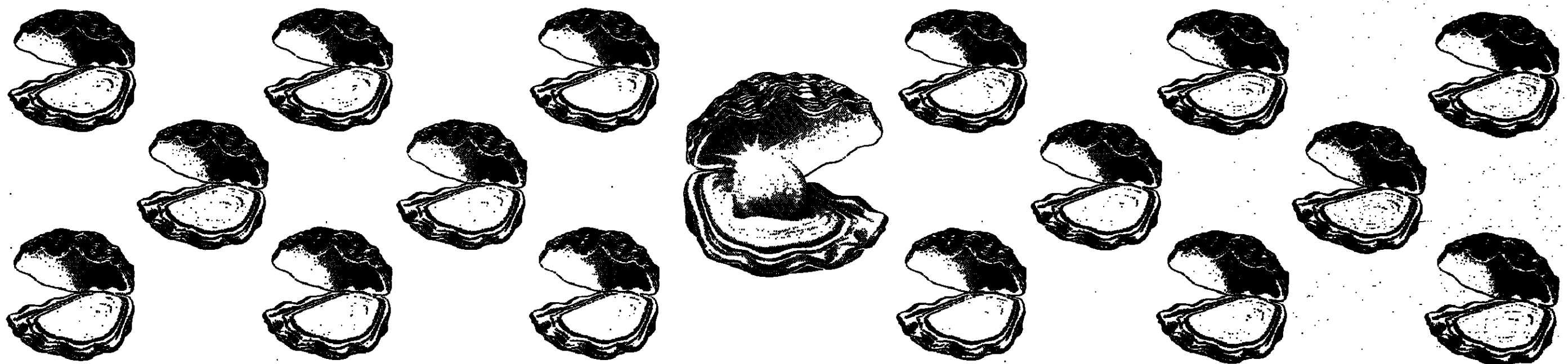
nen Zucker jährlich, im letzten Jahr fast die ganze Ernte, an die EG verkaufen würde - zum Garantiepreis von 265 englischen Pfund pro Tonne, während der Weltmarktpreis mittlerweile um die 100 Pfund pendelt. Der Zuckerexport dominiert daher immer noch mit knapp 60 Prozent.

Und dabei wurde die Abhängigkeit vom Zucker mit seinen Preis- und Ernteschwankungen in den letzten anderthalb Jahrzehnten schon abgebaut: Heute erreichen die gewerblichen Exporte 30 Prozent, und zehn Prozent der Deviseneinnahmen stammen aus dem Fremdenverkehr. Die bescheidenen Anfänge der Industrialisierung datieren aus dem Jahr 1970, als sich Mauritius zur Export-Processing-Zone (Freihandelszone) erklärte und Investoren, eine einzigartige Palette von Incentives anbot, wie Hans A. Graf, Leiter eines Investment Promotion Büros der Agropress Kienbaum International GmbH, Bonn, das auch von der EG unterstützt wird.

Zu den wichtigsten Vergünstigungen zählt er: die Garantie des freien Rücktransfers von Kapital, Gewinnen und Dividenden; eine Kapitalmehr-

heit von Ausländern bis zu 70 Prozent; verfassungsgemäßen Enteignungsschutz, wobei Graf das stabile politische Klima im Land mit parlamentarischer Demokratie hervorhebt; steuerliche und finanzielle Anreize mit einer Befreiung von der Körperschaftsteuer in den ersten zehn und von der Gewinnbesteuerung in den ersten fünf Jahren; Befreiung von Importzöllen.

In der Freihandelszone arbeiten mittlerweile mehr als 22 000 Beschäftigte auf einem Gebiet von 2000 Quadratkilometern. Dominierend sind dabei die Franzosen mit rund 40 Unternehmen. Aber auch die Konkurrenz aus Hongkong hat sich angesiedelt - wegen der günstigen Löhne, aber auch wegen der politischen Unsicherheit der Kronkolonie. 30 Unternehmen - vorwiegend aus der Textilbranche - sind die ersten Angeworbenen, auf weitere Ansiedlungen von dort setzt Mauritius große Hoffnungen. Die Textilindustrie - Mauritius ist mittlerweile zweitgrößter Exporteur der Welt bei Pullovern und anderen Strickwaren - hat sich als zweitgrößter Zweig nach dem Zucker etabliert.



WIR BIETEN IHNEN
EINE PERLE UNTER DEN
ANLAGEWERTEN.

Wir wissen, wovon wir sprechen, wenn wir den DIFA-Fonds Nr. 1 eine Perle unter den Anlagewerten nennen.

Beim DIFA-Fonds Nr. 1 können Sie wirklich von einer Vertrauensbasis ausgehen, wie sie breiter kaum denkbar ist. Denn der DIFA-Fonds Nr. 1 kann sich auf 20.000 Bankberatungstellen stützen.

Aber es ist nicht nur die breite Vertrauensbasis, die für den DIFA-Fonds Nr. 1 spricht, sondern auch sein Fundament - das Immobilienvermögen des Fonds steht buchstäblich auf festem Grund und

Boden. Dem einzigen, was sich auf dieser Erde nicht vermehren läßt.

Gleichzeitig bieten wir Ihnen mit dem DIFA-Fonds Nr. 1 Bequemlichkeit durch eine Fondsverwaltung, die in den besten Händen liegt. Wir kümmern uns um Kauf und Verkauf genauso wie um Vermietung und Betreuung der Immobilien.

Darum bezeichnen wir den DIFA-Fonds Nr. 1 zu Recht als Perle unter den Anlagewerten.
DIFA-Fonds Nr. 1 - keiner ist Ihnen näher.

Ich möchte alles über den DIFA-Fonds Nr. 1 wissen.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
DEUTSCHE IMMOBILIEN FONDS AG
Postfach 101020, Adenauerallee 21, 2000 Hamburg 1



SEL-UNTERHALTUNGSELEKTRONIK

Export sorgt für Wachstum

WERNER NEITZEL, Bochum
Die von Überkapazitäten und Preisverfall gekennzeichnete Marktlage auf dem Gebiet der Farbfernseher und Videorecorder hat auch beim Unterhaltungsbereich Audio Video Elektronik der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) Stuttgart, Spuren hinterlassen. Das Unternehmen setzte auf dem deutschen Markt in den ersten drei Quartalen rund 4 Prozent weniger um als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese unbefriedigende Entwicklung sieht Vorstandsmittglied Ludwig Orth als eine Folge der Streiks und der durch eine „jeder wirtschaftlichen Vernunft widersprechenden Preisentwicklung“ eingetretenen Verunsicherung der Käufer an. Floriert hat hingegen der Export, in dem der Unternehmensbereich auf ein Umsatzwachstum in der Größenordnung von 15 Prozent kam. Dabei spielten Großaufträge eine wichtige Rolle. Somit gelang es SEL, dem auch die inländische Geschäftslage zu überspielen und insgesamt in den ersten neun Monaten ein Umsatzplus von 6 Prozent (fast 60 Prozent Exportquote) zu verbuchen. Es bleibe nunmehr abzuwarten, ob das letzte Quartal des Jahres, das mit 95 Prozent eines Jahresumsatzes besonderes Gewicht habe, stabilisierende Tendenzen am deutschen Markt zeigen werde.

Aus heutiger Sicht werde SEL auch 1984 schwarze Zahlen schreiben, doch werde man gemessen an den ursprünglichen Ertragswartungen schlechter abschneiden. Der Branche sagte Orth voraus, daß einige am Jahresende „nicht mit glücklichen Gesichtern“ dastehen dürften. 1983 hatte SEL sich in diesem Unter-

nehmensbereich der Unterhaltungselektronik um 8,5 Prozent auf 1,14 Mrd. DM gesteigert.

Im Bochumer Fernsehgeräte-Werk des Unternehmens, auf das zugleich die europäischen I.T.T.-Aktivitäten in dieser Produktsparte konzentriert sind, lief dieser Tage das neuntmillionste Farbfernsehgerät (produziert wird dort seit 1967) vom Band. Im vergangenen Jahr sind in diesem größten Farbfernsehgeräte-Werk in Europa insgesamt 1,2 Mill. Geräte gefertigt worden.

Die Bochumer Fabrik, in der über 2200 Mitarbeiter beschäftigt sind (70 Prozent davon sind Frauen) und die zu den modernsten und effizientesten der Branche zählt, ist ein hoher Automatisierungsgrad erreicht worden. Er liegt beispielsweise bei der Bestückung von Leiterplatten in der Größenordnung von 85 Prozent. Dennoch könne sehr flexibel auf Marktentwicklungen reagiert werden. In den letzten zehn Jahren wurde so die Fertigungszeit für ein Standard-Farbfernsehgerät um 84 Prozent reduziert. Vor fünf Jahren waren noch rund 300 Fertigungsminuten pro Gerät erforderlich, heute sind es nur noch 120 Minuten. In den nächsten fünf Jahren ist noch einmal eine Halbierung vorgesehen. Der direkte Lohnanteil am Produkt wird mit 6 Prozent angegeben.

SEL teilt darüber hinaus mit, daß sie von der Bundespost zusammen mit Siemens den Auftrag für die Errichtung einer Pilot-Vermittlungsstelle in Stuttgart für 400 Teilnehmeranschlüsse nach dem sogenannten ISDN-System erhalten habe, einer Weiterentwicklung des digitalen Fernsprechnetzes.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Hans Klotz; Hannover: Johann Weishäupl Verwaltungsges. mbH; Mönchengladbach: Nela Fleischwaren-Fertigungs-GmbH; Grevenbroich: Minchen: Löwe GmbH; Neuss: Erhardt & Slotta Verwaltungsges. mbH; Dormagen: Reutlingen: GOK Gesellschaft für Grundbesitz- und Kapitalanlagenvermittlung mbH; Waldorf-Halsbach: Würzburg: Nachl. d. Gerd Georg Behringer, Marktst.

Ausschließ-Konkurs eröffnet: Braunschweig: Krüger & Nolte GmbH, Wendeburg.

Konkurs beantragt: Burgwedel: Wolfgang Schumann, Kaufmann, Westmark 2.

NAMEN

Dr. Dietrich Wilhelm von Menges, langjähriger Präsident und jetziger Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer zu Essen, vollendet heute das 75. Lebensjahr.

Gerhard Kühn (52), Vorstandsmittglied der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, scheidet aus gesundheitlichen Gründen per Ende Oktober aus seinem Amt aus.

Pieter M. J. de Jong ist in den Vorstand der Grundig AG, Fürth, gewählt worden. Er ist für den Bereich Finanzen zuständig.

STEINKOHLBERGBAU / Gesamtverband um seine Zukunft besorgt - Importware erheblich billiger

Ausreichende Bonner Hilfe weiter notwendig

HANS BAUMANN, Anhalt
Trotz einer Belebung des Absatzes heimischer Steinkohle im laufenden Jahr um 2,5 Prozent ist der deutsche Steinkohlenbergbau um seine Zukunft besorgt. Auf einem Pressekonferenz am 24. Oktober in Bonn, an der der Bundesverband des deutschen Steinkohlenbergbaus wurde als dringlichstes Problem die Beibehaltung einer ausreichenden Koksbeihilfe gefordert. Da der Wettbewerbspreis für Importware zu Zeit bei 180 DM je Tonne liege, der Kostenpreis für deutsche Koksbeihilfe aber bei rund 240 DM, stehe eine Beihilfe von rund 60 DM je Tonne Förderung zur Debatte.

Diskutiert werden soll über die staatliche Koksbeihilfe in Bonn in der zweiten Dezemberhälfte. Da aber bis Ende Dezember auch der Bundeshaushalt 1984 verabschiedet werden soll, fürchten die Steinkohleproduzenten, daß ihr Problem unter Zeitdruck gerät und nicht in Ruhe gelöst werden kann.

Die Sorge wird auch genährt von der Tatsache, daß bereits auf den Haushalt 1984 im vergangenen Jahr

Vorgriffe für die Koksbeihilfen gemacht wurden. Insgesamt belief sich diese Beihilfe 1983 auf 56,70 DM je Tonne. Jetzt stehen für 1984 nur noch knapp 50 DM je Tonne im Haushalt, da der Haushaltsansatz für Koksbeihilfen von 1,35 Mrd. DM auf eine Milliarde gekürzt wurde. Der Bergbau hofft, daß der Bund die Beihilfe doch noch um 350 Mill. DM aufstocken wird.

Die Höhe der Koksbeihilfen ist vom Wettbewerbspreis für entsprechende Importkohle abhängig, der in den vergangenen drei Jahren auf ARA-Häfen (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) von 80 Dollar je Tonne auf 62 Dollar gefallen ist. Von der Förderbeihilfe profitieren auch die europäischen Hütten. Sie beziehen subventionierte Koksbeihilfen aus der Bundesrepublik mit Liefer- und Qualitätsgarantie. Bonn hat sich wiederholt bemüht, Brüssel an der Koksbeihilfe zu beteiligen. Doch bisher ohne Erfolg.

Um den hohen Subventionsaufwand aus der Kasse des Bundes zu senken, hat der Bergbau, den Anre-

gungen Bonn entsprechend, seine Lieferungen bereits um 5 Mill. auf 10 Mill. Tonnen im Jahr gedrosselt. Dem Einwand, die 10 Mill. Tonnen Koksbeihilfe für den Export ganz aufzugeben, begegnet der Bergbau mit dem Argument, daß nicht die Stahlindustrie Europas, sondern der deutsche Steinkohlenbergbau mit der Koksbeihilfe subventioniert werde. Eine Stilllegung von 10 Mill. Tonnen Förderkapazität koste Jahr für Jahr 1,0 bis 1,5 Mrd. DM. Zudem sei diese Kapazität verloren, die man möglicherweise schon 1990 bei Auslaufen anderer Gruben dringend benötige.

Heinz Horn, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des Gesamtverbandes, rief ins Gedächtnis, daß es erst drei Jahre her sei, daß man aus Bonn angefragt habe, wie lange der Steinkohlenbergbau benötige, um seine Förderung auf 100 Mill. Tonnen im Jahr zu erhöhen. Jetzt dürfe man das Ruder nicht leichtfertig herumwerfen.

Im laufenden Jahr wird der deutsche Steinkohlenbergbau mit rund 88,5 Mill. Tonnen wahrscheinlich rund 6 Mill. Tonnen mehr abset-

zen als 1983. Rund die Hälfte dieser Menge werde verstromt. Die Halden konnten 1984 um 8 Mill. auf 15 Mill. Tonnen abgebaut werden. Die Steinkohle setzt 1984 ihren Kapazitätsabbau fort. Dadurch werden voraussichtlich 3 Mill. Tonnen weniger als 1983 gefördert. Gegenüber 1982 ist dies ein Kapazitätsabbau von rund 10 Mill. Tonnen. Seit 1982 hat sich die Zahl der Beschäftigten um 16 000 auf 169 000 verringert.

Zum Jahrhundertvertrag zwischen Steinkohle und Kraftwirtschaft stellt der Bergbau fest, daß die Einzelverträge für die Lieferungen in den nächsten 15 Jahren inzwischen weitgehend zustande gekommen sind.

Energiepreis für industrielle Verbraucher (in DM je Tonne SKE)	
Import-Steinkohle	165
Inland-Steinkohle	270
Heizöl schwer	410
Heizöl leicht	340
Erdgas	590

LACKINDUSTRIE / Der Absatz reagiert empfindlich auf Probleme anderer Bereiche

Ausfuhr ersetzt nicht den Binnenmarkt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Für die Entwicklung seiner Branche in diesem Jahr findet Wilhelm Simon, Vorsitzender des Verbands der Lackindustrie, nur einen Vergleich: „Das ist wie die Echtenmacher Springprozession. Da gibt es kräftige Sprünge nach vorn und fast genauso kräftige zurück.“ Nur nach einem per Saldo fast stagnierenden ersten Halbjahr „haben wir nicht den Eindruck, als könnten wir nun wieder einen doppelten Satz nach vorn tun.“ Nach einem recht erfreulichen Vorjahr, das Zuwächse um gut 2 Prozent auf 1,3 Millionen Tonnen in der Produktionsmenge und um gut 6 Prozent auf 5,2 Mrd. DM im Wert gebracht hatte, ließ sich das erste Quartal zunächst vielversprechend an. Ein Mengenwachstum um fast 12 Prozent wurde aber im zweiten Quartal in der Mengenbetrachtung mit einem Minus von 4 Prozent fast wieder wettgemacht, die Wertzuwächse von 0,6 Prozent fielen freilich weniger gravie-

rend aus. Für die nun nur noch moderate Einschätzung des Jahreswachstums auf etwa 2 Prozent nennt Simon mehrere Ursachen:

● Die Streiks in der Metall- und Druckindustrie haben zu erheblichen Einbußen geführt, die im weiteren Jahresverlauf nur teilweise aufzuholen sein werden. Mit 100 000 Jahres-tonnen gingen 1983 allein rund 8 Prozent der - zumal höherwertigen - Lackproduktion an die Autohersteller.

● Mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion (runde 670 000 Tonnen Wandfarben, Putze und Bauteilacke) wandert in den Bausektor. Sinkendes Neubausvolumen und verringerte Energiesparförderung hinterlassen hier ihre Spuren.

● Das geschrumpfte Schiffbauvolumen ebenso wie die weltweit geringere Nachfrage nach Großanlagen sorgen für Lücken bei wichtigen Abnehmern.

● Strukturelle Dauerprobleme hat

auch die Möbelindustrie, die jetzt auch noch von der Formaldehyd-Diskussion betroffen ist.

Einen teilweisen Ausgleich der inländischen Einbußen erreichte die Branche im Export. Im ersten Halbjahr 1984 stiegen die Lackausfuhr um rund ein Achtel auf 100 000 Tonnen. Diese Entwicklung ist umso beachtlicher, als Farben und Lacke traditionell zu den Produkten zählen, die überwiegend „rund um den Schornstein“ vertrieben werden.

Unzufrieden ist die Branche nach wie vor mit den Erträgen. Zwar schreibe man inzwischen im Schnitt durchweg schwarze Zahlen, doch für die umfangreichen Aufgaben vor allem im Bereich des Umweltschutzes reichen die Renditen kaum aus. Immerhin haben sich die 200 Unternehmen mit ihren rund 25 000 Beschäftigten freiwillig dazu verpflichtet, bis 1988/89 den Lösungsmittelanteil in ihren Produkten um 20 bis 25 Prozent zu reduzieren.

LANDESGIROKASSE

Die Automation geht weiter

nl. Stuttgart

Die Landesgirokasse Stuttgart, eine der größten Sparkassen und zugleich Schrittmacher in der Bankautomation, richtet nunmehr selbst bedienbare Kontoauszugsdrucker ein. Über ihr Netz von 42 S-Banken wurden in den ersten drei Quartalen 1984 bei 2,2 Mill. Abhebungen, das sind 570 000 Auszahlungen mehr als in der vergleichbaren Vorjahreszeit, über 600 Mill. DM ausgezahlt. Zum Geschäftsverlauf in den ersten neun Monaten 1984 konstatiert Vorstandsvorsitzender Walther Zügel, daß Einbrüche bei den Spareinlagen trotz Streiks nicht stattgefunden hätten. Die Spareinlagen haben vielmehr um 150 Mill. auf 6,1 Mrd. DM zugenommen. Die gesamten Kundeneinlagen lagen um 4,8 Prozent über dem Vorjahr. Neben einer Steigerung der kurz- und mittelfristigen Kredite um 8,1 Prozent auf 2,33 Mrd. DM zog auch die Nachfrage nach langfristigen Darlehen an. Die Bilanzsumme stieg auf 14 Mrd. DM zu. Zügel rechnet für das ganze Jahr mit einem „zufriedenstellenden Betriebsergebnis“.

Kali und Salz deutlich verbessert

dpa/VWD, Kassel

Bei der Kali und Salz AG (K+S), Kassel, läßt die günstige Geschäftsentwicklung in den ersten neun Monaten 1984 in Verbindung mit einer hohen Kapazitätsauslastung ein gegenüber 1983 deutlich verbessertes Jahresergebnis erwarten. Wie der Vorstand des mehrheitlich zur Wintershall AG gehörenden Unternehmens in einem Zwischenbericht schreibt, erhöhte sich der Umsatz in der Berichtszeit um 16 Prozent auf 1,28 Mrd. DM.

Hierzu trugen die Absatzsteigerung bei Kali sowie Erlösbesserungen bei einem stark gestiegenen Dollarkurs wesentlich bei. Der Exportanteil nahm auf 52 (1983: 49) Prozent zu, während sich der Verbrauch im Inland auf dem Vorjahresniveau bewegte. In Sachanlagen hat K+S in den ersten neun Monaten dieses Jahres 80 Mill. DM investiert. Für das Gesamtjahr sind 151 (1983: 115) Mill. DM vorgesehen. Die Belegschaft wurde um 142 auf 9059 Mitarbeiter vergrößert.



Von der Fabrikhalle über den Maschinenpark bis nach Sumatra: WestLB.

Nicht nur, daß wir Ihnen bei der Finanzierung einer Fabrikhalle den Rücken freihalten, zum Beispiel mit einem langfristigen Festzinskredit.

Nicht nur, daß wir helfen - so weit Geld das vermag -, Ihren Maschinenpark auf den konkurrenz-

fähigsten Stand der Technik zu bringen.

Nicht nur, daß wir beide Leistungen in einem Finanzierungsprojekt zusammenfassen können.

Nein, das ist nicht alles, was wir Ihnen zu bieten haben.

Wir als Landesbank und Spar-

kassen-Zentralinstitut von Nordrhein-Westfalen können auch helfen, Ihre Produkte zu verkaufen.

Ins Ausland zum Beispiel. Dazu steht Ihnen das breite Spektrum unserer Exportfinanzierungen und die Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs sowie des Doku-

mentengeschäfts zur Verfügung.

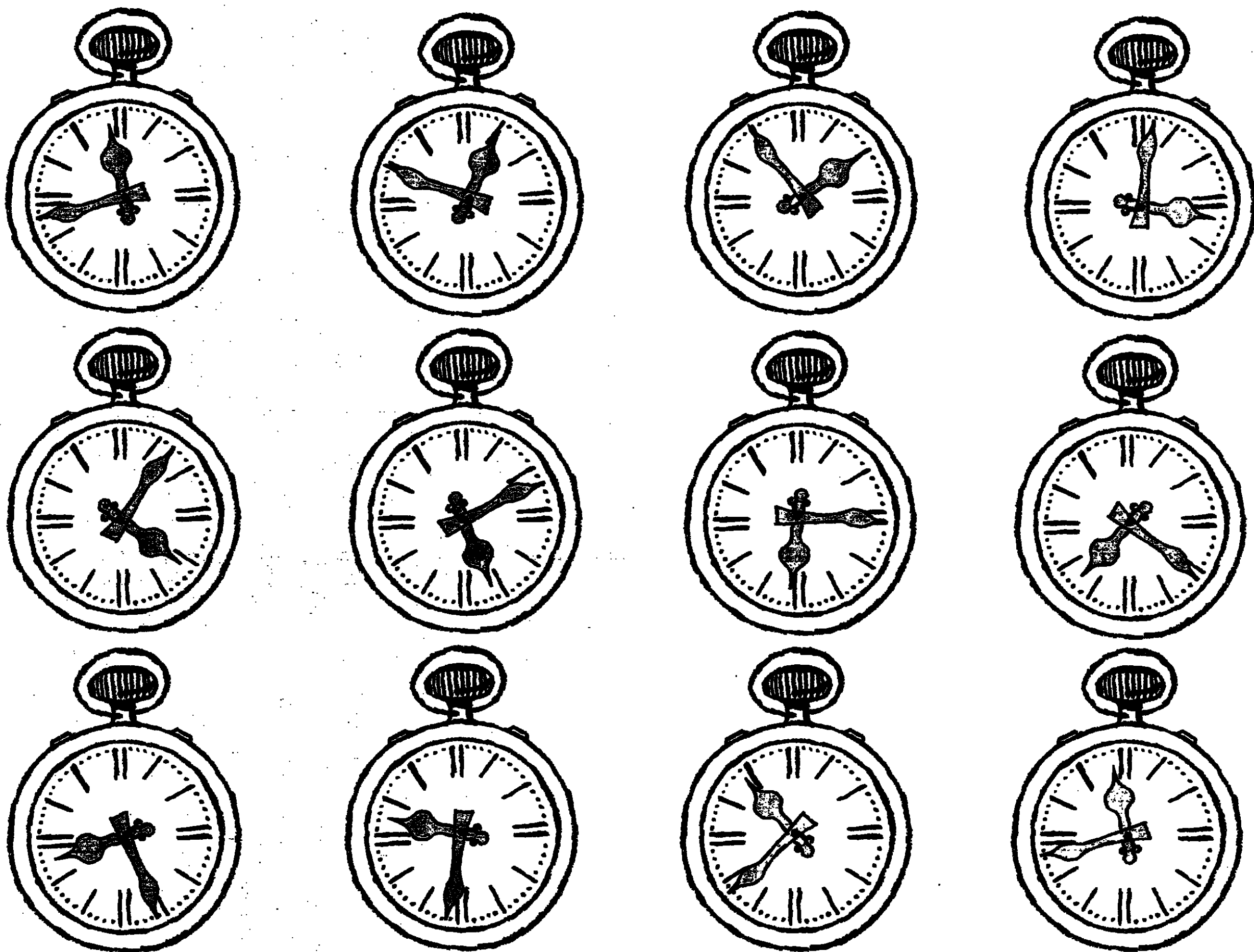
Und wenn Sie wissen möchten: Was tun, damit das Geld, das Sie dabei verdienen, noch ein bißchen außer der Reihe verdient?

Nun, auch da können wir Ihnen helfen.

Aber das ist ein Kapitel für sich. Westdeutsche Landesbank Girozentrale

WestLB Die Bank Ihrer Initiativen.

SIEMENS



**Alle 12 Stunden
wird in Europa ein neuer
Universalcomputer*
installiert –
mit dem europäischen
Betriebssystem BS 2000.**

Computer-Anwender wissen, daß ein Betriebssystem für sie um so nützlicher ist, je weiter es verbreitet ist. Denn je weiter es verbreitet ist, desto mehr Anwenderprogramme wurden und werden dafür geschrieben. Je mehr Anwender-Software aber für ein Betriebssystem zur Verfügung steht, desto weiter wird es verbreitet.

* Gemeint sind Universalcomputer mit Leistungen von 0,2 bis 8 MOPS (Millionen Operationen pro Sekunde), die Siemens in 10 verschiedenen Größen anbietet.

Wachsen ohne zu wechseln

Das europaweit verbreitete Betriebssystem BS 2000 verbürgt nicht nur einen ständigen Zustrom an Anwender-Software, sondern sichert auch die Softwareinvestitionen. Denn bei einem Computerwechsel – etwa zu leistungsfähigerer Hardware – bleiben diese Investitionen nur dann erhalten, wenn auch das Betriebssystem beibehalten wird, auf das die Anwenderprogramme geschrieben wurden. Siemens bietet im System 7-500 jetzt schon 10 Computer unter dem Betriebssystem BS 2000 an – vom mittleren zum Einsteigen in die universelle Datenverarbeitung bis zum größten Computer, der überhaupt in Europa entwickelt und produziert wird.

Entscheidende Wirtschaftlichkeit

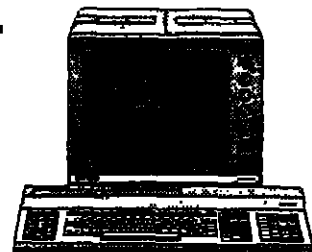
Neben der Reichweite und der Verbreitung spricht die Wirtschaftlichkeit für das BS 2000 von Siemens. Wie Diebold ermittelt hat, kann ein Anwender mit dem BS 2000 sein EDV-Budget um bis zu 40% niedriger halten als

mit einem vergleichbaren anderen Betriebssystem, da die Aufwendungen für die Systembetreuung, für das Personal und für die Ausbildung erheblich niedriger sind.

Das BS 2000 von Siemens ist heute schon mehr als 2600mal im Einsatz. Seine ständig steigende Verbreitung zeigt, daß seine Zukunft gerade erst begonnen hat.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an: Siemens AG, ZVW13, Otto-Hahn-Ring 6, 8000 München 83.

**Aufgaben
gibt's überall.
Siemens Computer
auch.**



Aktien im Grundton freundlich

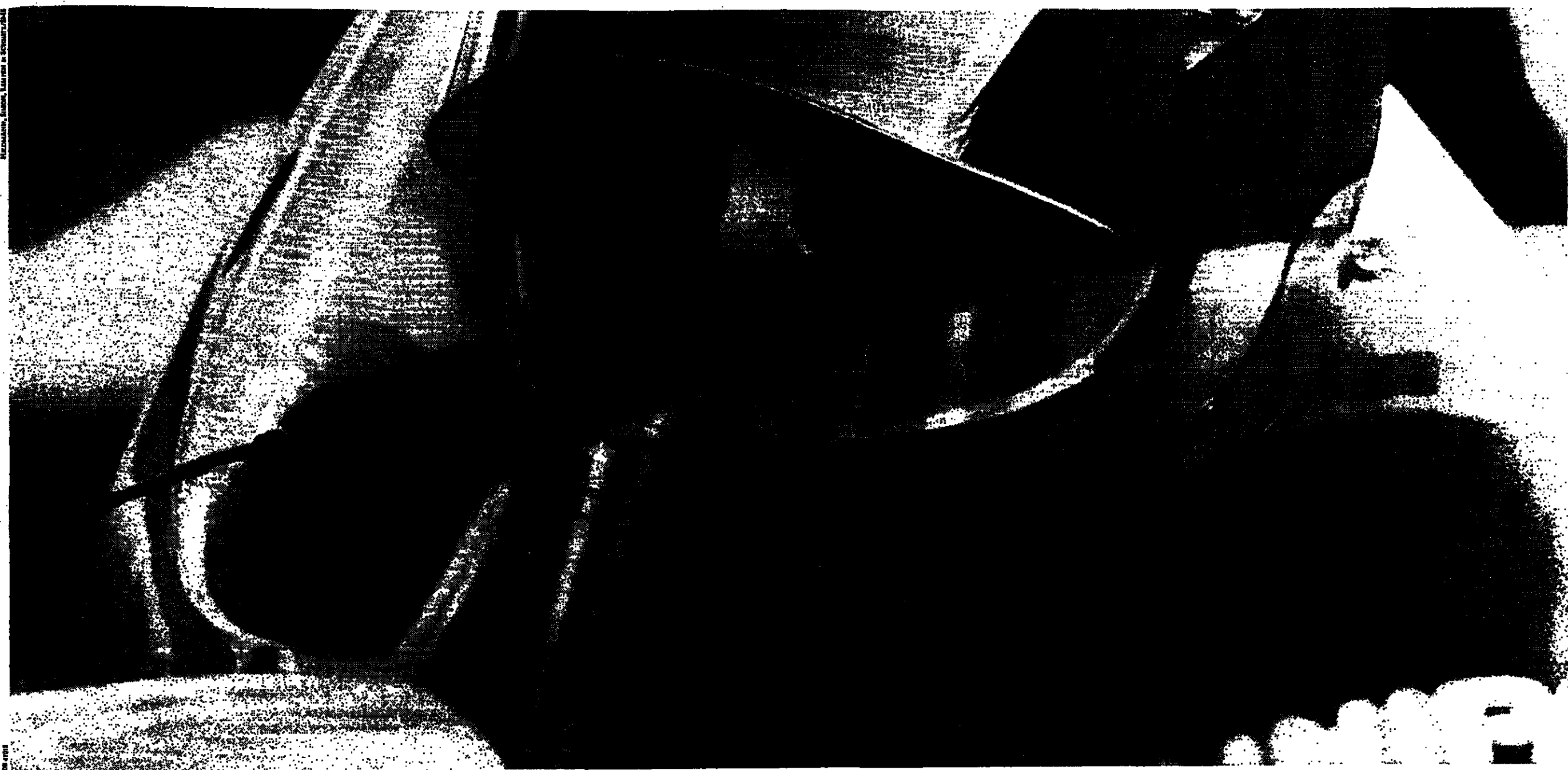
Wieder lebhaftere Nachfrage nach Stahl- und Lufthansa-Aktien

DW. - Obwohl es an neuen Anregungen fehlte, war der Aktienmarkt wegen der politischen Vorgänge in Bonn kurzweiliger als sonst. Die Aktienstimmung war freundlich. Dazu trug vor allem das Interesse für Stahlaktien bei, das durch die Stabilisierung auf AEG Kabel Rheydt verloren 7 DM, Rheinmetall 5,50 DM, Stahlwerke Bochum verloren 3 DM. Bei den Versicherungen gaben Nordstern um 18 DM, Aachen-München 18 DM, Rück um 10 DM und Köln um 10 DM. Frankfurt: AEG Kabel Rheydt verloren 7 DM, Rheinmetall 5,50 DM, Stahlwerke Bochum verloren 3 DM. Bei den Versicherungen gaben Nordstern um 18 DM, Aachen-München 18 DM, Rück um 10 DM und Köln um 10 DM. Frankfurt: AEG Kabel Rheydt verloren 7 DM, Rheinmetall 5,50 DM, Stahlwerke Bochum verloren 3 DM. Bei den Versicherungen gaben Nordstern um 18 DM, Aachen-München 18 DM, Rück um 10 DM und Köln um 10 DM.

Überrascht hat die feste Tendenz der internationalen Börsen, die sich einer wachsenden Zuneigung der Amerikaner erfreuen können. Philips erreichte dadurch mit 50,80 DM einen neuen historischen Höchststand. Auf dem deutschen Aktienmarkt erwies sich die Bilanz der Großbörsen als widerstandsfähig. Im Elektrobereich legten Siemens etwas zu. Bei der Allianz-Versicherung lebten die Meinungskäufe zwar wieder auf, konnten jedoch einen weiteren Aufwärtstrend nicht ganz verhindern. Hier wie auch bei vielen anderen deutschen Spitzenwerten wuchs bei steigenden Notierungen die Gewinnmarge. Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 6 DM, Dreyerhoff um 16 DM und Dyckerhoff & Widmann um 21 DM. Hagen Batterie stiegen um 8 DM und Deutsche Atlantik um 4 DM.

Köckner / Krupp ausgelöst worden ist. Stahlaktien erreichten zwar keine neuen Spitzenkurse, konnten sich aber gegenüber dem Vortag bis zu 3 DM verbessern. Kontrollweg zu steigenden Notierungen bestand ferner für Lufthansa-Vorzugsaktien. (minus 5 DM) und Haller Meurer mit 177 DM (plus 7 DM). München: Agrob St. verloren 5 DM und Audi NSU 4 DM. Bay. Lloyd verbesserten sich um 10 DM und Dechsel AG um 2 DM. Energie Oberfranken stiegen um 15 DM und Großkraft Franken um 13 DM. Auf Fluglagers verloren 5 DM, Hirschreuther 6 DM und Spinnerei Kolbener 8 DM. Berlin: Kempinski erhöhten sich um 3 DM, Schering um 1,50 DM und DFB-Schulheim um 1 DM. DeTeWe wurden um 9 DM niedriger taxiert. Berthold gaben um 4 DM, Berliner Bank, Herdt St. und Rheinmetall lagen um je 1 DM leichter. Naebst: behauptet.

WELT-Aktienindex: 2553 (158,0)
WELT-Notenindex: 2683 (238,0)
Kursniveau in 1000 DM: 25.10. 26.10. 27.10. 28.10. 29.10. 30.10. 31.10. 1.11. 2.11. 3.11. 4.11. 5.11. 6.11. 7.11. 8.11. 9.11. 10.11. 11.11. 12.11. 13.11. 14.11. 15.11. 16.11. 17.11. 18.11. 19.11. 20.11. 21.11. 22.11. 23.11. 24.11. 25.11. 26.11. 27.11. 28.11. 29.11. 30.11. 1.12. 2.12. 3.12. 4.12. 5.12. 6.12. 7.12. 8.12. 9.12. 10.12. 11.12. 12.12. 13.12. 14.12. 15.12. 16.12. 17.12. 18.12. 19.12. 20.12. 21.12. 22.12. 23.12. 24.12. 25.12. 26.12. 27.12. 28.12. 29.12. 30.12. 31.12. 1.1. 2.1. 3.1. 4.1. 5.1. 6.1. 7.1. 8.1. 9.1. 10.1. 11.1. 12.1. 13.1. 14.1. 15.1. 16.1. 17.1. 18.1. 19.1. 20.1. 21.1. 22.1. 23.1. 24.1. 25.1. 26.1. 27.1. 28.1. 29.1. 30.1. 31.1. 1.2. 2.2. 3.2. 4.2. 5.2. 6.2. 7.2. 8.2. 9.2. 10.2. 11.2. 12.2. 13.2. 14.2. 15.2. 16.2. 17.2. 18.2. 19.2. 20.2. 21.2. 22.2. 23.2. 24.2. 25.2. 26.2. 27.2. 28.2. 29.2. 30.2. 31.2. 1.3. 2.3. 3.3. 4.3. 5.3. 6.3. 7.3. 8.3. 9.3. 10.3. 11.3. 12.3. 13.3. 14.3. 15.3. 16.3. 17.3. 18.3. 19.3. 20.3. 21.3. 22.3. 23.3. 24.3. 25.3. 26.3. 27.3. 28.3. 29.3. 30.3. 31.3. 1.4. 2.4. 3.4. 4.4. 5.4. 6.4. 7.4. 8.4. 9.4. 10.4. 11.4. 12.4. 13.4. 14.4. 15.4. 16.4. 17.4. 18.4. 19.4. 20.4. 21.4. 22.4. 23.4. 24.4. 25.4. 26.4. 27.4. 28.4. 29.4. 30.4. 31.4. 1.5. 2.5. 3.5. 4.5. 5.5. 6.5. 7.5. 8.5. 9.5. 10.5. 11.5. 12.5. 13.5. 14.5. 15.5. 16.5. 17.5. 18.5. 19.5. 20.5. 21.5. 22.5. 23.5. 24.5. 25.5. 26.5. 27.5. 28.5. 29.5. 30.5. 31.5. 1.6. 2.6. 3.6. 4.6. 5.6. 6.6. 7.6. 8.6. 9.6. 10.6. 11.6. 12.6. 13.6. 14.6. 15.6. 16.6. 17.6. 18.6. 19.6. 20.6. 21.6. 22.6. 23.6. 24.6. 25.6. 26.6. 27.6. 28.6. 29.6. 30.6. 31.6. 1.7. 2.7. 3.7. 4.7. 5.7. 6.7. 7.7. 8.7. 9.7. 10.7. 11.7. 12.7. 13.7. 14.7. 15.7. 16.7. 17.7. 18.7. 19.7. 20.7. 21.7. 22.7. 23.7. 24.7. 25.7. 26.7. 27.7. 28.7. 29.7. 30.7. 31.7. 1.8. 2.8. 3.8. 4.8. 5.8. 6.8. 7.8. 8.8. 9.8. 10.8. 11.8. 12.8. 13.8. 14.8. 15.8. 16.8. 17.8. 18.8. 19.8. 20.8. 21.8. 22.8. 23.8. 24.8. 25.8. 26.8. 27.8. 28.8. 29.8. 30.8. 31.8. 1.9. 2.9. 3.9. 4.9. 5.9. 6.9. 7.9. 8.9. 9.9. 10.9. 11.9. 12.9. 13.9. 14.9. 15.9. 16.9. 17.9. 18.9. 19.9. 20.9. 21.9. 22.9. 23.9. 24.9. 25.9. 26.9. 27.9. 28.9. 29.9. 30.9. 31.9. 1.10. 2.10. 3.10. 4.10. 5.10. 6.10. 7.10. 8.10. 9.10. 10.10. 11.10. 12.10. 13.10. 14.10. 15.10. 16.10. 17.10. 18.10. 19.10. 20.10. 21.10. 22.10. 23.10. 24.10. 25.10. 26.10. 27.10. 28.10. 29.10. 30.10. 31.10. 1.11. 2.11. 3.11. 4.11. 5.11. 6.11. 7.11. 8.11. 9.11. 10.11. 11.11. 12.11. 13.11. 14.11. 15.11. 16.11. 17.11. 18.11. 19.11. 20.11. 21.11. 22.11. 23.11. 24.11. 25.11. 26.11. 27.11. 28.11. 29.11. 30.11. 31.11. 1.12. 2.12. 3.12. 4.12. 5.12. 6.12. 7.12. 8.12. 9.12. 10.12. 11.12. 12.12. 13.12. 14.12. 15.12. 16.12. 17.12. 18.12. 19.12. 20.12. 21.12. 22.12. 23.12. 24.12. 25.12. 26.12. 27.12. 28.12. 29.12. 30.12. 31.12. 1.1. 2.1. 3.1. 4.1. 5.1. 6.1. 7.1. 8.1. 9.1. 10.1. 11.1. 12.1. 13.1. 14.1. 15.1. 16.1. 17.1. 18.1. 19.1. 20.1. 21.1. 22.1. 23.1. 24.1. 25.1. 26.1. 27.1. 28.1. 29.1. 30.1. 31.1. 1.2. 2.2. 3.2. 4.2. 5.2. 6.2. 7.2. 8.2. 9.2. 10.2. 11.2. 12.2. 13.2. 14.2. 15.2. 16.2. 17.2. 18.2. 19.2. 20.2. 21.2. 22.2. 23.2. 24.2. 25.2. 26.2. 27.2. 28.2. 29.2. 30.2. 31.2. 1.3. 2.3. 3.3. 4.3. 5.3. 6.3. 7.3. 8.3. 9.3. 10.3. 11.3. 12.3. 13.3. 14.3. 15.3. 16.3. 17.3. 18.3. 19.3. 20.3. 21.3. 22.3. 23.3. 24.3. 25.3. 26.3. 27.3. 28.3. 29.3. 30.3. 31.3. 1.4. 2.4. 3.4. 4.4. 5.4. 6.4. 7.4. 8.4. 9.4. 10.4. 11.4. 12.4. 13.4. 14.4. 15.4. 16.4. 17.4. 18.4. 19.4. 20.4. 21.4. 22.4. 23.4. 24.4. 25.4. 26.4. 27.4. 28.4. 29.4. 30.4. 31.4. 1.5. 2.5. 3.5. 4.5. 5.5. 6.5. 7.5. 8.5. 9.5. 10.5. 11.5. 12.5. 13.5. 14.5. 15.5. 16.5. 17.5. 18.5. 19.5. 20.5. 21.5. 22.5. 23.5. 24.5. 25.5. 26.5. 27.5. 28.5. 29.5. 30.5. 31.5. 1.6. 2.6. 3.6. 4.6. 5.6. 6.6. 7.6. 8.6. 9.6. 10.6. 11.6. 12.6. 13.6. 14.6. 15.6. 16.6. 17.6. 18.6. 19.6. 20.6. 21.6. 22.6. 23.6. 24.6. 25.6. 26.6. 27.6. 28.6. 29.6. 30.6. 31.6. 1.7. 2.7. 3.7. 4.7. 5.7. 6.7. 7.7. 8.7. 9.7. 10.7. 11.7. 12.7. 13.7. 14.7. 15.7. 16.7. 17.7. 18.7. 19.7. 20.7. 21.7. 22.7. 23.7. 24.7. 25.7. 26.7. 27.7. 28.7. 29.7. 30.7. 31.7. 1.8. 2.8. 3.8. 4.8. 5.8. 6.8. 7.8. 8.8. 9.8. 10.8. 11.8. 12.8. 13.8. 14.8. 15.8. 16.8. 17.8. 18.8. 19.8. 20.8. 21.8. 22.8. 23.8. 24.8. 25.8. 26.8. 27.8. 28.8. 29.8. 30.8. 31.8. 1.9. 2.9. 3.9. 4.9. 5.9. 6.9. 7.9. 8.9. 9.9. 10.9. 11.9. 12.9. 13.9. 14.9. 15.9. 16.9. 17.9. 18.9. 19.9. 20.9. 21.9. 22.9. 23.9. 24.9. 25.9. 26.9. 27.9. 28.9. 29.9. 30.9. 31.9. 1.10. 2.10. 3.10. 4.10. 5.10. 6.10. 7.10. 8.10. 9.10. 10.10. 11.10. 12.10. 13.10. 14.10. 15.10. 16.10. 17.10. 18.10. 19.10. 20.10. 21.10. 22.10. 23.10. 24.10. 25.10. 26.10. 27.10. 28.10. 29.10. 30.10. 31.10. 1.11. 2.11. 3.11. 4.11. 5.11. 6.11. 7.11. 8.11. 9.11. 10.11. 11.11. 12.11. 13.11. 14.11. 15.11. 16.11. 17.11. 18.11. 19.11. 20.11. 21.11. 22.11. 23.11. 24.11. 25.11. 26.11. 27.11. 28.11. 29.11. 30.11. 31.11. 1.12. 2.12. 3.12. 4.12. 5.12. 6.12. 7.12. 8.12. 9.12. 10.12. 11.12. 12.12. 13.12. 14.12. 15.12. 16.12. 17.12. 18.12. 19.12. 20.12. 21.12. 22.12. 23.12. 24.12. 25.12. 26.12. 27.12. 28.12. 29.12. 30.12. 31.12. 1.1. 2.1. 3.1. 4.1. 5.1. 6.1. 7.1. 8.1. 9.1. 10.1. 11.1. 12.1. 13.1. 14.1. 15.1. 16.1. 17.1. 18.1. 19.1. 20.1. 21.1. 22.1. 23.1. 24.1. 25.1. 26.1. 27.1. 28.1. 29.1. 30.1. 31.1. 1.2. 2.2. 3.2. 4.2. 5.2. 6.2. 7.2. 8.2. 9.2. 10.2. 11.2. 12.2. 13.2. 14.2. 15.2. 16.2. 17.2. 18.2. 19.2. 20.2. 21.2. 22.2. 23.2. 24.2. 25.2. 26.2. 27.2. 28.2. 29.2. 30.2. 31.2. 1.3. 2.3. 3.3. 4.3. 5.3. 6.3. 7.3. 8.3. 9.3. 10.3. 11.3. 12.3. 13.3. 14.3. 15.3. 16.3. 17.3. 18.3. 19.3. 20.3. 21.3. 22.3. 23.3. 24.3. 25.3. 26.3. 27.3. 28.3. 29.3. 30.3. 31.3. 1.4. 2.4. 3.4. 4.4. 5.4. 6.4. 7.4. 8.4. 9.4. 10.4. 11.4. 12.4. 13.4. 14.4. 15.4. 16.4. 17.4. 18.4. 19.4. 20.4. 21.4. 22.4. 23.4. 24.4. 25.4. 26.4. 27.4. 28.4. 29.4. 30.4. 31.4. 1.5. 2.5. 3.5. 4.5. 5.5. 6.5. 7.5. 8.5. 9.5. 10.5. 11.5. 12.5. 13.5. 14.5. 15.5. 16.5. 17.5. 18.5. 19.5. 20.5. 21.5. 22.5. 23.5. 24.5. 25.5. 26.5. 27.5. 28.5. 29.5. 30.5. 31.5. 1.6. 2.6. 3.6. 4.6. 5.6. 6.6. 7.6. 8.6. 9.6. 10.6. 11.6. 12.6. 13.6. 14.6. 15.6. 16.6. 17.6. 18.6. 19.6. 20.6. 21.6. 22.6. 23.6. 24.6. 25.6. 26.6. 27.6. 28.6. 29.6. 30.6. 31.6. 1.7. 2.7. 3.7. 4.7. 5.7. 6.7. 7.7. 8.7. 9.7. 10.7. 11.7. 12.7. 13.7. 14.7. 15.7. 16.7. 17.7. 18.7. 19.7. 20.7. 21.7. 22.7. 23.7. 24.7. 25.7. 26.7. 27.7. 28.7. 29.7. 30.7. 31.7. 1.8. 2.8. 3.8. 4.8. 5.8. 6.8. 7.8. 8.8. 9.8. 10.8. 11.8. 12.8. 13.8. 14.8. 15.8. 16.8. 17.8. 18.8. 19.8. 20.8. 21.8. 22.8. 23.8. 24.8. 25.8. 26.8. 27.8. 28.8. 29.8. 30.8. 31.8. 1.9. 2.9. 3.9. 4.9. 5.9. 6.9. 7.9. 8.9. 9.9. 10.9. 11.9. 12.9. 13.9. 14.9. 15.9. 16.9. 17.9. 18.9. 19.9. 20.9. 21.9. 22.9. 23.9. 24.9. 25.9. 26.9. 27.9. 28.9. 29.9. 30.9. 31.9. 1.10. 2.10. 3.10. 4.10. 5.10. 6.10. 7.10. 8.10. 9.10. 10.10. 11.10. 12.10. 13.10. 14.10. 15.10. 16.10. 17.10. 18.10. 19.10. 20.10. 21.10. 22.10. 23.10. 24.10. 25.10. 26.10. 27.10. 28.10. 29.10. 30.10. 31.10. 1.11. 2.11. 3.11. 4.11. 5.11. 6.11. 7.11. 8.11. 9.11. 10.11. 11.11. 12.11. 13.11. 14.11. 15.11. 16.11. 17.11. 18.11. 19.11. 20.11. 21.11. 22.11. 23.11. 24.11. 25.11. 26.11. 27.11. 28.11. 29.11. 30.11. 31.11. 1.12. 2.12. 3.12. 4.12. 5.12. 6.12. 7.12. 8.12. 9.12. 10.12. 11.12. 12.12. 13.12. 14.12. 15.12. 16.12. 17.12. 18.12. 19.12. 20.12. 21.12. 22.12. 23.12. 24.12. 25.12. 26.12. 27.12. 28.12. 29.12. 30.12. 31.12. 1.1. 2.1. 3.1. 4.1. 5.1. 6.1. 7.1. 8.1. 9.1. 10.1. 11.1. 12.1. 13.1. 14.1. 15.1. 16.1. 17.1. 18.1. 19.1. 20.1. 21.1. 22.1. 23.1. 24.1. 25.1. 26.1. 27.1. 28.1. 29.1. 30.1. 31.1. 1.2. 2.2. 3.2. 4.2. 5.2. 6.2. 7.2. 8.2. 9.2. 10.2. 11.2. 12.2. 13.2. 14.2. 15.2. 16.2. 17.2. 18.2. 19.2. 20.2. 21.2. 22.2. 23.2. 24.2. 25.2. 26.2. 27.2. 28.2. 29.2. 30.2. 31.2. 1.3. 2.3. 3.3. 4.3. 5.3. 6.3. 7.3. 8.3. 9.3. 10.3. 11.3. 12.3. 13.3. 14.3. 15.3. 16.3. 17.3. 18.3. 19.3. 20.3. 21.3. 22.3. 23.3. 24.3. 25.3. 26.3. 27.3. 28.3. 29.3. 30.3. 31.3. 1.4. 2.4. 3.4. 4.4. 5.4. 6.4. 7.4. 8.4. 9.4. 10.4. 11.4. 12.4. 13.4. 14.4. 15.4. 16.4. 17.4. 18.4. 19.4. 20.4. 21.4. 22.4. 23.4. 24.4. 25.4. 26.4. 27.4. 28.4. 29.4. 30.4. 31.4. 1.5. 2.5. 3.5. 4.5. 5.5. 6.5. 7.5. 8.5. 9.5. 10.5. 11.5. 12.5. 13.5. 14.5. 15.5. 16.5. 17.5. 18.5. 19.5. 20.5. 21.5. 22.5. 23.5. 24.5. 25.5. 26.5. 27.5. 28.5. 29.5. 30.5. 31.5. 1.6. 2.6. 3.6. 4.6. 5.6. 6.6. 7.6. 8.6. 9.6. 10.6. 11.6. 12.6. 13.6. 14.6. 15.6. 16.6. 17.6. 18.6. 19.6. 20.6. 21.6. 22.6. 23.6. 24.6. 25.6. 26.6. 27.6. 28.6. 29.6. 30.6. 31.6. 1.7. 2.7. 3.7. 4.7. 5.7. 6.7. 7.7. 8.7. 9.7. 10.7. 11.7. 12.7. 13.7. 14.7. 15.7. 16.7. 17.7. 18.7. 19.7. 20.7. 21.7. 22.7. 23.7. 24.7. 25.7. 26.7. 27.7. 28.7. 29.7. 30.7. 31.7. 1.8. 2.8. 3.8. 4.8. 5.8. 6.8. 7.8. 8.8. 9.8. 10.8. 11.8. 12.8. 13.8. 14.8. 15.8. 16.8. 17.8. 18.8. 19.8. 20.8. 21.8. 22.8. 23.8. 24.8. 25.8. 26.8. 27.8. 28.8. 29.8. 30.8. 31.8. 1.9. 2.9. 3.9. 4.9. 5.9. 6.9. 7.9. 8.9. 9.9. 10.9. 11.9. 12.9. 13.9. 14.9. 15.9. 16.9. 17.9. 18.9. 19.9. 20.9. 21.9. 22.9. 23.9. 24.9. 25.9. 26.9. 27.9. 28.9. 29.9. 30.9. 31.9. 1.10. 2.10. 3.10. 4.10. 5.10. 6.10. 7.10. 8.10. 9.10. 10.10. 11.10. 12.10. 13.10. 14.10. 15.10. 16.10. 17.10. 18.10. 19.10. 20.10. 21.10. 22.10. 23.10. 24.10. 25.10. 26.10. 27.10. 28.10. 29.10. 30.10. 31.10. 1.11. 2.11. 3.11. 4.11. 5.11. 6.11. 7.11. 8.11. 9.11. 10.11. 11.11. 12.11. 13.11. 14.11. 15.11. 16.11. 17.11. 18.11. 19.11. 20.11. 21.11. 22.11. 23.11. 24.11. 25.11. 26.11. 27.11. 28.11. 29.11. 30.11. 31.11. 1.12. 2.12. 3.12. 4.12. 5.12. 6.12. 7.12. 8.12. 9.12. 10.12. 11.12. 12.12. 13.12. 14.12. 15.12. 16.12. 17.12. 18.12. 19.12. 20.12. 21.12. 22.12. 23.12. 24.12. 25.12. 26.12. 27.12. 28.12. 29.12. 30.12. 31.12. 1.1. 2.1. 3.1. 4.1. 5.1. 6.1. 7.1. 8.1. 9.1. 10.1. 11.1. 12.1. 13.1. 14.1. 15.1. 16.1. 17.1. 18.1. 19.1. 20.1. 21.1. 22.1. 23.1. 24.1. 25.1. 26.1. 27.1. 28.1. 29.1. 30.1. 31.1. 1.2. 2.2. 3.2. 4.2. 5.2. 6.2. 7.2. 8.2. 9.2. 10.2. 11.2. 12.2. 13.2. 14.2. 15.2. 16.2. 17.2. 18.2. 19.2. 20.2. 21.2. 22.2. 23.2. 24.2. 25.2. 26.2. 27.2. 28.2. 29.2. 30.2. 31.2. 1.3. 2.3. 3.3. 4.3. 5.3. 6.3. 7.3. 8.3. 9.3. 10.3. 11.3. 12.3. 13.3. 14.3. 15.3. 16.3. 17.3. 18.3. 19.3. 20.3. 21.3. 22.3. 23.3. 24.3. 25.3. 26.3. 27.3. 28.3. 29.3. 30.3. 31.3. 1.4. 2.4. 3.4. 4.4. 5.4. 6.4. 7.4. 8.4. 9.4. 10.4. 11.4. 12.4. 13.4. 14.4. 15.4. 16.4. 17.4. 18.4. 19.4. 20.4. 21.4. 22.4. 23.4. 24.4. 25.4. 26.4. 27.4. 28.4. 29.4. 30.4. 31.4. 1.5. 2.5. 3.5. 4.5. 5.5. 6.5. 7.5. 8.5. 9.5. 10.5. 11.5. 12.5. 13.5. 14.5. 15.5. 16.5. 17.5. 18.5. 19.5. 20.5. 21.5. 22.5. 23.5. 24.5. 25.5. 26.5. 27.5. 28.5. 29.5. 30.5. 31.5. 1.6. 2.6. 3.6. 4.6. 5.6. 6.6. 7.6. 8.6. 9.6. 10.6. 11.6. 12.6. 13.6. 14.6. 15.6. 16.6. 17.6. 18.6. 19.6. 20.6. 21.6. 22.6. 23.6. 24.6. 25.6. 26.6. 27.6. 28.6. 29.6. 30.6. 31.6. 1.7. 2.7. 3.7. 4.7. 5.7. 6.7. 7.7. 8.7. 9.7. 10.7. 11.7. 12.7. 13.7. 14.7. 15.7. 16.7. 17.7. 18.7. 19.7. 20.7. 21.7. 22.7. 23.7. 24.7. 25.7. 26.7. 27.7. 28.7. 29.7. 30.7. 31.7. 1.8. 2.8. 3.8. 4.8. 5.8. 6.8. 7.8. 8.8. 9.8. 10.8. 11.8. 12.8. 13.8. 14.8. 15.8. 16.8. 17.8. 18.8. 19.8. 20.8. 21.8. 22.8. 23.8. 24.8. 25.8. 26.8. 27.8. 28.8. 29.8. 30.8. 31.8. 1.9. 2.9. 3.9. 4.9. 5.9. 6.9. 7.9. 8.9. 9.9. 10.9. 11.9. 12.9. 13.9. 14.9. 15.9. 16.9. 17.9. 18.9. 19.9. 20.9. 21.9. 22.9. 23.9. 24.9. 25.9. 26.9. 27.9. 28.9. 29.9. 30.9. 31.9. 1.10. 2.10. 3.10. 4.10. 5.10. 6.10. 7.10. 8.10. 9.10. 10.10. 11.10. 12.10. 13.10. 14.10. 15.10. 16.10. 17.10. 18.10. 19.10. 20.10. 21.10. 22.10. 23.10. 24.10. 25.10. 26.10. 27.10. 28.10. 29.10. 30.10. 31.10. 1.11. 2.11. 3.11. 4.11. 5.11. 6.11. 7.11. 8.11. 9.11. 10.11. 11.11. 12.11. 13.11. 14.11. 15.11. 16.11. 17.11. 18.11. 19.11. 20.11. 21.11. 22.11. 23.11. 24.11. 25.11. 26.11. 27.11. 28.11



Was fahren Formel-1-Rennfahrer, wenn sie keine Rennen fahren?

Dreimal dürfen Sie raten.

So pfeilschnell sie mit ihren Boliden auch über die Pisten schießen, so eiskalt sie sich in den Kurven bis an die äußersten Grenzen der Physik heranwagen und bei Überholmanövern die Zuschauer in Atem halten – nach dem Rennen fahren sie ruhig und gelassen. Und sind froh, in einem vernünftigen Auto zu sitzen.

In einem Mercedes.

Nicht alle zwar, aber immerhin doch der größte Teil: Dreiviertel aller Formel-1-Piloten fahren einen Mercedes-Benz. Leute also, von denen man annehmen kann, daß sie vom Autofahren besonders viel verstehen.

Warum, könnte man sich höchstens fragen,

setzen sie sich nicht auch privat in einen heißen Exoten?

Es gibt schließlich Autos, die einem Rennauto viel näher sind. In ihrer Geschwindigkeit. In ihrer Akustik. In ihrem Design.

Vielleicht fahren sie deshalb lieber einen Mercedes, weil sie nach der ganzen Hektik und dem Stress des Rennens ein Auto brauchen, das Ruhe ausstrahlt.

Ein Auto, aus dem man auch nach langen Strecken noch entspannt aussteigen kann.

Ein Auto, das trotzdem Kraftreserven genug hat, um Risikosituationen aus dem Weg zu fahren. Und das so gut klimatisiert ist, daß man nicht auch nach dem Rennen noch ins Schwitzen gerät.

Ein Auto also, in dem man sich rundum sicher fühlt.

Ein Mercedes ist hier in jeder Beziehung ein Gewinn. Nicht nur, weil er vielleicht auf dem einen oder anderen Gebiet weiter ist und mehr zu bieten hat als andere.

Vor allem deshalb, weil alles an ihm, bis ins kleinste Detail, in wohlausgewogener Weise aufeinander abgestimmt ist.

Da sind sich die Experten einig.

Vielleicht mögen Sie die Formel-1-Piloten manchmal für leichtsinnig halten, wenn sie ihre Rennen fahren.

In Wirklichkeit sind es jedoch, wie man sieht, ganz vernünftige Leute.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Statt jeder besonderen Anzeige

Max Friedrich Vierlinger

*14. 7. 1903 † 22. 10. 1984

Mein geliebter Mann, unser lieber Vater und Großvater, unser Onkel Maecio gab heute sein Leben in Gottes Hände zurück.

In tiefer Trauer:

Elfriede Vierlinger,
verw. v. Berg, geb. Rosenbrock
und Angehörige

Sürther Straße 26a, 5000 Köln-Rodenkirchen

Die Beisetzung fand in aller Stille statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Ein erfülltes Leben ist zu Ende gegangen.
Am 24. 10. 1984 verstarb unser Vater

Dr. Ing., Dr. Ing. E. h.

Ludwig Xaver Rasper

im gesegneten Alter von 84 Jahren.

In Dankbarkeit und Liebe
im Namen aller Angehörigen
Peter L. Rasper und
Frau Elisabeth geb. Herrmann

2407 Bad Schwartau, Hauptstraße 5

Die Beerdigung findet statt am 29. 10. 1984 um 12 Uhr, Friedhof Ransfeld/Bad Schwartau.

S.O.S. Äthiopien

Über 3 Millionen Menschen
sind in Äthiopien von den
Folgen einer Dürre betroffen.

Hunger

bedroht ihr Leben.

Daher ist

schnelle Hilfe

dringend erforderlich.

Bitte helfen Sie uns helfen.

111 Postscheckamt Köln
Sparkasse Bonn
Commerzbank Bonn
Volksbank Bonn

DEUTSCHE
WELTHUNGERHILFE

Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1

Wir danken für den kostenlosen Abdruck
dieser Anzeige

Eine,
die HÖRZU
zu Hause
hat.

HÖRZU

Esirée Nosbusch

Morgen wieder in der WELT:

Berufs-Chancen für Sie

Als Voraus-Information können wir Ihnen
hier eine Auswahl der Positionen
ankündigen, die morgen in der WELT
angeboten werden.

Informieren Sie sich umfassend, bevor Sie
sich entscheiden! 70% der Stellenangebote
in der WELT sind exklusiv. Sie finden
sie gleichzeitig in keiner anderen Zeitung.
Sie brauchen deshalb die WELT.
Jeden Samstag.

Arzt für Neurologie und
Psychiatrie
für das neurologische
Sanatorium Aller
Bund Deutscher
Hirngeschädigter e. V., Bonn
Ausbau Marketing weltweit
- später mehr -
Die Welt der
Oberflächenchemie
Unternehmensberatung H.-G.
Schu, München-Grünwald
Außenstellenleiter
für den Verkauf von
Qualitätszeugnissen an die
Verpackungsindustrie in Europa
Grace GmbH, Nordstedt
Außenstellenleiter
für die Gebiete Nord- und
Südost-Deutschland
Dunlop Hydraulik GmbH,
Castrop-Rauxel
Bauleiter Rohrleitungsbau
Fachingenieur
für Klimatechnik und
Sanitärinstallationen
Wiener & Trachte, Dortmund
Betriebswirt (grad.)
als Controller für die
Entwicklungsabteilung
Mergenthaler Linotype GmbH,
Eschborn bei Frankfurt
Betriebswirtschaftlicher Berater
mit abgeschl. Hochschul- oder
Fachhochschulstudium
Organisationspartner GmbH,
Bad Oldesloe
Bereichsleiter
Größtverarbeitungsanlagen
Diplom-Ingenieur (TU/FH)
für Unternehmen der
Investitionsgüterindustrie
EPF Personalberatung, Essen
Dipl.-Politologen
Dipl.-Pädagogen
Dipl.-Psychologen
oder
Dipl.-Soziologie
Polizei-Führungsakademie,
Münster
Diplom-Ingenieur (TU oder FH)
Fachrichtung Meß- und
Regelungstechnik oder

Elektrotechnik
Deutsche Texaco AG, Hamburg
Dipl.-Ing./Ing.-grad.
Mikroprozessor - Software für
Tochtergesellschaft eines intern.
Wagenbau-Konzerns
Stein Unternehmensber. GmbH,
Frankfurt
Diplom-Ingenieur
als Nachwuchsführungskraft
Vertrieb Fachr. Maschinenbau,
Fertigungstechnik o. ä.
Personal & Management
Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH, Bonn
Diplom-Ingenieur
FH/Ing.-grad.
Fachrichtung
Nachrichtentechnik
Kienbaum Personalberatung,
Gummersbach
Diplom-Ingenieur (FH)
für Abteilung
Packungsentwicklung des
Sektors Pharma
Bayer AG, Leverkusen
Diplom-Ingenieur (FH)
Maschinenbau/Elektrotechnik
für Härtesätze und Industrieöfen
Kunden betreuen
Dugassa AG, Hamburg
Diplom-Ingenieur (TH/FH)
Fachrichtung Maschinenbau
Traineeprogramm für
Berufsanfänger
Schubert & Salzer, Ingolstadt
Diplom-Ingenieur / TU
Elektrotechnik/Energietechnik
für Dortmund und Bad Soden
Uhde GmbH, Dortmund
Dipl.-Kaufmann/-Volkswirt
mit Kenntn. in der
Bilanzanalyse, im dt. Steuerrecht
und im Außensteuerrecht
U 10 613, WELT-Verlag, Essen
Einkäufer (m)
Abteilungsleiter (m)
für Handelsunternehmen, Abt.
Handelsreisende und
Handarbeiten
U 10 591, WELT-Verlag, Essen
Führungsaufgabe
Produkt-Management
mit Erf. in den Bereichen Herz-

Kreislauf, Atemwege,
Stoffwechsel
Byk Gulden Pharmazeutika,
Konstanz
Führungsnachwuchs
Marketing/Vertrieb
Entwicklungschance für jungen
Absatzstrategen im mod.
Bereich
Personal & Management
Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH, Bonn
Praktikumsstellen
für die CDU-Ratsfraktion
Landeshauptstadt Hannover
Führungskraft
Wertpapierverwaltung
mit Erfahrung mit dem Einsatz
der Datenverarbeitung
M. M. Warburg-Brinckmann,
Würz & Co.
Hamburg
Gebietsverkaufsleiter
im Raum Hannover, Osnabrück
und Kassel - mit Sitz in
Hannover
MERO-Raumstruktur GmbH &
Co., Würzburg
General Development
Corporation / USA
für den Verkauf von
Grundstücken und Eigenheimen
in Florida
PF 850, CH-Genf
Geschäftsführer
gleichberechtigte
2. Geschäftsführer
junge dynam.
Nachwuchsführungskr. für
Niederlassungen in Nord- u.
Westdeutschland
B 10 598, WELT-Verlag, Essen
Geschäftsführer (m)
für Geschäftsstelle am
Holstenwall
Landesinnung der
Gebäudereiniger Hamburg
Gebietsverkaufsleiter
- Nahrungsmittel -
für Hersteller von vegetarischen
und diätetischen
Nahrungsmitteln
Motivation Unteru.ber. GmbH,
Bremen

Geschäftsführer
mit kfm. Ausbildung,
Eigeninitiative und
Einsatzbereitschaft
NEUE IGFA e. V., Bremen
Geschäftsführer
für bekanntes Holzunternehmen
Aufgabenschwerpunkt: Verkauf
B 10 730, WELT-Verlag, Essen
Gebietsleiter
für Außendienst bundesweit in
den Regionen Nord, West, Mitte
und Süd
Europa Vertriebs GmbH,
München
Geschäftsbereichsleiter
für den Bereich Warenwirtschaft
Handelsprofi Food und Nonfood
Kienbaum Personalberatung,
Gummersbach
Hauptabteilungsleiter Technik
auf dem Fachgebiet
Drucktechnik mit Kenntn. u.
Erf. im Rotationsdruck
Interprint Rotationsdruck
GmbH, Arnsberg
Ingenieur
Betriebswirt
für Abteilung Rechnungswesen
Siemens AG, Maschinen- und
Apparaturwerk, Nürnberg
Internationaler
Vertriebsingenieur
Dipl.-Ing. der Fachrichtung
Allgemeine Elektrotechnik
CEAG Licht- und
Stromversorgungstechnik
GmbH, Soest
Ingenieur für Konstruktion und
Entwicklung
Fachrichtung: Allg.
Maschinenbau
Personal & Management
Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH, Bonn
Internationales Kreditgeschäft
Fachmann mit Kenntn. des
Auslandskreditgeschäftes und
des Inlandsgeschäftes
Summa Handelsbank AG,
Düsseldorf
Kalkulator
mit fundierter Berufsausbildung
als Diplom- oder Bau-Ingenieur

An: DIE WELT, Abt. Stellen-Service,
Postfach 305830, 2000 Hamburg 36

Wertscheck für Berufs-Chancen

Bitte schicken Sie mir einige Gutscheine, für die ich
an den nächsten Wochenenden beim Zeitungshandel
kostenlos WELT-Exemplare mit
dem großen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte
erhalte.

Name:

Beruf:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum:

Anzeigenabteilung
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel. (040) 347 43 91/43 18
FS 2-17 001 777

WELT-Berater für Stellenaussagen:

Christian Schröder
2000 Hamburg 76
Tel. (040) 228 30 95-96

Gerd Ahrens
3000 Hannover
Tel. (0511) 649 00 09
FS 9-230 106

Jochen Frintrop
4000 Düsseldorf
Tel. (0211) 43 50 44

Gerd Henn
4650 Gelsenkirchen
Tel. (0209) 831 26

Anzeigenexpedition
im Teelbruch 103
4300 Essen 18-Kettwig
Tel. (02054) 101-916, -517, -1
FS 8-57 91 04

WELT-Berater für Stellenaussagen:

Hans-Jürgen Litz
4000 Düsseldorf 30
Tel. (0211) 43 38 18

Wolfgang Linke
5000 Köln 1
Tel. (0221) 1351 48/17 1031
FS 8-88 25 39

Horst Sauer
6361 Reichelsheim 6
Tel. (06035) 31 41

Karl-Hans Witt
6701 Altrip/Ludwigshafen
Tel. (06236) 31 32

Kurt Fengler
7050 Wabblingen 7
Tel. (0715) 2 20 24-25

Jochen Gehrfischer
7022 Leinfelden-Echterd
Tel. (0711) 7 54 50 71

Siegfried Weller
8035 Gauting b. München
Tel. (089) 8 50 60 38/39
FS 6-23 836

Horst Wouters
1000 Berlin 51
Tel. (030) 25 91 29 31
FS 1-84 611

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Welt der Fach- und Führungskräfte

**70% aller
WELT-Stellenangebote
finden Sie gleichzeitig
in keiner anderen
Zeitung.**

Sie brauchen deshalb die WELT,
wenn Sie alle Ihre Chancen
nutzen wollen. Jeden Samstag.

Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
(Presse-PR)
für die Konzeption und
Durchführung von Messen und
Kongressen
Hamburg Messe und Congress
GmbH
Leiter des Finanz- und
Rechnungswesens
für intern. tätiges

Leiter Konstruktion und
Entwicklung
Unternehmen im Werkzeug- und
Sondermaschinenbau
Kienbaum Personalberatung,
Hamburg
Leiter Personalwesen
jüngere Personalfachmann für
mittelständisches
Produktionsuntern.

Personal & Management
Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH, Bonn
Leiter Controlling
für renommiertes
Großhandelsunternehmen,
Niederr. Bremen
Roland Berger & Partner
GmbH, München
Leiter der Kreditabteilung
Auslandsbank in Hamburg
versierter Bankpraktiker
Roland Berger & Partner
GmbH, Düsseldorf
Leiter Finanz-, Rechnungswesen
und
Vertragswesen
für bundes- und weltweite
Leasing-, Miete- und
Industrieanlagenvermietungen A
10 597, WELT-Verlag, Essen
Leitender Vertriebsingenieur
für den Aufbau einer
wirkungsvollen Verkaufs- und
Marketinggruppe in Saudi-
Arabien
PA Personalberatung, Frankfurt
charmant und flexible
Mitarbeiterinnen
für Spielothek-Aktions-Team
Gausmann Spielgeräte,
Espelkamp
Marketing-Fachmann
mit fundiertem, marketing-
orientiertem Wissen, erworben
in ähnlicher Position
Ritterbau GmbH, Langenhagen
Managementplanung und
-entwicklung für
Milliardenunternehmen
mit Potential zum Vorstand
Unternehmensberatung H.-G.
Schu, München-Grünwald
Naturwissenschaftler/
Mediziner
für die präklinische Forschung
Bayer AG, Leverkusen
Mitarbeiter in einer
Public-Relations-Abteilung mit
Erfahrung in der
Öffentlichkeitsarbeit
Gausmann Spielgeräte,
Espelkamp

Niederlassungsleiter
Ingenieur mit Akquisition- und
Führungserfahrung
Personal & Management
Beratung Wolfram Hatesaul
GmbH, Bonn
Maschinen- und Anlagenbau
Resident-Ingenieur Moskau
Ingenieur (TH/FH)
EPF Personalberatung, Essen
Naturwissenschaftler
Medizinisch-wissenschaftliche
Produktentwicklung für die
regionale Leitung von
Außenstellen
Bayer AG, Leverkusen
Produktionsleiter
Betonfertigteilwerk
und
Bauteilfertigung
Bauingenieur/Architekt
Bauelementenfabrik Grünig
GmbH, Aachen
Personalreferent
für Unternehmen der
Investitionsgüterindustrie in
Norddeutschland
Mercuri Urval, Hamburg
Promovierte Pharmazeut/
Chemiker
für die Laboreinheit
Produktentwicklung/
Entwicklungs-Analytik
OTC/Körperpflege
E. Merck, Darmstadt
Projektkalkulator
Schiffs- und Offshore-Reparatur
für die Ausarbeitung von
maschinenbaulichen Projekten
UBI Werbedienst GmbH,
Hamburg
Programmierer
1. für IBM-System 4331
2. für Systemen DEC VAX 730
Maschinenfabrik Strömig
GmbH, Umm
Produktionsmanager
zur Bearbeitung einer
Diagnostik-Produktgruppe
promov. Chemiker oder
Biochemiker
E. Merck, Darmstadt
Physik-Ingenieur (m) (FH)
für die Prüfteilung in der
Kautschuk-Anwendungstechnik
Bayer AG, Leverkusen

DORTMUND

Kontakte mit Ribbeck bestätigt

sid, Dortmund
„Mein Herz hängt weiter an der Borussia.“ Das sagte Trainer Timo Konietzka einen Tag nach der Beurlaubung in Dortmund. Ein Wiedersehen mit Borussia Dortmund ist aber wohl nur möglich, wenn der Trainer einen anderen Klub betreut. „Ich will möglichst schnell wieder bei einem Klub in der Bundesliga arbeiten“, hofft Konietzka nach seinem ersten Rauschschuß in 13 Jahren Trainertätigkeit.

Konietzka bisheriger Assistent Reinhard Saftig übernahm am Mittwoch das Training. Bis Samstag wird Präsident Reinhard Rauball wohl noch keinen Nachfolger für Konietzka präsentieren können. Der beim DFB ausgeschiedene Erich Ribbeck sagte: „Es bestehen Kontakte, mehr läßt sich nicht sagen.“ Horst Franz, im letzten Jahr Trainer in Dortmund und seitdem arbeitslos, führte keine Gespräche mit dem Verein.

Konietzka will zunächst Abstand gewinnen. „Ein Wechsel zurück in die Schweiz oder generell ins Ausland ist kein Thema“, sagt er. Doch er will sich verstärkt Punktspiele in Belgien, Holland, England, Schottland und Frankreich ansehen. „Dazu habe ich bisher nie Zeit gehabt.“

Daß ihm ausgerechnet die Dortmund der ungewohnten Freiraum schaffen würden, daran hat er nicht im Traum gedacht. „Erstmals hatte ich mir sogar Möbel gekauft. Sonst hatte ich überall nur mobliert gewohnt.“ Und: „Ich bin nach wie vor vom Stadion und der Begeisterungsfähigkeit der Massen fasziniert. Ich würde den Schritt nach Dortmund noch einmal wagen. Einen Blick zurück im Zorn gibt es nicht.“

Konietzka, die Fans und die Fürsorgepflicht des Vereins

Man kann in Dortmund nicht ruhig arbeiten. Es ist unmöglich. Der Bochumer Mittelfeldspieler Siegfried Bönigshausen sagt das. Er hat es bei Borussia Dortmund versucht – vergeblich. „Es gibt absolut keinen Vergleich mit München, dort geht es friedlicher zu.“ Das sagt Reinhard Saftig, ehemals in München tätig, jetzt Übergangstrainer des Fußball-Bundesligaklubs Borussia Dortmund, weil sich der neue Vorstand von Trainer Timo Konietzka (46) und Manager Hans-Dieter Tippenhauer (42) getrennt hat. So etwas muß die Betroffenen nicht in Mitleid bringen, denn unter den bisher Gescheiterten waren in Dortmund immerhin Otto Rehagel, Udo Lattek, Karl-Heinz Feldkamp und

STANDPUNKT

Branko Zebec. Konietzka war der 26. Trainer, der in 21 Bundesligajahren in Dortmund tätig gewesen ist.

Nun hat es also den Mann erwisch, der das erste Bundesligator schloß, der in der ewigen Torschützenliste seines Vereins an fünfter Stelle steht, der als Trainer zuvor nur den Erfolg kannte und über den Dortmunds Präsident Reinhard Rauball sagt: „Wir haben uns bei der Beurlaubung von der Fürsorgepflicht leiten lassen. Man darf einen solchen Mann nicht solchen Zuständen aussetzen wie am letzten Samstag.“ Da hatte Dortmund gegen Karlsruhe 0:2 verloren, und deshalb mußte eine Hundertschaft Polizei Trainer und Manager vor den aufgebracht Fans schützen.

Das ist das Dortmunder Klima, das auch dem Dortmunder Timo Konietzka nicht bekam. Fünf Zeitungen berichten in dieser Stadt täglich

über Borussia, der Stellenwert des Vereins übersteigt alles andere in der näheren Umgebung. Am Mittwoch wohnten 200 Schaulustige dem Borussia-Training bei, obwohl der Termin in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt war. Von früh bis spät abends stehen die Fans vor der Geschäftsstelle des Vereins und diskutieren.

Eine aufgeheizte Atmosphäre, in der die hektische Einkaufspolitik des Vereins in den letzten drei Jahren rund elf Millionen Mark verschlang. Da wurde Frank Pagelsdorf von Arminia Bielefeld für 700 000 Mark gekauft, obwohl die Bielefelder allenfalls mit 300 000 Mark gerechnet hatten. Da war den Dortmundern Tenehagen eine Million Mark wert, als er drei Jahre später nach Bochum zurückging, hatte sich dessen Marktwert auf 25 000 Mark reduziert. Da wurden für den Schalker Bittcher 790 000 Mark ausgegeben, doch dann hat man ihn, sich selber nach einem neuen Verein umzusehen. Tippenhauer werden 3,3 Millionen Mark Fehlinvestitionen vorgeworfen, die Verschuldung des Klubs beläuft sich auf etwa sechs Millionen Mark – es droht der Lizenzentzug.

Vor diesem Hintergrund trennte sich der neue Vorstand von Konietzka und Tippenhauer und erfüllte die Forderung der Fans von der Südtürme, dem harten Kern der Borussia-Anhänger. Vor diesem Hintergrund werden auch die angestrebten Notverkäufe – Torwart Immel könnte 1,2 Millionen Mark in die leeren Kassen bringen – zu sehen sein. Doch das Schreckgespenst bleibt: Wann wird sich der Publikumschnitt auf nur 5000 Zuschauer pro Bundesligaspiel einspeichern?

KLAUS BLUME

EUROPACUP / Drei Klubs fast weiter, nur Mönchengladbach muß bangen

● Bayern München: Der Mut von Trainer Lattek, nach der 65. Minute mit fünf Stürmern anzugreifen, wurde belohnt. Aus einem 2:1 wurde noch ein 4:1, das für das Rückspiel in Plovdiv ausreichen sollte.

● Hamburger SV: Die Jugend marschierte beim deutlichen 4:0 über Sofia. Unruhe aber gibt es bei den Hamburgern um die Frage, ob Trainer Ernst Happel bleibt oder nicht. Der FC Barcelona lockt ihn.

● 1. FC Köln: Der 2:0-Sieg in Lüttich stellt die Weichen für eine, vor allem wirtschaftlich, bessere Zukunft. Die Tore von Littbarski und Bein sind Geld wert. Doch die Leistungen waren wenig überzeugend.

● Mönchengladbach: Das 3:2 gegen Lodz löst das Ausscheiden befürchtet. Trainer Heynckes hofft zwar auf erfolgreiche Konten im Rückspiel, stellt bei seinen Spielern aber einen Kräfteverschleiß fest.

Barcelona lockt, Happel sagt: „Wenn ich bleibe, muß etwas passieren.“

DW, Bonn
8:0 Punkte und 13:3 Tore – das ist die imposante Bilanz der vier deutschen Klubs in den Hinspielen der zweiten Runde der europäischen Pokal-Wettbewerbe. Ein Grund, endlich wieder das Hohelied des deutschen Profis-Fußballs zu singen? Zwei Gründe sprechen dagegen: Die Gegner waren schwach, Mönchengladbach droht das Ausscheiden (siehe untenstehenden Bericht). Bei den klaren Siegern München, Hamburg und Köln, die die dritte Runde erreicht haben dürften, standen nach den Spielen denn auch ganz andere Probleme an, die in die Zukunft weisen und den Europapokal beiseite schieben.

Besonders deutlich wurde das beim Hamburger SV. Die Diskussionen drehen sich um die Frage, ob Trainer Ernst Happel bleiben wird. Vorerst hat er es abgelehnt, den Wunsch von Manager Günter Netzer und des Vereins-Präsidiums zu erfüllen, noch in diesem Jahr Klarheit zu schaffen. „Im Februar oder März werde ich mich entscheiden. Das habe ich immer so gehalten.“ Im Hintergrund lockt weiter das Angebot des FC Barcelona, Happel 50 000 Mark netto im Monat zu bezahlen und ihm auch noch den jetzigen Braunschweiger Trainer Alexander Ristic zur Seite zu stellen. Happel zu diesen Gerüchten: „Vier Jahre bei einem Verein sind eine lange Zeit. Aber wenn es mir in Hamburg nicht mehr gefallen würde, wäre ich schon bei Barcelona.“

Der Wirtel – im positiven Sinne – entfachten beim 4:0-Sieg über ZSKA Sofia erst einmal die jungen Spieler. Happel: „Die Mannschaft hat gezeigt, was in Zukunft in ihr stecken kann.“ Die Personalnot (Hieronymus, Groh, Wuttke, Milewski verletzt, Weimayer gesperrt) war zum Beispiel die Chance von Vorstopp Christian Hofmeister, der am Sonntag 24 Jahre alt wird. Netzer sagt über ihn: „Hätte er

schon einen bekannten Namen, alle Welt hätte ihm nach diesem Spiel Weltklasse bescheinigt. So heißt es nur, er hat gut gespielt.“ Auch Thomas von Hesse (23) zeigte nicht nur wegen seiner beiden Treffer (die anderen erzielten McGhee und Magath) endlich wieder eine gute Leistung.

Mit jungen Spielern hat auch eine Vorbedingung Happels, seinen Vertrag zu verlängern, zu tun. Der Trainer sagt: „Wenn ich beim HSV bleibe, dann muß etwas passieren.“ Er meint die Verjüngung der Mannschaft

(Durchschnittsalter 28 Jahre): „Das müssen keine Millionen-Einkäufe sein, für mich ist wichtig, was die Spieler können.“ Was dem Trainer Wunsch war, empfand der Manager offensichtlich bereits als Befehl. Netzer sprach während des Spiels auf der Tribüne mit dem Vater des 17-Jährigen Spielgestalters von Hannover 96, Maximilian Heidenreich.

Der ehemalige Hamburger Horst Hrubesch saß in Lüttich verletzt auf der Tribüne und sah die 0:2-Niederlage seines neuen Klubs gegen den 1. FC Köln (Tore von Littbarski und Bein). Hrubeschs Urteil: „Die Kölner haben schlecht gespielt. Vor allem die Abwehr war leicht zu knacken. Das wäre was für mich gewesen.“ Diese Kritik ist richtig. Torwart Harald Schumacher war bester Kölner Spieler, er mußte einige Fehler von Strack und Hönerbach ausbügeln. Um Schumacher drehen sich auch die Gespräche nach dem Spiel. Seine Vertragsverlängerung in Köln hängt auch davon ab, ob die Kölner im Europapokal genügend Geld einspielen. Die erste Rate scheint bezahlt. Schumacher: „Die Jungs sind für mich gerannt, damit ich bleiben kann.“

Auch in München drehte sich nach dem 4:1 über Plovdiv (Tore von Wohlfarth/2, Michael Rummenigge, ein Eigentor) alles um einen Torwart. Jean-Marie Pfaff, 85 Tage nach seiner Leistenoperation erstmals wieder eingesetzt, muß am Samstag in Schalke seinen Platz wieder Raimond Aumann überlassen. Pfaff: „Ich bin jetzt hundertprozentig fit und werde kämpfen.“ Was seine Frau Carmen auf der Tribüne sagte, klang da ganz anders: „Jean-Marie geht zu Real Madrid.“

Trainer Lattek hatte in der 65. Minute den Mut, die Abwehrspieler Martin und Wilmer durch die Stürmer Dieter Hoeneß und del'Haye zu ersetzen. Manager Uli Hoeneß lobte ihn dafür: „Einigen ist die Höhenluft wohl nicht bekommen. Ich will keine Namen nennen, der Trainer hat die Richtigen aus dem Spiel genommen.“



Freude im Doppelt: Littbarski und Alfio nach dem Sieg. FOTO: SCHMIDT

Heynckes: Rahn ist kein Spielmacher

U. HOLTHOFF, M'gladbach

Jupp Heynckes hatte die Entschuldigung schon vor dem Anpfiff geliefert: „Wir haben im nächsten Monat zehn Spiele. Und das ausgerechnet im November, wenn der Boden schwerer wird und die Spiele mehr Kraft kosten.“ Der Rückenstärker durch den Trainer gewiß, gestaltete Borussia Mönchengladbach das UEFA-Cup-Spiel gegen Widzew Lodz in der zweiten Halbzeit äußerst kraftsparend und büßte dabei nicht nur den 2:0-Vorsprung ein, sondern riskierte durch den knappen 3:2-Sieg auch das Weiterkommen in diesem internationalen Wettbewerb, der sich finanziell bisher noch nicht gelohnt hat für die Borussia.

Erst ein attraktiver Gegner in der nächsten Runde könnte für ein wirtschaftliches Plus sorgen. Dieses Ziel ist allerdings gefährdet, weil die Mannschaft in der zweiten Halbzeit ihre spielerische Linie verlor. Der Gedanke an die nähere Zukunft schien die Leistung zu hemmen. Am Samstag kommt Werder Bremen, zwei Wochen später Bayern München. Die Borussia kämpft momentan auf allen Ebenen und steht vor der Herausforderung, den Beweis für das Komplement des polnischen Trainers Wladyslaw Smuda erbringen zu müssen.

der immer noch überzeugt ist, daß „Gladbach eine der besten deutschen Mannschaften ist.“

„Wir haben an allen sportlichen Fronten unsere Chancen – und die wollen wir nutzen“, sagte Kapitän Wilfried Hannes. Gladbach greift also in den nächsten Wochen nach den Sternen und könnte am Jahresende doch mit leeren Händen dastehen. Diesem Erfolgsdruck standzuhalten, muß die junge Mannschaft allerdings noch lernen. Zwischen Optimismus und Stimmungen, zwischen Kreis- und Weltklasse die Leistungen.

Selbst Uwe Rahn, der genau eine Woche zuvor ein glanzvolles Debüt in der Nationalmannschaft gegeben hatte, konnte sich davon nicht freimachen. Ein überzeugendes Spiel in der ersten Halbzeit: Das erste Tor machte er selbst, die beiden anderen bereitete er vor. Doch als die Mannschaft in der zweiten Halbzeit unter Druck stand, als sie jemanden brauchte, der Ordnung in das Durcheinander gebracht hätte, versteckte sich der junge Nationalspieler. „Er ist kein Spielmacher und wird auch nie einer werden“, hatte Trainer Jupp Heynckes schon vorher bemerkt.

Einen Spielmacher, jemanden, der Verantwortung übernimmt, hätte die

Borussia in der zweiten Halbzeit jedoch dringend gebraucht. In einer solchen Situation fehlt der Mannschaft, die mit ihrem Tempofußball jeden Gegner auspielen kann, ein Mann, der die Leitung übernimmt und für einen ruhigeren, geordneten Spielfuß sorgt.

In der zweiten Halbzeit zeigte Lodz deutlich eine weitere Schwäche der Borussia, über die der gute Bundesliga-Tabelleplatz (Zweiter) bislang hinwegtäuscht hatte: Die Mannschaft ist mit immerhin 18 Gegentoren aus neun Spielen belastet und in der Abwehr trotz der Nationalspieler Frontzek, Bruns, Krauss und Hannes äußerst anfällig.

Einen Ausweg aus dem Dilemma aber sieht selbst der Trainer nicht: „Was kann ich denn von außen tun, wenn die Kraft nachläßt und meine Mannschaft so stark unter Druck steht? Wir können nur so spielen, wie der Gegner es zuläßt.“ Jupp Heynckes bemüht deshalb gar die Vergangenheit, um der Zukunft optimistisch entgegenzusehen zu können: „Beim Rückspiel erhalten wir mit Sicherheit mehr Raum für unsere gefährlichen Konten. Dieser traditionellen Gladbacher Stärke sind sich die Polen bewußt.“

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.
- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

ZAW

Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

NACHRICHTEN

Freispruch für Rahn?

Zürich (sid) – Der Internationale Fußball-Verband (FIFA) will die gelbe Karte für Uwe Rahn annullieren. Das geht aus einer Stellungnahme der Schiedsrichter-Kommission der FIFA hervor, in der die Verwarnungen für Torjäger nur dann ausgesprochen werden sollten, wenn ein Spieler Zuschauer-Absperungen erklert oder nach seinem Torschuß Gegenspieler mit Gesten beleidigt. Rahn hatte beim 2:0-Sieg der deutschen Nationalmannschaft über Schweden nach seinem Treffer das Spielfeld jubelnd verlassen. Gegen die Verwarnung hatte der Deutsche Fußball-Bund offiziell protestiert.

Asien-Spiele: 20 Stadien

Peking (sid) – Peking plant für die elften Asienspiele 1990 den Bau von 20 Stadien und Hallen sowie die Errichtung eines Athleten-Dorfes. Chinesische Planer bereiten die USA, Japan, Kanada und andere Länder, um das Bau-Konzept zu erstellen.

Langer auf Platz 14

Kurimoto (sid) – Nach der ersten Runde des mit 1,4 Millionen Mark dotierten „World Golf Champion-

ship“ in Kurimoto (Japan) belegt der deutsche Profi Bernhard Langer (Anhausen) mit 69 Schlägen den 14. Platz. Es führt der Spanier Canzanos (62 Schläge).

Rad: Existenzsorgen

Paris (sid) – Weil der französische Immobilienhändler Merlin am 1985 im Radsport nur noch die Tour de France unterstützen will, sind das Etappenrennen Paris-Nizza, die Dauphiné-Rundfahrt und das Sechstagesrennen von Grenoble stark gefährdet.

Preisgelder angeglichen

New York (sid) – Erstmals werden beim New York Marathon die Frauen genauso hohe Siebtpreise erhalten wie die Männer. Die Prämienstaffelung: 25 000 Dollar für den Sieg, 22 000 für Platz zwei und 18 000 für Platz drei.

Kritik an Neuberger

Osnabrück (sid) – Der Vorschlag von DFB-Präsident Neuberger, Fußball-Bundesligaspiele künftig nur noch dienstags und freitags auszugetragen, hat Kritik hervorgerufen. Vor allem Westvereine meldeten Bedenken an. In Bochum verwies man auf

die Spätschichtarbeiter, die nicht kommen könnten, in Bielefeld auf schlechte Erfahrungen mit Freilichtspielen.

Heute Bundesliga

Bonn (DW) – Bereits heute finden zwei Spiele der 10. Runde der Fußball-Bundesliga statt: Karlsruher SC gegen Kaiserslautern und Bochum gegen Bielefeld.

ZAHLEN

TENNIS
Grand-Preis-Turnier in Brighton, Damen, 1. Runde: Hantika (Deutschland) – Jausovec (Jugoslawien) 6:1, 6:2, 6:0 (Schweden) – Graf (Deutschland) 6:4, 6:4, 7:5.

VOLLEYBALL
Bundesliga, Damen: Vilsbiburg – Lokhof 1:3.

HANDBALL
Bundesliga, Damen, Gruppe Nord: Leverkusen – Oldenburg 17:14.

GEWINNZAHLEN
Mittwochsalotto: 1, 4, 10, 17, 26, 28, 37, Zusatzzahl 7. – Spiel 77: 7 758 061. (Ohne Gewähr.)

GEWINNQUOTEN
Mittwochsalotto: Klasse 1: 404 396,60, 2: 40 601,10, 3: 5214,20, 4: 92,70, 5: 7,50. (Ohne Gewähr.)

Endlich ein Tor von Rummenigge für Inter Mailand

DW, Bonn
Den drei Mannschaften aus der „DDR“ erging es schlechter als den Bundesliga-Klubs. Allein Pokalsieger Dynamo Dresden erfüllte den Plan mit einem 3:1-Sieg über den FC Metz, der in der ersten Runde Barcelona ausgeschaltet hatte. Meister Dynamo Berlin kam über ein 3:3 gegen Austria Wien nicht hinaus, und auch das 1:1 von Lok Leipzig im Heimspiel gegen Spartak Moskau ist dürftig.

Zwei deutsche Spieler gehörten bei ausländischen Klubs zu den Torschützen: Karl-Heinz Rummenigge beim 3:0 von Inter Mailand gegen die Glasgow Rangers, Dieter Müller beim 1:0 von Girondins Bordeaux gegen Dinamo Bukarest. Uli Stielke droht mit Real Madrid dagegen das Aus nach einer 1:3-Niederlage in Rijeka.

Auffällig: Der glatte 3:1-Sieg des in der englischen Meisterschaft auf Platz 17 abgerutschten FC Liverpool über Benfica Lissabon und die 1:2-Niederlage von Tottenham Hotspur (Titelverteidiger im UEFA-Cup) beim FC Brügge. Vor und nach diesem Spiel nahm die belgische Polizei 18 randalierende Engländer fest. Etwa 300 waren über den Kanal gekommen, obwohl Tottenham alle Eintrittskarten an Brügge zurückgeschickt hatte.

Pokal der Landesmeister

Ost-Berlin – Austria Wien	3:3
Lev. Sofia – Dnjeprpetrowsk	3:1
Sparta Prag – Kopenhagen	0:0
Liverpool – Benfica Lissabon	3:1
Bordeaux – Dinamo Bukarest	1:0

12-Mio.-DM-Auftrag aus Ägypten

Elektrische Ausrüstung für Reisezugwagen von AEG

Für 120 klimatisierte 2-Klasse-Reisezugwagen liefert AEG-TELEFUNKEN der ägyptischen Waggonfabrik SEMAF die elektrischen Ausrüstungen im Wert von 12 Mio. DM. 15 komplette Reserveausrüstungen und die Ersatzteile für einen Drei-Jahres-Bedarf vervollständigen den Auftrag. Eine langjährige Zusammenarbeit zwischen AEG und der ägyptischen Eisenbahn wird damit fortgesetzt. Die Auslieferung der Reisezugwagen beginnt 1985.

IFK Göteborg – Beveren	1:0
Juventus Turin – Grasshoppers	2:0

Pokal der Pokalsieger

München – Trakia Plovdiv	4:1
Sittard – Wisla Krakau	2:0
Preßburg – Everton	0:1
Dynamo Moskau – Sparta Maila	5:0
AS Rom – FC Wrexham	2:0
Rapid Wien – Celtic Glasgow	3:1
FC Larissa – Servette Gen	2:1
Dynamo Dresden – FC Metz	3:1

UEFA-Pokal

Hamburg – ZSKA Sofia	4:0
M'gladbach – Widzew Lodz	3:2
Lüttich – 1. FC Köln	0:2
Queens Park – Partizan Belgrad	6:2
Inter Mailand – Glasgow Rang.	3:0
Lok Leipzig – Spartak Moskau	1:1
St. Germain – Videoton	2:4
Linz ASK – Dundee United	1:2
Sarajevo – FC Sion	2:1
Craiova – Olympiakos Piräus	1:0
AC Florenz – RSC Anderlecht	1:1
FC Brügge – Tottenham	2:1
Sporting Lissabon – Minsk	2:0
Ajax Amsterdam – Bohem. Prag	1:0
FC Rijeka – Real Madrid	3:1

SCHACH / WM

Kasparow im Stil des Weltmeisters

L. F. Bonn

Auch die 17. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Garri Kasparow endete remis. In den letzten Spielen wählte der Herausforderer eine interessante Taktik: Mit den schwarzen Figuren verwendete er Verteidigungssysteme, die sein Gegner selbst oft spielt. Damit prüft er Karpow und zwingt ihn, eventuell sein Spiel mit den schwarzen Steinen umzustellen. In der 17. Partie wählte Kasparow die supersolide „Tartakower Variante“ im Damengambit, die Weltmeister Karpow vor allem dann konsequent verwendet, wenn ihm ein Unentschieden ausreicht. Mit seinem 15. Zug versuchte der Weltmeister die Lage zu verschärfen. Aber Kasparows Erwiderung im 17. Zug erzwang den Ausgleich. Karpow führt weiter mit 4:0.

Die Notation (Weiß Karpow, Damengambit): 1.Sg3 d5, 2.d4 Sg6, 3.c4 e6, 4.Sc3 Lc7, 5.Lg5 b6, 6.Ld4 0-0, 7.f3 b6, 8.Ld2 Ld7, 9.0-0 Sbd7, 10.Td1 c5, 11.Ld3 a6, 12.cxd5 Sxd5, 13.Sc2 Lxd5, 14.dxc5 Sxc5, 15.b4 Sc4, 16.Ld7 De8, 17.a3 a5, 18.Ld3 ab4, 19.ab4 Lxb4, 20.Lxb4 Lxb4, 21.Ld4 Lc3, 22.Dd4 Lc2.

Lauf, Karl Kraus, lauf!

I. S. M. - Marathon steht hoch im Kurs. Wer etwas auf sich hält, rennt sich die Bronchien aus dem Hals und den Fußspitz aus den Schuhen. Das muß sich inzwischen auch bis nach Bonn runtersprechen haben. Da man dort aber lieber redet als handelt, den großen Worten frönt und nur zur Not den kleinen Taten, bevorzugt man am Rhein für denartige Lust-Strapazen auch die Stimmblätter statt der Füße. Dafür gibt man sich dann nicht mit läppischen zweieinhalb Stunden zufrieden, in denen ein routinierter Läufer die antike Strecke normalerweise zurücklegt.

Nein, der Bonner Marathon-Audio-Lauf dauert von Sonntag morgen um 8 bis Montag morgen um 7. Es handelt sich verständlicherweise auch nicht um eine Bundestagsdebatte - das wäre eine grobe Vernachlässigung der Ruhebedürfnisse unserer Abgeordneten, die Bonn ohnehin bereits Freitag mit Tag verlassen. Vielmehr ist man am Bonner Stadttheater auf die glorreiche Idee verfallen, einmal die ganze Spielzeit 84/85 lang in der „Lust am Untergang“ zu schwelgen. Und das will man nun am Wochenende auch physisch ausprobieren. Österreichs Botschafter, dem Fin-de-siècle-Stimmungen von Haus aus vertraut sind, hat seine Teilnahme schon zugesagt. Man wird also „Die letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus von der ersten bis zur letzten Zeile szenisch verlesen. Das sind immerhin 800 Seiten Text, und Kenner schätzen, daß eine ungekürzte Inszenierung des Untergangs-Opus zehn Theaterabende füllen würde.

Nun weiß der naive Zeitgenosse nicht so recht, wer es wohl über sich bringen könnte, dieser Lesung über die volle Distanz zu folgen. In der Ankündigung des Theaters kann man deshalb auch die glückliche Erlaubnis finden, das Ereignis jederzeit verlassen zu dürfen. Aber dann hat man ja wieder nicht den ganzen Karl Kraus genossen. Und dem Untergang vermag man mit solcher Art von Drückeberei ja auch nicht den rechten Tribut zu zahlen. Ganz zu schweigen vom sportlichen Ehrgeiz.

Aus diesem Dilemma gibt es nur einen einzigen Ausweg: Buch kaufen und selber lesen. Oder ist das zu subjektivistisch?



Er war Westfalens Bildnismaler: Rinklake im Selbstbildnis (Mitte), daneben von Stein (links) und Sybilla Schücking (rechts)

FOTOS: WESTF. LANDESMUSEUM

Ein Familienalbum der Gesellschaft Westfalens um 1800 - Münster entdeckt den Porträtmaler Johann Christoph Rinklake

An manchem Bild hängen bis zu 150 Nachkommen

Geschichte, verstanden als „Lebendiges Leben der Menschheit“, läßt sich wahrscheinlich am besten im Porträt darstellen. Das verdeutlicht das Westfälische Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte in Münster mit einer umfangreichen Ausstellung des Lebenswerks von Johann Christoph Rinklake (1784-1813), das gewissermaßen ein Familienalbum der „Gesellschaft Westfalens um 1800“ darstellt.

Rinklake war der Sohn eines westfälischen Dorfschneiders und deshalb nicht gerade für die Malerei prädestiniert. Aber der junge Rinklake riskierte es, sich als Maler „freischaffend“ auf eigene Füße zu stellen. Das war nur möglich mit der damals noch weithin nicht für künstlerisch voll angesehenen Porträtmalerei, die in jener Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs eine nie dagewesene Blüte erlebte; für andere Bildgab es keine Aufträge.

Rinklake, der, wie seine Tochter schreibt, lieber Landschaftsmaler geworden wäre, hatte diese Situation früh genug erkannt und wurde für Westfalen, was Anton Graff für Sachsen und die Tischbeins für Hessen waren, der Bildnismaler seiner Zeit.

Dafür standen ihm nur rund zwanzig Schaffensjahre zur Verfügung. Sein letztes Selbstbildnis, wenige Wochen vor dem unerwarteten Tod gemalt, zeigt ihn in völliger Harmonie und Klarheit und ohne jede Attitüde als einen Menschen, der selbstbewußt und skeptisch in den Spiegel schaut und mit sich selber ins reine kommen will. Vielleicht ist es sein bestes Bild überhaupt.

Nähezu zweihundert Gemälde sind in Münster zu sehen. Die wenigsten konnte das Museum selbst beisteuern; die meisten - darin liegt ein besonderer Reiz dieser Ausstellung - sind Leihgaben der Familien, deren Vorfahren darauf dargestellt sind. An einem Einzelbildnis, so war zu hören, „hängen bis zu 150 Nachkommen“. Deshalb ist Rinklake auch im Handel nicht zu finden; man kann seine Bilder nicht kaufen, sondern nur erwerben. Trotzdem sind sie weit mehr als eine westfälische Ahnengalerie, sie dokumentieren über Westfalen hinaus ein allgemein interessantes Stück Kultur- und Geistesgeschichte.

Da begegnet man zum Beispiel einem Altersbildnis von Johanna Schloßer, geborene Fahlmer, der vertrauten Freundin Goethes aus Frank-

furter Tagen, die „später dessen Schwager Johann Georg Schloßer geheiratet hat. Der damals noch junge Stürmer und Dränger nannte sie in seinen zahlreichen Briefen „Tantchen Fahlmer“, obwohl sie nur fünf Jahre älter war. Sie war die wirkliche Tante der Brüder Friedrich Heinrich und Johann Georg Jacob. Mit ihnen brachte sie Goethe in Verbindung, und über die Jacobis kam der Dichter in Kontakt mit dem Kreis der Fürstin Gallitzin in Münster.

Von der Fürstin selber befindet sich kein Bild in der Ausstellung, aber ihr berühmter „Kreis“ ist würdevoll vertreten durch Bernhard Overberg und Anton Matthias Sprickmann. Da ist das „rührend schöne Bild“ (wie der Sohn später schrieb) der Dichterin Sybilla Schücking, der schönen Mutter von Levin Schücking, der die Zeit und die Gesellschaft, die hier in Bildern wieder auflebt, in seinen Romanen und Novellen immer wieder dargestellt hat. „Im Kreise ihrer Lieben“ zeigt sich auch die Pianistin und Beethoven-Schülerin Maria Anna von Elverfeldt. Die zeitgenössische Kritik rühmte bewundernd ihr „feuriges“ Klavierspiel. Beethoven soll für sie „erleuchtet“ gewesen sein; jedenfalls

schrüb er für die musikalische Familie ein Trio für Flöte, Fagott und Klavier.

Mit Gottfried Schadow war Rinklake in Berlin befreundet; sein Porträt des Bildhauers ist jetzt erst bei den Vorbereitungen zur Ausstellung als solches erkannt worden. Rinklakes Porträt des Reichsfreiherrn vom Stein ist das einzige repräsentative und authentische Bildnis des Politikers zu dessen Lebzeiten; durch zahlreiche Nachstücke wurde es prägend für die Überlieferung seines Aussehens. Steins Mitstreiter Gebhard Leberecht von Blicher, damals Gouverneur von Münster, lernen wir hier einmal nicht als alten Haudegen und Marschall Vorwärts kennen, sondern als „Meister vom Stuhl“ der münsterischen Freimaurerloge.

Rinklake malte den Adel und das Bürgertum, Militärs, Geistliche, Beamte, Kaufleute, Wissenschaftler, Künstler, ihre Frauen, ihre Familien, ihre Kinder. Fast sieht es so aus, als habe er die schönen Frauen aller Stände am liebsten und allemal mit spürbarer Huldigung gemalt. In ihrer Haltung und Kleidung, wie im Habitus der Männer und Jünglinge, vor allem aber in den für Rinklake so

charakteristischen Familienbildern und nicht zuletzt in seinen Selbstbildnissen spiegelt sich deutlich die Umbruchsituation der Zeit und der darstellenden Kunst wider.

Gleichzeitig mit der Ausstellung ist die umfassende Monographie „Johann Christoph Rinklake - Ein westfälischer Bildnismaler um 1800“ von Hildegard Westhoff-Krummacker (Deutscher Kunstverlag, 560 S. mit Werkverzeichnis, 500 Abb. Bis 31. 12. 98 Mark, danach 120 Mark) erschienen.

Die Autorin hat die Ausstellung, gewissermaßen als authentische Illustration ihres Buches, aufgebaut und nach seiner Kapitelteilung gegliedert, nämlich nicht chronologisch, sondern nach Bildgattungen und Inhalt. Abteilungen wie „Das Bildnis zwischen Standeswelt und neuem Humanitätsideal“, „Merkmale der Vornehmheit“, „Begegnung und Anpassung“ (zwischen Adel und Bürgertum) machen die Ausstellung zu einem kulturhistorischen Nacherlebnis der Goethezeit. Eine Kunstaussstellung ist sie nur beiläufig, aber nicht minder eindrucksvoll (Bis 4. Nov.; Katalog 15 Mark).

EO PLUNTEN

JOURNAL

Dohnanyis Brief an Niels-Peter Rudolph

AP, Hamburg

Der Intendant des Deutschen Schauspielhauses Hamburg, Niels-Peter Rudolph, der am 31. Juli vorzeitig zurücktreten wird, hat jetzt den persönlichen und vertraulichen Brief, den ihm Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi schrieb, veröffentlicht. Darin verlangt der Regierungschef eine Stellungnahme zu den „katastrophalen“ und „chaotischen“ Vorbereitungen anlässlich der Wiedereröffnung des Schauspielhauses, weil er „den Eindruck gewonnen habe, daß eine zentrale kulturelle Einrichtung Hamburgs und der Bundesrepublik leichtfertig mit sich selbst und mit den Interessen der Stadt“ umginge. Empört zeigte sich Rudolph darüber, daß der Bürgermeister nicht gewillt sei, „weitere Defizite“ hinzunehmen. Der Intendant behauptet, damit würden Eingriffe in den Etat in Aussicht gestellt.

Ägyptische Grammatik von Champollion

AFP, Paris

Das Original der „Ägyptischen Grammatik“ des französischen Forschers Jean-François Champollion (1790-1832), das zufällig in der Pariser Nationalbibliothek wiederentdeckt wurde, ist jetzt in einem Nachdruck erschienen. Champollion hatte 1822 aufgrund des dreisprachigen Steins von Rosette die Hieroglyphen entziffert. Damit wurde er zum Begründer der Ägyptologie. Seine „Principes Généraux de l'écriture sacrée égyptienne“ waren von seinem Bruder herausgegeben worden. Das Original galt jedoch als verschollen.

Sarkophag aus dem 3. oder 4. Jahrhundert

AFP, Belgard

Ein Blei-Sarkophag aus dem 3. oder 4. Jahrhundert wurde bei Smederevo, rund 30 km südlich von Belgrad, bei Ausschachtungsarbeiten gefunden. Er enthält eine reichhaltige Sammlung von Gold- und Bronzeschmuck. Die Inschrift „Lare (Schutzgeist) der III. Legion“ deutet auf die römische Herkunft des Sargs.

K.-E. Vester übernimmt Hamburgs Kunstverein

war, Hamburg

Der Kunstwissenschaftler Karl-Egon Vester wird Anfang kommenden Jahres neuer Direktor des Hamburger Kunstvereins. Er tritt damit die Nachfolge von Uwe Schneede an, der eine Professur in München übernommen hat. Der 33-jährige Vester, u. a. Schüler von Graubner in Düsseldorf, war seit 1980 Kustos am Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museum. Er will das Programm seines Vorgängers mit zeitgenössischer Kunst und großen Retrospektiven fortführen.

Auflagenzahlen von „DDR“-Rockplatten

DW, Berlin

Die „Puhdys“ haben in den zehn Jahren zwischen 1974 und 1984 mit ihren zwölf Langspielplatten eine Gesamtauflage von fünf Millionen erreicht. An zweiter Stelle steht die Gruppe „Karat“ mit fünf Platten und 2,2 Millionen Exemplaren. Der Schlagersänger Frank Schöb hat seit 1974 neun Platten produziert, von denen 1,3 Millionen verkauft wurden. Bei den Klassikern führt Beethoven „Neunte“ in vier Auflagen mit 650 000 verkauften Platten, gefolgt von Handels-Feuerwerksmusik (500 000) und Bachs „Brandenburgischen Konzerten“ (250 000).

Preis des Film-Instituts an Gene Kelly

AFP New York

Gene Kelly, der 72-jährige Filmschauspieler, Tänzer und Regisseur, wird für seine Arbeit mit dem „Life Achievement Award“ ausgezeichnet. Kelly ist der 13. Träger des vom renommierten amerikanischen Film-Institut verliehenen Preises.

Die „kleinen Label“ - Neue Jazz-Schallplatten

Dauner aus der „DDR“

Umsatzfreudig sind sie sicherlich, die großen Schallplattenkonzerne. Risikofreude gehört nicht immer zu ihren Stärken. So kommt es, daß sich in den letzten Jahren auch einige „kleine“ in Windschatten etablieren konnten. Für den Erfolg am Markt sorgt das gemeinsame Vertriebssystem „EFA“, „Energie für alle“. Etwa 20 Labels werden von der EFA betreut. Einen anderen, aber nicht weniger erfolgreichen Weg sind die „mood-records“ mit dem Frankfurter Zweitausendeins-Verlag gegangen, dessen Streuwirkung nicht wenige der „mood“-Platten zu Verkaufserfolgen werden läßt.

Die Platte „Reflections“ des Manfred Schoof Orchesters ist eine der neuesten „mood“-Produktionen (Nr. 42). Sogar eine kulturpolitisch bemerkenswerte dazu: Die Aufnahmen entstanden im letzten Jahr während einer Tournee durch die „DDR“, die, weil zum erstenmal der Jazz auf deutsch-deutsche Kulturreise ging, von wichtigen Politikern beider Seiten begleitet wurde.

Die Platte präsentiert eine frische und moderne Big Band. Bläsersätze strahlen satt breitflächig aus und verbreiten im Titel „Old Ballad“ lyrische Stimmungen oder führen in kurzen aufwühlenden Linien auf das kristallene Pianosolo Wolfgang Dauners hin. Oft schweigt der Großteil dieser Creme der westdeutschen Jazz-Szene, läßt den Solisten in Dreier- oder Vierer-Formationen ausfallen. Dann werden wenige Töne aufgenommen, formen ein Gerüst („Waltz in the Sun“). Das Arrangement wird hier nicht zur Eingrenzung, es erleichtert und fördert vielmehr ordnend das Zusammenwirken der Musiker.

Dem Jazz ziemlich entwichen sind im Gegensatz dazu die Musiker der Gruppe „Dissidenten“ mit „Sahara Electric“ (Exil 08-5501, im EFA-Vertrieb). Noch zu ihren Zeiten als „Embryo“-Band hatten einige der jetzigen „Dissidenten“ den Kontakt mit

Kulturen in Indien gesucht. Das Verhältnis von Jazz-Rock und Fernost war ausgewogen. Jetzt beherrschen Chornäste im Stil der marokkanischen Folklore die Musik. Es ist orientalische Musik, gespielt nur auf westlichen (und das heißt elektrifizierten) Instrumenten. Das kann auf die Dauer ermüden: Themenwechsel sind rar gesät, vergleichbar mit der Endlosigkeit der Sahara selbst.

Auch die Neuerscheinung „Le perfectionniste“ der Gruppe „Munju“ ist auf „Exil“ erschienen (EFA 08-5502). Titel wie „Metropolitan Noise“ geben Fingerzeige, worum es geht. Zwar stampfen Baß und Schlagzeug im bekannten Disco-Takt. Doch die Improvisationen und Gesänge, das Pfeifen und Gewirr merkwürdiger Geräusche schaffen widerborstige Spannung. Stadtmusik wird durch Maschinenstampfen und Synthesizer-Geräusche vorgeführt. Anders als bei den amerikanischen „Noise-Artists“ kommt man nicht einfach so schrill und laut wie nur möglich daher. Man wagt sich an die künstlerische Stilisierung, das Resultat ist spritzig.

Die zweite Schallplatte des münsterischen Gitarrenduos „Callas“, ebenfalls von einem „kleinen“ Label (Autogram ALLP-806), heißt „Midlands“ und zählt zu den gelungensten Akustik-Gitarre-Einspielungen der letzten Zeit. Wenige Akkorde eröffnen Titel wie „The Flight“. Die Gitarren tasten sich voran, werden dann aber sicher, fordernd. Der dazukommende Saxophonist tänzelt mit aller Leichtigkeit über den Gitarrentönen. Sehnsüchte von fernem Weiten tun sich auf, Landschaften unberührter Stille. Manche Titel sind rechte Ohrwürmer, so der stärker Funk-betonte „Summer“. Eine sympathische Musik, die gerade in ihrer Unaufdringlichkeit ehrlich und einnehmend wirkt.

HERMANN SCHMIDTENDORF

John Hustons neuer Film „Unter dem Vulkan“

Totentanz in Mexiko

Bei den letzten Filmfestspielen von Cannes gab es ein spannendes Duell um die Goldene Palme: Altmäster John Huston oder Wenders war es zuletzt die Frage gewesen. Huston präsentierte seine „Malteser-Falken“-Verfilmung „Unter dem Vulkan“, Wenders seine lange Amerika-Reise „Paris, Texas“. Beide Arbeiten sind unbestritten Meisterwerke. Die Entscheidung mußte der Jury folglich schwerfallen, um so mehr, als Jury-Präsident Dirk Bogarde erklärt hatte, unter seiner Ägide werde es keinesfalls ein „ex aequo“ geben (s. Welt v. 24.5.).

Die Jury hat sich geschickt aus der Affäre gezogen: Wenders erhielt die Palme und Huston, der 78-jährige Regisseur des „Malteser Falken“, des „Schatzes der Sierra Madre“, der „African Queen“, einen Sonderpreis für sein Gesamtwerk.

Mit seinem neuen Film legt Huston ein reifes, schönes Alterswerk vor. Er erzählt klassisch einfach und linear, obwohl Malcolm Lowrys stark autobiographisch getönter Roman höchst kompliziert ist. Die Einheit des Ortes, der Zeit und der Handlung werden gewahrt. Alles spielt an einem Tag im November 1938 in dem mexikanischen Dörfchen Cuernavaca am Fuße des legendären Vulkans Popocatepetl. Es ist der „Tag des Todes“, mit seinen eigenartigen Totenkulten und Trübsalen. An ihm vollendet sich das tragische Schicksal zweier Menschen: des britischen Exkonsuls Firmin (Albert Finney) und seiner Frau (Jacqueline Bisset), die ihn verlassen hatte, nun aber zu ihm zurückgekehrt ist.

Doch die Liebe dieser beiden außergewöhnlichen Menschen ist zum Scheitern verurteilt. Denn der Konsul ist ein gebrochener, dem Alkohol verfallener Mann, der doch nicht ohne Größe betreibt: eine Glanzleistung des britischen Schauspielers Finney, um dessen Willen allein dieser Film schon sehenswert ist. Auf der letzten Berlinale war Finney für seine fulminante schauspielerische Leistung als alternder Shakespeare-Mime in dem Peter-Yates-Film „Ein unglaubliches Paar“ ausgezeichnet worden.

Finney alias Konsul Firmin ist der Umwelt völlig entfremdet, ist sich jedoch dieser Entfremdung bewußt. Und dennoch ist er unfähig, wieder Kontakt zur Wirklichkeit zu finden. Sowohl seine Frau als auch sein Halbbruder Hugh (Anthony Andrews) sind rührend, aber vergeblich um seine Rettung bemüht. Firmins Verfall ist nicht aufzuhalten.

Am Abend dieses unseligen Novemberabends, an dem freilich rare Glücksmomente aufleuchten, wird er

in einer zwielichtigen Spelunke, in die ein Gringo bislang niemals seinen Fuß zu setzen wagte, von kleinen Gaunern ausgeraubt und erschossen, natürlich in volltrunkenem Zustand. Auch seine Frau, die in blitzschneller Sturmnacht nach ihm sucht, kommt ums Leben. Beider Tod ist ebenso tragisch wie absurd. Und doch ist er, vor allem für Firmin, der seit langem verzweifelt auf ihn zugeleitet hat, die einzige Lösung.

Huston hat seine Geschichte auf einem Hintergrund von Horror und Magie inszeniert. In jedem Bild ist der Tod gegenwärtig. Der Tanz der Marionetten, der immer wiederkehrt, entlarvt sich als Totentanz. Die Farben des Films sind die Farben verwelkter Blumen auf dem Friedhof von Cuernavaca, der an diesem Tag des Todes natürlich gewissermaßen ein Eigenleben gewinnt.

Kameramann Gabriel Figueroa aus Mexiko, der schon Hustons „Nacht des Leguan“ sowie zahlreiche in Mexiko entstandene Buñuel-Filme fotografierte, hat die mythenhafte Landschaft unter mexikanischer Sonne mit effektvollen Filtern und jenen Licht-Schatten-Nuancen, für die er berühmt ist, atmosphärisch dicht ins Bild gesetzt.

„Unter dem Vulkan“ ist glänzend in der filmischen Adaption und bietet zwei Stunden spannende Kinounterhaltung. Ein großer Wurf, mit dem Huston sich noch einmal selber übertrifft.

DORIS BLUM



Selbstzerstörung mit GröÙe: Albert Finney in Hustons Film „Unter dem Vulkan“

Basel: Sean O'Caseys Autobiographie als Drama

Ein Berg von Stühlen

Mit der Uraufführung von „Vivat den Unterlegenen“ versucht sich Basel an einer Dramatisierung von Sean O'Caseys Tagebüchern. Der Dramaturg Hartwin Gromes und der Regisseur David Mouchart-Samorai schreiben nicht weniger als 48 Bilder, die 30 Mitwirkende erfordern und länger als sechs Stunden dauern.

Es geht um das Leben des berühmten Schriftstellers Sean O'Casey, auch wenn hier das Leben eines nach dem frühen Tod des Vaters in bitterster Armut aufwachsenden Knaben und Jünglings gezeigt wird, der in Folge eines schweren Augenleidens die Schule kaum besuchen konnte, der später als Hilfsarbeiter in Fabriken und Läden sich notdürftig durchschlagen mußte, sehr früh und logischerweise der Gewerkschaft beitrug und schließlich, später, als Lied- und Prosasticker, später, als 1923, die ersten Theaterstücke.

Der blieb er auch treu, als es ihm besser ging, als er berühmt war, bis zu seinem Tod in den sechziger Jahren. Damals war er weit über 80. Berühmt wurde er erst ziemlich spät, weil er ja auch erst 40jährig zu schreiben begann, die „Geschichte der irischen Bürgerarmee“, dann Lieder und Prosastücke, später, ab 1923, die ersten Theaterstücke.

Nur drei der immerhin sechs Bände seiner Autobiographie sind in „Vivat“ dramatisiert. Es sind die Jahre des Elends vor dem Hintergrund der vielen Kämpfe, der Arbeiter gegen die Unternehmer, der Katholiken gegen die Protestanten, der Königtrennen gegen die Republikaner und vor allem der irischen Nationalisten gegen die englischen „Besitzer“. Die

Dramatisierung endet mit dem berühmten, weil so furchbar blutigen Oster-Aufstand 1916 der Iren gegen die Engländer, in denen die Iren geschlagen wurden. Den Bearbeitern ging es eben vor allem um Klassenkampf.

Die Aufführung war außerordentlich - sicher das Verdienst des Regisseurs. Er kommt mit einem Minimum an Requisiten aus, im wesentlichen einer Unmenge von Stühlen aufgetürmt zu Bergen. Mit ihrer Hilfe arrangiert er die zahllosen Schauplätze, daß man sie zu sehen glaubt, Straßen, in denen ein Bürgerkrieg stattfindet, Sprechstunden beim Augenarzt, Beerdigung des Vaters mit Regenschirm, wie das seit „Frühlingserwachen“ überall Mode ist.

Die Schauspieler sind nicht gerade außerordentlich - wie könnten sich die katastrophal unterbesetzten Basler Bühnen auch erste Kräfte leisten? -, aber doch einprägsam, besonders in den kleinen, leisen Szenen. Wenn sie anfangen, laut zu werden, um sich zu überschreien, versteht man nichts mehr. Sehr prägnant in ihrer Hilfslosigkeit die beiden Darsteller des jungen John Cassidy alias O'Casey, Yves Raebler und später der etwas erwachsene junge Mann Martin Yenal. Außerordentlich die sehr präsenten Mütter, Anke Tegtmeyer, auch in ihrem Schmerz nie sentimental. Nur die ewigen Volkslieder-Einlagen gehen auf die Nerven, weil sie keine Volkslieder sind und ohne Grund eingeflochten werden.

Alles in allem ein Experiment. Ein sehr mutiges Experiment, aber doch wohl mehr nicht. CURT RIESS

Wem nützt das „Antizionistische Komitee der Sowjetischen Öffentlichkeit“?

Aus Protest auf den Doktor verzichtet

Der russische Pädagoge Iwan Martynow hat in einem offenen Brief an das Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR seinen Verzicht auf den Titel eines Doktors der Erziehungswissenschaft erklärt. Dieser bislang einmalige Schritt geschah aus Protest gegen als „antizionistisch“ deklarierte, tatsächlich aber antisemitische Veröffentlichungen eines Akademikemitgliedes, von dem sich die Akademie nicht distanzieren will. Den Brief Martynows hat jetzt „Kontinent“ veröffentlicht.

Das jüngste Heft der Vierteljahresschrift (4/84) beschäftigt sich in mehreren Beiträgen mit der Situation der Juden in der Sowjetunion. So untersucht z. B. Paul Johnson die Beziehung zwischen „Marxismus und Ju-

dentum“, während Howard Spier die „Düsteren Zeiten für das sowjetische Judentum“ analysiert. Er weist dabei auf die Rolle des neugegründeten „Antizionistischen Komitees der Sowjetischen Öffentlichkeit“ als Instrument sowjetischer Propaganda gegen Israel und die Juden hin. Zugleich belegt Spier den Rückgang der Ausreisegenehmigungen von 59 320 im Jahr 1979 auf nur 1315 vier Jahre später. Damit widerspricht er auch der Behauptung, jedem, der ausreisen wolle, würde das genehmigt.

Diese Propagandabeurteilung widerlegen in einem weiteren offenen Brief (ebenfalls in „Kontinent“) 29 Juden aus Moskau, die bis zu 17 Jahre auf die Familienzusammenführung warten. Gleichzeitig wird bekannt,

daß die Behörden jetzt wieder stärker gegen jüdische Aktivisten vorgehen.

Der Englischlehrer Julij Edelmann, der seit sechs Jahren ausreisen will, wurde am 4. September in Moskau verhaftet. Bei Inna Brochina und Dan Schapiro fanden Hausdurchsuchungen statt. Bei Schapiro war es das siebente Mal. Nach der neunstündigen Durchsuchung, die angeblich auf Drogen zielte, wurden hebräische Bücher und eine Bibel beschlagnahmt. Solche Schikanen wurden auch aus Odessa gegen Valerij Pewsner, Alexander Kuschnir und Yakov Mesch bekannt. Diese Repressalien gegen jüdische Ausreisewillige sind offensichtlich Teil der wieder zunehmenden Verfolgungen Andersdenkender. P. Jo.

KULTURNOTIZEN

Das 1. Festival orientalischer Rockmusik findet vom 26. bis 28. Oktober in Berlin-Kreuzberg statt.

Grabstätten aus der Bronzezeit mit Keramikgefäßen, Bronzeschmuck und kleinen Goldteilen wurden von Hobby-Archäologen in dem ungenutzten Teil eines Steinbruchs bei Erbenheim entdeckt.

Anja Kosmus-Wenninger erhält für ihr Buch „Widerstand und Verfolgung. Am Beispiel Passau 1933-1939“ (Haller Verlag) den Geschwister-

Scholl-Preis des Verbandes der Bayerischen Verlage und Buchhandlungen.

Wolfgang Vennohr, Chefredakteur der Fernsehproduktion des Gustav Lübbe Verlages in München und Autor zeitgeschichtlicher Filme und Bücher, hat seinen Vertrag zum Jahresende 1985 gekündigt und um Freistellung ab Januar gebeten.

„Staatlichkeit und Anarchie“ von Michail Bakunin ist in Budapest in Ungarisch erschienen.

Für die Nordsee steht es bereits „fünf vor zwölf“

Internationale Konferenz in Bremen berät Maßnahmen

D. BERTHEISEN, Hamburg
Der Weg der kleinen weißen Möwe, die in einem Volkslied nach Helgoland fliegt, um dort einer Liebsten Grüße zu bringen, ist in den vergangenen Jahren immer unerfreulicher geworden. Die Strecke über die Deutsche Bucht in die Nordsee hin- und zurück über die Elbe führt über ein Gebiet, das von Industrieabwässern, auf dem Wasser treibende Ölflecke, absterbende Fischgebiete und Verklappungsschiffe, die hochgiftige Abfälle in die See versenken. Das von Seefahrern als „Mordsee“ gefürchtete Meeresgebiet ist in letzter Zeit selbst zum Opfer geworden: Ihm droht der allmähliche Tod durch Vergiftung.

Am 31. Oktober wird in Bremen bei der „Internationalen Nordseeschutzkonferenz“ über ihre Zukunft beraten. Erklärtes Ziel von Gastgeber Bundesinnenminister Zimmermann ist es, mit den Umweltministern der Nordsee-Anrainerländer Maßnahmen zum Schutz der Nordsee zu vereinbaren. Die Konferenzteilnehmer werden es mit ihren Beschlüssen nicht leicht haben: Die Leiden der Nordsee sind vielfältig, Diagnosen und Therapie oft umstritten.

Der Meeresraum zwischen Ärmelkanal und Elbmündung im Süden, Skagerrak und Shetlandinseln im Norden ist vieles zugleich: Verkehrs- und Nahrungs- und Energiequelle, Erholungsgebiet und Mülldeponie. Kein Wunder, daß dieses ökologische System unter Stress steht.

Die Hauptwasserstraßen Mittel-Europas, Rhein, Weser und Elbe, selbst schon an der Grenze des „ökologischen Zusammenbruchs“, tragen Industrieabfälle jeder Art in die Nordsee. Damit nicht genug: Die Küstenregion ist in den vergangenen Jahren bevorzugter Standort sogenannter Grundstoffindustrien, etwa der chemischen Industrie, geworden, die ihre vielfältigen Schadstoffe „einbringen“.

Wasseraustausch zu gering

Seit Mitte der 60er Jahre, als die Ausbeutung der Nordsee als Rohstoffquelle begann, entwickelte sich auch die wissenschaftliche Untersuchung dieses Meeresraumes. Wer man zu Beginn der „Verklappungsära“, der Versenkung von Giftmüll im Meer, noch davon ausgegangen, daß der Wasseraustausch zwischen Atlantik und Nordsee den Abfall quasi ins offene Meer hinausführen würde, so fanden Wissenschaftler später heraus, daß das Wasser der inneren Deutschen Bucht sich im Durch-

schnitt alle sechsunddreißig Monate erneuert.

Zentrales Problem der Abfallbelastung ist die Langlebigkeit vieler Stoffe. Schwermetalle und synthetische Chemikalien lösen sich im Wasser nicht auf, sie gelangen vielmehr in die Nahrungskette, werden im Fettgewebe „angereichert“ und entwickeln bisher wenig erforschte Giftwirkungen. Die Folgen, Krankheitsanfälligkeit und Erbschäden bei Meerespflanzen und Tieren (und letztlich auch bei Menschen), treten oft erst nach langen Zeiträumen zu Tage. „Eine Forschergeneration reicht da manchmal nicht aus“, meint Volker Dethlefsen von der Bundesforschungsanstalt für Fischerei.

Wohin mit dem Abfall?

Die meisten Wissenschaftler sprechen heute von einer erheblichen Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts; „fünf vor zwölf“, charakterisierte Prof. Hartmut Bick die Lage in seinem Fazit des Sondergutachtens „Umweltprobleme der Nordsee“, das bereits 1979 fertiggestellt und 1981 im Bundestag beraten wurde.

Die bisherigen Bestrebungen zu einer internationalen „Regelung“ der Nordsee-Verschmutzung zielten hauptsächlich auf eine Kontrolle der Schifffahrt. Das Öl-Pollution-Abkommen von 1954 (1969 überarbeitet) legte im Prinzip fest, das Abwasser auf bestimmte Zonen fest. Das Ergänzungsabkommen MARPOL (marine pollution) dehnte die Verbotsklausel generell auf Schadstoffe aus. Es wurde vor elf Jahren vereinbart, trat aber erst im Oktober 1983 in Kraft.

Es sieht zwar vor, die Schifffahrt auf Land vorzunehmen, doch solange die meisten der 14 Nordsee-Anrainerstaaten keine entsprechende Infrastruktur in ihren Häfen schaffen, gibt es für die Kapitäne einfach keine Möglichkeit, ihren Dreck „sauber“ von Bord gehen zu lassen. Solange es für die Hochseereeder immer noch billiger ist, ein gelegentliches Bußgeld zu zahlen, als die Tankwäsches vornehmen zu lassen, wird sich an der Praxis wenig ändern.

Kernproblem bleibt der Abbau der Schadstoffzufuhr von Land aus. Insbesondere Einleitungen über Flüsse und Verunreinigungen aus der Atmosphäre. Der Einbau von Filter- und Kläranlagen zur Minderung der Emissionen auf gesetzlicher Grundlage wäre nicht zuletzt eine investitionsfördernde Maßnahme für die junge „Umweltindustrie“, die Arbeitsplätze schaffen könnte.



100 000 Menschen warten in diesem Lager auf nichts als Nahrung. Die zweite Hungerkatastrophe des Landes ist da.

FOTO: AP

In Äthiopien verhungern die Menschen

DW/Jar, Bonn

Zwei nur wenige Minuten dauernde Filmberichte eines BBC-Teams aus Äthiopien, die die ARD in ihren Abendnachrichten ausstrahlte, lösten in den vergangenen Tagen in Deutschland Entsetzen aus: Furchtbare Bilder vom Elend hungriger Menschen zeigten, wie Tausende zum Skelett abgemagerter, krank, sterbender Menschen in einem Massengrab nahe der nordäthiopischen Stadt Mahale in der Provinz Tigre vor sich hinvegetieren.

Langsam wanderte die Kamera die Reihen der dem Tod geweihten Menschen entlang. Die meisten verharrten in dumpfer Erstarrtheit, andere reckten ihre grauenhaft abgemagerten Körper den Kameras entgegen, wieder andere starben in diesem Moment.

Bei einem Totenschwenk erkannte man ein riesiges Gelände, das mit kauenden Menschen bedeckt war.

Tagsüber verwandelt sich das Lager in eine Hitzehölle, die sich nachts bis auf den Gefrierpunkt abkühlt. Dann gibt es keine Decken für die Frierenden. Hunderte, wenn nicht Tausende von Menschen warten vor dem Lager. Um dort hineingelassen zu werden, kommen sie von weit her. Das Lager ist ihre allerletzte Chance. Erhalten sie keinen Zutritt, bedeutet das den sicheren Tod.

Aber auch im Lager sterben Nacht für Nacht die Menschen zu Dutzenden. Jede Lastwagenfuhr mit Nahrungsmitteln löst fast eine Revolution aus. Die verfügbaren Vorräte sind gleichwohl so minimal, daß Helfer gezwungen sind, Hand über Leben und Tod zu spielen, indem sie bestimmen, wer zu essen erhält und wer nicht. Letzte Instanz, die so über das Schicksal von Menschen entscheidet, ist eine englische Krankenschwester – eine unscheinbare, unauffällige Erscheinung. Ihr Wink bedeutet Leben.

Die Ausgeschlossenen sehen zu, wie die Auserkorenen auf einen ummauerten Platz geführt und dort vor aller Augen gespeist werden.

Der nüchterne, emotionslose Kommentar des BBC-Reporters ließ die elementare Gewalt und Grausamkeit dieser Bilder noch schrecklicher erscheinen.

Die Nachricht von der verheerenden Hungersnot im Norden Äthiopiens ist nicht neu. Man hat es schon gesehen, schreibt die Deutsche Presseagentur: Vor einem Jahr schon schlug die UNO-Ernährungsorganisation (FAO) Alarm. Im März folgten erste Hilferufe aus Addis Abeba. Doch effektiv geholfen wurde bisher nicht. Und jetzt – zehn Jahre nach der schweren Dürre, bei der 200 000 Menschen starben – verhungern die Menschen in Äthiopien wieder. „Die Katastrophe“, so ein Helfer, „hat begonnen.“

Unbürokratisch schnell versprochen.

Minister Warnke Hilfe für zehn Millionen Mark zusätzlich zu den fünf Millionen, die Bonn schon über das Deutsche Rote Kreuz nach Äthiopien geleitet hat. Auch die EG hat 60 000 Tonnen Nahrungsmittel nach Äthiopien geschickt.

Während Deutsche anfragten, wie sie am wirksamsten helfen könnten, zeichnet sich eine politische Kontroverse ab. Der äthiopische Botschafter in Bonn, Tadesse Terfese, erklärte, er habe Warnke schon im Juni um dringende Hilfe gebeten, während Warnke behauptet, die äthiopische Regierung habe bis jetzt geschwiegen. Fest steht, daß der äthiopische Hafen Assab hoffnungslos verstopft ist und die Regierung nicht in der Lage ist, die Güter vor Ort zu bringen.

Äthiopien ist ein enger Verbündeter der Sowjetunion. Sonderkonto 41 41 41 bei allen Banken und Sparkassen – Kennwort: „Hungertöpfe Äthiopien“.

Dieses Urteil wäre das Ende aller Karriere-Träume

Ein Gang in das Gefängnis verschlöße dem CSU-Generalsekretär die Rückkehr ins Amt / Wiesheu legt Berufung ein

PETER SCHMALZ, München

Die notwendige Fähigkeit prominenter Politiker, auch in persönlichen kritischen Situationen Haltung zu bewahren, verbißt eine Öffentlichkeit weitgehend, wie sehr Otto Wiesheu betroffen ist von dem Urteilsspruch, den der Münchner Richter Christian Ottmann am Mittwochabend verkündete: 13 Monate ohne Bewährung wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit, wie in einem Teil der gestrigen Ausgabe gemeldet wurde.

„Wir gehen in die Berufung. Ansonsten kein Kommentar“, sind vorerst seine einzigen öffentlich gesprochenen Worte zu einem Urteilsspruch, über den selbst der Richter sagt, er sei sich „der Schwere der Entscheidung durchaus bewußt“. Es sei aber ständige Praxis der Amtsgerichte in München und Umgebung, in vergleichbaren Fällen eine Haftstrafe ohne Bewährung auszusprechen. Gerade in diesem Fall eines prominenten Angeklagten habe das Gericht „erhebliche und lange Überlegun-

gen“ angestellt zur Frage der Gleichbehandlung.

Mag der Grundsatz der Gleichbehandlung juristisch korrekt sein, so trifft der Urteilsspruch den Angeklagten menschlich und beruflich weit härter als in vielen anderen Fällen. Wiesheu galt als einer der kompetentesten Köpfe in der jungen Partei des CSU-Führungsnachwuchses, sein Weg vom Generalsekretär hinauf zu einem Ministeramt schien vorgezeichnet. Die Trunkenheitsfahrt zerstörte diese Karrierechancen abrupt.

Als Generalsekretär ist er beurlaubt.

Richtersprüche

Bei Trunkenheitsfahrten mit tödlichem Ausgang kennen Münchens Richter kein Pardon: 15 Monate für einen Studenten mit 1,42 Promille. Ein Toter. 15 Monate für einen Monteur (18) mit 0,8. 2 Tote. 16 Monate für einen Medizinstudenten mit 1,5. Ein Toter.

laubt, eine Rückkehr in dieses Amt wäre nur bei einer Geldstrafe möglich gewesen. Diese aber hätte nur dann verhängt werden können, wenn das Verhalten des Flak-Fahrers Rubinfeld den Unfall unvermeidbar gemacht hätte oder Rubinfeld wegen einer Panne ausgetreten und durch einen vor Wiesheu fahrenden PKW bereits getötet worden wäre. Solche Überlegungen aber schloß das Gericht aus. Die von dem Verkehrsrechtler Max Danner bei einem Crash-Test ermittelte Erkenntnis, der Fahrer müsse sich beim Unfall bereits außerhalb des Wagens befinden haben, bezeichnete Richter Ottmann als „nicht nachvollziehbar“.

Eine Bewährungsstrafe hätte dem 39-jährigen CSU-Politiker den Weg offengehalten, in angemessenem zeitlichen Abstand erneut politisch aufzusteigen, während eine Haftstrafe ohne Bewährung ihn voraussichtlich für längere Zeit von höheren Aufgaben ausschließt. So wird es für Wiesheu darauf ankommen, das Berufsgericht von der hohen Mitschuld des Getöteten zu überzeugen.

Dies ist eine Ermessensfrage der Richter. Auch in der ersten Instanz erkannte das Gericht ein Mitschuldverhältnis an, das aber nicht an das des Angeklagten heranreichte. Nach der Rechtsprechung wird aber eine eins bis zu zweijährige Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt, wenn das Mitschuldverhältnis des Opfers dem Verschulden des Verursachers mindestens gleichkommt. Somit hängt Wiesheus Zukunft auch von der Frage ab, wie hoch die Schuld eines Berufskraftfahrers ist, der nicht angeschnallt mit einem allerschweren, überladenen Fahrzeug nachts auf der mittleren Spur einer Autobahn kaum schneller als ein 10 000-Meter-Läufer dahinschleicht.

Das Landtagsmandat von Wiesheu ist durch das Urteil nicht betroffen. Der Mandatsverlust tritt nach einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr ein, die wegen eines Verbrechens verhängt wurde. Wiesheus Unfall ist juristisch lediglich ein Vergehen.

Ein hochbrisanter Scherz

Mitterrand in London von Leibwächter kompromittiert

CLAUS GEISSMAR, London

Es hat selten so viele rote Köpfe bei einem Staatsbesuch gegeben. Ganz England wartete gestern darauf, daß Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand in London das Wort „sorry“ über die Lippen bringen würde. Ein französischer Sicherheitsbeamter aus der unmittelbaren Umgebung des Staatspräsidenten hatte nämlich buchstäblich einen Sprengsatz an die britisch-französische „Entente cordiale“ gelegt.

Und das kam so: Schon im Juni, während des Londoner Weltwirtschaftspiknells, waren die Leibwächter von Mitterrand mit Scotland-Yard-Beamten zusammengestoßen, als diese zwei französischen Beamten die Schußwaffen abnahmen. Seitdem scheint man in Paris so etwas wie Rachegefühle gehabt zu haben. Und so packte einer der Leibwächter Mitterrands Sprengstoff in den Koffer. Jetzt schien der Zeitpunkt gekommen, Scotland Yard zu beweisen, wie unfähig die Briten bei der Bewachung von Staatsoberhäuptern sind. Bevor Mitterrand einen kleinen

Empfang in der französischen Botschaft in Kensington Gardens gab, versteckte der Leibwächter zwei Sprengsätze auf dem Botschaftsgelände. Dann wurde Scotland Yard listigweise eingeladen, das Gelände mit Hunden abzusuchen und für „sicher“ zu erklären.

Der Franzose, der überzeugt war, die Hunde seien nur auf Sprengstoff der IRA abgerichtet, hatte sich deshalb mit amerikanischen Sprengstoff eingedeckt. Was er nicht ahnte: Scotland Yard hatte seine Spürhunde inzwischen auch darauf abgerichtet. Zum allgemeinen Entsetzen wurden die Sprengkörper gefunden. Schlimmer noch: Der Sprengstoff wurde auch im Zimmer des französischen Leibwächters gefunden.

Die Briten versuchten dennoch, gute Gastgeber zu sein und die Sache herunterzuspielen. Aber viel war nicht mehr zu retten. Im Unterhaus fielen die bissigsten Kommentare. Der konservative Abgeordnete Antony Beaumont-Dark erklärte: „Zu so etwas sind nur die Franzosen fähig.“ (SAD)

Zangenbewegung gegen die Mafia

dpa, New York

Elf Männer, die nach Ansicht der amerikanischen Justizbehörden „die gesamte Führung“ einer wichtigen Untergruppe der organisierten Unterwelt darstellen, werden wegen großangelegten Gangsterbetrugs vor Gericht gestellt. Die elf wurden am Mittwoch der Erpressung, des Diebstahls, des Zinswuchers, der Bestechung und des Drogenhandels angeklagt. Sie werden beschuldigt, in die Baubranche, das Transportwesen und das Restaurant-Gewerbe von New York eingedrungen zu sein, indem sie mehrere Gewerkschaften unter ihre Kontrolle brachten. Bei den elf Männern handelt es sich um die Führung der sogenannten „Colombo-Familie“, der organisierten Unterwelt von New York. Diese Mafia-Untergruppe ist nach Joseph Colombo benannt, der 1971 in einem Attentat schwer verletzt wurde und 1978 starb. Die Gruppe ist seit 50 Jahren eine von mehreren „Familien“ der organisierten Verbrechen-Syndikate von New York.

In Italien haben die Geständnisse eines inhaftierten führenden Mitglieds der Verbrecherorganisation Mafia gestern eine weitere Verhaftungswelle ausgelöst. Bei Polizeirazzien, die sich vor allem auf die sizilianische Hauptstadt Palermo konzentrierten, wurden insgesamt 56 mutmaßliche Mafiosi verhaftet. Die Polizei war während der Nacht ausgeschwärmt, nachdem Richter Haftbefehle ausgestellt hatten, in denen die Gesuchten der kriminellen Vereinigung und des Rauschgiftschmuggels, in einigen Fällen auch des Mordes, beschuldigt werden. Nachdem der Mafioso Tommaso Buscetta das Unterweltgesetz des Schweigens durchbrochen und „ausgespuckt“ hatte, waren bereits am 29. September 366 Haftbefehle ausgestellt worden.

AIDS-Häftlinge

AP, Berlin

Im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit sind bei drei Gefangenen AIDS-Erreger festgestellt worden. Eine stationäre Behandlung soll jedoch nicht erforderlich sein, da die Krankheit nicht in fortgeschrittenem Stadium und durch „normalen sozialen Kontakt“ nicht übertragbar sei. Die betroffenen Häftlinge wurden in Einzelzellen untergebracht, wo sie unter medizinischer Beobachtung stünden, sagte Justizsprecher Volker Kahne. Nach Erkenntnissen der Behörden sei die Infektion nicht innerhalb der Anstalt erfolgt.

Neues Beben am Ätna

dpa, Catania

Bei einem Erdbeben am Osthang des sizilianischen Vulkans Ätna sind in der Nacht zu gestern zwölf Menschen verletzt worden. Am Rande der 11 000-Einwohner-Gemeinde Zafferana nördlich von Catania stürzten zahlreiche Gebäude ein. Zafferana war vorigen Freitag schon einmal Schauplatz eines Bebens. Dabei kam ein Mann ums Leben. Beim letzten Ausbruch des Ätna im Frühjahr 1983 war die Kleinstadt wochenlang von Lavamassen bedroht.

Kurze Freude

dpa, Essen

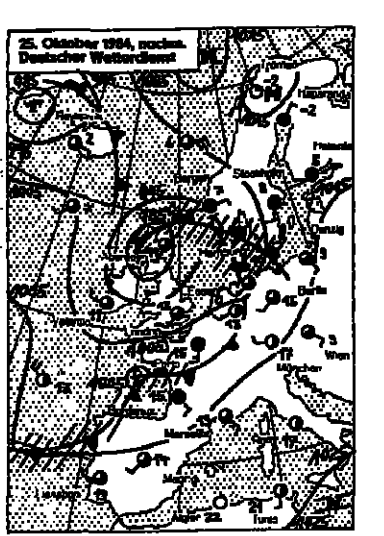
Nur wenige Sekunden konnte sich ein Bankräuber in Essen gestern früh seiner Beute von 50 000 Mark erfreuen. Bei der Flucht lief der Gangster, ein 26-jähriger Franzose, in der Fußgängerzone einer Polizeistreife geradewegs in die Arme. Mit den Worten: „Hände hoch, nur große Scheine“ war der Ganove in eine Zweigstelle der Sparkasse Essen gestürzt.

ZU GUTER LETZT

Greenpeace will sowjetische Walfangflotte bei Gibraltar stoppen, meldet die Nachrichtenagentur AP.

WETTER: Kühler

Wetterlage: Ein Randföhn zieht von Frankreich her über Norddeutschland hinweg nach Nordosten ab, seine Ausläufer überqueren heute im Laufe des Tages die meisten Teile Deutschlands.



Vorhersage für Freitag:

In der Westhälfte Deutschlands wechselnde Bewölkung mit Schauern, nachts teilweise aufklarend. Temperaturen 12, nachts um 5 Grad. Frischer, im Norden stürmischer Wind. Osthälfte Deutschlands: Bedeckt und Regen, später Übergang zu wechselnder Bewölkung. Temperaturen um 13, nachts bei 7 Grad. Mäßiger Wind vom Süd.

Weitere Aussichten:

Abklingende Schaueraktivität und Bewölkungsauflockerung, jedoch verhältnismäßig kühl.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenhagen	11°
Dresden	17°	Las Palmas	24°
Essen	13°	London	13°
Frankfurt	14°	Madrid	14°
Hamburg	14°	Mailand	13°
List/Sylt	13°	Mailorca	21°
München	17°	Moskau	7°
Stuttgart	15°	Nizza	18°
Algier	22°	Oslo	6°
Amsterdam	15°	Paris	15°
Athens	24°	Prag	13°
Barcelona	21°	Rom	17°
Brüssel	15°	Stockholm	8°
Budapest	17°	Tel Aviv	25°
Bukarest	21°	Tunis	21°
Helsinki	5°	Wien	9°
Istanbul	24°	Zürich	18°

Sonnenaufgang: am Samstag: 7.05 Uhr, Untergang: 17.07 Uhr, Mondanfang: 9.38 Uhr, Untergang: 18.08 Uhr
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Kohl bittet zur Kanzlerfête nach Berlin

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Bonn taucht morgen seine politische Bühne, auf der die Vorhänge so dramatisch wehen, mit echten Musik-Brettern: Helmut und Hannelore Kohl fungieren zum ersten Mal als Gastgeber der fünften Kanzler-Fête seit 1977 an der Spree. Intendant Götz Friedrich schrieb „Ich stehe auf Berlin“ als urtümlichen Leitspruch über die Nacht bei Wein, Dinkel, Scherz, Ironie und tieferen Bedeutungen.

Das angekündigte Vergnügen fand letztmals im Februar 1982 am selben Ort statt, als Helmut Schmidt schon in Götterdämmerungslust getaucht war. Mit-Gastgeber Richard von Weizsäcker hielt damals eine Konferenz-reife Rede mit kleinen Seitenhieben gegen seinen Widersacher Hans-Jochen Vogel: „Vom Sozialhelber bis zum Oppositionsführer... Ich begrüße Sie alle“, rief der heutige Bundespräsident damals aus.

Auch vor zweieinhalb Jahren nahm Götz Friedrich das Zepter des Maitre de Plaisir in die Hand und verpflichtete damals Peter Ustinow als umjubelten Entertainer des Abends.

In dessen Rolle sollte morgen das Sorgenkind der Nation tauchen – Harald Juhnke. Da indes mehr Spirituel-

les als Spirituosen gefragt sind – von den wohlgefüllten Erfrischungsbars abgesehen – nahm man nun in letzter Minute davon Abstand. Weitere Experimente und Pannen möchte man der anreisenden Bonner Gästeschar angesichts der kräftezehrenden Bonner Woche nicht zumuten.

Kohls Vorgänger Helmut Schmidt wird zu den 1885 Amtseinführung-Jubiläen zählen, die für Gesamtkosten von 150 000 Mark – freundschaftlich geteilt – im Parkett sitzen. Auf den Opernbrettern agieren Weltstars wie René Kollo, Astrid Varnay und die „neue Callas“ Lucia Aliberti. Auch „Didi“ Hallervorden hat in dieser festlich-beitenden Revue von Geist und Glamour seinen Auftritt.

Für die Besitzer der begehrten violetten Billets – das Farbsymbol für „Treue“, mag mancher Bonner Gast bei sich denken – inszeniert Hausherr Friedrich „Musikalische Impressionen zwischen Himmel und Hölle rund um den Olymp“. Deutschlands olympische Sieger von Los Angeles werden dabei in einer Sondershow ganz wagnerisch ihre Stimmblätter malträtieren müssen: Sie singen Texte auf „Ehrt eure deutschen Meister“. Berlinisches bietet das Schil-

ler-Theater mit Adolf Glasbrenners „Eene scheene Jeend is dat hier“.

Auch im Parkett wird statt des Rheinischen der berlinische Tonfall vorherrschen. Zwar schillert die Gästeliste mit Adressen quer durch die Republik, aber die Besucher stammen vorwiegend aus Spree-Äthen. Unter ihnen befinden sich sämtliche Ehrenbürger, ehrenamtliche Seniorenhelfer, Drogenberater, eine Reihe von Lehrkräften, Kirchenmänner, Industrielle, Gewerkschafter und Wissenschaftler. Sogar Breakdancer wird man in und außer Aktion sehen.

Nach dem Hauptprogramm sollen die Bühnenmeister ein nachgebautes Alt-Berliner Caféhaus vom Schmirboden ab. Dort darf das Fein-Volk promenieren, mit dem Gastgeber ein Pläuschchen halten, tanzen und selbst Spaß finden. Hausherr Friedrich hofft indes, daß man sich nicht bis in den frühen Morgen „Opern erzählt“. Um zwei Uhr in der Früh soll Zapfenstreich sein.

Hoffentlich hilft die Technik den summenden Bienen-schwarm der 1885 in Licht und Wärme. Noch kürzlich schmorten im Transformatorhäuschen ein Kabel durch. Das Haus saß im Schummerlicht. Man mußte abbrechen.

Information über Ausbruch stand in den Gefängnisakten

Politisches Nachspiel in Hamburg zum Fall Termann

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der Hamburger Strafvolzug, der seit Monaten durch interne Skandale für parlamentarische Aktivitäten und Gesprächsstoff in der Hansestadt sorgt, ist erneut ins Gerede gekommen: Der Senat hat jetzt auf eine Kleine Anfrage des CDU-Bürgerschafts-geordneten Peter Tucholski zugreifen müssen, daß zur Zeit (Stichtag 16. Oktober) 73 Strafgefangene flüchtig sind. Ihnen gelang es entweder, aus der Hansestadt zu entkommen, oder sie kehrten vom Urlaub nicht zurück. In den Vollzugsanstalten der Hansestadt verblieben gegenwärtig rund 4400 Häftlinge ihre Strafe.

Der jüngste Fall, in dem ein Häftling aus der Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel, auch „Santa Fu“ genannt, entkommen konnte, während ein Komplize nur durch Zufall gefaßt wurde, hat die ohnehin angeschlagene Stellung der Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD) weiter erschüttert: Am 18. Oktober, drei Tage vor dem Ausbruch des (inzwischen wieder gefaßten) Doppelmörders Paul Termann und seines Komplizen Bernhard Tisser, ging der Anstaltsleiter eine Warnung der Polizei zu, nach der Tisser „herausgeholt“ werden sollte. Diese Information eines Polizeibeamten führte jedoch nicht zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen, sondern nur zu entsprechenden Vermerken in den Anstaltsakten.

Termann war nach sorgfältiger Vorbereitung mit Hilfe einer selbstgebastelten Strickleiter über die Gefängnismauer geklettert und entkommen, während Tisser gesteckt wurde, nachdem die Strickleiter in der Mitte gerissen war.

Die Hamburger Justizbehörde hat diesen Vorfall, den der CDU-Minister Martin Müller publik gemacht hat, inzwischen bestätigt und dazu erklärt: Einer der beiden Vollzugsleiter der Anstalt habe diese Information mit der Anweisung an den zuständigen Abteilungsleiter weitergegeben, um Vermerke in die Gefängnisakten einzutragen. „Diese Vorgehensweise“ sei eine „sachgerechte Reaktion der Vollzugsanstalt auf die relativ vagen Hinweise“ gewesen.



Grächen: Ein Walliser Dorf probt den Aufschwung

SEITE VI

Franken: Herbstlicher Spaziergang durch Coburg

SEITE III

Schach mit Großmeister Pachman, Rätsel und Denkspiele

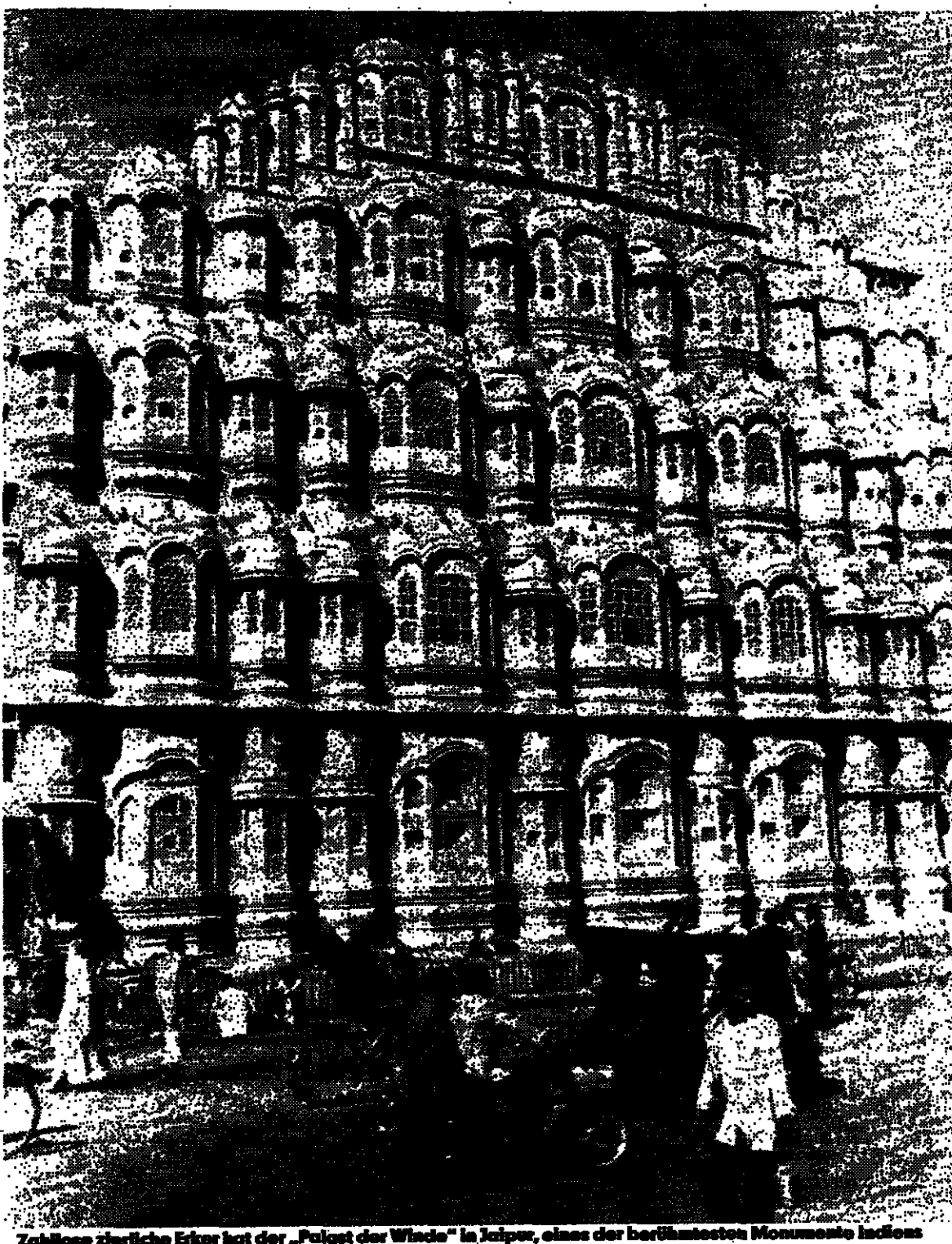
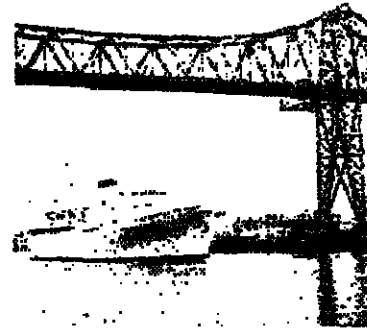
SEITE V

Heilbäder und Kurorte sind wieder im Aufwind

SEITE III

Ausflugstip: Rendsburg verbindet Technik und Geschichte

SEITE VI



Zahllose zerklüftete Erker hat der „Palast der Winde“ in Jaipur, eine der berühmtesten Monumente Indiens. FOTO: CAMERA PRESS



Wohnen wie ein Raja: Der Palast in Mandawa bietet in 15 Zimmern Touristen Unterkunft. FOTO: BIRGIT CREMERS

Reisen durch Rajastan – Märchenglanz in der Wüste

Jaipur
Der junge Mahout schob seinen Turban zurecht und schlug mit dem stumpfen Ende eines Elefantenhakens hinter die Ohren des Dichters. So heftig sind die Hiebe, daß Staub aus dem Fell dringt und das Tier trotz des steilen Weges in leichten Trab fällt. Der Mahout ist wütend, daß wir ihm keinen seiner silbernen glänzenden Elefantenhaken als Souvenir abkaufen. Das muß der graue Riese büßen.

Auf eine heilige Kuh würde kein Inder je so seinen Zorn abladen. Selbst im dichtesten Märchengelände weichen ihnen die Menschen aus und hindern die Tiere nicht, von den Auslagen der Obst- und Gemüsestände das Maul voll zu nehmen. Nicht anders ist es mit den heiligen Ratten, die im Tempel der Kama Devi in Deshnok zu Aberhunderten als Verkörperung der von den Göttern geschätzten Barden leben und verehrt werden. Eine weiße Ratte gar inmitten des feinsten skulptierten Marmorgebäudes würde die Anwesenheit der Göttin selbst bedeuten und großes Glück verheißen.

Der europäische Besucher hat seine liebe Not, das differenzierte Verhalten der Inder Tieren gegenüber zu verstehen, die für ihn selbst ganz andere Klischees besitzen: der gute Elefant, die dumme Kuh, die ekelige Ratte. Nur ein Beispiel dafür, wie der Kulturschock ein heftiges Knirschen in der Denk- und Gefühlswelt des westlichen Touristen hervorruft, der zum erstenmal ins Land der Mystiker und Magier kommt.

Da schlägt ihm Hitze und Lärm entgegen: Menschenmassen schieben sich zwischen viktorianische Prachtbauten, Papplattenbehauungen und Betonriesen, die schon verfallen, bevor sie fertig werden. Kinder mit Bauchladen, bettelnde Leprakranke, Arbeiterinnen, die in leuchtenden Saris schwere Lasten mit genau derselben aufrechten Haltung schleppen wie die indische Schöne an ihren Nasenflügel Brillanten trägt, während sie in ein Luxushotel schreitet. Beamte im Konfektionsanzug, Bauern im Dhoti – der gewickelten Hose – und einem abgeschabten Jackett, würdige Männer im Nehru-Look: ein Kaleidoskop aus Armut und Reichtum, nach Kasten geordnet und in einem größeren System geeicht. Der Besucher aus dem reichen Teil der Welt wird sein zufriedenes Lächeln ebenso ablegen wie sein Besseres. Mitleid und Almosen greifen als Problemlösungen ebenso wenig wie eine revolutionäre Umverteilung der Mittel. Armut und Reichtum sind für den indischen Menschen Teil der Weltanschauung. Ausgleich und Aufstieg bleiben der Kette der Wiedergeburt überlassen; ein einziges Leben reicht nicht aus, um eine Summe zu bilden.

Aus der Irritation, die das Erlebnis Indien für viele zunächst einmal bedeutet, wird der Tourist immer wieder in Faszination und Verwunderung gestoßen. Tempel und Paläste von ungeheurer Schönheit, farbenprächtige Bilder von Märkten, von wasserschöpfenden Frauen vor der Alabasterkultus einer Nekropole, tanzende Phäen im Mondlicht oder die vollkommene Ästhetik eines auf sich selbst konzentrierten Körpers beim klassischen Tanz, der Gefühle und Stimmungen in genau definierter Gestik, Mimik und Bewegung einsichtig macht.

Der Elefant hat die Bergfestung erreicht. Er passiert das Tor, von nun an wird die Touristen-Karawane von einem weißbärtigen Musikanten begleitet, der die immer gleiche, melancholische Melodie auf einer Ravankatha fiedelt.

Ein Platz öffnet sich zu einem Palast, der typisch ist für die ganze Region: Rajastan, Königsland, das Land der kriegerischen Rajputen, von denen jeder große Clan sein eigenes Fürstentum gegründet hat, das an Prunk mit dem Herrscherhaus in Delhi wetteiferte. Dieser Palast wurde im Jahre 1600 von dem großen Herrscher Man Singh erbaut. Herrliche Gartenanlagen, große Audienzhallen, Gemächer für die Damen des Hofes, ein marmornes Tempel zu Ehren der Göttin Kali sind zu einer harmonischen Anlage zusammengefügt. Wandelgänge und Fenster, von Mosaiken

Treppen, Dächer und Galerien. Ein orientalisches Märchen beginnt, vermischt mit viktorianischen Möbeln, Plastiksesseln und riesigen Ventilatoren. Abends bittet der Thawar, der adeliche Hotelmanager (vom Familienchef verdonnert, ein bühnen Kapital aus dem erbten Palast zu schlagen, obwohl auch nach der Streckung ihrer Apertagen im Jahr 1970 der Rajas nur wenige am Hungertuche nagen) seine Gäste aufs Dach.

Die Sterne funkeln in der lauen Nacht, ein alter Diener steht in rotem Gewand reglos auf einem silbernen Zeremonienstap gestützt. Dann beginnt das Spiel: Marionettenfiguren stellen auf der Bühne der Geschichte kriegerische Legenden aus Rajastan dar. Schwertkämpfer und Tänzerinnen, Kamelreiter und gemessene agierende Hofleute werden vom Zwitschern einer Bambusflöte begleitet. Fast kann man die Sprache der Marionetten verstehen.

Dunkel ist die Nacht und nur von wenigen Fackeln erhellt, als der junge Maharadscha von Jodhpur auf die Befestigungswälle seines riesigen alten Schlosses läuft. Weißgekleidete Musiker spielen auf, während ein Knabe zu den Rhythmen. Diener in roten Gewändern bedienen die Gäste mit Rajastani-Köstlichkeiten vom Grill. Der Erlebnis-Abend ist pauschal zu buchen, allerdings halten die Hofeuten nur bei besonderen Gelegenheiten persönlich Hof. Die Maharadscha-Familie von Jodhpur hat sich touristisch stark engagiert. Der in diesem Jahrhundert erbaute Palast „Umaid Bhawan Palace“ dient als Hotel, um das sich eine Tante des Rajas kümmert, ein Onkel managt die private Eisenbahn, die in den luxuriösen Salonwagen mit Köchen und Dienern an Bord Gruppen auf die nostalgische Reise nach Jaisalmer führt.

Jaisalmer. Im Herzen der Wüste Thar, erhebt sich die goldene Festungsstadt aus der dünnen Ebene. In ihrer Blütezeit zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert siedelten sich Jains und Brahmanen, Kaufleute und Künstler an, die eine Fülle von schönen Tempeln und Wohnhäusern schufen. Die fein ziselierten Bauten, die geschnitzten Türen, hinter denen sich Basare und Handwerksläden öffnen, verleihen der Wüstenstadt einen besonderen Zauber. Während die Dämmerung in Minuten schneller herabfällt, die Händler ihre Ware verschließen und Mütter ihre Kinder einsammeln, vor der Haustür in eine Waschküchle stellen und frühlich absetzen, suchen wir den Weg zu der Karawanserei hinter dem Stadtor, die heute unser Hotel ist. Ein paar Schüler begleiten uns lächelnd zum Tor. Im Innenhof der Karawanserei brennen schon die Kerzen.

Wir sitzen noch lange draußen und rätseln über Indien. Eine Eule schreit aus dem Dunkel. Sie ist die Verkörperung der Götting Lakshmi, erklärt unser indischer Begleiter. Wer sie verschaut, verleiht das Glück...

BIRGIT CREMERS

* Papieren: Reisepass und Visum.

Veranstalter: Die hier beschriebene Reise organisiert Indoculture Tours, z. B. vom 17. November bis 8. Dezember für 5190 Mark. Weitere Indienstleistungen, Studios, Neckermarkt Fernreisen, Air Tours, Marco Polo.

Auskunft: Staatliches Indisches Verkehrsamt, Kaiserstraße 77 III, 6000 Frankfurt.

NACHRICHTEN

Positive Sommernacht

Eine gewagte Rechnung ist aufgegangen: Der mehrere Millionen Mark teure „Sommernachtsstraum“ – das Sommerfestival in Berlin, mit zahlreichen spektakulären Aktionen von André Helliers Feuertheater bis hin zur Laser-Schau am Wannensee – hat Berlin einen Ansturm von Touristen gebracht. Im Juli stieg die Zahl der Berlin-Besucher um 29,7 Prozent. Bezieht man Juni und August in diese Rechnung ein, wurden in Berlin 50 000 Gäste und 120 000 Übernachtungen mehr registriert als in den Sommermonaten des Vorjahres. Das ergibt eine Steigerung von 18,7 Prozent. Man schätzt, daß insgesamt 800 000 Berlin-Besucher im Rahmen des „Sommernachtsstraums“ 16 Millionen Mark ausgegeben haben.

Coupons werden teurer

Vom 15. Oktober an treten neue Preise für Benzin und Super in Kraft. Der Liter Super-Benzin verteuert sich um rund drei Pfennige. Das neue Gutscheinheft für Norditalien mit Bons für 150 Liter Super und fünf Ermäßigungscheinen für die Autobahnkosten kostet an 271 Mark statt bisher 267 Mark.

„Flugtaxi“

Aachen, die bekannte Bäder- und Kongressstadt, liegt weitab von den nationalen und internationalen Luftverkehrsströmen. Das bedeutet für Geschäftsleute wie für Urlauber, die in Frankfurt, Düsseldorf oder Köln/Bonn landen, daß sie umständlich mit der Bahn nach Aachen reisen oder tief in ihren Geldbeutel greifen und ein Taxi nehmen müssen. Seit kurzem gibt es jedoch eine dritte Möglichkeit: die Flughafen-Transferdienst Wagner (Martinsstraße 8, 5112 Beesweiler). Dieser Personen- und Gepäckservice zwischen Aachen und den Flughäfen im Umkreis von 200 Kilometern funktioniert so: Der Reisende ordert am Luftansa-Schalter (auch vom Ausland aus) oder direkt über Telefon (02401/2048) einen Wagen. Der Transferdienst holt den Reisenden ab und bringt ihn bis zur Wohnung oder zum Hotel. Preisbeispiele: Düsseldorf-Aachen zwei Personen 100 Mark, vier Personen 120, elf Personen insgesamt 250 Mark.

WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,85
Belgien	100 Franc	5,00
Dänemark	100 Kronen	28,50
Finnland	100 Fmk	48,75
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	100 Drachmen	2,85
Großbritannien	1 Pfund	3,76
Irland	1 Pfund	3,16
Israel	1 Schekel	0,013
Italien	1000 Lire	1,67
Jugoslawien	100 Dinar	1,80
Luxemburg	100 Franc	5,00
Malta	1 Pfund	6,65
Marokko	100 Dirham	33,50
Niederlande	100 Gulden	89,75
Norwegen	100 Kronen	35,25
Österreich	100 Schilling	14,35
Portugal	100 Escudos	2,25
Rumänien	100 Lei	6,00
Schweden	100 Kronen	38,00
Schweiz	100 Franken	122,75
Spanien	100 Peseten	1,84
Türkei	100 Pfund	1,10
Tunesien	1 Dinar	4,00
USA	1 Dollar	3,11
Kanada	1 Dollar	2,36

Stand vom 23. Oktober – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Ferien in Graubünden. Mitschwingen.

Hier beginnt die Vorfreude auf Ihre Winterferien. Coupon ausfüllen, und Sie erhalten die gewünschten Informationen. Schweizer Verkehrsamt, Kaiserstraße 23, 6-Frankfurt a.M. Verkehrsverein Graubünden, Alexanderstraße 24, CH-7001 Chur (Tel. 0041-81 22 13 60)



- | | | |
|---------------------------------------|---|---|
| <input type="checkbox"/> Arosa | <input type="checkbox"/> Klosters | <input type="checkbox"/> Savognin |
| <input type="checkbox"/> Bad Scaun | <input type="checkbox"/> Loos | <input type="checkbox"/> Sedrun |
| <input type="checkbox"/> Bivio | <input type="checkbox"/> Lenz | <input type="checkbox"/> Samedan |
| <input type="checkbox"/> Brigels | <input type="checkbox"/> Lenzerheide | <input type="checkbox"/> Sils i.E. |
| <input type="checkbox"/> Celerina | <input type="checkbox"/> Valbella | <input type="checkbox"/> Silvaplana |
| <input type="checkbox"/> Chur | <input type="checkbox"/> Obersaxen | <input type="checkbox"/> Splügen |
| <input type="checkbox"/> Churwalden | <input type="checkbox"/> Parpan | <input type="checkbox"/> Surcavola |
| <input type="checkbox"/> Davos | <input type="checkbox"/> Pontresina | <input type="checkbox"/> Tarsis-Vulpera |
| <input type="checkbox"/> Disentis | <input type="checkbox"/> St. Antönien | <input type="checkbox"/> Tschertenen |
| <input type="checkbox"/> Elm | <input type="checkbox"/> San Bernardino | <input type="checkbox"/> Val Lumnezia |
| <input type="checkbox"/> Grisch-Davos | <input type="checkbox"/> St. Moritz | <input type="checkbox"/> Val Müstair |
| <input type="checkbox"/> Ilanz | <input type="checkbox"/> Samedan | <input type="checkbox"/> Val-Valertol |
| | <input type="checkbox"/> Samnau | |

Name, Adresse: _____

Das Schweizer Land, ein schönes Stück Europa.

...n nie

ANGEBOTE

Theater-Bouquet

Die alte Reichsstadt Ulm bietet ein Arrangement für Theater-Fans an: Das Ulmer Theater-Bouquet. In Verbindung mit einer oder zwei Übernachtungen erhält der Gast ein Abendessen und reservierte Karten für die von ihm gewählte Vorstellung. Der Preis pro Person beträgt für eine Übernachtung, Theaterbesuch und Abendessen 113 Mark. Bei zwei Übernachtungen erhöht sich der Preis auf 158 Mark. An den Wochenenden im November und Dezember stehen unter anderem „Die Fledermaus“, „Die Hochzeit des Figaro“ und „Hedda Gabler“ auf dem Programm. (Auskunft: Verkehrsverein Ulm/Neu-Ulm, Münsterplatz 51, 7900 Ulm.)

Fotokreuzfahrt

Einen Segeltörn durch die Karibik bietet die Landkirchen Windjammertouristik an. Zwei 14-tägige Fahrten führen auf einem schoonergetakelten Dreimaster durch die Inselwelt der südlichen Karibik. Start- und Zielhafen ist Port de France auf Martinique. Jeden Tag wird eine Insel angelaufen, unter anderem St. Lucia, von Walt Disney's Film „Doktor Doolittle“ gedreht wurde. Die fotografische Betreuung wird von einem Berufsfotografen übernommen. Die Termine für die beiden Reisen sind 3. bis 17. November und 1. bis 15. Dezember. Die Fahrt kostet ab Frankfurt 5680 Mark. (Auskunft: Landkirchen Windjammertouristik, Brüder Grimm Straße 32, 6000 Frankfurt 60.)

Postschiff zum Kap

Bis zu 50 Prozent billiger als in der Sommersaison sind die Reisen mit dem norwegischen Postschiff entlang den Fjorden im Winter. Die zwölftägige Schiffsreise von Bergen nach Kirkenes und zurück kostet 1170 Mark. Mit Flug ab Frankfurt wird die Reise um 939 Mark teurer. Es ist auch möglich, nur eine Teilstrecke zu buchen. Eines der elf Postschiffe fährt täglich von Bergen ab. Für die Passagiere ist in den vielen Kabinen immer ein kurzer Landgang möglich. Senioren über 67 Jahren erhalten auf die Schiffsreise eine Ermäßigung. (Auskunft: Norwegische Schiffsverkehrsagentur, Kleine Johannisstraße 10, 2000 Hamburg 11.)

Die Kurorte sind auf dem Weg zur Rekonvaleszenz

tdt, Garmisch-Partenkirchen
Trotz des trüben Sommers scheint in den 257 deutschen Heilbädern und Kurorten nach der großen Krise wieder etwas Sonne: Fast von überall werden steigende Gästezahlen, Übernachtungen und Kurmittelabgaben gemeldet.

„Obwohl ein spürbares Ansteigen der Kuren zu verzeichnen ist, konnten die durch die Kostendämpfungsmaßnahmen eingetretene Strukturveränderungen nicht ausgeglichen werden.“ Verhaltener Optimismus wie bei dem Bad Hersfelder Kurdirektor Götz Franke herrscht bei den meisten bundesdeutschen Kurmanagern vor. Sie sind zwar durchaus geneigt, die Entwicklung ihrer Bäder und Kurorte in diesem Jahr positiv zu sehen, aber immer noch bleibt ein bitterer Nachgeschmack von der gesetzlich verordneten Reduktionspille.

So relativieren sich auch alle derzeitigen Steigerungsraten von zehn auf 40 Prozent bei den Kurgastzahlen vor dem Hintergrund der schweren Einbrüche der Jahre 1982 und 1983. „Zwei Jahre Schußfahrt mit Einbrüchen über 50 Prozent, jetzt ein Jahr steile Klettertour mit Steigerungen bis zu 25 Prozent, solche Sturz- und Höhenflüge mögen für Kunstflieger attraktiv sein, für eine vernünftige Bäderpolitik sind sie es mit Sicher-

heit nicht“, resümiert Kurdirektor Dieter Eibach aus Bad Salzungen, gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Bäderverbandes. Wechselbäder dieser Art lassen denn auch die rechte Hochstimmung nicht aufkommen.

Einige Kurverantwortliche befürchten bereits, daß die Bonner Politiker schnell wieder an neue Sparmaßnahmen denken könnten. Und schon zeigen sich auch die ersten Krankenkassen über den Ausgabenanstieg in den letzten Monaten sehr besorgt. Besonders zugute kam in diesem Jahr den Gesundheitssektoren zwischen Westerland und Bad Wiessee ein verhältnismäßig hoher Anteil an Privatpatienten. Das Gesundheitsbewußtsein der Bundesbürger ist gewachsen. Mehr und mehr scheinen Gäste bereit zu sein, in den Ferien etwas für ihr Wohlbefinden zu tun oder gar ganz gezielt einen Urlaub mit medizinischer Betreuung zu buchen.

Beachtlich ist aber auch der Zuwachs bei den Kuranträgen der Rentenversicherer: Bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gab es in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits eine Steigerung von 26 Prozent. Insgesamt werden bis zum Jahresende 244 000 Anträge (1983: 190 000) erwartet.

Business Class verbessert

RW, Köln
Die Lufthansa wertet erneut ihre Business Class auf. In der Boeing 747 wird die Zahl der Sitze pro Reihe von neun auf acht vermindert und der Service durch den Einsatz eines zusätzlichen Flugbegleiters verbessert.

Zur Erhöhung des Business-Class-Komforts tragen auch elektrodynamische Kopfhörer für das Unterhaltungsprogramm bei. Die Änderungen werden von November an eingeleitet. Im April 1985 soll dann die gesamte „Jumbo“-Flotte den neuen Business-Class-Standard aufweisen. Je nach 747-Version wird die Lufthansa-Business-Class zwischen 84 und 108 Fluggästen Platz bieten. Durch Veränderung der Kabinenauslegung wird die neue Business-Class unmittelbar hinter der First-Class eingerichtet. Die Touristenklasse – früher teils vor, teils hinter der Business-Class angesiedelt – wird im hinteren Kabinenbereich konzentriert.

Auf den 747-Flugzeugen, die auf

dem hinteren Hauptdeck Platz für Fracht haben, wird die Business-Class auch auf das Oberdeck ausgedehnt. Während die Business-Class in der Lufthansa-DC 10 räumlich unverändert bleibt, werden die Airbus A 300-Flugzeuge, die auf Nahostflügen zum Einsatz kommen, von November an von zwei auf drei Beförderungsklassen umgestellt. In der neuen Version verfügt der große Airbus dann in der ersten Klasse über 16 Sleeper-Sessel. In der Business-Class (102 Plätze) gibt es statt acht nur noch sieben Sitze pro Reihe. Der Bordservice wird auf das Niveau wie bei Interkontinental-Flügen angehoben.

Besondere Leistungen für Passagiere der Business-Class sind unter anderem auch ein kostenloser Helikopter-Service von John F. Kennedy Airport nach New York City und weitestgehende Dispositionsfreiheit bei der Reiseplanung, keine Vorausbuchungsfristen und keine Stornogebühren.



Die Veste Coburg überragt die Stadt. Luther verbrachte hier die Zeit während des Augsburger Reichstages. FOTO: B. HEINLEIN

Herbstspaziergang durch Coburg: Blick auf die „Fränkische Krone“

Coburg
Buntbemalte, prächtige Bürgerhäuser, die mit Erken und Ornamenten geschmückte Fassade des Rathauses, eine alte Hofapotheke aus dem fünfzehnten Jahrhundert und das Stadthaus bilden die mittelalterliche Kulisse für den Wochenmarkt auf dem Coburger Marktplatz.

Mittwochs und samstags bieten die Blumen- und Gemüsehändler unter den bunten Schirmen der Verkaufstände lautstark ihre Waren feil. Das Gedränge ist groß, besonders vor den Bratwurstand, an denen die bei Einheimischen wie Touristen gleichermaßen beliebten Coburger Rostbratwürste verkauft werden. Der Geruch der über Kiefernzapfen gebratenen Coburger Spezialität ist ebenso wenig vom Marktplatz wegzudenken wie das in Bronze gegossene Denkmal von Prinz Albert, das Queen Victoria der Heimatstadt ihres Gatten zum Geschenk machte.

Seit der Marktplatz, den die Einheimischen auch gerne als „gute Stube“ der Stadt bezeichnen, zur Fußgängerzone umgestaltet wurde, erfüllt er wieder seine ursprüngliche

Funktion als Mittelpunkt des städtischen Lebens. Vom Marktplatz sind es nur wenige Minuten zur gotischen Hauptkirche St. Moritz, dem Renaissancebau des Gymnasiums „Castellaneum“ (dem Mühlmeisterhaus) und dem Residenzschloß Ehrenburg, die zu den Sehenswürdigkeiten der über 925-jährigen Stadt zählen.

Als kultureller und gesellschaftlicher Treffpunkt präsentiert sich das Landestheater am Schloßpark. Das 1840 eröffnete Dreispartenhaus strahlt nach seiner Renovierung im Jahr 1977 in neuem Glanz und gehört heute zu den schönsten und meistbesuchten Häusern der Bundesrepublik.

Wahrzeichen der 45 000 Einwohner zählenden oberfränkischen Stadt ist die Veste Coburg. Hoch über der Stadt beherrscht die „fränkische Krone“ weithin sichtbar das Landschaftsbild. In ihrem Schutz verweilt 1530 Martin Luther während des Augsburger Reichstages, und im Dreißigjährigen Krieg widerstand die Veste dem Ansturm der vereinigten Heere von Wallenstein und Maximilian von Bayern. Heute kann der Besucher die von

den Coburger Herzögen angesammelten Kunstschatze sowie die Wohnräume Luthers und der Herzöge täglich besichtigen.

Von den Bastionen und Wehrtürmen der über 900 Jahre alten Burganlage überblickt man bei schönem Wetter ein Gebiet vom Thüringer Wald bis zum Fränkischen Jura, von der Rhön zum Frankenthal und Fichtelgebirge. Auch im Herzogtum Coburg, in Rödenbach, Neustadt, Rodach, Seßlach und Weimarsdorf begegnet man noch unberührtem Mittelalter: Schlössern, Kirchen und Klöstern mit bewegter Vergangenheit, die ständig gepflegt, verschönt und renoviert werden, so daß sich das Herzogtum dem Besucher stets von seiner besten Seite zeigt – Eine Idylle hart an der innerdeutschen Grenze, im Norden Bayerns, die besonders den Kurz- oder Wochenendausruher ansprechen wird.

SABINE FRECKWINKEL

*
Ankunft: Fremdenverkehrsverband Stadt und Land Coburg, Herrngasse 4, Postfach 666, 9550 Coburg

Ferienhausklagen nur im Gastland

tdt, Hamburg

Streitigkeiten aus einer Ferienhausvermittlung im Ausland gehören nicht vor deutsche Gerichte, selbst wenn die Vertragspartner Bundesbürger sind. Mit diesem Urteil hat das Oberlandesgericht Frankfurt eine wichtige Rechtsfrage für Besitzer ausländischer Ferienhäuser entschieden. Ein Ehepaar hatte einen Bungalow auf Sardinien gemietet. Im Mietvertrag war als Gerichtsstand Darmstadt vereinbart. Als sie wegen einiger Mängel Ersatzansprüche geltend machten, wurde vom Vermieter die Zuständigkeit des Gerichts mit Erfolg gerügt. Anders als in den Fällen, in denen ein Reisebüro Ferienhäuser vermittelt, enthielt der Vertrag keine über die Bereitstellung der Mietsache hinausgehenden Pflichten des Eigentümers. Daraus folgte, daß italienische Gerichte zuständig waren. (Aktenzeichen: 13 U 104/83.)

Urlaub beim Bauern 1984 rückläufig

tdt, Frankfurt

Deutschlands billigste Ferienbetten sind 1984 nicht so gefragt wie im vergangenen Jahr. Nur noch 600 000 Urlauber – 50 000 weniger als 1983 – werden nach Angaben der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bis Ende dieses Jahres Urlaub auf dem Bauernhof verbracht haben. Vor allem das schlechte Wetter im Frühjahr und Sommer hat den 19 000 Betrieben zu schaffen gemacht. Bis auf die Höfe in Bayern und Schleswig-Holstein melden die Bauern fast einstimmig eine negative Entwicklung.

Marokko erwartet Rekord-Einnahmen

AFP, Rabat

Marokko erwartet in diesem Jahr Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr von umgerechnet 1,3 Milliarden Mark. 1983 waren es 950 Millionen Mark. Im ersten Halbjahr 1984 wurden bereits 560 Millionen Mark erzielt. Da der Tourismus im zweiten Halbjahr traditionell noch mehr Ausländer ins Land bringt, könnten sich die Gesamteinnahmen 1984 auf 1,3 Milliarden Mark erhöhen. Der größte Teil der Besucher kommt aus den europäischen Ländern. Der Fremdenverkehr ist nach den Phosphatausfuhren die zweitwichtigste Devisenquelle des Landes.

TOURISTIK

HETZEL öffnet das Tor nach Ägypten!

Flug nach Kairo: jeden Dienstag
Flug nach Luxor: jeden Samstag
Flug nach Assuan: jeden Dienstag ... neu!
So tolle Kombinationsmöglichkeiten gab es noch nie!

Rundreisen (Doppelzimmer, Dusche; ÜF/HP)
7 Tage „Memnon“: Abflug 6. 13. 11. DM 1442
6 Tage „Cleopatra“: Abflug 10. 24. 11. DM 1415
Sonderreisen (einf. Unterkünfte, DZ, ÜF; Besichtigungen fakultativ)
6 Tage „Tal der Könige“: Abflug 10. 11. DM 998
7 Tage „Assuan – Luxor“: Abflug 6. 13. 11. DM 998
7 Tage „Mit der Felukka von Assuan nach Luxor“ (Doppelzimmer, ÜF bzw. Schlafsack, VP) Abflug 6. 13. 27. 11. DM 998
Preise jeweils pro Person bei Belegung mit 2 Personen. Flüge mit Pauschalreise-arrangement ab und bis Stuttgart mit Condor bzw. Egypt Air. Sammelvisa-Gebühr DM 35 p. P. Direkttelefon 0711/835-230 oder fragen Sie in Ihrem Reisebüro

Sonderreise der Superlative 28. 12. 1984 – 3. 1. 1985 DM 7973
Concorde-Flug mit British Airways nach New York zum Silvesterball im „Waldorf Astoria“!

HETZEL Ladengeschäfte in Stuttgart: Königstraße 3, Königstraße 28, Kleiner Schloßplatz, Rotenbühl-Passage, Kranstraße 8 (Weilmoritz)
Postfach 31 04 40 - 7000 Stuttgart 31 - Tel. (0711) 835-1

Fahrplan für Abenteuerlustige

Für den einen ist schon der Besuch einer Großstadt ein kleines Abenteuer – für anderen fängt ein Abenteuer-Urlaub viel leichter erst im Urwald von Borneo an. Aber welche Form des Abenteuers Sie auch immer schätzen – Anregungen und Informationen für jede Art von Urlaub finden Sie durch die Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT am SONNTAG.

Winterurlaub in Skandinavien

Z. B. Weihnachten in Südschweden
6 Tage Reise nach Huskvarna, 2 Übernachtungen, an Bord Weihnachtsprogramm im Ramada-Hotel, Zimmer m. DU/WC, 3 x Vollpension je Person ab DM 753,-
Viele weitere Angebote in unserem Katalog Nordland 84/85
Buchung und Beratung in allen Reisebüros.
Prospekte auch von **WOLTERS REISEN**
Postfach 10 01 47 - 2800 Bremen

Preiswerte Flüge in alle Welt
z. B. ab Berlin hin - zurück:
New York 795,- Bogota 1695,-
Bangkok 1295,- Caracas 1375,-
Singapur 1495,- Quito 1885,-
Hanoi 1795,- Rio 1885,-
Mexiko 1695,- ABC ab Frankfurt:
Süd. d. B. 1995,- Miami ab 1155,-
TOUR-PLAN-REISEN - 5300 Bonn 3
A. Adenauer-Pl. 15, 0228/46 1163

Weltweite Flüge
Sprechen Sie mit Spezialisten
Reisebüro Sky-Tours
Tel. 069/76 26 07 oder 76 10 83

SEMPER-OPER DRESDEN
Eröffnungssaison 1985
THEATRON
Kulmannstr. 5, 4800 Bielefeld 1
Tel. 0521 29 84 82

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

DER CLUB ALDIANA ARLBERG

Im Wintersport-Paradies St. Christoph 1770 m ü. M.

Eine neue, komfortable Adresse in einem Top-Skigebiet.
Eröffnung am 1. Dezember 1984.

Club Aldiana
WO DIE GLÜCKLICHEN URLAUB MACHEN.
Prospekte, Beratung und Buchung in allen NUR TOURISTIK-REISEBÜROS, KARTEN-OT-REISEBÜROS, bei WOLTERS REISEN KatalogWelt + Reisen sowie bei über 1000 NUR TOURISTIK-PARTNERN mit dem Zeichen vom Club Aldiana. Wo Ihr nächstgelegenes Reisebüro liegt, erfahren Sie unter Telefon 069/29 45 97.

217 001 777 asd
unter dieser FS-Nummer erreichen Sie die
Anzeigenabteilung DIE WELT/WELT am SONNTAG

Fahren Sie dem Winter davon!
An Bord der „Astor“ ins sonnige Südafrika!

Sagen Sie „Auf Wiedersehen“ dem kalten, grauen Winter in Deutschland und reisen Sie in Richtung Sonne nach Südafrika an Bord des Dampfschiffes „Astor“. Das vollmoderne Schiff bietet Ihnen komfortable Suiten und Kabinen (alle mit Bad/Dusche und WC sowie Parkettboden) eine exzellente Küche, viel Sport, Unterhaltung und Erholung in entspannter Atmosphäre.

Wir bieten Ihnen ideale Möglichkeiten zum Kennenlernen dieses einzigartigen Landes. Wir möchten Ihnen folgende Vorschläge anbieten:
22. Nov. 84 Abfahrt der „Astor“ – Ankomst in Kapstadt am 07. Dez. 84. Entdecken Sie Südafrika und fliegen zurück nach Deutschland oder fahren am 19. Jan. 85 zurück nach Southampton (Ankunft 03. Feb. 85).
04. Feb. 85 Abfahrt der „Astor“ in Southampton – Ankomst in Kapstadt am 19. Feb. 85. Verbringen soviel Zeit wie Sie möchten im sonnigen Südafrika und fliegen zurück nach Deutschland. Wenn Sie nicht fliegen möchten, können Sie am 10. Apr. 85 ab Kapstadt zurück nach Southampton (Ankunft 25. Apr. 85) fahren. Bitte buchen Sie bald – nur noch wenige Kabinen frei!

Für Ihren Aufenthalt in Südafrika bieten wir selbstverständlich schöne Landprogramme an.
Anreise nach Southampton
Bitte bedenken Sie, dass Sie jeweils einen Tag für die An-/Abreise nach Southampton benötigen. Sie fliegen von Deutschland nach London, übernachten eine Nacht in London und fahren am nächsten Tag nach Southampton oder umgekehrt.
Preis: Flug/Kreuzfahrt ab DM 6.100,-
Hin- und Rückfahrt mit der „Astor“ ab DM 7.560,-

An: Saf leasure, Globus-Reederei GmbH, Palmallee 55, 2000 Hamburg 50.
Tel. (040) 389 51 21. Bitte übersenden Sie mir mein ASTOR-Programm.

Name: _____
Anschrift: _____
Tel.: _____

Saf leasure
DW 14

BAYERN – SCHWARZWALD

Das Angebot für die ganze Familie:
Urlaub im bayer. Allgäu, im neuem

KUR- & TENNISHOTEL TANNENHOF
Lindenberg Str. 33, 8999 WEILERS, Tel. 03687/780 u. 15 95 Reich, Angebot an Kuren, Tennis auf Sand (auch v. d. Hotel), Tennis, Sauna, Ski- u. Schwimmbad, Umkle, Freizeitprogramm, 7 Tage ÜF/HP ab 445,- DM. Bitte Prospekt anfordern!

HOTEL WITTELSBACH, GARMISCH-PARTENKIRCHEN
Ein Hotel für den anspruchsvollen Wintergast. 1. Kat. 100 Betten, Nähe Kurpark (200 m). Komfortable Zimmer, alle mit Privatbad oder -dusche, die meisten in ruhiger, sonniger Südlage mit Ausblick auf Zugspitze und Wetterstein. Hallenbad (28-29°), Sauna, Tiefgarage, ausgezeichnete Küche. **WOCHENANFANGSREISEN (7 Nächte):** Halbpension pro Person: z. B. Zwi. Saison 5. 1.-2. 2. und 16. 3.-30. 3. Doppel/Dusche DM 485,-, Einzel/Dusche DM 500,-, z. B. Hochsaison 9. 2.-16. 3. Doppel/Dusche DM 645,-, Einzel/Dusche DM 720,-. Weihnachts-/Neujahr Halbpension DM 113,- pro Pers. pro Tag (inkl. Frühstück). Verlangen Sie bitte unsere ausführlichen Unterlagen. Postfach 507, 8100 Garmisch-Partenkirchen, Telefon 08821-630 96, Telex 596 68.

Aparthotel „Gschwendtner Hof“
Gschwendtner Hof in Aschau/Foren, Langlauf, Abfahrtskilauf, v. d. Haurste Preis pro Pers. u. Woche ÜF DM 325,- inkl. Sauna- und Skibetrieb.
Kont.-Ferienwohnungen in Bad Aibling, Aschau, Berchtesgaden, Chiemsee u. Eggstätt.
Farbprospekte, Info, Buchung direkt beim Vermieter Chiemgau-Ferienwohnungen Rottauer Straße 69, 8214 Bernau/Chiemsee, Tel. 08051/7738 Büro Wuppertal, Wl 39, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/454600 oder in Ihrem Reisebüro

HOTEL Alpenhof
Neues Haus in idealer Lage für Kur-, Ferien- oder Kurzurlaub, ruhig und doch zentral.
Buchener Straße 14 - 8170 Bad Tölz - Telefon 08941/40 31
Frühstücksbüfett - Hallenbad - Hot-Whirl-Pool - Sauna - Solarium - Liegewiese
Parkplatz - Zimmer mit allem Komfort - Ferienwohnungen.

Alpin, Langlauf u. Wintersport des Bayerischen Waldes
Günstige Pauschalangebote vom 9. 1. bis 31. 5. 85 30% Ermäßigung
Inf.: Kurverwaltung 8373 Bodenmais Telefon 099 24 - 214, 3 61 Telex 69 103

Wochenende/Neujahr im Hotel Residenz TEGERNSEE
fordern Sie bitte unser Pauschalangebot vom 28. 12. 84 - 2. 1. 85 an: 8190 Tegernsee, Tel. 08022-3531-35

WOHNEN zum halben Preis
ADVENT IM QUISISANA
Erleben Sie den Advent in der warmen, anheimelnden Atmosphäre des kuscheligen geschmückten winterrhischen Schwarzwald umgebenen Quisisana. Lassen Sie sich in dieser angenehmen Umgebung zu einem besonders attraktiven Preis verwöhnen. Fordern Sie Angebot und Farbprospekt von

Quisisana
Bismarckstraße 21
7570 Baden-Baden
☎ (07221) 3446

Winterspaß im Dorint-Inzell
Das macht Spaß bei diesen Preisen! Sich in klarer, Bergluft ausstoben, die zahllosen Wälderwege und Loipen testen oder wadeln auf den Pfisten. Und dazu der Top-Komfort im DORINT: alle Zimmer mit Bad, Balkon, Farb-TV, Telefon, Minibar, Hallenbad, Sauna und Solarium, bis Salzburg 30 Autominuten.
4 Nächte incl. Halbpension pro Person ab 266,-
DORINT 8221 Inzell
Lärchenstr., Tel. 08665-6051

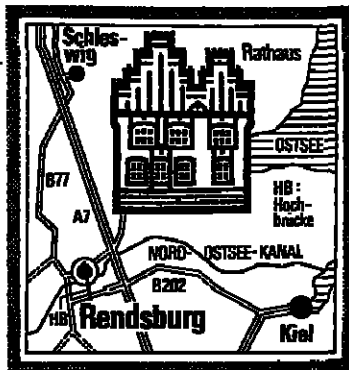
RUMÄNIEN

Billiger als im Vorjahr
1 Woche Skikurs gratis!
Willkommen in den Karpaten.
Ihr Winterwunderland

Eine Landschaft – einzigartig und schön in ihrer Unberührtheit. Hier liegen auch Rumänien-brasov Winter-sportzentren Poiana-Brasov, Predal und Sinaia.
● Große Auswahl an Sport- und Erholungsmöglichkeiten sowie viele beliebte Ausflugsziele.
● Ideale Schneeverhältnisse von Dezember bis in den April.
● Gut ausgebaute Loipen und Pisten zum Skiwandern und Abfahrtslauf.
● Zahlreiche Gondel- und Sessellifte ohne Wartzeit.
● Deutschsprachige Skikurse für Groß und Klein.
● Komfortable, familienfreundliche Hotels mit erstklassiger Restauration.
● Günstige Flugpauschalenreisen ab Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg und Berlin-Schönefeld.
Nähere Informationen erhalten Sie in Ihrem Reisebüro oder direkt beim Rumänischen Touristenamt.
Bis bald – in Rumänien

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.
Rumänisches Touristenamt
Neue Mainzer Str. 1
6000 Frankfurt/M.
Tel. 069/23 69 41-3
Corneliusstr. 16 4000 Düsseldorf
Tel. 0211/37 10 47-8
Name: _____
Anschrift: _____
www

AUSFLUGS-TIP



Anreise: Von Hamburg über die A7 bis zur Ausfahrt Rendsburg/Büdeloh. Wer die Hängefähre benutzen möchte, biegt am Autobahnkreuz Rendsburg auf die A 210 ab. Ausfahrt Schacht/Audorf. Ab dort ist der Weg zur Fähre ausgeschildert. **Auskunft:** Amt für öffentliche Einrichtungen und Fremdenverkehr, Rathaus, Am Gymnasium 4, 2370 Rendsburg.

Rendsburg

Dort, wo sich einst Ochsenweg und Eider als zwei wichtige Verkehrsadern kreuzten, entstand um etwa 1190 die Festung Reinoldsburch. Heute heißen die Verkehrsadern Autobahn A7 und Nord-Ostseekanal. Die Stadt im Schnittpunkt ist Rendsburg. Das Wahrzeichen der Stadt ist die imposante Eisenbahnbrücke aus den Anfängen dieses Jahrhunderts. 3,2 Millionen Nieten halten 17 200 Tonnen Stahl zusammen. Zudem hängt an der Brücke die einzige Schwebefähre in der Bundesrepublik Deutschland.

In 42 Meter Höhe spannt sich die Brücke über den Nordostseekanal, dem meistbefahrenen Kanal der Welt. 300 Schiffe passieren ihn täglich, fast alle müssen bei Rendsburg die Fahrt drosseln, um einen neuen Lotsen an Bord zu nehmen.

Doch die Stadt hat auch ein altes, ein ehrwürdiges Gesicht. Das prägte der einstige italienische Baumeister, Domenico Pelli. Ihn brachte der dänische Königshof in den hohen Norden, denn über Rendsburg herrschten dänische Könige. Ende des 17. Jahrhunderts entstanden die klar gegliederten Bauten rund um den großräumigen Paradeplatz. Der Baumeister schuf sich mit dem Pellihof, einem Backsteinbau

von bestechender Schlichtheit, sein Domizil; 13 Achsen gliedern den „nordischen Palazzo“. Das strenge Bild wird von drei Türbügeln aufgelockert, der mittlere trägt das Wappen des Erbauers.

Eine Kuriosität des Orts: Die Straßen, die sternförmig zum Paradeplatz führen, sind nach der Sitzordnung des dänischen Königshofes benannt: König- und Königinstraße, Prinz- und Prinzessinnenstraße, es geht weiter mit Grafen-, Baron- und Ritterstraße.

Kleinräumig ist die Altstadt. Enge Gassen mit holprigen Pflasterwinden sich zwischen Fachwerkhäusern. Über sie hinaus ragt die Marienkirche. Der dreischiffige Hallenbau beherbergt einen reich geschmückten Barockaltar von 1649.

Ältestes Fachwerkhaus ist das „Haus zum Landsknecht“ von 1541. Nur wenig jünger ist das Alte Rathaus am Altstadtmarkt. Noch heute tagt die Ratsversammlung im holzgetäfelten Saal mit den dunklen Deckenbalken. Zudem befindet sich dort das Heimatmuseum, eines der drei Museen in Rendsburg. Die beiden anderen sind das Elektromuseum und das Eisenkunstgußmuseum – sie führen den Besucher zurück in die „Neuzeit“.

MARIA GROHME



Fachwerkhaus in Rendsburg

FOTO: DPA

Nicht alle Tränen sind echt

Unglaublich aber wahr, mit welchen Tricks Kunden versuchen, ihre Reisegepäckversicherung zur Kasse zu bitten und auf diesem Weg einen Teil aufgewandter Reisekosten wieder hereinzuholen. So hatte ein besonders schlauer Mitmensch einer Gesellschaft gleich eine Liste mit fünf Schadensfällen überreicht. Die Versicherung sollte einspringen. Der zuständige Abteilungsleiter setzte einen Havarie-Kommissar auf den Kunden mit seinem merkwürdigen Regulatoriumswunsch an. Für die Gesellschaft war dieser Fall übrigens ausschlaggebend, eine interne Neuregelung vorzunehmen. Seit der traurigen Erfahrung versichert sie nur noch Gepäck von Kunden, die schon länger eine andere Versicherung im Unternehmen abgeschlossen haben, womit schon eine Vertrauensschranke besteht.

Im Bereich Reisegepäckversicherung könne nicht jeder Fall überprüft werden, räumt Abteilungsleiter Günter Bauer ein, betont aber, daß bei Stichproben schon ein gewisser Prozentsatz unehrlicher Kunden im Netz

hängen bleibe. Das ist gut so, weil letztlich die ehrlichen Kunden durch hohe Prämien auch den Betrugsaufwand nach falschen Tränen mitbezahlen. Wem tatsächlich der Koffer verloren geht, die Handtasche entwendet und die Kamera aus dem Hotelzimmer gestohlen wird, dem soll unbürokratisch und schnell geholfen werden. Das geht aber nur, wenn zwischen Versicherungsnehmer und Gesellschaft keine Mißtrauensschranken bestehen.

Übrigens: Wer bei der Schadensmeldung frühere Regulierungen durch andere Versicherungen verschweigt, setzt den gesamten Vertrag aufs Spiel. Kunden, die vormals bei einer anderen Gesellschaft waren, können per Computer ausfindig gemacht werden. Damit echte Forderungen ihren Schaden ohne Verzögerung ersetzt bekommen, müssen die Regeln beachtet werden, die im Anhang zum Vertrag abgedruckt sind. Häufig lohnt sich aber auch schon der Weg zum Fundbüro. ...

RW



Wer die Einsamkeit sucht, findet sie am stillen Bergsee. Trotz steigender Besucherzahlen ist die Umgebung von Grächen noch nicht überlaufen. FOTO: WALTER STORCK

Grächen: Bergspaß in jeder Jahreszeit

Vor sechs Jahren machte das Walliser Bergdorf auf der Sonnenterrasse hoch über dem Zermatttal weit über die Schweizer Landesgrenzen hinaus von sich reden. „Zahle was Du willst“, hieß eine Werbekampagne des Kurdirektors. 17 der 20 Hotels erlaubten ihren Gästen, die Pensionspreise selbst festzusetzen. Kein einziger Hoteller bereute es später: Sämtliche Betten waren belegt, der Nulltarif räumte sich kein einziger Gast ein, aber jeder zahlte nach seiner Zufriedenheit mit der Überleitung der Normalpreise. Ausdruck, der Durchschnittspreise mittlere Preise, das 1620 Meter hoch gelegene Ferienzentrum verzeichnete einen

Wachstumssprung von 17 Prozent und seine 1300 Einwohner riefen sich die Hände und blickten optimistisch in die Zukunft.

„Damals schaffte Grächen den Durchbruch vom kleinen Bergdorf mit ein paar Hotels, einer Gondelbahn und ein paar Skiliften zu einem Zentrum des Fremdenverkehrs“, erinnert sich Kurdirektor Melchior Kalbermatten. „Im Jahr darauf aber mußten wir erfahren, daß die Wirkung von Werbung kurzlebig ist: Die Bettenbelegung nahm wieder ab, der Gästestrom wurde schwächer.“

Was war zu tun? Der Skifahrer aus Leidenschaft und hohe Offizier der helvetischen Armee aus Pflicht lehn-te eine Wiederholung der legendären Werbekampagne von 1978 ab. Nicht Schlagzeilen würden dem Dorf auf Dauer helfen, erkannte der Ur-Walliser, sondern nur eine Neuorientierung der Fremdenverkehrspolitik konnte die entscheidende Wende bewirken.

Die Wende wurde erzwungen – mit Hilfe des ganzen Dorfes, dem Rat auswärtiger Fachleute und vor allem den natürlichen Gegebenheiten der Heimat: Grächen schaffte den Sprung vom Ferienort für Sommerfrischler, Wanderer und Ruhebedürftige zur Fremdenstation in allen Jahreszeiten, nach dem Urteil vieler gar zu einem kleinen Eldorado für Ski- und Schneefreuden. Der malerische Ort zwischen Alpwäldern, Lärchenwäldern und einem halben Dutzend trutzigen Dreistöckern hatte bisher vor allem auf den Sommer gesetzt, mit seinem Wanderparadies gepörrt und

Stille, Abgeschiedenheit, Sonnenreichtum und Regenarmut herausgestellt. Das Ergebnis: Grächen war das einzige alpine Feriendorf der Schweiz, in dem das Geschäft im Sommer bei weitem lebhafter und einträglicher war als jenes im Winter.

Eigentlich stand die Lösung der existenziellen Probleme der Bürger von Grächen beim Blick nach oben schon immer wichtig und vielversprechend vor ihnen: das 3037 Meter hohe Seetalhorn. Höher als der Berg jedoch waren die Hürden, die beim Konzessionsgesuch für den Bau einer Gondelbahn hinauf auf den steinernen Garanten von Prosperität und goldener Zukunft in Kantonshauptstadt sowie in Bern zu nehmen waren.

Einmal im Aufbruch aber hält Walliser so leicht nichts auf. Die Wartezeit bis zur Genehmigung des Bergbahnprojekts zum Seetalhorn wurde nicht nutzlos veran. Statt die Hände in den Schoß zu legen, wurde die Infrastruktur des zu schnell gewachsenen Dorfes verbessert: Parkhäuser entstanden, Verkehrsanlagen wurden gebaut, Wasser, Abwasser, Müllbeseitigung und Schneeräumung aufmerk-samkeit geschenkt, das Herz des Dorfes neu gestaltet, der nahe See saniert, das Wanderwegenetz ausgebaut und ein Sportzentrum mit Natursalon, Tennisplätzen, Squash, Spisalon, Fitnesscenter sowie einem Restaurant erstellt.

Grächen hofft, die Früchte jahrelanger Anstrengungen und hoher Investitionen schon bald ernten zu können. Das Dorf, das noch Ende des letzten Jahrhunderts viele seiner Be-

wohner in Richtung Amerika vertieften, weil sie nicht länger darben und hungern wollten, in dem 1908 das erste Hotel, aber erst vor 31 Jahren eine Verbindungsstraße ins Tal hinunter gebaut wurde, ist jedoch auch in der Euphorie von Aufbruch und Wende entschlossen, klein und bescheiden zu bleiben. Kurdirektor Melchior Kalbermatten sagt: „Wir vergrößern das Bettenangebot von 5000 nicht, es bleibt bei 21 Hotels, der Bergdorfcharakter wird beibehalten, statt Größe wird Qualität angestrebt.“

Der Abriss der alten Mini-Gondelbahn zur Hannigalp und der Neubau einer leistungsfähigeren Sechser-Gondelbahn wird in Grächen als Beispiel der Verwirklichung proklamierter Grundsätze betrachtet. Melchior Kalbermatten: „Die Modernisierung war notwendig. Jetzt wird es in Grächen für Skifahrer keine Wartezeiten mehr geben.“

Die Wende zwischen St. Niklaus und Grächen im Tal und Distel, Seetal und Gabelhorn in der Höhe soll nicht lautlos über die Bühne gehen. Ein Film wurde in Auftrag gegeben und ein Team anerkannter Spezialisten fing in Grächen mit Kameras und Mikrofonen ein, was wert ist, auf Promotions-Touren im In- und Ausland gezeigt zu werden.

Wer die Filmemacher kennt, zweifelt daran, ob die Beteuerungen von Kurdirektor Kalbermatten, sein Dorf strebe nicht nach Größe, sondern allein nach Qualität, ganz ernst gemeint sind. Geschäftsführer der Holiday-Film, die sonst nur weltberühmte Ferienorte, in Grächen aber erstmals einen fast unbekannten Ort porträtierte, ist der Journalist Folkert Klassen aus Dortmund. Rüdiger Bahr aus München hat das Drehbuch geschrieben. Der Schauspieler, Autor und Regisseur wurde mit dem ZDF-Filmtitel „Der schwarze Bumerang“ bekannt. Der Film soll in zahlreichen Ländern Europas gezeigt werden, natürlich auch in der Bundesrepublik. Von dort stammen übrigens die meisten von Grächen ausländischen Gästen. Um ihre Zahl nach einem vorübergehenden Abfall wieder zu steigern, drehen die Deutschen ihren Film.

WALTER H. RUEB

Anskizze: Kirm- und Verkehrsverein, CH-3925 Grächen.



Der malerische Ort ist auch für Winterurlauber attraktiv geworden. FOTO: ONST

KATALOG

Minister Landesheimat (Nürnberg, 39108 Bogen, 39108 11-12). Wende: 1984/1985. Der Katalog enthält das gesamte Südtiroler Skigebiet. Unter anderem wird Skifahren in der vorweihnachtlichen Zeit zu besonders günstigen Preisen angeboten. Im schneeweißen Schnitzholz (Gletscher) bietet die Wende vom 17. November bis 22. Dezember mit Halbpension und Skibus ab 280 Mark pro Person. Nur mit Frühstück reduziert sich die Preis auf 170 Mark. Die Preise für ein- und zweipersonen-tige Betten zwischen 390 und 760 Mark.

Fast Reisen (Alerter 21, 2800 Hamburg 1). „Nordland Winter 1984/85“ – Fast Reisen macht für den Winterurlaub Angebote in Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland. Unter anderem werden Ferienhäuser, Skifahrer, Ferien in Winterportgebieten, Kurzreisen in die Hauptstadt Stockholm, aber auch noch Langenod offeriert. Die Preise für Ferienhäuser sind je nach Kategorie, Saison und Bettenzahl unterschiedlich. Die Wochenmiete im schwedischen Nordstrand beträgt für ein Haus mit sechs Betten und Sauna über Weihnachten und im Februar 751 Mark. In der übrigen Zeit kostet es 547 Mark pro Woche. Im Skigebiet Telemark in Norwegen kostet die Unterbringung im Gästehaus Høyfjellstøl über Weihnachten (22. Dezember bis 2. Januar) 1119 Mark.

Asserger (Mythenstraße 47, 6000 Frankfurt). „Ferienwohnungen mit Auto und Bahn – Ganzjahreskatalog November '84 bis Oktober '85“ – Vorwiegend in Deutschland, Italien, Spanien, Österreich und Frankreich, aber auch in anderen europäischen Ländern, bietet Asserger Ferienhäuser und Apartments an. Die Unterkünfte reichen von der einfachen – Zweipersonen-Hütte bis zum luxuriös ausgestatteten Haus für 15 Personen. Es gibt sowohl alleinstehende Häuser, als auch solche, die in Ferienanlagen liegen. Viele Häuser haben zwei oder mehr Wohnungen. Ein Haus an der Costa Blanca (Spanien), das für sechs Personen ausgestattet ist, kostet von Dezember bis Mai 530 Mark pro Woche. In der Hochsaison beträgt der Mietpreis 1316 Mark. Das Haus hat eine Wohnfläche von 75 Quadratmeter, ein Swimmingpool befindet sich auf dem Gelände.

Studienreisen (Luisenstraße 43, 8000 München 2). „Studienreisen 84/85“ – Eine Zusammenstellung seiner zahlreichen Studienreisen nach Ägypten, Indien und der Monate November 1984 bis März 1985 hat der Münchner Veranstor Studienreisen herausgebracht. Als Neuheit bietet dieser „Zwischen-Katalog“ für insgesamt 2635 Mark eine Woche Aufenthalt im Club Méditerranée in marokkanischen Agadir mit einer anschließenden einwöchigen Studienreise durch das Land an. Diese Kombination gibt es für 5390 Mark im jeweiligen Einzel. Als besonderes reizvolles Angebot steht schließlich eine Äthiopien-Studienreise zum berühmten Timkoffest vom 13. bis 26. Januar im Programm (14-tägiger Individualpreis: 5490 Mark). Mehrere Reisen sind aufgrund von Wechselkursänderungen um drei bis zehn Prozent billiger geworden.

Netzel-Reisen (Kronstraße 8, 7000 Stuttgart 51). „Ägypten“ – Für alle, denen die Skibetreiber nicht die Welt bedeuten, bringt dieser Sonderkatalog ein umfangreiches Ägypten-Angebot. Die Reisekombinationen von Netzel in dieses ägyptische Reiseland erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Auf der 6-Tage-Rundreise „Cleopatra“ werden beispielsweise die schönsten Sehenswürdigkeiten von Luxor, Assuan und Kairo unter der fachkundigen Führung von diplomierten Reiseleitern besichtigt. Die Preise variieren für zwei Personen mit Halbpension, je nach Saison, zwischen 1275 und 1583 Mark.

STUDIENREISEN



INSTITUT FÜR WISSENSCHAFTLICHES REISEN

Wichtiger Termin 25. Oktober 1984

Unser Jahresprogramm 1985 für 35 Jahre Veranstaltung von Studien- und Wanderreisen liegt nun vor unter dem Motto:

„Auf neuen Wegen zur Natur und Kultur“

Unsere Fahrten in alle Welt werden von erfahrenen wissenschaftlichen Reiseleitern begleitet, die Ihnen die Geschichte und Gegenwart der jeweiligen Länder näherbringen und die einzelnen Bauwerke und Kunstobjekte in einen historischen Gesamtzusammenhang stellen. Nachstehend ein kurzer Auszug aus unserem Angebot:

Perlen der Ägäis, 15-Tage-Reise von Insel zu Insel
Wanderungen in Südfrankreich, 16 Tage wandern im Byde-River-Canyon und in den Nordbergen mit Fahrt durch den Krüger-Nationalpark

Wandern in Schwedisch-Finnisch-Lappland, 15-Tage-Wanderungen in den schönsten Landschaften Lapplands
Für den zuverlässigen Reiseablauf bürgt unsere 35-jährige Erfahrung als Reiseveranstalter.

Bitte fordern Sie unser ausführliches Programm 1985 an.
INSTITUT FÜR WISSENSCHAFTLICHES REISEN
Fahrtleitung, 8130 Starnberg, Unterer Seeweg 32
Telefon 08151/30 57

Kurzenschlossen nach ...

Ein Urlaubs-ABC

UDSSR UdSSR 43 Moskau/Leningrad o. Kiew 6 Tg. im Nov/Dez • Flug ab Berlin • 25 UVP • Programm INTERCONTACT 3300 Bonn 2, Unterecke 21/73 Tel. 02 28 18 21 02	NEPAL Königreich Nepal Sonderreise: 23. Dezember 1984 bis 1. Januar 1985: Kathmandu – Chitwan National Park – Pokhara – Patan, nur DM 3480,- ab München, DM 3580,- ab Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg. Silvester in New York Sonderreise: 27. Dezember 1984 bis 4. Januar 1985: Stadtrundfahrt – Weihnachts-Show – Gospel-Musik – Silvester auf dem Times Square – Hapag-Lloyd-Reiseleitung, nur DM 2290,- ab Frankfurt – Hamburg – Stuttgart, DM 2480,- ab München – Berlin. Auskünfte und Anmeldung bei allen Hapag-Lloyd-Reisebüros.	WINTERSPORT Wintersport Mayrhofen Chamonix Neukirchen Fulpmes Lienz/Bergen • Busfahrt • 9 UVP o. HP • Pensionen INTERCONTACT 3300 Bonn 2, Unterecke 21/73 Tel. 02 28 18 21 02	ISRAEL Gullivers Reisen GmbH Das Unternehmen der MAOF-Gruppe Klassische Rundreise ISRAEL schon für DM 1.456 8-tägiges Flugreise-Arrangement mit Bus-Rundreise durch Israel. 7 Übernachtungen in Hotels und Kibbuz-Gästehäusern der guten Mittelklasse. Halbpension. Deutschsprachige Reiseleitung, Transfers und Eintrittsgelder sind inklusive. Ebenso der Hin- und Rückflug von Deutschland nach Tel Aviv mit den Boeings der MAOF AIRLINES! Preise pro Person im DZ/HP DM 1.456 EZ-Zuschlag DM 205 Gullivers Reisen GmbH Barkhausstr. 18, 6 Frankfurt 1 Telefon: (069) 72 84 47
FLORIDA Florida · Californien Sonne von November bis April. Unser Tip: Wohnmobil-Reisen schon ab DM 70,- pro Tag! Einweg-Mieten ohne zus. Gebühr innerhalb Californien und Florida. Informationen bei: CANAM TOURISTIK , Alter Teichweg 17-19, 2000 Hamburg 76, Tel. 040 29 11 18/19 München: 089/59 61 93 + 59 61 29 CANAM TÜR NUTZ Hamburg · München · Stuttgart	SÜDAMERIKA SÜDAMERIKA-FLÜGE HIN und ZURÜCK AB BRU/AME Amerika 2000 Bogotá 1490 Buenos Aires 2080 Caracas 1390 La Paz 2890 Lima 1590 Mexico City 2250 Sao Paulo 1880 L.A.F. e.V., 28 Bremen 1 Schwachhauser Heerstr. 222 Telefon 0421 / 23 92 45	HAUSBOOT YACHTING Hausboot Yachting in Florida 14 000 km Wasserwege durch Seen, Flüsse u. Kanäle. Bootsoverschneit nicht erforderlich! Typ BARRACUDA (13m m), 2 Bäder, Küche etc. Sonntag ab Düsseldorf, Frankfurt 2. S. 2. 12. 94 ab Frankfurt. 1 Woche inkl. Flug DM 1799,- freie Termine ab 28. 10. COMET-REISEN , Kaiserstr. 88, 4600 Dortmund 1 Tel. (02 31) 52 20 05 u. 57 84 27, Fax: 52 53 57	WINDJAMMER SEGELN 2 Reisen für Kurzenschlossene WINDJAMMER-SEGELN auf der Vermastbark S.Y. „SEA CLOUD“ vom 22. bis 30. November 1984 ab Venedig/Malta/Sizilien an Marbella und von 30. 11. bis 6. 12. 1984 ab Marbella/Saï/La Palma an Las Palmas. Preise einschl. Flug ab DM 2178,- bzw. DM 2575,- pro Person

UNSER KATALOG USA 84/85 IST DA!

ABC-FLÜGE AB DÜSSELDORF MIT LTU NACH:

NEW YORK ab DM 984,-
 MIAMI/TAMPA ab DM 1239,-
 SAN FRANCISCO/LOS ANGELES ab DM 1452,-
 1 Woche MIAMI o./HOTEL SEA BREEZE ab DM 1499,-

KATALOGE IN IHREM REISEBÜRO ODER

sonnenreisen
 GRAF ADOLF STR. 20, 4000 DÜSSELDORF 1
 TEL. 0211 80034 35